

Der Bildungsprozess beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie

Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.)

KIGG-Kolloquium an der Universität Kassel
Januar 2008

Entwicklungsperspektiven Nr. 95
Kassel 2008

kassel university press GmbH
www.upress.uni-kassel.de

ISBN print: 978-3-89958-612-1
ISBN online: 978-3-89958-613-8
URN: urn:nbn:de:0002-6137

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Titelfoto: Leo Matiz, in: Stella M. Glossmann: Colección Imagen-Realidad, Sociedad

Umschlaggestaltung: Kassel university press GmbH, Kassel

Gedruckt bei: Druckerei der Universität Kassel

Universität Kassel
FB 05
Nora-Platiel-Str. 5
34127 Kassel
Tel.: 0049 561 804 3152
Fax: 0049 561 804 3464
<http://www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel/>

- Die Debatte über *Entwicklungsperspektiven* steht überall auf der Tagesordnung. Einseitig an wirtschaftlichem Wachstum orientierte Vorstellungen haben verheerende materielle, soziale und psychische Auswirkungen in Lateinamerika, Afrika und Asien, aber auch in Europa und den USA. Obwohl das am Wirtschaftswachstum orientierte Konzept längst kritisiert wurde, ist es nach wie vor für die Richtung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen nach innen und außen maßgeblich.
- Die Kritik muss mit konkreten *Entwicklungsperspektiven* für eine humane Entwicklung verbunden werden. Technokratische Politik zur Entwicklung reicht ebenso wenig aus wie politische Utopien. Die Erarbeitung der Perspektiven ist in Wirklichkeit ein umfassender Lernprozess, der ein neues Verständnis von Politik und nicht zuletzt auch ein neues Rollenverständnis von Technikern und Sozialwissenschaftlern erfordert.
- So geht es in dieser Reihe *Entwicklungsperspektiven* darum, emanzipatorische Prozesse im Produktions- und Reproduktionsbereich (bzw. Ursachen für ihre Verhinderung) aufzuzeigen. In ihnen wird an die eigene Geschichte angeknüpft und die eigene Identität erneut gefunden. Die Analyse emanzipatorischer Erfahrungen in verschiedenen Bereichen (Gesundheit, Wohnungsbau, Bildung, Produktionsorganisation ...) können hier wie dort Schritte auf dem Weg der Lösung von Abhängigkeiten hin zur Selbstbestimmung klären helfen.

Entwicklungsperspektiven sind heute schwer zu erkennen, daher suchen wir

- Berichte aus der Erfahrung demokratischer Organisationen, Analysen anderer Gesellschaften und Kulturen sowie ihrer Wirtschafts- und Lebensweisen.
- Auswertungen von Erfahrungen in Entwicklungsprojekten.
- Dokumente mit Hilfe derer die Lernprozesse aus diesen Erfahrungen von Europa nach Lateinamerika und vice versa vermittelt werden können.

LATEINAMERIKA-DOKUMENTATIONSSTELLE
 Universität Kassel
 FB 5
 34109 Kassel

Inhaltverzeichnis

Renate Dürr

Grußwort	9
----------------	---

Clarita Müller-Plantenberg

Einleitung Der Bildungsprozess beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie	11
<i>Willkommen in Kassel</i>	11
<i>Aufbau der Solidarischen Ökonomie</i>	11
<i>Bildung</i>	11
<i>Prozess</i>	14
<i>Aufbau Ganzheitlichkeit d.h. in- und außerhalb der Schulen</i>	14

Günther Lorenz

Soziale Ökonomie in Berlin Bündnisbildung und Mapping	15
1. <i>Entstehungszusammenhang und Konzept</i>	15
2. <i>Methodologie</i>	17
3. <i>Ergebnisse</i>	20

Projektgruppe Solidarische Ökonomie Kassel

Clarita Müller-Plantenberg / Alexandra Stenzel

Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen 2008 - Kartierungsmethode Anstoß für einen regionalen Bildungsprozess	29
1. <i>Das Informationssystem Solidarische Ökonomie Nordhessen ISÖ</i>	30
a) <i>Definition</i>	30
b) <i>Ziele</i>	30
c) <i>Richtlinien</i>	30
2. <i>Solidarische Ökonomie im ISÖ</i>	31
a) <i>Konzepte und allgemeine Charakteristika</i>	31
b) <i>Solidarische Wirtschaftsunternehmen</i>	32
c) <i>Einrichtungen zur Unterstützung, Beratung und Förderung</i>	32
d) <i>Solidarische Ökonomie in Nordhessen: die SWU und EUF</i>	33
3. <i>Einbettung in die regionale Gesellschaft</i>	33
4. <i>Der Prozess der Solidarischen Ökonomie</i>	34
a) <i>Kooperation</i>	35
<i>Gemeinwesenorientierung</i>	36
<i>Selbstverwaltung</i>	36
5. <i>Komplexe SWU</i>	37
a) <i>Kooperation</i>	37
b) <i>Erzeugergemeinschaften</i>	39
c) <i>Ketten</i>	39
7. <i>Ökologie</i>	40
<i>Kartierung – Anstoß für einen regionaler Bildungsprozess</i>	41

Hans Diefenbacher

Nachhaltigkeitsberichterstattung und kommunale Lernprozesse in einer gemeinwesenorientierten Ökonomie	43
<i>Die Fragestellung</i>	43
<i>Gemeinwesenorientierte Ökonomie</i>	43
<i>Auch der in anderen Forschungslinien verwendete Begriff des „Dritten Sektors“ ruht auf den Kriterien eines Vorrangs gemeinwesenorientierter Zielsetzungen, der</i>	

<i>gemeinwirtschaftlichen Gewinnverwendung und kooperativer Organisationsformen auf</i>	45
<i>Das Leitbild der Nachhaltigkeit</i>	46
Anforderungen an Nachhaltigkeitsindikatoren.....	48
Kernindikatoren der lokalen Nachhaltigkeits-Berichterstattung	48
Erfahrungen mit Nachhaltigkeits-Berichterstattung auf lokaler Ebene.....	52
Lernen für eine gemeinwesenorientierte Ökonomie?.....	56
Fazit	57
 <i>Manfred Liebel</i>	
Was und wie Kinder und Jugendliche beim solidarischen Wirtschaften lernen	59
<i>Wie solidarisches Wirtschaften bei Kindern entsteht</i>	60
<i>Was und wie beim Solidarischen Wirtschaften gelernt wird</i>	65
<i>Fazit</i>	67
 <i>Claudia Sánchez Bajo</i>	
Schülergenossenschaften an der Primar- und Sekundarstufe	71
1. <i>Einleitung</i>	71
2. <i>Was verstehen wir unter "Schülergenossenschaften"?</i>	71
3. <i>Etwas Geschichte – Freinets Ansatz und die moderne Schule</i>	72
4. <i>Die Erfahrung in Argentinien</i>	74
5. <i>Die Erfahrung in Frankreich</i>	75
6. <i>Welche sind die Ziele einer Schülergenossenschaft?</i>	76
7. <i>Welche Aktivitäten entfalten Schülergenossenschaften?</i>	79
8. <i>Wie sind die Schülergenossenschaften organisiert und wie werden sie geleitet?</i>	79
9. <i>Kritische Punkte</i>	82
9.1. <i>Rechtsfragen</i>	82
9.2. <i>Lehrerbildung und Wissen über Genossenschaften</i>	83
10. <i>Ist kooperative Erziehung heutzutage von Bedeutung?</i>	84
 <i>Bernd Overwien</i>	
Schülerfirmen als Gegenstand von Bildung für nachhaltige Entwicklung?.....	87
 <i>Volker Teichert</i>	
Wie nachhaltig ist Schule? Evaluation des Ressourcenverbrauchs, der Arbeitsbedingungen, des Schulalltags und der Unterrichtsgestaltung.....	93
<i>Was sind Indikatoren?</i>	94
<i>Durchführung der Befragung und Erhebung der Indikatoren</i>	97
<i>Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten</i>	97
 <i>Kristina Bayer</i>	
Gründungsberatung als Aufbauarbeit für Solidarische Ökonomie – erste Erfahrungen in Nordhessen	105
<i>Beratungsbedarf ja – aber wie genau? Beratung bestehender Projekte und Unternehmen</i>	106
<i>Beratung für Neugründungen</i>	107
<i>Erfahrungen in den verschiedenen Phasen von Inkubation</i>	107
<i>Themenfelder Solidarischer Gründungsprozesse</i>	108
<i>Zukunftsweisendes Beispiel: Solidarische Ökonomie für Erneuerbare Energien in Nordhessen</i>	110

<i>Modell einer kommunalen Energiegenossenschaft mit Beteiligungen aus dem privatwirtschaftlichen und öffentlichen Bereich</i>	112
Perspektiven - Tendenz zu komplexen Formen	112
Veränderungsarbeit	113
<i>Fazit</i>	113

Romeu Forneck

Der Prozess der technologischen Inkubation als Strategie der UNISINOS für eine nachhaltige Entwicklung	117
<i>Wie können wir diesen Wandel fördern?</i>	123
<i>Wie verfährt die UNISINOS?</i>	124
<i>Was ist die Rolle der UNITEC?</i>	125
<i>Schlussfolgerungen:</i>	126

Susanne Elsen

Der europäische Masterstudiengang „Gemeinwesenentwicklung und Lokale Ökonomie“ an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München	127
<i>Die toten Winkel der Gemeinwesenarbeit im deutschsprachigen Raum</i>	128
<i>Lernend das Feld bestellen und wiederaneignen</i>	129
<i>Die Ökonomie des Gemeinwesens – Idee, normativer Anspruch und konkrete Erscheinungsformen</i>	131
<i>Ansätze der Ökonomie des Gemeinwesens</i>	132
<i>Gesellschaftliche Innovation durch sozialökonomische Selbstorganisation</i>	133
<i>„Sowohl-als-Auch“ - Lebensweltliche Potentiale der Entwicklung und Transformation</i>	134
<i>Sozialökonomische Entwicklung als wissenschaftliche Ausbildung – Fragmente der curricularen und didaktischen Struktur des europäischen Masterstudiengangs</i>	136
<i>Anlage 1 Ausschnitte des Gutachtens von C. Wolfgang Müller</i>	139
<i>Anlage 2 Inhaltliche Struktur des Curriculums</i>	141
Theoretischer Bezugsrahmen:	141
Ziele des Studiengangs	141
Drei Zugänge zum Handlungs- und Forschungsfeld Community-Development	141
Theorie-Praxis-Integration	142
Normative und fachtheoretische Integration	143
Modulbereich 1: Wissenschaftliche Zugänge zum Forschungs- und Handlungsfeld „Community-Development“	144
Modulbereich 2: Politische, rechtliche und soziale Strukturen im Gemeinwesen für Gemeinwesenentwicklung, Quartiersmanagement, Lokale Ökonomie	145
Modulbereich 3: Theorien, Ansätze und Modelle der Ressourcenentfaltung im Gemeinwesen	146
Modulbereich 4: Konzeption und Management von Projekten und Unternehmen im Gemeinwesen	146
Modulbereich 5: Forschungswerkstatt	147

Michael Goldbach

Bildungs- und Vernetzungsarbeit an einer Ev. Akademie und Solidarische Ökonomie	149
<i>I. Evangelische Akademien</i>	149
<i>II. Bildung</i>	150
<i>III. Vernetzung</i>	152

<i>IV. Solidarische Ökonomie</i>	153
<i>Jacqueline Bernardi</i>	
Selbstverwaltung - Theorie und Praxis	155
<i>Viviana Uriona</i>	
Lernprozesse in Argentinien am Beispiel rückeroberter Betriebe.....	165
<i>Fábricas sin patrón / control obrero</i>	165
Zum Konkreten Fall: Chilavert	166
„Universität und soziale Not“	166
<i>Klaus Peter Lorenz</i>	
Notizen zur Ideen- und Sozialgeschichte der Reformbewegungen Ökonomisch leben – der Weg ins 3. Jahrtausend?	169
<i>Bodenreformbewegungen</i>	170
<i>Gartenstadtbewegung</i>	171
<i>Siedlungs-Bewegung</i>	172
<i>Das Naturfreunde-Häuserwerk als Beispiel des genossenschaftlichen Sozialtourismus</i>	174
<i>Sabine Conti</i>	
Bildungsprozess Selbstverwaltung	177
<i>Autoren</i>	181
LADOK – ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN	183

Grußwort

Erst als ich das weit gespannte Programm dieses zweiten interdisziplinären Kolloquiums des „Kasseler Internationalen Graduiertenzentrums Gesellschaftswissenschaften“ (KIGG) in die Hände bekommen habe, ist mir die Dimension des Workshops deutlich geworden, das Clarita Müller-Plantenberg so überaus lautlos organisiert hat. Die Idee, sämtliche Betreuerinnen und Betreuer inhaltlich miteinander verbundener Kasseler Doktorarbeiten im KIGG unter einer Fragestellung zusammenzubringen, ist wirklich sehr bestechend und in dieser Form meines Wissens einzigartig.

Vermutlich war nicht nur mir nicht bewusst, wie vielfältig und breit gestreut die Kompetenzen zu dem Themenfeld „Solidarische Ökonomie“ in und um Kassel herum sind. Denn beeindruckend ist natürlich auch die große Zahl von Mitbetreuern anderer Universitäten, die aus diesem Anlass den Weg nach Kassel gefunden haben. Vielen Doktoranden und Doktorandinnen, gewiss auch einigen der beteiligten Professorinnen und Professoren wird diese Dimension bislang unbekannt gewesen sein. Konzentriert und perspektivenreich wie selten werden hier Fragen der Promovierenden zu ihren Doktorarbeiten aufgegriffen werden. Außerdem ist es gut möglich, dass von diesem Kolloquium weitere Kooperationen über die Fächergrenzen hinweg entstehen. An größere Tagungsprojekte wäre zu denken. Vielleicht bildet sich hier aber auch die eine oder andere Arbeitsgruppe der Promovierenden, in denen bestimmte Fragen vertiefend behandelt werden könnten.

Damit erfüllt dieser Workshop eigentlich alle unseren zentralen Anliegen im KIGG, das ich im Folgenden ganz kurz vorstellen möchte:

Seit dem WS 2005/2006 haben sich nämlich Professoren und Professorinnen, wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Promovierende des FB 05 zusammengesetzt, um eine Struktur für ein Graduiertenzentrum zu entwickeln, das

- der Qualitätssicherung der Promotion am FB 05 dienen,
- die Promotionsmöglichkeiten des FB 05 nach außen deutlich machen,
- die Internationalisierung des Fachbereichs und der daran beteiligten Disziplinen weiter ausbauen,
- die Promotionszeiten verkürzen,
- den Anforderungen der Promovierenden Rechnung tragen und damit schließlich

- ein Zusammengehörigkeitsgefühl zum Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und der Universität Kassel bewirken sollte.

Das KIGG wendet sich damit an alle Promovierenden des Fachbereiches, in dem es bislang immerhin etwa 120 Promovierende gibt. Sie können an dem Begleitprogramm teilnehmen, das wir organisieren und wovon dieser Workshop ein wichtiger Teil ist. Die Doktorandinnen und Doktoranden des FB 05 können Mitglied einer Mailingliste werden und hoffentlich bald über Intranet miteinander kommunizieren. Vier Promovierende haben darüber hinaus die Möglichkeit auf einen Arbeitsplatz an der Universität. Die diesbezügliche Ausschreibung wird über die Mailinglisten gehen.

Mit all diesen Mitteln versuchen wir, die Kommunikation unter den Promovierenden wie unter den Betreuerinnen und Betreuern zu intensivieren. Am besten geht das aber noch immer, in dem man sich zusammensetzt – so wie hier in den nächsten zwei bis drei Tagen.

Mir bleibt also zunächst einmal nur noch Clarita Müller-Plantenberg für diese Initiative zu danken. Ich hoffe, dass dieses Beispiel Schule machen wird. Denn das KIGG ist das, was die Mitglieder des KIGG daraus machen. Dieser Workshop ist ein guter Anfang!

Ich wünsche allen viel Spaß und viel Erfolg.

Renate Dürr

Einleitung

Der Bildungsprozess beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie

Clarita Müller-Plantenberg

Willkommen in Kassel

Willkommen an dieser Hochschule, die aus dem demokratischen Projekt der *Gesamthochschule* (gegründet 1970) hervorgegangen ist. Die Zusammenfügung von Fachhochschulen mit der Neugründung einer Hochschule, durchlässig für Quereinsteiger aus Gewerkschaften stellte nicht nur ein demokratisches sondern auch ein interdisziplinäres Projekt dar, dass sich zudem auch schon früh einen nachhaltigen gesellschaftlichen Naturbezug auf die Fahnen geschrieben hatte, was in dem Slogan „Umdenken und Umschwenken“¹ zum Ausdruck kam.

Aufbau der Solidarischen Ökonomie

Dies ist eine Anregung von sozialen Bewegungen des Südens. Die Rolle der Universität bei der Inkubation von Gemeinschaftsbetrieben gibt der Universität einen hohen Stellenwert in der humanen, ökologischen und ökonomischen Entwicklung der eigenen Region nicht nur als Korrektiv in einer Situation der Entvölkerung strukturschwacher Regionen sondern auch als Reflexions-Aktions-Achse in Bezug auf die Bedingungen und realen Möglichkeiten einer nachhaltigen Entwicklung.

Bildung

Das Kasseler Internationale Graduiertenzentrum Gesellschaftswissenschaften (KIGG) ist der Raum, in dem sich die interdisziplinäre Debatte des interdisziplinären Nukleus für Solidarische Ökonomie der Universität Kassel realisieren kann, der aus Wirtschaftswissenschaftlern, Politologen und Sozialwissenschaftlern besteht. Gemeinsam werden auch Arbeiten zu solidarischer Ökonomie und Nachhaltigkeit interdisziplinär betreut zwischen Sozial- und Technikwissenschaften und zwischen Sozial- und Naturwissenschaften.

¹ Ivan Illich war zu der Zeit an der Gesamthochschule Kassel und publizierte dazu; der Umweltag in Würzburg 1980 stand unter demselben Motto „Anders Leben – umdenken und umschwenken“ etc.

Schon 2004 bildete sich auf Anregung aus Brasilien die Arbeitsgruppe Solidarische Ökonomie, die 2007 den gemeinnützigen Verein für die Förderung solidarischer Ökonomie gründete. Mehrere Doktor- und Diplomarbeiten,² zwei Sommerschulen,³ eine Reise mit nordhessischen Gewerkschaftern und Teilnehmern der Evangelischen Kirche Kurhessen Waldeck in die italienischen Genossenschaftsregionen⁴ sowie Besuche in Brasilien und aus Brasilien in Kassel schufen und schaffen hier einen intensiven Lernprozess.

Von Anfang an war die gemeinsame Planung mit anderen Universitäten sehr wichtig. Mitglieder der Universitäten in Berlin (Irmtraud Schlosser, Bernd Overwien – inzwischen in Kassel – und Manfred Liebel), die Universität Oldenburg (Wolfgang Nitsch), die Universität Hannover (Michael Buckmiller und Ulrike Gottschalk) und die Universität Kassel (Arbeitsgruppe Solidarische Ökonomie) haben in Vorbereitung der Sommerschule 2004 eine Kooperation begonnen. Dort war bereits Susanne Elsen von der Fachhochschule für Sozialarbeit aus München dabei. Später kamen Oliver Bierhoff und Hans Wienand von der Universität Münster und heute auch Hildesheim dazu. Über Studenten waren von Anfang an auch die Universitäten Gießen (Barbara Schweizer) und Köln (Manuela Gutiérrez Moreno) sowie Basel (Philipp Gießler) dabei.

Die Kooperation mit der Bewegungsakademie und ATTAC hat einen besonderen Stellenwert,⁵ da wir mit ihnen einen langen Vorbereitungsprozess des großen Solidarischen Ökonomie Kongresses im November 2006 durchgeführt haben.

Mit der Kirche,⁶ den Evangelischen Akademien (Hofgeismar⁷ und Meißen⁸) und der ökumenischen Bewegung⁹ gab und gibt es Kooperationen.

² Jacqueline Bernardi: Solidarische Ökonomie in Brasilien und Deutschland; Rosangela Alves de Oliveira: Die Universität und Solidarische Ökonomie – ein notwendiger Dialog (A Universidade e Economia Solidária – um diálogo necessário); Romeu Forneck: Die Strategien der Universität für die Nachhaltige Entwicklung („As Estrategias da Universidade pra o Desenvolvimento Sustentavel“); Alexandra Stenzel: Solidarische Ökonomie in Italien; Barbara Schweizer: „Vernetztes Wir“ Soziale Bewegungen und Solidarische Ökonomie in der Region Nordhessen“, diese Diplomarbeit wird an der Universität Gießen geschrieben aber mit unserer Arbeitsgruppe diskutiert.

³ C. Müller-Plantenberg, W. Nitsch, I. Schlosser (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa, Entwicklungsperspektiven 83/84, Kassel 2005; C. Müller-Plantenberg (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Europa, Betriebe und regionale Entwicklung, Entwicklungsperspektiven 85/86, Kassel 2007; Die Sommerschulen verabschiedeten Erklärungen, die die Grundlage für eine an gemeinsamen Werten orientierte Arbeit legen.

⁴ Zur Solidarischen Ökonomie in Italien entstand in der Folge – beruhend auch auf weiteren Studienaufenthalten – die Diplomarbeit von Alexandra Stenzel.

⁵ Der Vorbereitungsreader hierzu „Solidarische Ökonomie“ wurde von Elmar Altvater und Nicole Sekler kurz vor dem Kongress 2006 im VSA Verlag herausgegeben. Der Kongressband „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ wird von Sven Giegold und Dagmar Embshoff ebenfalls in Kürze im VSA Verlag erscheinen.

⁶ Die Jahrestagung „Wirtschaft, die dem Leben dient“ von der Abteilung Kirche und Arbeitswelt des Amt für Kirchliche Dienste, EKKW am 5./6. November 2005 in der Evangelische Akademie Hofgeismar bot die Möglichkeit zum Austausch über dieses gemeinsam während der Italienreise in die Genossenschaftsregionen erkundete Thema mit einer Reihe von Referaten, u.a. C. Müller-Plantenberg: Solidarische Ökonomie, Gesellschaftliche Antwort auf neoliberale Globalisierung, vgl. www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel.

⁷ Kooperationspartner im ESF-Projekt: Solidarische Ökonomie: Kartierung und Gründungsberatung am FB 5.

⁸ Tagung im März 07.

Mit den Gewerkschaften (GEW, DGB¹⁰) gab und gibt es Kooperationen, die allerdings sporadisch sind und erst in letzter Zeit eine Kontinuität aufweisen.

Es entstanden Kooperationen mit Belegschaften von Betrieben über die Gründung des Regionalen Nachhaltigkeitsforums, das bereits eine beachtliche Kontinuität seit November 2006 besitzt und sich dabei als regionale Kommunikations- und Informationsplattform für Betriebe und soziale Bewegungen bewährt, insbesondere bei der Vorstellung von Solidarischen Wirtschaftsunternehmen der Region, in der Auseinandersetzung mit Fragen der Selbstverwaltung, Inkubation, den regional strategischen Fragen von Solidarischen Unternehmen in den Bereichen Ernährung und Energie, sowie in Bezug auf Einrichtungen zur Unterstützung, Beratung und Förderung in den Bereichen Ausbildung und Finanzierung.

Mit ihm könnte nun auch unsere Kartierung der SÖ in Nordhessen regional partizipativ durchgeführt werden.¹¹

All dies sind Kommunikations- und Bildungsprozesse, die unser Thema sichtbar gemacht haben und Voraussetzungen für weitere Aktionen und für die gemeinsame Ausarbeitung von Schulungsprozessen sind. Hierbei sind die INNOVA in Leipzig und das Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation wichtige Bezugspunkte.¹²

Der gesamtgesellschaftliche Prozess wird jedoch nur dann beeinflusst werden können, wenn wir uns darüber verständigen, welchen Charakter eine SÖ und Nachhaltige Entwicklung haben können und das hängt von den jeweiligen sozialen Bewegungen und Interessen der Gruppen in- und außerhalb formaler Bildungsprozesse ab. Nur wenn wir uns darüber austauschen kann ein gemeinsames unserer soziokulturellen, ökologischen und wirtschaftlichen Situation entsprechendes Leitbild entstehen. Dieser Prozess hin zu einem gemeinsamen Prozess ist dringend erforderlich angesichts wachsender Ungleichheit, ökologisch scharfer Krisen und wachsender wirtschaftlicher Konzentration und Ungerechtigkeit in der Gesellschaft und in den Bildungsprozessen.

Wie kann der Bildungsprozess beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie gestärkt werden? Dies ist heute und morgen unser Thema.

⁹ Tagung in Hofgeismar im August 06.

¹⁰ Gemeinsame Studienreise „Solidarische Ökonomie in Italien“ 2005.

¹¹ Das Regionale Informationssystem der Solidarischen Ökonomie wurde von dem ESF Projekt „Solidarische Ökonomie – Kartierung und Ausbildung“ an der Universität Kassel in Kooperation mit dem Regionalen Nachhaltigkeitsforum Nordhessen und mit dem Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie als Instrument für die Identifizierung und Registrierung der Informationen von Unternehmen und Unterstützungseinheiten der Solidarischen Ökonomie in der nordhessischen Region vorbereitet. Erstmals wurde es in Brasilien vom Nationalen Sekretariat für Solidarische Ökonomie (SENAES) entwickelt, wo es bereits auf nationaler Ebene existiert. Projektgruppe Solidarische Ökonomie: Atlas der Solidarischen Ökonomie, Kassel 2008.

¹² Ausbildung in Gründungsberatung für Genossenschaften wird von der INNOVA angeboten. Bereits zwei Kurse dieser Art wurden von Burghard Flieger u.a. organisiert und der dritte Kurs ist bereits geplant.

Prozess

Zunächst sprechen wir von den Bildungsprozessen, die mit der Kartierung Solidarischer Wirtschaftsunternehmen und Einrichtungen zur Unterstützung, Beratung und Förderung einhergehen (Universitäten: Kassel, Münster sowie Technet Berlin). Ziel ist dabei eine Verständigung über die Methodologie, um ein Informationssystem Solidarische Ökonomie (ISÖ) nicht nur regional aufbauen zu können.

Sodann sprechen wir von inner- und außerschulischen Bildungsprozessen von Kindern und Jugendlichen und diskutieren zum Schluss gemeinsam über die wichtigsten gemeinsamen Möglichkeiten von Selbstverwaltung, Kooperation und Gemeinschaftsorientierung, die diesen Prozessen innewohnen.

Danach geht es um den Bildungsprozess im Aufbau der Solidarischen Ökonomie in den Universitäten: Kartierung und Gründungsberatung bzw. Inkubation von Gemeinschaftsbetrieben sowie die Einrichtung von AGs, Nuklei und regionalen Foren. Wie können unsere vorhandenen Ansätze über unsere einzelnen Ansätze hinaus sich ergänzen und gegenseitig stärken?

Schließlich hören wir zum Schluss Beiträge in Bezug auf die Bildungsprozesse in der Bewegungsakademie, über ATTAC, in Gewerkschaften und über außerschulische Bildungsträger – wie die Evangelische Akademie Hofgeismar, die Gewerkschaften (in Lateinamerika¹³), unabhängige Gründungsberatung einer Consulting und Arbeit in der Volkshochschule.

Aufbau Ganzheitlichkeit d.h. in- und außerhalb der Schulen

Diese Aufgaben – so unsere Überzeugung – stehen alle im Zusammenhang mit der Umorientierung unserer Gesellschaft, die auf einem Weg der Polarisierung und Umweltgefährdung ist, wenn die herrschenden Bildungsinhalte und Aktionen nicht stärker auf Alternativen ausgerichtet werden. Das heißt, dass die Verbreitung von Aktionen und Bildungsangeboten die symbolisch und praktisch andere Werte und schon existierende *better practices* zeigen, die auf Leuchtturmprojekte und auf die möglichen Austausch- und Aufbauprozesse aufmerksam machen, ist vital dafür, dass eine Chance sozialer Bewegungen wächst, nachhaltige Entwicklungsprozesse durchzusetzen. Für uns ist der Weg dahin die Solidarische Ökonomie.

¹³ Jacqueline Bernardi befasste sich in Ihrer Doktorarbeit mit Solidarischer Ökonomie in Brasilien und Deutschland, eine deutsche Kurzfassung erscheint in Kürze in den Entwicklungsperspektiven einer Reihe des Fachgebietes Soziologie der Entwicklung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel; Viviana Uriona schrieb ihre Diplomarbeit über die Krise in Argentinien, sie wird in Kürze in der Reihe Entwicklungsperspektiven an der Universität Kassel, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften erscheinen.

Soziale Ökonomie in Berlin Bündnisbildung und Mapping

Günther Lorenz

1. Entstehungszusammenhang und Konzept

Wir stellen hier Ergebnisse einer Studie vor, die in Kooperation mit der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und mit finanzieller Unterstützung der EU (EFRE Technische Hilfe) im Zeitraum September bis November 2007 erstellt wurde. Es handelt sich um eine Bestandsaufnahme und Potenzialerhebung sozialer Unternehmen in den Ziel-1-Fördergebieten von Berlin zur Entwicklung der regionalen Wirtschafts-, Sozial- und Infrastruktur. Mit ihr wurde erstmals eine Erhebung sozialer Unternehmen in Ost-Berlin zur Entwicklung der regionalen Wirtschafts-, Sozial- und Infrastruktur vorgenommen.

Sie entstand vor dem Hintergrund der Gründung des Bündnisses für Soziale und Solidarische Ökonomie in Berlin im Jahr 2006, das sich aus repräsentativen Organisationen der Sozialen und Solidarischen Ökonomie in Berlin zusammensetzt, der Mitgliedschaft der Stadt im REVES-Netzwerk¹⁴ und den Initiativen, die TechNet (Technologie-Netzwerk Berlin e.V.) im Zusammenhang mit dem Modellprojekt BEST (Art. 6 ESF) und BEST in Pankow (Wirtschaftsdienliche Maßnahmen) durchgeführt hat.

Ziele des Berliner Bündnisses sind:

- eine verbesserte Kooperation und wechselseitige Unterstützung;
- die Sichtbarmachung und Stärkung dieses bedeutenden Wirtschaftssektors;
- verbesserte Rahmenbedingungen und eine geeignete Förderpolitik des Senats im Dialog mit den politisch Verantwortlichen.

Das Bündnis verfolgt mithin das Ziel einer aktiven Informations-, Kommunikations- und Kooperationsstruktur nach innen und nach außen im Hinblick auf wirtschaftliche und politische Partner.

¹⁴ REVES ist das Europäische Netzwerk der Städte und Regionen für die Soziale Ökonomie mit Sitz in Brüssel.

Folgende Arbeitsaufgaben stellt sich das Bündnis in diesem Zusammenhang:

- Ausbau des Bündnisses;
- Dialogprozess mit den verschiedenen Ebenen der Landespolitik und -verwaltung;
- Informationen und Analysen zu Merkmalen, Umfang, Struktur, Leistungen und den ungenutzten Potenzialen des Sektors;
- Entwicklung von Unterstützungsstrukturen;
- Förderung von Bildung und Forschung
- Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit;
- Vorschläge für rechtliche, ökonomische und politische Rahmenbedingungen des Sektors

Im Rahmen des Bündnisses wurde eine Begriffsbestimmung zu sozialen Unternehmen vorgenommen:

„Soziale solidarische Unternehmungen in Berlin stellen in nennenswerten Umfang Arbeitsplätze bereit und erwirtschaften gesellschaftlichen Mehrwert, indem sie nützliche Produkte und Leistungen in der Stadt anbieten. Das sind insbesondere Unternehmen mit vorwiegend sozialen Zielsetzungen, deren Überschüsse ausschließlich oder überwiegend in soziale oder gemeinwesenbezogene Ziele investiert werden.“

(Auszug aus: Agenda und Arbeitsprogramm)

Ausgehend von den sozialen Bewegungen, die sie gegründet haben, kann man folgende soziale Unternehmenstypen in Deutschland unterscheiden:

1. Unternehmen der Genossenschaftsbewegung,
2. Wohlfahrtsorganisationen,
3. Stiftungen,
4. ideelle Vereinigungen,
5. Integrationsunternehmen benachteiligter Gruppen,
6. Freiwilligendienste bzw. -agenturen,
7. Alternativ-, Frauen- und Umweltbewegung,
8. Selbsthilfebewegung,

9. Soziokulturelle Zentren,
10. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften,
11. Tauschsysteme auf Gegenseitigkeit,
12. Nachbarschafts- und Gemeinwesenökonomieinitiativen.

In absteigender Reihenfolge sind hier zunächst Organisationen aus älteren und nachfolgend aus jüngeren sozialökonomischen Bewegungen aufgeführt. Im Folgenden bezeichnen wir diese Bewegungen, aus der soziale Unternehmen hervorgegangen sind, als Milieus. Es handelt sich hier um eine große Vielfalt ganz verschiedener Unternehmen, die sehr unterschiedliche Größen aufweisen und sich in vielen verschiedenen Handlungs- und Beschäftigungsfeldern betätigen.

Allgemein können folgende Arbeitsfelder – in Übereinstimmung mit Untersuchungen der Europäischen Union zum Beschäftigungspotential auf lokaler Ebene – als beschäftigungsrelevante Wachstumsfelder der Sozialen Ökonomie identifiziert werden:

- Ernährung und Wohnen,
- kleinräumige technische Systeme für Energie, Verkehr, Ver- und Entsorgung,
- gemeindenahe Dienstleistungen sozialer wie produktiver Art,
- lokale Kultur,
- Naherholung und Freizeitgestaltung,
- Umweltprävention und -reparatur,
- kommunale Infrastrukturleistungen.

Da sich soziale Unternehmen sowohl in ihre Entstehungsgeschichte als auch in ihren Zielsetzungen erheblich von anderen Unternehmensformen unterscheiden, ergibt sich, dass sie andere und innovative Formen der Arbeits- bzw. Unternehmensgestaltung entwickeln.

2. Methodologie

Die allererste Voraussetzung einer Erhebung ist die Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands; in diesem Fall die Bestimmung des Dritten Wirtschaftssektors der Sozialen Ökonomie und seiner Basiseinheiten, der sozialen Unternehmen. Wir verwenden hier eine vereinfachte Charakteristik sozialer Unternehmen, die im Wesentlichen mit den Definitionen der EU, einiger europäischer

Länder und relevanter internationaler Forschungseinrichtungen und -netzen übereinstimmt.¹⁵

1. Soziale Unternehmungen sind Wirtschaftsunternehmen zur Realisierung sozialer und /oder gemeinwesenbezogener Zielsetzungen.
2. Es handelt sich um Formen der Selbstorganisation bzw. Selbsthilfe von Bürgern, die sich von einem oder mehreren Mängeln in der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen betroffen fühlen.
3. Ihr wirtschaftliches Handeln ist den sozialen und / oder gemeinwesenbezogenen Zwecken untergeordnet und folgt dem Prinzip des „not-for-private-profit distributing“.
4. Das unternehmerische Handeln erfolgt auf gemeinschaftlicher, kollektiver oder kooperativer Basis.¹⁶

Bei der Identifizierung der Unternehmen haben wir jeweils diese vier Kriterien zugrunde gelegt, d.h. Unternehmen, die nicht allen diesen Kriterien genügen, wurden nicht in den Bestand aufgenommen. Für diejenigen Ost-Berliner Unternehmen, die wir bereits kannten und in vorgängigen Projekten¹⁷ erfasst hatten, konnten wir Aussagen darüber machen, ob diese Kriterien zutreffen. Für die große Mehrzahl derer, die wir nicht so genau kannten, musste im Fragebogen für die sozialen Unternehmen und ihre intermediären Organisationen ein Selektionsraster eingebaut werden, welches diese vier Kriterien erfasst.

Während uns die Entscheidung leicht fiel, die sozialen Ziele, die Share- bzw. Stakeholder und das Prinzip des „Not for private profit distributing“ zu definieren und zu identifizieren, fiel dies für das vierte Kriterium (Kooperation) sehr viel schwerer. Wir haben daher folgende Methodologie gewählt. Im Rahmen eines Fragebogens wurde erfragt, welche Stakeholder wie in welchem Maße in die Unternehmensprozesse involviert sind. Daraus konnte geschlossen werden, ob die Aktivitäten auf gemeinschaftlicher, kollektiver oder kooperativer Basis erfolgen. Fokusgruppengespräche bzw. Interviews mit den Mitgliedsverbänden unterstützten parallel diese Aussagen. Was das Not-for-private-profit-Prinzip betrifft, musste dieses in irgendeiner Form (Statut, Satzung, Vertrag, Versammlungsbeschlüsse) in den Unternehmensunterlagen schriftlich fixiert und nachprüfbar sein.

Die Konzentration auf Ost-Berlin stellte die Mitgliedsverbände bzw. Intermediäre der sozialen Unternehmen im jeweiligen Milieu vor große logistische Herausforderungen, hatte aber auch den Vorteil, sich auf eine besondere Region

¹⁵ International Research Organisation for the Public and Social Economy (CIRIEC), (CRIDA) French Research Group for democracy and autonomy, CECOP. European Confederation of Workers' Co-ops and Social Enterprises; EMES: Emergence of Social Enterprises.

¹⁶ Birkhölzer, Kramer 2002, S. 4.

¹⁷ Modellprojekt BEST (2002-2004), BEST in Pankow (2005–2007)

mit einem gemeinsamen historisch-kulturellen Hintergrund zu beschränken und ggf. in einem weiteren Schritt auch einen Vergleich mit West-Berlin vornehmen zu können. Man muss davon ausgehen, dass es im Ostteil der Stadt vor der Wiedervereinigung kaum soziale Unternehmen nach unserer Definition gab, es sich also hier tatsächlich um eine *Emerging Social Economy*¹⁸ handelt. Umso erstaunlicher ist dann doch die relativ hohe Anzahl solcher Unternehmen, die wir in unserer Studie ermitteln konnten.¹⁹

Unsere Arbeitsschritte hatten wir antragsgemäß in vier Schritte aufgeteilt:

1. Schritt:

- Sekundäranalyse vorhandener Informationen;
- Überarbeitung bestehender Verteiler, Entwicklung bzw. Überarbeitung von Frageraster und Interviewleitfäden;
- Kontaktierung von Verbänden, Dachorganisationen und Wissenschaftlern bzw. Forschungsinstituten

2. Schritt:

- Verteilung von Fragebogen an die Mitgliedsverbände
- Fokus-Interviews mit Verbandsfunktionären, Vertretern von Dachorganisationen und Wissenschaftlern

3. Schritt:

- Verarbeitung des Rücklaufs;
- Auswertung der Interviews und Fragebogen, ggf. verbunden mit Nachfragen und Ergänzungen

4. Schritt:

- Verschriftlichung der Informationen und Erstellung von Handlungsempfehlungen für politische Handlungsträger, Sozialpartner und Verbände (Dokumentation);
- Vorbereitung einer Veröffentlichung

Die Bestandsaufnahme haben wir aus eigenen Erhebungen und im Rahmen unserer Bündnisaktivitäten, durch Internet-Recherchen und über die Mitgliedsverbände etc. vorgenommen. Neben der Auswertung von Sekundärliteratur (vgl.

¹⁸ In etwa: ein sich im Aufbruch befindlicher Wirtschaftssektor. Dieser Titel war maßgeblich für die Benennung einer Internationalen Forschungsgruppe EMES zum Thema „Soziale Unternehmen in Europa“.

¹⁹ Allerdings wäre jeder Vergleich bzw. eine Gleichstellung mit anderen Branchenstudien z.B. zur Kultur- bzw. Kreativwirtschaft nicht angebracht, weil sich soziale Unternehmen zwar auch in der Kulturbranche betätigten - sie stellen i.d.R. jedoch keine Mikro-Unternehmen, weil es sich um kollektiv geführte Unternehmen handelt.

Literaturliste im Anhang) wurden über einen Fragebogen-Survey die wesentlichen Daten bei den Unternehmen und ihren Dachorganisationen abgefragt, deren Ergebnisse wir in den folgenden Kapiteln dokumentieren. Wir haben zur Potenzialerhebung darüber hinaus gezielt Fokus-Interviews mit intermediären Organisationen, Vorständen und Verbänden geführt, um insbesondere im Hinblick auf die Trends, Perspektiven und Potenziale repräsentative Aussagen zu erhalten.

Der Fragebogen wurde zunächst als Leitfaden für die Fokus-Interviews mit den intermediären Organisationen genutzt, die wesentliche Bereiche der Sozialen Ökonomie in Ost-Berlin bzw. Gesamt-Berlin abdecken.

3. Ergebnisse

Aufgabenstellung dieser Studie war es, den Bestand sozialer Unternehmen in den Ost-Berliner Bezirken zu erfassen, die Potenziale dieses Sektors zu erheben und Handlungsempfehlungen für künftige Wirtschaftspolitik in diesem Bereich zu geben.

Dies war erforderlich, weil kaum Kenntnisse über den Dritten Wirtschaftssektor, das ist die Soziale Ökonomie, in Berlin, vorliegen. Akzeptanzprobleme haben das umfangreiche Reservoir dieses Wirtschaftsbereichs verdeckt.

Hier liegen erstmals Aussagen und Handlungsempfehlungen vor, welche es ermöglichen, den Sektor zu stärken und damit einen Beitrag zu mehr Beschäftigung, bedarfsbezogenen Angeboten und sozialer Integration im Ostteil der Stadt zu leisten.

Aus den Erfassungen der dort vorhandenen Unternehmen, gezielten schriftlichen Befragungen und mündlichen Fokusinterviews ergaben sich folgende Befunde: In Ost-Berlin gibt es mindestens 988 soziale Unternehmen, die wir in einer Bestandsliste erfasst haben. Wir gehen davon aus, dass noch weit mehr soziale Unternehmen in Ost-Berlin existieren. Vor allem solche Betriebe, die nicht einem Verband beigetreten sind, lassen sich schwer ermitteln. Es handelt sich somit um eine Liste, die ständig ergänzt und aktualisiert werden sollte. Die meisten fanden wir im Verwaltungsbezirk Pankow (397), die wenigsten im Ortsteil Mitte (99) vor. Am stärksten waren sie im Milieu der ideellen Vereinigungen (248), am wenigsten im Milieu der Freiwilligenagenturen und der Tauschsysteme vorzufinden. Bei den Wohlfahrtsorganisationen und im Bereich der Selbsthilfebewegung waren soziale Unternehmen wiederum stark vertreten.

Dieser sehr vielseitige Wirtschaftssektor weist unterschiedliche Share- und Stakeholder auf: Von den befragten Organisationen hatten 44% individuelle Mitglieder, 62% Verbände und Vereine sowie 21% Unternehmen als Mitglieder. Die Unternehmen fanden sich zu je 54% und 56% in der Verbesserung der Lebensqualität bzw. in der Integration benachteiligter Gruppen wieder; bei 33% war die Bereitstellung von Arbeit(splätzen) Ziel der Organisation. Die von uns befragten Unternehmen nahmen keine private Gewinnentnahmen vor; der Groß-

teil hat seine Ziele in der (Vereins-)Satzung fixiert; 24% fixierten dies über (Gesellschafter-)Verträge und nur 12% über ihre Statuten. Die Gesamtaktivitäten haben statistisch gesehen eine breite Streuung: angefangen bei der Integration Ausgegrenzter erstrecken sie sich über die Verfolgung gemeinschaftlicher Aktivitäten, die Förderung ökonomischer Selbsthilfe, soziokulturelle Aktivitäten und Nachbarschafts-/Gemeinwesenarbeit bis hin zu finanziellen und nicht-monetären Tauschtätigkeiten.

Ökonomisch setzen die Unternehmen dies um über die Geschäftsbereiche Eingliederung (37%), Sport und Freizeit (35%), Gemeinwesenentwicklung und Kinderbetreuung (je 31%) sowie Bauen, Wohnen (13%), Verbesserung des öffentlichen Raumes (15%), Verkehr, Einzelhandel und Handwerk (8%, 6%, 12%). Bereiche wie Gastronomie und Denkmalpflege (je 10%), Recycling, Energie / Wasser und Umweltschutz (8%, 6%, 17%) runden das Bild ab.

Die Beschäftigtenstruktur der von uns Befragten umfasst ca. 1/3 Voll- und Teilzeit-Beschäftigte (30,1%), eine hohe Anzahl von über Hartz IV finanzierte MAE- bzw. entgeltfinanzierte Stellen und ABM (33%) sowie den für die Soziale Ökonomie typischen Mitarbeiterstab der freiwillig unbezahlten Kräfte (28,5%). Der Anteil der Auszubildenden liegt bei 6,7%, derjenige der Zivildienstleistenden und PraktikantInnen bewegt sich im marginalen Bereich. Der Großteil der MitarbeiterInnen unserer Fragebogenpartner befand sich im Umfeld des Stiftungssektors, der Beschäftigungsgesellschaften und der Wohlfahrtsorganisationen (31%, 23,8%; 19,3%). Der Frauenanteil war erwartungsgemäß besonders hoch im Alternativsektor (90%) und der Selbsthilfebewegung (84%); den Freiwilligendiensten (nahezu 100%) sowie den Tauschsystemen (64%), den Nachbarschafts- bzw. gemeinwesenökonomischen Initiativen (58%), bei den ideellen Vereinigungen, im Wohlfahrtsbereich und bei den soziokulturellen Einrichtungen, während er in unserem Sample bei den Beschäftigungsgesellschaften (32%) eher gering ausfiel.

Wenn Förderprogramme genutzt werden, dann sind es vor allem Bundes- (36,1%) und Landesprogramme (34,2%). Von den EU-Programmen wird hauptsächlich der ESF²⁰ (36,1%) genutzt; andere EU-Programme (7,6%) und insbesondere der EFRE²¹ (5,7%) sind bisher zu vernachlässigende Größen.

Aus unseren Erhebungen, den Angaben in den Fragebogenantworten und den Gesprächen mit Verantwortlichen und Experten ergibt sich aus unserer Sicht, dass

- die Produkt- und Dienstleistungsangebote dieses Sektors noch erweiterbar sind, um Angebote, welche die Stadtteile ökonomisch stärken können;
- ein großes Reservoir an noch temporär Beschäftigten²² (Arbeitsgelegenheiten, ABM etc., ca. ein Drittel) in sozialen Unternehmen vorhanden ist, das nachhaltig beschäftigt werden kann;

²⁰ ESF: Europäischer Sozialfonds.

²¹ EFRE: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung.

²² Nicht eingerechnet sind Arbeit suchende freiwillige MitarbeiterInnen.

- diese Angebots- und Beschäftigungspotenziale ausgeschöpft werden können, wenn der Entwicklungs- und Innovationsstau in diesen Unternehmen durch gezielte Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen aufgelöst wird.

Vor dem Hintergrund der Untersuchungsergebnisse empfehlen wir, verschiedene vorhandene Förderprogramme zu mobilisieren und verstärkt einzusetzen sowie Investitionen in diesem Unternehmenssektor zu fördern. Damit könnte zugleich ein erheblicher Beitrag zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in der Stadt geleistet werden.²³

Unsere empirische Studie bestätigt damit internationale wissenschaftliche Erkenntnisse, die diesen Sektor als beschäftigungsintensiven Wirtschaftsbereich mit hohem Wachstumspotenzial ansehen (vgl. die Ergebnisse von CIRIEC und Salamon / Anheier u.a. im Literaturverzeichnis).

Allgemeine Literatur

- Anheier, H.; Priller, E.; Seibel, W.; Zimmer, A. (Hrsg.), 1998: *Der Dritte Sektor in Deutschland*. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin
- Anheier, H., 1999: *Der Dritte Sektor in Europa*. 5 Thesen. London School of Economics, hektogr. Ms.
- Anheier, H., 2002: *Dritter Sektor. Ehrenamt und Zivilgesellschaft in Deutschland*. Thesen zum Stand der Forschung aus internationaler Sicht, in: Kistler, E.; Noll, H.-H.; Priller, E. (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts*. 2. Aufl. Berlin, S. 145 ff.
- BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft) Arbeit e.V. (Hrsg.), 1997: *Soziale Unternehmen in Europa*, Berlin
- BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft) Arbeit e.V., 2000: *Prozessbegleitung zur Entwicklung neuartiger Formen sozialen Unternehmertums*. Berlin
- Betzelt, S.; Bauer, R., 2000: *Nonprofit-Organisationen als Arbeitgeber*. Opladen
- Birkhölzer, K., 1994: *Lokale Ökonomie. Beschäftigungs- und Strukturpolitik in Krisenregionen*. Ein internationales Symposium. Berlin
- Birkhölzer, K., u.a. 1999: *Das Beschäftigungspotential Sozialer Unternehmen in 6 EU-Mitgliedsstaaten*. Forschungsbericht. Veröffentlichungsreihe der IFG Lokale Ökonomie 31d. Berlin

²³ Bei einer durchschnittlichen Mitarbeiterzahl von 95 und einem errechneten Anteil temporär Beschäftigter von 33%, die man in dauerhafte Beschäftigung überführen würde, könnte man allein in Ost-Berlin mindestens 30.000 Menschen mit Arbeitsplätzen versorgen.

- Birkhölzer, K., 2000: Zukünftige Potentiale und Chancen lokaler Ökonomieformen. In: Ihmig, H. (Hrsg.) *Wochenmarkt und Weltmarkt. Kommunale Alternativen zum globalen Kapital*. Bielefeld, S. 56-64
- Birkhölzer, K., 2001: *Das Dritte System als innovative Kraft*. Versuch einer Funktionsbestimmung. In Heß, D.; Schrick, G. (Hrsg.) *Die Region. Experimentierfeld gesellschaftlicher Innovation*. Münster, S. 16-30
- Birkhölzer, K.; Lorenz, G., 1998: *Integration ins Erwerbsleben durch Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften in der Region Berlin-Brandenburg*. Veröffentlichungsreihe der IFG Lokale Ökonomie 27. Berlin
- Birkhölzer, K.; Lorenz, G., 2001a: Grassroots local partnerships in the Federal Republic of Germany Instruments for social inclusion and economic interaction? In Geddes, M.; Benington, J. (Eds.) *Local Partnerships and Social Exclusion in the European Union. New forms of local social governance?* London and New York 2001, S. 92-110
- Birkhölzer, K.; Lorenz, G., 2001b: Spear, R. et al. (eds.) *Tackling Social Exclusion in Europe*. The contribution of the Social Economy. Aldershot 2001, S. 145-179
- Birkhölzer, K.; Kramer, L., 2002: Grundstrukturen und Erfolgsbedingungen innovativer Arbeits- und Unternehmensformen in sozialen Unternehmungen. Berlin, hektogr. Ms. (www.soziale-oekonomie.de)
- Borzaga, C.; Santuari, A. (eds.), 1998: *Social Enterprises and New Employment in Europe*, Trento
- Borzaga, C.; Defourny, J., 2001: *The Emergence of Social Enterprise*. Andover
- Borzaga, C. u.a., 2005: *The Social Economy as a tool of social innovation and local development*. OECD Conference 22-24 September 2005 in Trento, Italy. Background Report
- Campbell, M. 1999a: *The Third System*. Employment and Local Development. Leeds
- Campbell, M. 1999b: *Entwicklung und Beschäftigung im Dritten System*. Zusammenfassung In Europäische Kommission, Generaldirektion Arbeit und Soziales Pilotaktion "Drittes System und Beschäftigung". Brüssel
- CIRIEC (Centre International de Recherches et d'Information sur l'Economie Publique, Sociale et Coopérative), 2000: *The Enterprises and*

Organizations of the Third System A strategic challenge for employment. Université de Liège

Commission of the European Communities 1998: *Second Report on Local Development and Employment Initiatives*. The era of tailor-made jobs

CONSCISE (The Contribution of Social Capital in the Social Economy to Local Economic Development in Western Europe), 2005: *Research Report* www.conscise.mdx.ac.uk

Defourny, J.; Monzón Campos, J. (eds.), 1992: *Économie sociale / The Third Sector*. Brüssel

Defourny, J.; Favreau, L.; Laville, J.-L., 1998: *Insertion et nouvelle économie sociale*. Paris

Enquete-Kommission "Zukunft des bürgerlichen Engagements", Deutscher Bundestag (Hrsg.), 2002: *Bericht Bürgerschaftliches Engagement*. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen

Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestag (Hrsg.), 2002: *Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit*. Schriftenreihe Band 9. Opladen

Evers, A.; Rauch, U.; Stitz, U., 2002: *Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen*. Berlin

Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen gGmbH / GIB (Hrsg.), 1995: *Soziale Betriebe*. Bottrop

Grove, B.; Freudenberg, M.; Harding, A.; O'Flynn, D., 1998: *The Social Firm Handbook*. New directions in the employment, rehabilitation and integration of people with mental health problems. Bristol

Hentrich, J.; Hoß, D. (Hrsg.), 2002: *RKW-Diskurs. Arbeiten und Lernen in Netzwerken*. Eschborn

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1993: *Weißbuch Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung*. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert. Luxemburg

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1995: *Lokale Initiativen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung*. Luxemburg

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1996: *Erster Bericht über lokale Entwicklungs- und Beschäftigungsinitiativen*. Schlussfol-

- gerungen für territoriale und lokale Beschäftigungsbündnisse. Luxemburg
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2001: *Beurteilung der Umsetzung der Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2001*. Begleitdokument zum gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2001. Brüssel
- Laville, J.-L., 1998: *Perspectives for the social economy in Europe*. From the social enterprises to a civil and solidarity based economy. CRIDA-LSCI (National Centre of Scientific Research). Paris
- Laville, J.-L.; Nyssens, M., 2001 : *Les services sociaux entre associations*. Paris
- Leonardis, O. de; Mauri, D.; Rotelli, F., 1994: *L'Impresa Sociale*, Milano
- Lorenz, G.; Schillat, M. (2006): *Das Sozial-Audit-Verfahren für soziale Unternehmen*. Ein Handbuch. Berlin
- Lorenz, G., 2005: *BEST Berlin Development Agency for Social Enterprises and Neighbourhood Economy*. In (Contributions and Presentations of the) OECD Conference The Social Economy in Central East and South East Europe emerging trends of social innovation and local development. 22-23 September 2005, Trento
- Lorenz, G., Lichtsteiner, M.; Rohleder, A.M., 2005: *Legal provisions, models, practices and weaknesses in Germany*. In: Disadvantage and Enterprise Creation in Europe, S. 91 – 122
- Lorenz, G.; Birkhölzer, K., Schillat, M., 2005: *Lokale Partnerschaften in Europa*. Ein Überblick, in: Kodré, P.; Roggenkamp, M.; Roth, Ch.; Scheffelt, E. (Hrsg.): *Lokale Beschäftigungsbündnisse*. Europäische Perspektiven in Forschung und Praxis, edition sigma, Berlin, S. 119 – 136
- Lorenz, G. Schwarz, G., 2005: *Verbesserung der Qualität und Nachweis der Wirkung*. Berlin / London (Technologie-Netzwerk Berlin e.V. / Social Enterprise Partnership Great Britain)
- Mattioni, F.; Tranquilli, D., 1998: *Social Entrepreneurs The Italian Case*. Roma
- Molloy, A.; McFeely, C.; Connolly, E., 1999: *Building a Social Economy for the Millenium*. Derry
- Münkner, H. u.a., 2000: *Unternehmen mit sozialer Zielsetzung*. Neu-Ulm
- Pearce, J., 1996: *Measuring Social Wealth A study of social audit practice for community cooperative enterprises*. London
- Pearce, J., 2003: *Social Enterprise in Anytown*. London

Priller, E.; Zimmer, A., 2001: *Der Dritte Sektor. Wachstum und Wandel*. Gütersloh

Salamon, L.M.; Anheier, H.; (Hrsg.), 1999: *Der Dritte Sektor. Aktuelle internationale Trends*. The Johns-Hopkins Nonprofit Sector Project. Phase II. Gütersloh

Relevante Literatur für Ost-Berlin

Alscher, M.; Priller, E., 2007: *Zur Neugründung von Genossenschaften in Deutschland 2000 – 2006. eine Analyse zu den Ressourcen und Potentialen*. Berlin (Wissenschaftszentrum Berlin)

Berliner Service-Genossenschaft eG, M. Sobanski, 2003: *Genossenschaftliche Entwicklungsstrategien zur Schaffung und Sicherung neuer Arbeitsplätze in Stadtteilgenossenschaften und Beschäftigungsinitiativen unter besonderer Berücksichtigung von Beispielen aus Berlin, Brandenburg und Sachsen*. Studie im Auftrag der Otto Brenner Stiftung, Berlin

Bezirksamt Pankow von Berlin, (2007): *Das Bündnis für Wirtschaft und Arbeit Berlin-Pankow*. Berlin

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., 2002: *Die Freie Wohlfahrtspflege. Profil und Leistungen*. Freiburg i.Br. (Lambertus)

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, 2006: *Armut verhindert Teilhabe*. Jahresbericht

Marco Mundelius, 2006: *Die Bedeutung der Kulturwirtschaft für den Wirtschaftsstandort Pankow*. Forschungsprojekt. Endbericht im Auftrag des Bezirks Pankow, Berlin (DIW Berlin: Politikberatung kompakt 21)

Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin (Hrsg.), 2007: *Geschäftsbericht Juli 2006 – Juni 2007*. Berlin

Pankower Bündnis für genossenschaftliche und soziale Unternehmen, 2007: *Erfassung der Mitglieder*. Berlin (BEST)

FrauenUnternehmen, 2007: *Frauen Unternehmen 2007*. Branchen, Berlin, Umland. Berlin

Gesellschafter der arge Servicegesellschaften Berlin GbR (Hrsg.), 2007: *Monatliche Statistik der arge Servicegesellschaften (2006 bis 2007)*. Berlin

- Schulte, U. 2007: *Eine unbezahlbare Aufgabe*. Artikel in der taz v. 01.08.2007, 19
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, IVB 13 – Referat Soziale Stadt, 2003: *Zwischenbericht: Berliner Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie (BEST)*. Berlin (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin) November
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, IVB 13 – Referat Soziale Stadt, 2005: *Schlussbericht: Berliner Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie (BEST)*. Berlin (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin) Februar
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen (Pressestelle), 2007: *Kurz-Info Kulturwirtschaft / Kreativwirtschaft in Berlin*. Berlin
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin / Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, 2007: *Wirtschafts- und Arbeitsmarktbereich Berlin 2007*. Berlin
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin / Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Herausgeber), 2005: *Kulturwirtschaft in Berlin*. Entwicklung und Potenziale. Berlin
- Statistisches Landesamt Berlin, 2007: *Die kleine Berlin-Statistik 2006*. Berlin
- Verband für sozial-kulturelle Arbeit (Hrsg.), 1997: *Offen für Alle*. Nachbarschaftszentren. Berlin

Websites

http://www.diakonie-portal.de	Diakonisches Werk bbosl
http://www.geno-verband.de	gvn
www.genossenschaften-in-berlin.de	zdk
http://www.paritaet-berlin.de/	Der Paritätische
www.soziale-oekonomie.de	Technet
www.soziale-unternehmen-berlin.de	Der Paritätische
http://www.zdk-hamburg.de/	Zentralverband der Konsumgenossenschaften
www.stiftungsnetzwerk-berlin.de	Stiftungsnetzwerk Berlin

Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen 2008 - Kartierungsmethode Anstoß für einen regionalen Bildungsprozess

*Projektgruppe Solidarische Ökonomie Kassel
Clarita Müller-Plantenberg / Alexandra Stenzel*

Unter dem Slogan „Umlenken Umschwenken!“ setzte sich die Universität Kassel bei ihrer Gründung das Ziel, einen Bezug der Universität zur Region herzustellen. 2002 richtete unser Fachgruppen-Team¹ Soziologie der Entwicklungsländer in Vorbereitung des Weltgipfels für Soziale und Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (WSSD) einen Kongress mit dem Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD) zum Thema „Universitäten und Rio + 10, Wege zur Nachhaltigen Entwicklung, eine interdisziplinäre Herausforderung“ aus². Schon damals war für uns „Solidarische Ökonomie“ ein Aspekt der Nachhaltigkeit.³

Angesichts der Notwendigkeit, Studierende und Hochschulabsolventen auf die Berufs- und Arbeitswelt vorzubereiten, geht es auch darum, neue und sich ändernde Berufsfelder auszumachen und neue Wege der Existenzgründungen in Form von selbst verwalteten, solidarischen Betrieben zu gehen.

Diese Wege werden bereits seit langem in unseren Nachbarländern Italien, Spanien und Frankreich aber auch von unseren Partneruniversitäten in Brasilien, Venezuela und Kolumbien beschritten. Die Methode praxisorientierter universitärer Ausbildung geschieht also im Austausch und in der Zusammenarbeit mit europäischen Kollegen und Kolleginnen und mit unseren Partneruniversitäten in Lateinamerika im Sinne des Internationalisierungskonzeptes der Universität Kassel.⁴

¹ Fachgruppe Soziologie der Entwicklungsländer.

² DAAD/ GhK (Hrsg.): Universities and Rio + 10, paths to sustainable development in the region, an interdisciplinary challenge, Entwicklungsperspektiven, Kassel 2002.

³ Wir luden Prof. Dr. Paul I. Singer ein, der damals an der Universität von São Paulo lehrte, über den Aufbau der Solidarischen Ökonomie in Brasilien zu sprechen. Sein Aufsatz erschien in dem Tagungsband a.a.O. Paul Singer: Universities and the „solidarity economy“ – Lessons of the Brazilian experience. Ein Jahr später wurde er unter der Regierung von Luis Ignacio Lula da Silva zum Staatssekretär für Solidarische Ökonomie benannt.

⁴ www.uni-kassel.de, Gemäß dem Internationalisierungskonzept der Uni-Kassel werden „die Internationalisierung der Curricula und gemeinsame Studienangebote mit ausländischen Universitäten (Joint Study Modelle)“ angestrebt. „...eine weitere Internationalisierung im jeweiligen fachlichen Kontext (wird) als eine Kernaufgabe“ betrachtet, auf die in „Studiengangs-, Forschungs- und Strukturentwicklungsplanung“ eingegangen werden soll. Konkret gibt es Kooperation und Austausch in Bezug auf das Praxisorientierte Lernen und Forschen mit den Universitäten Tor Vergara in Rom und der Universidade de São Paulo, in der Incubadoras Tecnológicas de Cooperativas Populares als interdisziplinäre postgraduierte Einheiten eingerichtet worden sind wie ebenfalls in weiteren 40 Universitäten Brasiliens vgl. Sonia Kruppa: Volkskooperativen, eine neue Perspektive für die Universität, in: C. Müller-Plantenberg, Wolfgang Nitsch, Irma Schlosser (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa, Kassel 2005.

1. Das Informationssystem Solidarische Ökonomie Nordhessen ISÖ

a) Definition

Das Regionale Informationssystem der Solidarischen Ökonomie wurde von dem ESF-Projekt „Solidarische Ökonomie – Kartierung und Ausbildung“⁵ an der Universität Kassel in Kooperation mit dem Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V. und dem Regionalen Nachhaltigkeitsforum Nordhessen als Instrument für die Identifizierung und Registrierung der Informationen von Unternehmen und Unterstützungseinheiten der Solidarischen Ökonomie in der nordhessischen Region vorbereitet.

Erstmalig wurde die Kartierung der Solidarischen Wirtschaftsunternehmen (SWU) und Einrichtungen zur Unterstützung und Förderung (EUF) der Solidarischen Ökonomie in Brasilien vom Nationalen Sekretariat für Solidarische Ökonomie (SENAES) entwickelt, wo diese bereits auf nationaler Ebene existiert.

b) Ziele

Die Einrichtung des ISÖ ist auf folgende Ziele ausgerichtet:

- Erstellung eines regionalen Informationssystems der Solidarischen Ökonomie, um die Solidarischen Wirtschaftsunternehmen zu identifizieren und zu charakterisieren;
- Stärkung und Einbeziehung der Solidarischen Wirtschaftsunternehmen durch ein Kataster, die Erarbeitung von Katalogen für Produkte und Dienstleistungen, um die Vermarktung zu erleichtern;
- Beitrag zur Sichtbarmachung der Solidarischen Ökonomie;
- Unterstützung öffentlicher Prozesse zur Anerkennung Solidarischer Ökonomie als nachhaltiger Entwicklungsstrategie;
- Unterstützung der Formulierung staatlicher Maßnahmen;
- Unterstützung der Ausarbeitung eines adäquaten juristischen Rahmens für die Solidarische Ökonomie;
- Erleichterung der Entwicklung von Studien und Forschungen auf dem Gebiet der Solidarischen Ökonomie.

c) Richtlinien

Die Methode des ISÖ sieht die Realisierung von zwei Prozessen der Informationssammlung vor, die als Phase 1 (Identifizierung und Zusammenstellung der Listen) und Phase 2 (Informationssammlung über Besuche der Solidarischen Wirtschaftsunternehmen) bezeichnet werden sowie die Eingabe der Daten in das Informationssystem in Form einer Datenbank, die an eine Karte der Region gekoppelt wird.

⁵ C. Müller-Plantenberg, A. Stenzel: Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen, Entwicklungsperspektiven Nr. 94, Kassel 2008.

2. Solidarische Ökonomie im ISÖ

a) Konzepte und allgemeine Charakteristika

Solidarische Ökonomie ist eine andere Art zu produzieren, zu verkaufen, zu konsumieren bzw. zu leben. Indem die Arbeit kollektiv, solidarisch und hierarchiefrei organisiert wird, stellt die Solidarische Ökonomie eine Strategie für die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse dar.

Wichtige Prinzipien sind die Selbstverwaltung, Kooperation, ökologisches Handeln und Gemeinschaftsorientierung der Wirtschaftsunternehmen. Die Einrichtung regionaler Kreisläufe durch die Besinnung auf die regionalspezifischen Potentiale hat zusätzlich eine ökologisch und sozial stabilisierende nachhaltige Wirkung auf die Region. Die erwirtschafteten Gewinne fließen nicht mehr ab, sondern eine regionale Wertschöpfung kommt zustande.

Zu den Akteuren der Solidarischen Ökonomie zählen gemeinschaftliche suprafamiliäre Organisationen wie Vereine, solidarische Kreditsfonds, selbstverwaltete Betriebe, Produktionsgruppen, Tauschringe, Netzwerke, Regiogeld usw., die die folgenden Charakteristika aufweisen:

- **Selbstverwaltung** ein Mensch = eine Stimme, gemeinsame Entscheidungsprozesse, gemeinsames Eigentum an Kapital
- **Ökologisches Bewusstsein** Sensibilität bei der Nutzung von Material, Energie, Wasser und Fläche sowie Einbindung in regionale Kreisläufe
- **Kooperation** gemeinsames Nutzen von Eigentum und Gütern, Partizipation an solidarischen Netzwerken
- **Wirtschaftsunternehmen** mindestens eine Person ist in ihm angestellt bzw. alle Mitglieder haben einen wirtschaftlichen Zuverdienst durch ihre gemeinsame Tätigkeit in ihm
- **Gemeinwesenorientierung** Einsatz für die allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen der Gemeinschaft; solidarisches Verhältnis der Kulturen und Geschlechter untereinander; Unterstützung strukturschwacher Regionen

Diese fünf grundlegenden Charakteristika kommen nicht immer in idealtypischer Form vor. Vielmehr muss man sich um die Auslotung der maximalen und minimalen Ausprägung von den Charakteristika kümmern. Es muss sich immer um ein Wirtschaftsunternehmen handeln, wobei neben der Selbstverwaltung mindestens ein soziales Kriterium (Kooperation oder Gemeinwesenorientierung) gewährleistet sein muss. Die ökologische Orientierung kann, muss aber nicht

vorhanden sein. D.h. sie ist kein Ausschlusskriterium, da sie im Prozess erworben werden kann.

Um die Vorteile der Solidarischen Ökonomie nutzen zu können, muss gemeinsam über die einzelnen Organisationen hinaus ein Netzwerk der solidarischen Akteure entstehen, damit der Bedarf an hochwertigen Gütern und Dienstleistungen gedeckt werden kann.

b) Solidarische Wirtschaftsunternehmen

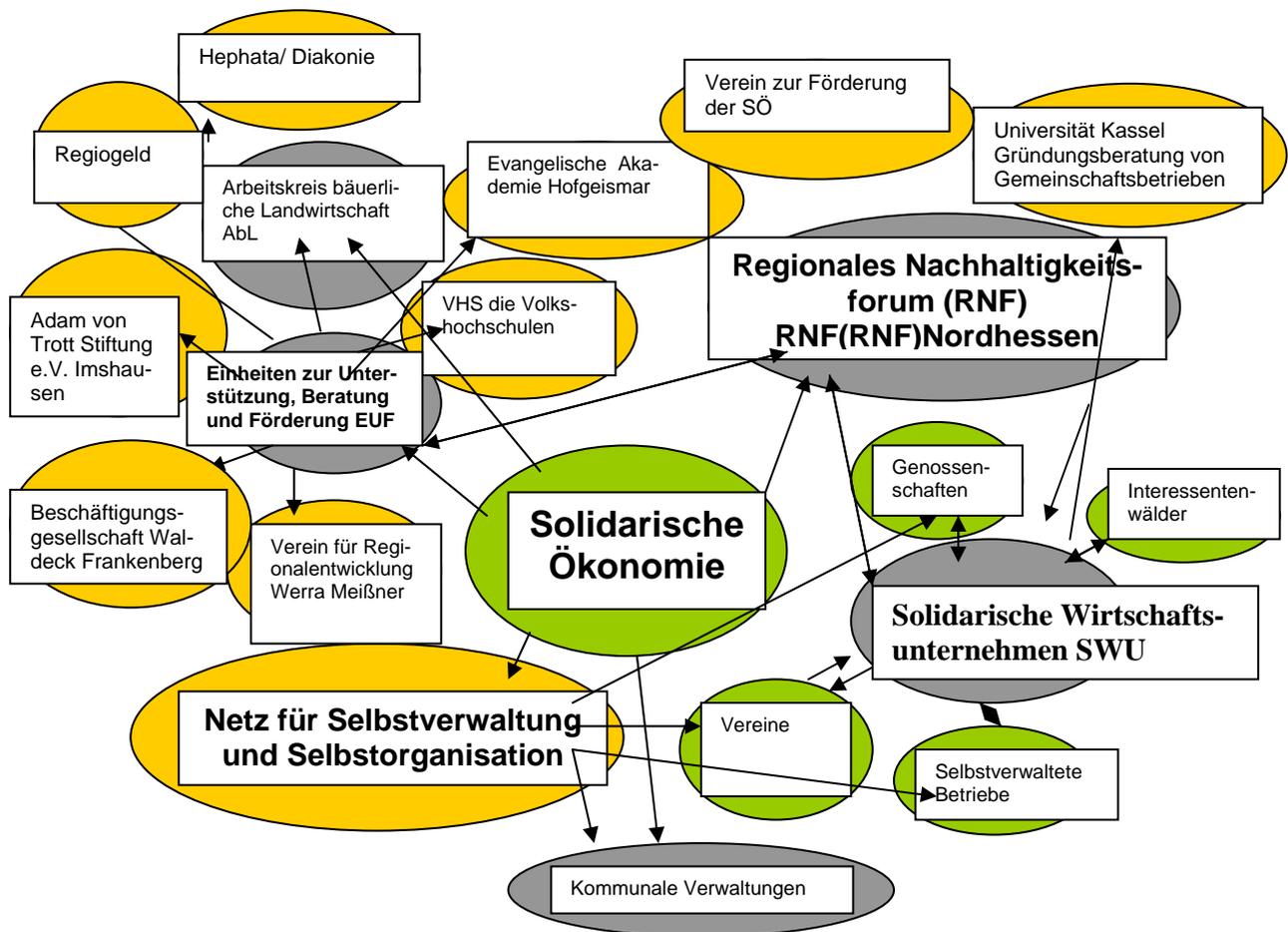
Das grundlegende Konzept des ISÖ erlaubt es, die Einheit, die untersucht werden soll, zu umschreiben, d.h. es stellt die Definition der Solidarischen Wirtschaftsunternehmen (SWU) als Organisationen dar:

- Sie sind kollektive und überfamiliäre Zusammenschlüsse (Vereinigungen, Genossenschaften, selbst verwaltete Betriebe, Produktionsgruppen, Tauschringe etc.), deren Mitglieder aus Stadt und Land ihre Tätigkeit und deren Resultate gemeinsam verwalten.
- Es sind dauerhafte, keine sporadischen Tätigkeiten, wie zum Beispiel gemeinsame Hilfe bei Umzügen oder andere derartige Aktionen. Es werden all jene Unternehmen erfasst, die bereits gegründet wurden, jene die bereits tätig sind oder sich im Prozess der Gründung befinden (wenn die Teilnehmergruppe zusammengestellt ist und die wirtschaftliche Aktivität des Unternehmens bereits definiert ist aber de facto noch nicht begonnen hat).
- Sie können legal registriert sein, aber ausschlaggebend ist die reale Existenz oder der normale Arbeitsablauf der Organisation.
- Sie realisieren wirtschaftliche Aktivitäten der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, der Kreditfonds, der Vermarktung (Kauf, Verkauf und Tausch von Inputs, Produkten und Dienstleistungen) und des solidarischen Konsums. Die wirtschaftlichen Aktivitäten müssen dauerhaft oder die Hauptsache sein, d.h. der Grund für die Existenz der Organisation.
- Sie sind einzeln oder komplex. Die Charakteristika beziehen sich also entweder auf das Einzelunternehmen oder auf Zusammenschlüsse von Vereinen oder Genossenschaften, Genossenschaftskomplexe, Unternehmensnetzwerke und ähnliches. Dann können sie danach unterschieden werden, ob sie auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene existieren.

c) Einrichtungen zur Unterstützung, Beratung und Förderung

Die Einrichtungen zur Unterstützung, Beratung und Förderung der Solidarischen Ökonomie (EUF) sind Organisationen, die den SWU in folgenden Bereichen behilflich sind: Ausbildung, Beratung, Inkubation, technische sowie organisatorische Unterstützung und Begleitung.

d) Solidarische Ökonomie in Nordhessen: die SWU und EUF



Die Solidarische Ökonomie weitet sich aus. Neben Solidarischen Wirtschaftsunternehmen und Einheiten zur Unterstützung und Förderung gibt es neue Akteure, wie z.B. die Kommunen. Die obige Karte zeigt einen Ausschnitt der Reichweite Solidarischer Ökonomie, ihrer Dimension und ihrer möglichen nachhaltigen Expansion in den nächsten Jahren.

3. Einbettung in die regionale Gesellschaft

Es entsteht das Bild guter Beratung, relativ seltener Finanzierungsschwierigkeiten und nur in einzelnen Kommunen stärkeren Vermarktungsschwierigkeiten der 142 nordhessischen SWU mit ihren 19003 Mitgliedern.

Wie weit diese SWU bereits Randgruppen integrieren, mag man selbst angesichts folgender Zahlen des Hessischen Statistischen Landesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit vom Juni 2008 ermessen:

zu einem Garanten für demokratische Selbstbestimmung und nachhaltige Entwicklung wird.

a. Kooperation

In der nordhessischen Region können wir von Dorfgemeinschaftstraditionen ausgehen, in denen die Kooperation im Alltag bei der Bewirtschaftung von Wald, Wiesen und Seen selbstverständlich war. Hier wie anderswo in Deutschland entstanden auch die frühen Genossenschaften, die von Herrmann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen ins Leben gerufen worden waren.

Später sorgten kriegerische Bedrohungen z.B. im Kalten Krieg dafür, dass sich in Nordhessen eine Bewegung gegen die geplante ABC-Kriegsführung⁶ breit machte. Atomare, Biologische und Chemische Waffen sollten gegen den im Fulda Gap erwarteten Vorstoß der sowjetischen Seite eingesetzt werden, daher wurde grenznahe Gruppenverlagerung vorgenommen und propagiert, dass man zum Angriff übergehen müssen sowie sich der Feind jenseits der Grenze bewege.

Insbesondere die Antiatombewegung nach Tschernobyl setzte sich für den Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) ein und schuf einen breiten Solidarisierungsprozess.

Heute gibt es nicht nur atomwaffenfreie Zonen sondern auch gentechnikfreie Zonen in Nordhessen, so z.B. die Höfe von 17 Landwirten im Landkreis Hersfeld-Rotenburg, in Witzenhausen, Kassel, Bad Zwesten, Kirchhain, Schöffengrund, Schotten etc. Gemeinsam wurden Felder besetzt, auf denen genetisch verändertes Saatgut (GVO) von Monsanto und anderen Agrarmultis ausgebracht worden war, oder man veranstaltete große Treffen gegen GVO-Aktivitäten⁷. So z.B. in dem Dorf Iba bei Bebra und Niedermöllering etc.. Kürzlich wurde in einem breiten Bündnis in Rauischholzhausen bei Marburg gegen die GVO Pläne der Universität Gießen auf deren Versuchsgelände protestiert.

Die Lebensmittelskandale (BSE, MKS)⁸ führten zu einer Bewusstseinsbildung über die notwendige Transparenz von Viehzucht und zu Solidarisierungsprozessen in Bezug auf Direktvermarktung von ökologisch erzeugtem Fleisch. Produzenten-Konsumenten-Genossenschaften entstanden und die biologische Viehzucht brachte eigene Marken (z.B. das Rhönschaf) und Siegel auf den Markt.

⁶ Atomare, Biologische und Chemische Waffen sollten gegen den im Fulda Gap erwarteten Vorstoß der sowjetischen Seite eingesetzt werden, daher wurde grenznahe Gruppenverlagerung vorgenommen und propagiert, dass man zum Angriff übergehen müssen sowie sich der Feind jenseits der Grenze bewege.

⁷ So z.B. in dem Dorf Iba bei Bebra. Kürzlich wurde in einem breiten Bündnis in Rauischholzhausen bei Marburg gegen die GVO Pläne der Universität Gießen auf deren Versuchsgelände bei Marburg protestiert.

⁸ Bovine spongiforme Enzephalopathie (BSE) ist eine auch als Rinderwahnsinn bekannte Tierseuche, Maul und Klauenseuche (MKS).

Gemeinwesenorientierung

Friedensbewegung, Antiatombewegung und Umweltbewegung fanden neue Formen der Vorsorge für das Gemeinwohl: Ostermärsche riefen zum Schutz des Grundwassers vor Verseuchung durch kriegerische Strategien auf, atomwaffenfreie Zonen entstanden⁹, selbstverwaltete Energieläden für Erneuerbare Energien sprossen aus dem Boden, Bauern schlossen sich zusammen und erklärten ihre Felder zu GVO-freien-Territorien. Selbstbestimmung der lokalen Gesellschaften nicht nur gegen Fremdbestimmung durch Krieg, risikoreiche Energieproduktion und Genmanipulation sondern Verantwortung für eigene transparente regionale Ernährung und Energieproduktion und nachhaltige Entwicklung kennzeichnen diese Gemeinwesenorientierung.

Selbstverwaltung

Der Prozess der Solidarischen Ökonomie erhielt in Nordhessen einen Auftrieb als im 19. Jahrhundert nach dem Hungerwinter von 1848 genossenschaftliche Zusammenschlüsse von Handwerkern, später Spar- und Konsumvereine bzw. Vorschuss und Kreditvereine sowie auch Distributiv- und Produktionsgenossenschaften im ländlichen Bereich – angeregt durch Hermann Schulze-Delitzsch¹⁰ – nach der Missernte von 1846 nach den Prinzipien von Selbsthilfe und Selbstverantwortung¹¹ Schule machten. Die Genossenschaften beruhten auf der Solidarhaftung, dem Erwerb von Genossenschaftsanteilen, der Beschränkung aller Leistungen auf die Genossen und der Ablehnung direkter Unterstützung durch den Staat. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden zudem die alten Huterechte der Dorfgemeinschaften in gemeinschaftliche Eigentumsrechte umgewandelt, so dass sich die Dorfbewohner gemeinsam um die Wälder in Dorfnähe kümmerten und sich dadurch gemeinschaftlich eine eigene Versorgung mit Brennholz für Kochen und Heizen sichern konnten. Ihre gemeinschaftliche Bewirtschaftung erstreckte sich weiterhin auf den gemeinsamen Viehtrieb (Schäfereien), die gemeinsamen Weiden (Allmenden) und mitunter auch auf gemeinschaftliche Bewirtschaftung der dorfnahen Teiche und Seen.

Kriege und Weltwirtschaftskrise stärkten diese Traditionen gegenseitiger Hilfe. Aber es gab auch einen Abschwung gemeinsamer Bewirtschaftungs- und Lebensgewohnheiten und Einrichtungen zum Beispiel durch wachsende Konkurrenz, Konzentration des Landbesitzes, steigende Abhängigkeit von auswärtigen Produktions- und Versorgungsstrukturen und die darauf folgende Abwanderung aus den strukturschwachen Regionen.

Eine neue Gründungswelle selbstverwalteter Produktions- und Dienstleistungsbetriebe im Zuge der Studenten-, Antiatom- und Umweltbewegungen war

⁹ z.B. in einem Kasseler Stadtteil <http://www.spd-wehlheiden.org/index2.html>.

¹⁰ eigentlich Franz Hermann Schulze 1808-1883.

¹¹ Die Genossenschaften beruhten auf der Solidarhaftung, dem Erwerb von Genossenschaftsanteilen, der Beschränkung aller Leistungen auf die Genossen und der Ablehnung direkter Unterstützung durch den Staat.

Ende des 20. Jahrhunderts zu verzeichnen, gekennzeichnet durch innovative Technologien, neue pädagogische Konzepte, ein Beharren auf ökologischem Wirtschaften und Selbstverwaltung. Wie die Studien von Frank Heider und anderen über hessische selbstverwaltete Betriebe von 1988 und 1997 zeigten, hatten jedoch nur ca. die Hälfte dieser Betriebe Bestand.¹²

Heute kann man davon ausgehen, dass selbstverwaltete Betriebe in der Regel nicht überleben können, wenn sie sich nicht auch nach außen in Kooperationen mit Produktions- oder Dienstleistungsgemeinschaften (Konsortien) bzw. –ketten begeben. Auf diesem Gebiet können wir im 21. Jahrhundert bereits eine Reihe organisatorisch und technologisch innovativer „Leuchtturmprojekte“ wahrnehmen, komplexe Solidarische Wirtschaftsunternehmen, die die Solidarität nach innen mit einer Solidarität nach außen verbinden.

5. Komplexe SWU

a) Kooperation

Solidarische Wirtschaftsunternehmen entstehen als Zusammenschlüsse von Personen oder aber als Kooperationen einzelner Vereine, Wirtschaftsunternehmen bzw. anderen juristischer Personen mit dem Ziel, den einzelnen Unternehmen durch Kooperation bessere Produktions- und Vermarktungsmöglichkeiten zu verschaffen. So hatten im Auf und Ab des Prozesses der Herausbildung solidarischer Ökonomie selbstverwaltete Unternehmen oftmals nicht allein die Kraft selbstverwaltet weiter zu bestehen. Sie wurden zu Unternehmen Einzelner, die sich dann mit anderen Unternehmen in bestimmten Kooperationsbeziehungen zusammenschlossen:

Ein Beispiel ist der RegioBunt Lützelstrauch (vgl. Google Map).¹³ 1996 haben sich sechs Betriebe aus der nahen Region in und um Alheim zum RegioBunt Lützelstrauch, einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), zusammenschlossen. Ziel der Gemeinschaft ist es, selbsterzeugte landwirtschaftliche und handwerkliche Produkte gemeinsam zu vermarkten, traditionelle Handwerks-techniken und die damit verbundenen ökologischen Kreisläufe zu vermitteln sowie ein handlungsorientiertes Bildungskonzept unter dem Motto "Lernen durch Erleben" umzusetzen.“

¹² Frank Heider, Margreth Mevissen, Burkhard Blüm: (Selbstverwaltete Betriebe in Hessen. Forschungsbericht, Frankfurt 1988) untersuchten selbstverwaltete Betriebe mit mindestens 3 Arbeitern. Ein Jahrzehnt später wurde diese Untersuchung wiederholt.

¹³ <http://www.regiobunt.de> Dazu gehören der Biohof Brandau in Baumbach Tel. 06623-7850, der Demeterhof und Käserei Kirchhof in Oberellenbach www.kirchhof-oberellenbach.de, die Sterkelshäuser Korbflechte-rei www.korbmacher.de, die Keramikwerkstatt Geissler Tel. 05664-7782, das ökologische Schullandheim und Tagungshaus Licherode www.oekonetz-licherode.de sowie die Teppichweberei Habbishaw in Homberg-Rückersfeld info@habbishaw.de.

Ein weiteres Beispiel ist Gastliche-Märchenwelt (vgl. Google Map).¹⁴ Die Hotels kooperieren in ihrer Werbung und repräsentieren jedes für sich ein anderes Märchen: „Im Sommer 2007 beginnt eine neue Geschichte in Nordhessen, dem Märchenland der Brüder Grimm und Ursprung vieler Sagen. Gastronomen, die in ihren Häusern einem Grimm'schen Märchen oder einer spannenden Sage besondere Referenz erweisen, schließen sich zur *Gastlichen Märchenwelt* zusammen. Ihnen, unseren Gästen, sprechen wir mit märchenhaft-leckeren und sagenhaft-köstlichen Speisen, Angeboten und Programmen eine herzliche Einladung aus, uns in Deutschlands Mitte, im schönen Nordhessen, zu besuchen.“

Beide Kooperationen sind Zusammenschlüsse von Unternehmen, die ausgehend von einem gemeinsam erarbeiteten Konzept in der Werbung für ihre Produkte und Dienstleistungen kooperieren.

Bei dem dritten Beispiel, dem Netz Wehlheiden e.G., ist dies ähnlich. Es handelt es sich um fünfzehn Handwerksbetriebe.¹⁵

„*Unsere Genossenschaft ist ein verbindlicher Zusammenschluss von Handwerksunternehmen, Freiberuflern, Dienstleistern und Privatmenschen.*“

Ziel der Genossenschaft ist: „die Entwicklung gemeinsamer zukunftsorientierter Arbeitsweisen, sowie die Absicherung und Erweiterung des sozialen Umfeldes von Bewohnerinnen und Bewohnern im Stadtteil Wehlheiden, Kassel, sowie Umland.“

Der genossenschaftliche Arbeitsauftrag laut Satzung lautet: „Die Genossenschaft unterstützt ihre Mitglieder, insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen durch: die Vermittlung von Aufträgen, Verkauf von Produkten auf dem Gebiet der Bau-, Gartenbau und Haustechnik; Das Anbieten von Arbeiten im Bereich des Energiesparens und der Energietechnik, Durchführung eigener Projekte im Bau- und Sanierungsbereich und Bürodienstleistungen für Mitglieder.“

Ab Juli 2008 werden sie die Beratung für den Energiepass für Immobilienbesitzer durchführen.

Der Prozess zum erweiterten Aufbau Solidarischer Ökonomie ist offen. Es ist möglich, dass die Kooperation sich auf weitere Bereiche ausdehnt bzw. in einem weiter gesteckten Rahmen regionale Selbstverwaltung fördert.

¹⁴ http://www.nordhessenserver.de/de/448c1ab7-2378-7ee9-c1e9-b74ee46dea7d_p1.html Die Hotels kooperieren in ihrer Werbung und repräsentieren jedes für sich ein anderes Märchen (Parkhotel Emstaler Höhe; Hotel Goldflair am Rathaus Korbach; Café Nenninger Kassel; Erlebnispark Ziegenhagen; Landguthotel Zur Warte in Witzenhausen; Braushaus Knallhütte; Dornröschenschloss Sababurg).

¹⁵ Netz Wehlheiden e.G. [http://cl-netz.kommunikationssystem.de/Contraste/Schwerpunktthema:-Stadtteilgenossenschaften-\(Einleitung\)-58814.html](http://cl-netz.kommunikationssystem.de/Contraste/Schwerpunktthema:-Stadtteilgenossenschaften-(Einleitung)-58814.html) vgl. Auch Artikel in: *Contraste* «Energetisch Rational» von Sabine Conti – Ab Juli 08 wird eine Energiepass für alle Immobilienbesitzer Pflicht. Das Netzwerk Wehlheiden e.G. ist für bestens gerüstet, Immobilien energetisch fit zu machen.

b) Erzeugergemeinschaften

Solidarische Wirtschaftsunternehmen können auch dadurch entstehen, dass einzelne Unternehmen Erzeugergemeinschaften bilden, um gemeinsam Vermarktungsprobleme zu lösen oder um die Möglichkeit gemeinsamer Vermarktung ihrer Produkte aufrecht zu erhalten.

Ein Beispiel dafür ist die Upländer Bauernmolkerei, die von Landwirten beliefert wird¹⁶

„Wir, die Bäuerinnen und Bauern der Milcherzeugergemeinschaften Hessen und Westfalen, bewirtschaften unsere Höfe nach den Richtlinien des Bioland Verbandes - kontrolliert vom Stall bis in das Kühlregal! Wir liefern nicht nur die Milch für unsere Produkte, sondern verarbeiten die Rohmilch in unserer eigenen Molkerei und vermarkten unsere regionalen Qualitätsprodukte in eigener Regie. Wir arbeiten natürlich ohne Gentechnik!“

c) Ketten

Solidarische Wirtschaftsunternehmen können auch zum Motor regionaler Entwicklung werden, wenn sie die Wertschöpfung von der Produktion des Rohstoffes über die Vermarktung bis hin zum Verkauf in solidarischen Ketten zusammenfassen. Das bedeutet, dass die Unternehmen, die die einzelnen Glieder dieser Kette bilden, solidarisch kooperieren, gegebenenfalls auch mit Unterstützung der jeweiligen Kommune bzw. des entsprechenden Landkreises.

Ein Beispiel ist die regional biologische Schulversorgung im Schwalm Eder Kreis¹⁷: „Nicht erst seit dem Pisa-Schock setzen die politisch Verantwortlichen in Deutschland verstärkt auf die Ganztagschule. Mit der Ausweitung von Unterricht und Betreuung in der Nachmittagszeit stellt sich für die Verantwortlichen aber nun verstärkt die Frage nach dem richtigen Verpflegungssystem. Denn ohne ein gesundheitsförderndes Mittagessen, so die Maßgabe des hessischen Kultusministeriums, kann kein Nachmittagsunterricht stattfinden, und die Schulen können auch nicht als Ganztagschule anerkannt und gefördert werden.

Gesunde Schulverpflegung mit Lebensmitteln aus regionalen Bioprodukten ist realisierbar. Ein Modellprojekt "Regional-biologische Schulverpflegung", das derzeit von der Universität Kassel mit Förderung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft durchgeführt wird, zeigt das.

Wie Projektleiter Dietmar Groß aus Homberg betont, geht es darum, "gemeinsam mit Akteuren auf den verschiedensten Ebenen praxisorientiert Lösungsvorschläge zu entwickeln und zu erproben". Die Aufgabenstellung ist nahe liegend, aber nicht einfach. "Die Nahrungsmittel", so Dietmar Groß, selber Biolandwirt, "sollen möglichst aus der Region stammen, frisch eingesetzt werden und einen hohen Bioanteil aufweisen". Dazu werden Partnerschaften zwischen

¹⁶ <http://www.bauernmolkerei.de/index.php?id=4724&=6e47be4585b1d795a8970b47d8c7c0b5>.

¹⁷ <http://www.rnf-nordhessen.de/?id=35>; <http://www.uni-protokolle.de/nachrichten/id/106574/>.

Schulen, Lieferanten und kleineren Küchenbetrieben aufgebaut. Regionale Partner sind dabei Hephata-Ausbildungsküche in Treysa und die "Starthilfe" in Homberg.

"Oberstes Ziel ist es", wie Dietmar Groß erläutert, "die regionale Wertschöpfung zu stärken und gleichzeitig das Ernährungsbewusstsein unserer Kinder zu fördern."

In dieser einjährigen Studie konnten noch nicht alle Solidarischen Wirtschaftsunternehmen (SWU) und Einrichtungen zur Unterstützung, Beratung und Förderung (EUF) erhoben werden, das heißt die Kartierung wird weitergehen, um das Informationssystem Solidarische Ökonomie Nordhessen (ISÖ) zu vervollständigen und dadurch eine wissenschaftliche Grundlage für die Organisation des Austausches von Information und Kommunikation unter den SWU und EUF für den weiteren Aufbau und die Konsolidierung der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen zu erstellen (vgl. Google Map www.rnf-nordhessen.de). Das Informationssystem Solidarische Ökonomie (ISÖ) bildet eine Grundlage zur Ausarbeitung der erforderlichen Rahmenbedingungen zur Stärkung der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen.

In Zukunft werden außerdem qualitative Studien der SWU in Angriff genommen, um ihre Potentiale und Probleme zu erfassen und auf Grund der gewonnenen Kenntnisse bessere Ausgangsbedingungen für eine qualifizierte Stärkung und Erweiterung sowohl der einfachen als auch der komplexen SWU zu schaffen.

7. Ökologie

Solidarische Wirtschaftsunternehmen sind um einen langfristigen Erhalt der Umwelt bemüht. Ihre Solidarität erstreckt sich auch auf die zukünftigen Generationen und ihre Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung.

Daher wird die ökologische Praxis der SWU in Bezug auf deren Umgang mit den Inputs in Produktion von Gütern und Dienstleistungen (Energie, Material, Wasser und Fläche bzw. Raum) sowie auf deren Umgang mit den Emissionen erfragt.

Dabei geht es uns um eine Analyse des Naturverbrauchs der einzelnen SWU, ihren gegenwärtigen ökologischen Umgang mit In- und Outputs. Die Frage ist, ob SWU in lokalen Ökonomien und regionalen Foren eine stabile Lebensgrundlage und damit Bedingungen für einen langfristigen Naturbezug schaffen. Gemeinwesenorientiertes Vorgehen für eine nachhaltige Regionalentwicklung macht unabhängig und ermöglicht Selbstverwaltung.

Kartierung – Anstoß für einen regionaler Bildungsprozess

Aktionsforschungsmethoden wie die Kartierung stoßen auf unterschiedlichen regionalen Ebenen einen Bildungsprozess an, der für die Etablierung der demokratischen Wirtschaftsform wichtig ist.

Zum einen erfasst das Forscherteam unterschiedliche Formen der Solidarischen Ökonomie, entdeckt bzw. wiederentdeckt neue und alte solidarische Wirtschaftsstrukturen und Aktionsfelder. Durch den direkten Kontakt zu den SWU und EUF erfährt die Forschungsgruppe von positiven Beispielen der Solidarischen Ökonomie, aber auch von negativen Prozessen der Entdemokratisierung ehemals selbstverwalteter Unternehmen. Interessant ist auch die Erkenntnis während des Forschungsprozesses, dass die Solidarische Ökonomie starke regionale Unterschiede und regionale Potentiale aufweist, auf die das Forschungsteam reagieren muss.

Bei den untersuchten SWU und EUF stößt die Befragung einen Reflexionsprozess über die eigenen Organisationsstrukturen an. Die Mitglieder erkennen durch die detaillierten Fragen, wo in ihrem Unternehmen Schwächen aber auch Stärken liegen. Einige Unternehmen sind sich vor der Befragung nicht bewusst, welches Potential für eine regionale nachhaltige Entwicklung in ihnen steckt, und dass sie die Subjekte und Träger dieser Entwicklung sind. Somit regt die Kartierung die SWU an, bewusster mit ihrem Konzept des demokratischen Wirtschaftens in die Öffentlichkeit zu gehen und dem demographischen Wandel in der strukturschwachen Region entgegenzutreten.

Durch die Koppelung der reinen Forschungstätigkeiten mit der Öffentlichkeitsarbeit in den fünf Landkreisen und der Stadt Kassel wird eine Bewusstseinsbildung bei den SWU und EUF, den Konsumenten und den kommunalen bzw. regionalen öffentlichen Vertretern angeregt. Durch die Zusammenkunft unterschiedlicher Akteure bei den Veranstaltungen bemerken sie, dass diese nach anderen Prinzipien strukturierte Wirtschaft ein Bestandteil der Region ist, der bisher nur nicht sichtbar war. Durch die Kartierung können die Akteure aus der „gefühlten“ Vereinzelung herausgeholt werden, da eine Vernetzung in der Region mit anderen für sie leichter wird. Somit verbreitet sich auch das Wissen der Einzelnen auf Andere und über die Landkreisgrenzen hinaus.

Nachhaltigkeitsberichterstattung und kommunale Lernprozesse in einer gemeinwesenorientierten Ökonomie

Hans Diefenbacher

Die Fragestellung

Mit dem folgenden Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, ob eine statistische Berichterstattung über bestimmte Aspekte der Nachhaltigkeit – in einem Land, einer Region oder einer Kommune – Lernprozesse in Gang setzen können, die für die Entwicklung einer gemeinwesenorientierten Ökonomie förderlich sind. Nach der Klärung der wesentlichen Begriffe, die in dem Beitrag verwendet werden, wird ein bestimmtes Berichtssystem zur Lokalen Nachhaltigkeit vorgestellt und erste Erfahrungen aus der Arbeit mit diesem System ausgewertet.

Gemeinwesenorientierte Ökonomie

Der Begriff der gemeinwesenorientierten Ökonomie soll hier für eine Reihe verschiedener, teilweise nahezu synonym verwendeter Begriffe stehen, die alle eine Wirtschaftsform beschreiben sollen, die sich in ihrer Gesamtheit von der Wirtschaftsweise des industriell-kapitalistischen oder neoliberalen Wirtschaftssystems unterscheidet: Man findet neben „gemeinwesenorientierte“ auch die Bezeichnungen „lokale“ oder „solidarische“ Ökonomie, seltener auch die Begriffe der „partizipativen“ oder der „Gemeinwohl“-Ökonomie. In einem Handbuch der lokalen Ökonomie habe ich – zusammen mit Richard Douthwaite – die Unterschiede der Grund-Paradigmen wie folgt beschrieben:¹

„Unter einer gemeinwesenorientierten Wirtschaftsweise verstehen wir ein System, in dem die meisten Menschen oder Familien die Produktionsmittel besitzen, die sie benötigen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das kann eine Werkstatt sein oder ein Einzelhandelsgeschäft, eine Praxis, ein Bauernhof oder ein Fischerboot. Natürlich können sich in einer solchen Ökonomie einzelne Menschen oder Familien mit anderen zusammenschließen und ihre Produktionsmittel – etwa in Form einer Genossenschaft – gemeinschaftlich besitzen und bewirtschaften. Mit dem Begriff der industriellen Wirtschaftsweise bezeichnen wir hingegen ein System, in dem wirtschaftliche Aktivitäten in erster Linie unternommen werden, um Gewinne für Anteilseigner zu erzielen. In diesem System bringen normalerweise

¹ Douthwaite, Richard/Diefenbacher Hans (1998): Jenseits der Globalisierung - Handbuch für eine lokale Ökonomie. Mainz: Grünwald, 53.

einzelne oder Gruppen von Investoren Kapital auf und beschäftigen Angestellte und Arbeiter, die ihre Unternehmensideen dann ausführen und dafür Löhne und Gehälter bekommen, die von den Investoren als zu minimierende Kosten betrachtet werden – jedenfalls zählt eine Steigerung der Lohnsumme in der Regel nicht zu den Zielen eines solchen Unternehmens. In einem gemeinwirtschaftlichen System verschulden sich Menschen, um sich selbst anzustellen, wenn ihnen das für ihre Unternehmen nötige Kapital fehlt, und der Lohn, den sie sich selbst auszahlen, ist das eigentliche Ziel ihrer wirtschaftlichen Aktivität. Um ein häufiges Missverständnis erst gar nicht aufkommen zu lassen: Es ist keineswegs so, dass gemeinwesenorientierte Ökonomien technikfeindlich oder gar bewusst technologisch rückständig sind – es sind im Vergleich zum industriellen System lediglich andere Entscheidungskriterien, die über den Einsatz bestimmter technischer Mittel in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen entscheiden.“

Der Unterschied zwischen dem industriellen und dem gemeinwesenorientierten System besteht jedoch nicht nur darin, dass in dem einen die Lohnsumme minimiert und der Kapitalertrag maximiert und in dem anderen die Fremdkapitalkosten minimiert und eine breite Palette von Leistungen – darunter auch das Geldeinkommen – maximiert werden soll, wobei diese Leistungen jenen zugute kommen, die an der betreffenden wirtschaftlichen Aktivität direkt partizipieren. Susanne Elsen gibt fünf Kriterien als „strategische Handlungsweisen“ an, über die sich Unternehmen der gemeinwesenorientierten Ökonomie definieren:²

- „1. Demokratische Unternehmenskultur (nominales Stimmrecht: one person, one vote);
2. inklusives Eigentum (Nutzungseigentum);
3. bedarfswirtschaftliches Handeln (nicht primär profitorientiert);
4. Gewinnverwendung (Zweckbindung des Gewinns);
5. soziale Einbindung.“

Carola Möller betont mit ihren Charakteristika gemeinwesenorientierten Wirtschaftens noch stärker die lokale Dimension, wenn sie vor allem auf eine „direkte und ökologisch sinnvolle Bedürfnisbefriedigung einer Gruppe, einer Nachbarschaft, eines Dorfes oder eines Stadtviertels und wiederum untereinander

² Elsen, Susanne (2007): „Die soziale Ökonomie des Gemeinwesens – eine sozialpolitische Entwicklungsaufgabe“, in: Europäischer Masterstudiengang „Gemeinwesenentwicklung, Quartiermanagement und Lokale Ökonomie“ an der Hochschule München (Hrsg.): Gemeinwesenentwicklung und Lokale Ökonomie. Neu-Ulm: AG SPAK, 29 – 62 (Zitat 36).

der vernetzter Zusammenhänge³ abhebt. Kriterien für ein solches „nicht-patriarchalisches Wirtschaften“⁴ werden hier unter anderem wie folgt definiert:⁵

- Als ursprüngliche Intention: der Gedanke der Selbstversorgung und Selbsthilfe;
- Bedürfnisbefriedigung der jeweils gemeinsam Wirtschaftenden;
- Tätigkeiten mehrheitlich im lokalen Umfeld;
- notwendige Eigenarbeit mehrheitlich als unbezahlte Arbeit;
- nicht-patriarchale Arbeitsteilung;
- Wirtschaftseinheiten als lernende Organisationen
- ökologisch sinnvolles Wirtschaften;
- Konsensorientierte Entscheidungsfindung in basisdemokratischen Prozessen.

Auch der in anderen Forschungslinien verwendete Begriff des „Dritten Sektors“ ruht auf den Kriterien eines Vorrangs gemeinwesenorientierter Zielsetzungen, der gemeinwirtschaftlichen Gewinnverwendung und kooperativer Organisationsformen auf.⁶

Wie gezeigt werden konnte, beziehen sich einige Begriffsbestimmungen einer gemeinwesenorientierten Ökonomie explizit auf die Notwendigkeit einer ökologisch verträglichen Produktionsweise. In anderen Definitionen wird die ökologische Dimension implizit über die Bedingung einer zukunftsfähigen Organisation der Ökonomie aufgenommen. Es liegt daher nahe, die Entwicklung einer gemeinwesenorientierten Ökonomie mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit zu verknüpfen und zu prüfen, inwiefern Instrumente und Methoden aus jenem Kontext auch für Zielsetzungen der gemeinwesenorientierten Ökonomie verwendet werden können.

³ Möller, Carola (1997): „Überlegungen zu einem gemeinwesenorientierten Wirtschaften“, in: Stiftung Fraueninitiative Köln (Hrsg.): Wirtschaften für das ‚gemeine Eigene‘ – Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften. Berlin: Trafo Verlag, 17 – 32 (Zitat 18).

⁴ Ibid.

⁵ Zusammenfassung nach Ibid, 18f.

⁶ Vgl. z.B. Birkhölzer, Karl (2004): „Entwicklung und Perspektiven des Dritten Sektors in Deutschland – Bilanz eines Forschungsvorhabens“, in: ders./Kistler, Ernst/Mutz, Gerd (Hrsg.) (2004): Der Dritte Sektor – Partner für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Wiesbaden: VS-Verlag, 9 – 34, hier 11 f.

Das Leitbild der Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist als politische Vision in den letzten Jahren zunehmend salonfähig geworden. Wer das Schicksal zukünftiger Generationen bei seinen – heutigen – Entscheidungen mit in Betracht ziehen will, muss sich mit der Frage befassen, ob die Entwicklungen, die wir heute in Gang setzen, auch den zukünftigen Generationen als Handlungsoption offen stehen. Wie lange können wir in Deutschland täglich über 120 Hektar Fläche neu durch Straßen oder Gebäude versiegeln? Wann wäre dann der letzte Quadratmeter der Republik verbraucht? Wie lange könnte eine Wirtschaft jährlich um 2 Prozent wachsen, bis das Zehnfache, das Hundertfache des Ausgangsbetrages erreicht ist? Gibt es irgendeine Argumentationsfigur, mit der sich das rasant zunehmende Artensterben vor zukünftigen Generationen verantworten ließe? Viele unserer heutigen Verhaltensweisen in Konsum und Produktion stehen in Zukunft ebenso wenig offen wie die Zielsetzungen, an die wir uns als Orientierungsmarken für politische Entscheidungen – etwa „für mehr Wachstum“ – gewöhnt haben.

Hier bietet das Leitbild der Nachhaltigkeit bekannterweise eine andere Perspektive. Besonders konsensfähig ist die Definition der „World Commission on Environment and Development“, der sogenannten Brundtland-Kommission, die nachhaltige Entwicklung in ihrem Abschlussbericht vor 18 Jahren als eine Entwicklung beschreibt,⁷ „... die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“. Viele politische Ansätze und wissenschaftliche Arbeiten nehmen diese Begriffsbestimmung zur Grundlage. Auf dieser Ebene der Abstraktion ist Zustimmung leicht erreichbar.

Aber dieser weit reichende Konsens ist trügerisch. Er beginnt sich nämlich bereits bei der Frage aufzulösen, welche Bereiche in Politik und Gesellschaft angesprochen werden müssen, wenn „Nachhaltigkeit“ mehr sein soll als eine wohlklingende Worthülse.

Um den Begriff der Nachhaltigkeit für konkrete Politik nutzen zu können, muss er operationalisiert werden. Zunächst muss festgelegt werden, welche räumliche Ebene betrachtet werden soll: die ganze Welt, ein Kontinent, ein Staat, eine Region oder eine Kommune. Dann muss bestimmt werden, welche Themen und Problemstellungen berücksichtigt werden sollen. Dafür bieten sich verschiedene Wege an. Man kann aus Managementregeln der Nachhaltigkeit⁸

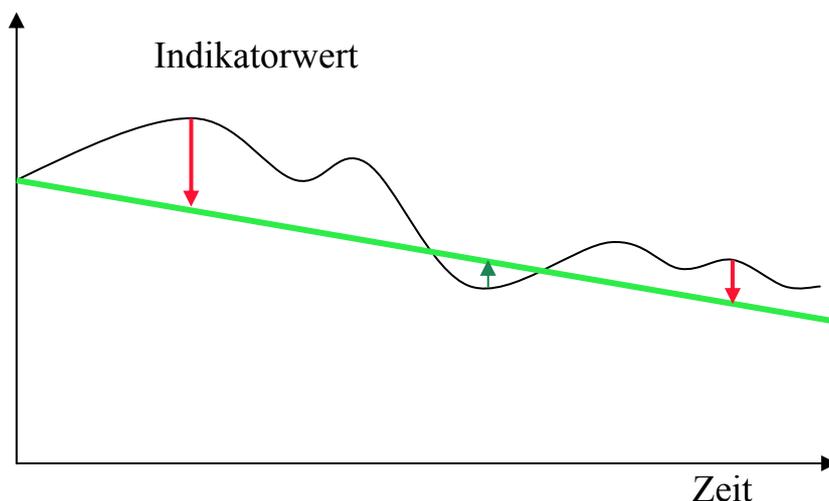
⁷Übers. bei Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp, 46. Die deutsche Übersetzung verwendet hier jedoch den Begriff der „dauerhaften“ anstelle der „nachhaltigen“ Entwicklung.

⁸ So hat die Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ hat den Grundbestand der Nachhaltigkeitspostulate von Daly und El Sarafy ergänzt und insgesamt fünf Managementregeln für eine nachhaltige Entwicklung formuliert: (1) Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll ihre Regenerationsrate nicht überschreiten. Diese Regel fordert die Aufrechterhaltung der ökologischen Leistungsfähigkeit; (2) Nicht erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität der erneuerbaren sowie der nicht erneuerbaren Ressourcen geschaffen wird; (3) Stoffeinträge in die Umwelt sollen die Belastbarkeit der Umweltmedien nicht überschreiten, wobei alle Funktionen der Umweltmedien zu berücksichtigen sind; (4) Das Zeitmaß anthropogener Einträge beziehungsweise Eingriffe in die Umwelt muss in einem

diejenigen Fragestellungen ableiten, die unverzichtbar betrachtet werden müssen; man kann auch in einem partizipativen Prozess die jeweils betroffenen Menschen in einer Kommune oder einer Region in den Entscheidungsprozess zur Themenauswahl einbeziehen. Eine Kombination beider Vorgehensweisen wurde in einem Projekt der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) Mitte der Neunziger Jahre gewählt,⁹ aus dem schließlich ein Leitfaden zur Nachhaltigkeitsberichterstattung auf kommunaler und regionaler Ebene entstand.¹⁰

Die Themen, die in einer Nachhaltigkeits-Strategie angegangen werden sollen, müssen jedoch weiter operationalisiert werden. Zu den Themen müssen Ziele formuliert werden: mindestens in Form einer Entwicklungsrichtung, die in Zukunft verfolgt werden soll – etwa: möglichst wenig Siedlungsabfälle. Verbindlicher sind in jedem Fall quantitative Zielsetzungen, die in einem bestimmten Zeithorizont erreicht werden sollten. Um solche „Soll-Ist-Vergleiche“ durchführen zu können, ist es notwendig, die entsprechenden Zielerreichungsgrade durch geeignete Indikatoren abzubilden. So wird im nachfolgenden Schaubild ein linear sinkender Zielwert eines Indikators dargestellt, etwa für einen Schadstoffwert, der über die Zeit abnehmen soll; ist der aktuelle Indikatorwert schlechter als der Zielwert, liegt er in diesem Beispiel also über dem Zielwert, könnte man von einer „Nachhaltigkeitslücke“ bei diesem Teilziel der Nachhaltigkeit sprechen.

Abbildung 1
Die „Nachhaltigkeitslücke“



ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der für das Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen; (5) Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit durch anthropogene Eingriffe sind zu vermeiden; vgl. Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Hrsg.) (1998): *Abschlussbericht*. Bonn: Deutscher Bundestag.

⁹ Vgl. Diefenbacher, Hans/Karcher, Holger/Stahmer, Carsten/Teichert, Volker (1997): *Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich - ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren*. Heidelberg: FEST.

¹⁰ Diefenbacher, Hans/Dümig, Dorothee/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2000): *Leitfaden Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21*. Heidelberg: FEST, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage Heidelberg: FEST 2008.

Anforderungen an Nachhaltigkeitsindikatoren

Damit Indikatoren der Nachhaltigkeit nicht nur im akademischen Umfeld, sondern dann auch in der politischen Praxis wirksam werden können, müssen sie eine Reihe von Qualitätskriterien erfüllen.¹¹ Ist dies nicht gegeben, so laufen die Bemühungen, die Diskussion um den Begriff der Nachhaltigkeit durch ein Indikatorensystem zu versachlichen, in Gefahr, exakt das Gegenteil zu bewirken. Indikatoren der Nachhaltigkeit sollten daher

- relevant, das heißt von politischer Bedeutung sein;
- transparent sein, das heißt, der Rechenweg und die Erhebungsmethode der Daten muss für Außenstehende gut nachvollziehbar sein;
- repräsentativ sein, mit anderen Worten: das jeweilige Teil-Ziel der Nachhaltigkeit muss durch den Indikatoren paradigmatisch abgebildet werden;
- verständlich und gut kommunizierbar sein;
- zielgebunden sein, das heißt, die jeweiligen Indikatoren sollten eindeutig dahingehend interpretierbar sein, ob das jeweilige Teilziel der Nachhaltigkeit angenähert wird oder nicht;
- reproduzierbar sein: andere Personen müssen, wenn sie die Datenerhebung und die Rechenmethode anwenden, zu denselben Ergebnissen gelangen;
- aktualisierbar sein: die Zeitreihe des Indikators sollte in nicht allzu langen Intervallen fortgeschrieben werden können;
- praktikabel sein; die entstehenden Kosten und das erforderliche Know-How muss möglichst mit den vorhandenen Ressourcen bewältigt werden können;
- schließlich anpassungsfähig sein, das heißt: bei gebotener Kontinuität der Darstellung sollte ein Indikatorensystem offen sein für die Integration neuer inhaltlicher und methodischer Erkenntnisse.

Kernindikatoren der lokalen Nachhaltigkeits-Berichterstattung

Im bereits oben erwähnten Indikatorensystem zur kommunalen Nachhaltigkeits-Berichterstattung der FEST wurde ein System aus Kern-Indikatoren und Zusatz-Modulen mit weiteren Indikatoren gewählt. Während alle Kommunen oder Regionen, die sich für die Arbeit mit dem System entscheiden, die Kern-Indikatoren ausfüllen sollten, können die verschiedenen Zusatz-Module immer dann gewählt werden, wenn in der betreffenden Kommune oder Region ein besonderes Interesse an dem betreffenden Thema besteht. Folgende Zusatz-Module sind bislang ausgearbeitet worden:

¹¹ Die folgende Zusammenstellung orientiert sich an Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002: Vierter Bericht des Beirats für Umweltökonomische Gesamtrechnungen. Wiesbaden: Selbstverlag; im Internet unter <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/UmweltoekonomischeGesamtrechnungen/VierteStellungnahmeBeiratUGR.psml>

- Naturschutz und Artenvielfalt
- Umwelt und Gesundheit
- Energie und Klimaschutz
- Verkehr und Mobilität
- Abfall und Abwasser
- Bevölkerungsstruktur
- Siedlungsstruktur
- Arbeit
- Bildung und Ausbildung
- Lokale Ökonomie
- „Eine Welt“

Tabelle 1 auf der folgenden Seite zeigt die Teil-Ziele der Nachhaltigkeit und die dazu gehörigen Kern-Indikatoren in diesem System, Tabelle 2 die Indikatoren des Zusatz-Moduls Umwelt und Gesundheit.

Tabelle 1: Kern-Indikatoren des Indikatorensystems der FEST**Ökologie**

- A1 *Geringe Abfallmengen:* Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner
- A2 *Möglichst niedrige Luftverschmutzung:* Veränderung des Bestandes an Flechten
- A3 *Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen:* Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche
- A4 *Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen:* Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag
- A5 *Möglichst niedriger Energie-Einsatz:* Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh pro Einwohner
- A6 *Umwelt- und sozial verträgliche Mobilität:* Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner

Ökonomie

- B1 *Gleichmäßige Verteilung von Arbeit:* Arbeitslosenquote (differenziert nach Frauen und Männern)
- B2 *Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad:* Anteil der auf dem Wochenmarkt angebotenen Nahrungsmittel aus der Region
- B3 *Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur:* Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen
- B4 *Hohe Preisniveaustabilität:* Preisindex der Mieten
- B5 *Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte:* Kommunale Schulden je Einwohner in Euro
- B6 *Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes:* Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit

Gesellschaft / Soziales

- C1 *Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen:* Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohner
- C2 *Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung:* Anzahl der Auszubildenden je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

- C3 *Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur:* Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo
- C4 *Hohes kulturelles Angebot:* Bestand an Medien in nichtwissenschaftlichen öffentlich zugänglichen Bibliotheken pro 1.000 Einwohner
- C5 *Hohes Gesundheitsniveau:* Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen
- C6 *Hohes Sicherheitsniveau:* Bekannt gewordene Straftaten je 1.000 Einwohner

Partizipation

- D1 *Hohes ehrenamtliches Engagement:* Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner
- D2 *Hohes demokratisches Engagement:* Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament und bei Bürgermeisterwahlen
- D3 *Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit:* Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts
- D4 *Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben:* Anteil der Frauen im Kommunalparlament
- D5 *Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen:* Kommunale Ausgaben für Kinder - und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts
- D6 *Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess:* Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Einwohner

Tabelle 2: Zusatz-Modul Umwelt und Gesundheit

- N5: *Vorzeitige Sterblichkeit*: Sterblichkeit vor einem Alter von 65 Jahren, bezogen auf 100.000 Einwohner, differenziert nach Männern und Frauen
- N6: *Kinder und Jugendliche mit allergischen Erkrankungen*: (a) Anteil der Kinder und Jugendlichen (0 – 18 Jahre) mit allergischen Erkrankungen, hilfsweise: (b) Veränderung der Zahl der allergischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen nach Einschätzung der Kinderärzte am Ort
- N7: *Zufriedenheit mit der Gesundheit*: Zufriedenheit mit der Gesundheit in der Bevölkerung über 18 Jahren (Repräsentativbefragung)
- N8: *Versorgung mit Ärzten*: Zahl der Vertragsärzte der kassenärztlichen Vereinigung pro 1.000 Einwohner

Erfahrungen mit Nachhaltigkeits-Berichterstattung auf lokaler Ebene

Mittlerweile liegen über weit über 50 Nachhaltigkeitsberichte auf Grundlage des Leitfadens vor.¹² Dabei umfassen einige Berichte zahlreiche Kommunen; so liegen etwa Berichte über alle Kommunen im Landkreis Würzburg, im Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim und für den baden-württembergischen Enzkreis vor.¹³ Einige Kommunen haben sich von vornherein für kontinuierliche Berichterstattungsprozesse entschieden: So sind etwa für Karlsruhe, Friedrichshafen und Aschaffenburg Strukturen in der Verwaltung geschaffen worden, die es sehr wahrscheinlich machen, dass Berichte auch weiterhin in regelmäßigeren Abständen vorgelegt werden. In anderen Gemeinden gibt es nach einigen Jahren nun eine Wiederholung der Berichterstattung, ohne dass damit sichergestellt ist, dass der Prozess auch sicher weiter geht; dies gilt unter anderem für Radolfzell und Hockenheim.

¹² Die baden-württembergischen Nachhaltigkeitsberichte sind zum großen Teil über das Internet-Angebot des Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) abrufbar: <http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/1870/>.

¹³ Emmert, Sonja (2002): Lokale Agenda 21 in Stadt und Landkreis Würzburg – GIS-gestützte Analyse mittels eines Indikatorensystems. Universität Heidelberg: Dipl.arbeit; Diefenbacher, Hans/Wachowiak, Marta et al. (2007): Indikatoren zum Flächennutzungsplan 2015 des Nachbarschaftsverbandes Heidelberg-Mannheim – Durchführung eines Indikatorenkonvois für die 18 Gemeinden des Nachbarschaftsverbandes Heidelberg-Mannheim, Mannheim: Nachbarschaftsverband. im Internet unter <http://www.nv-hd-ma.de> → Projekte → Indikatoren → Bericht zur Methode und Ermittlung; <http://www.nv-hd-ma.de> → Projekte → Indikatoren → Indikatorensatz pro Kommune enthält die 18 Berichte über die Kommunen des Nachbarschaftsverbandes und eine Projektbeschreibung; Velarde Velarde de Noack, Marie/Diefenbacher, Hans (2008): Nachhaltigkeitsberichte für die Kommunen im Enzkreis. Heidelberg: FEST (im Erscheinen).

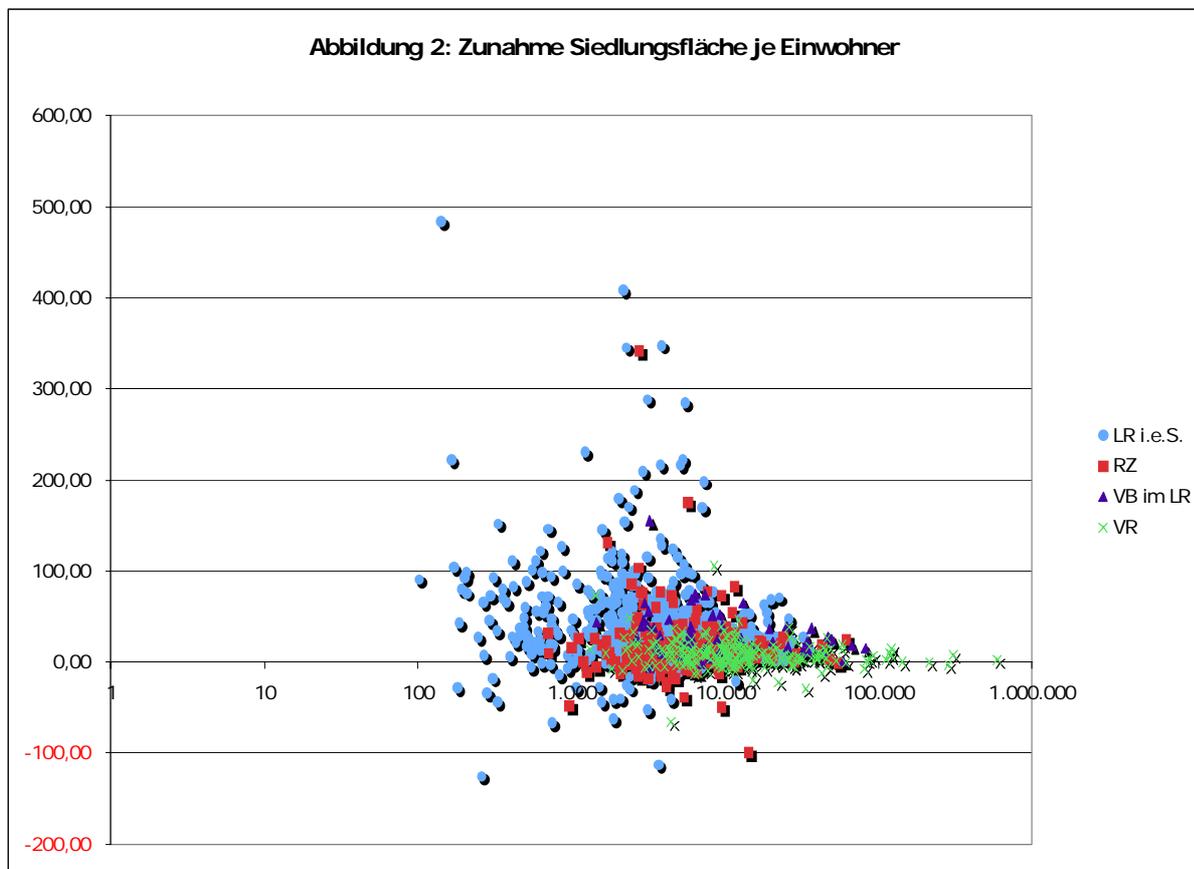
Bei der Arbeit mit dem Indikatorensystem wurde sehr schnell deutlich, dass Kommunen unterschiedlicher Größe in der Regel sehr verschieden damit umgehen. Größere Kommunen mit einer ausdifferenzierten Ämterstruktur können in der Regel mehr leisten als „nur“ die Kern-Indikatoren des Leitfadens zu erheben und entscheiden sich dann häufig für umfangreichere und detailliertere Berichtssysteme. Dabei darf dann nicht unterschätzt werden, dass bereits die Erarbeitung und Abstimmung der Zusatz-Module erheblichen Zeitaufwand benötigen kann. In kleineren Kommunen und in den Fällen, in denen die Arbeit am Bericht tatsächlich überwiegend von Agenda-Gruppen getragen wird, kann es zu Überforderungen kommen, insbesondere dann, wenn niemand mit statistischer Fachkompetenz verfügbar ist. Die Teilziele der Nachhaltigkeit¹⁴ erfahren jedoch in großen wie kleinen Kommunen eine sehr hohe Akzeptanz.

Eine große Ambivalenz besteht gegenüber Vergleichen mit anderen Kommunen. Manche Kommunen lehnen Vergleiche strikt ab und betonen die Eigenständigkeit ihrer Entwicklung. In nicht wenigen Kommunen, die mit Nachhaltigkeits-Indikatoren arbeiten, herrscht explizit die Meinung vor, keine Vergleiche durchführen zu wollen, sondern sich auf die Analyse der jeweils eigenen, langfristigen Entwicklung zu konzentrieren. Neben internen kommunalpolitischen Argumenten, die gegen derartige Vergleiche sprechen, werden oft auch statistisch-methodische Gründe angeführt, die die Durchführung und Interpretation von Ergebnissen derartiger Vergleiche problematisch erscheinen lassen. Dazu zählt häufig die mangelnde Verfügbarkeit einer langfristigen und zuverlässigen, in den Erhebungsmethoden nach einheitlichen Kriterien erfasste Datenbasis.

In anderen Kommunen hingegen ist der Vergleich mit Nachbar-Kommunen, der Vergleich im Landkreis oder mit dem Schnitt von Baden-Württemberg oder Deutschland das eigentliche Ziel, sich bei der Nachhaltigkeits-Berichterstattung zu engagieren. Zum Teil sind Kommunen auch mit Initiativen von außen konfrontiert worden, die bewusst die Frage des Vergleichs von vornherein in den Mittelpunkt der Arbeit mit Indikatoren rückten, teilweise sogar verbunden mit einem „Gesamt-Ranking“ der sich beteiligenden Kommunen. Zu nennen ist hier die – mittlerweile nicht mehr fortgeführte – Kampagne der Deutschen Umwelthilfe (DUH), die anhand von Indikatoren ein kommunales Nachhaltigkeits-Ranking durchführte. Erwähnt werden können hier auch entsprechende Nachhaltigkeitsvergleiche in den Niederlanden. Die Initiatoren erwarteten sich durch das Instrument des durch einen solchen Vergleich initiierten Wettbewerbs neue Impulse für das Thema Nachhaltigkeit in den Kommunen. In der Praxis wird die Frage von Vergleichen immer dann besonders virulent, wenn mehrere Kommunen im Verbund – etwa in einem so genannten „Konvoi“-Projekt – die Arbeit mit Nachhaltigkeits-Indikatoren aufnehmen; dies war in den schon erwähnten Beispielen des Nachbarschaftsverbandes Heidelberg-Mannheim und im Enzkreis der Fall.

¹⁴ Vgl. Tabelle 1.

Die nachfolgende Abbildung 2 zeigt einen Vergleich des Flächenverbrauchs in Baden-Württemberg,¹⁵ Abbildung 3 die Entwicklung der kommunalen Verschuldung in ausgewählten Kommunen, differenziert nach Größenklassen, Abbildung 4 die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim. Die Abbildungen zeigen unterschiedliche Präsentationsformen kommunaler Vergleiche, die von den einzelnen Kommunen dann zur Einordnung in ihr jeweiliges Umfeld genutzt werden können.



¹⁵ LR = Ländlicher Raum, RZ = Randzone, VB = Verdichtungsbereich, VR = Verdichtungsraum

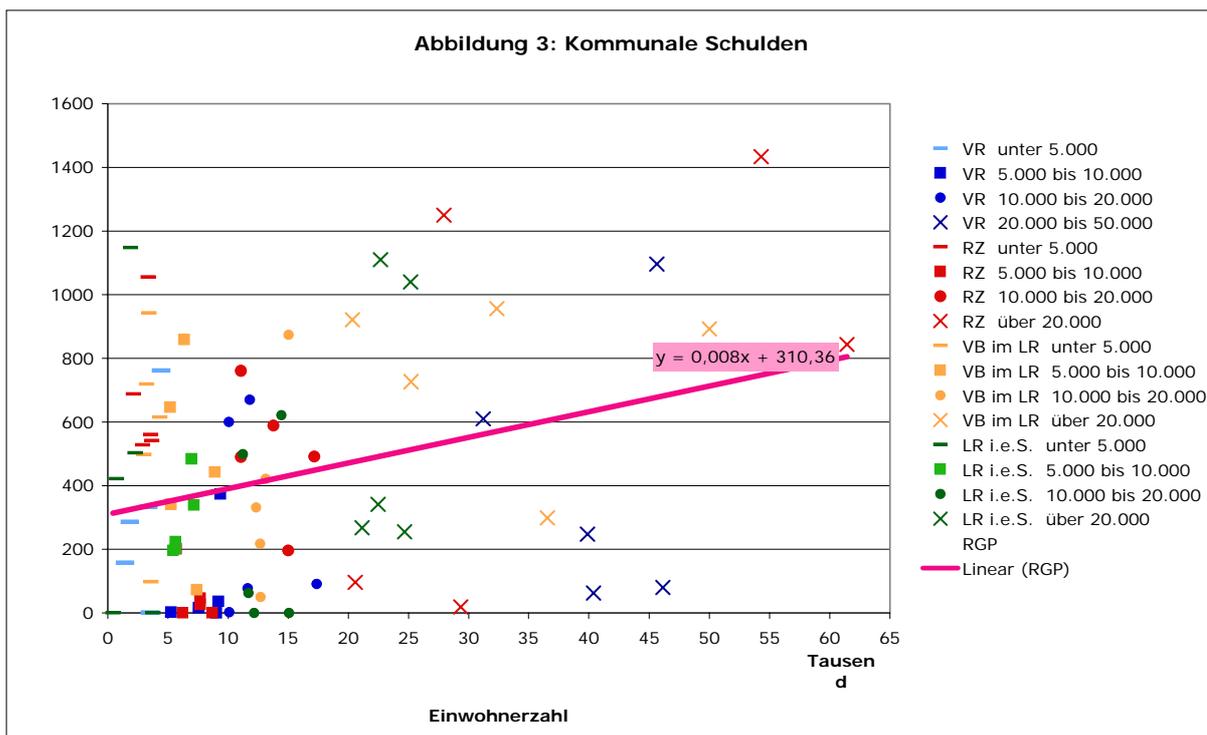
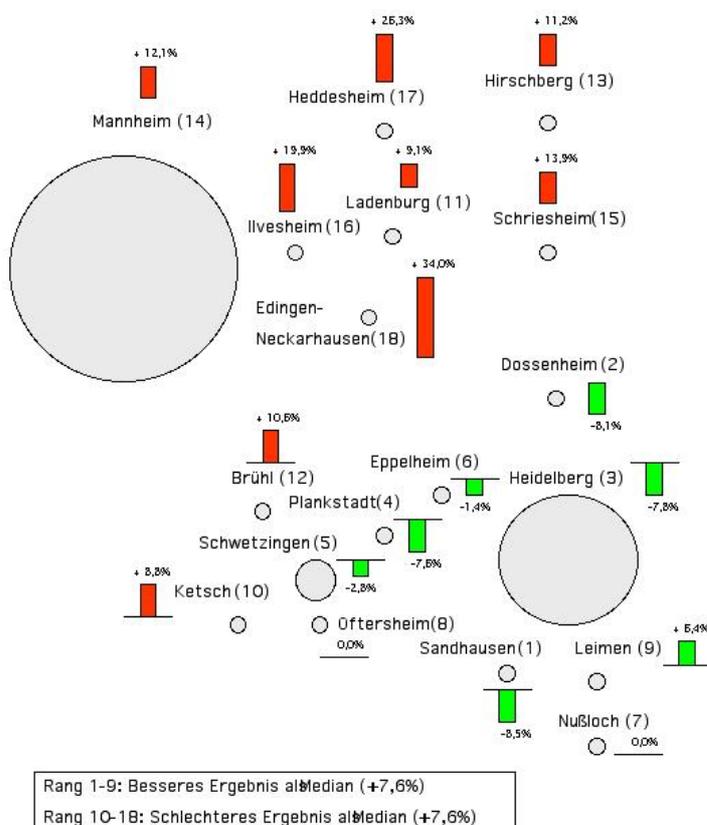


Abbildung 4

Veränderung der Arbeitslosigkeit im Nachbarschaftsverband 1993-2001



Lernen für eine gemeinwesenorientierte Ökonomie?

Nachhaltigkeitsberichte machen sehr deutlich, dass ökonomische Themen auf andere Dimensionen der kommunalen Entwicklung bezogen sind. Bereits die Tatsache, dass ökologische, ökonomische, soziale und institutionelle Probleme in Indikatoren in einer Broschüre zusammen dargestellt werden, regt dazu an, über mögliche Verbindungen und Wechselwirkungen nachzudenken.

Häufig werden Indikatoren auch danach beurteilt, ob in der Kommune etwas getan werden kann, um positive Veränderungen herbeizuführen. Das ist bei einigen Indikatoren ganz eindeutig möglich, und in diesen Fällen sind die Methoden und Instrumente auch oft schon vorgezeichnet. Bei anderen Indikatoren – etwa bei der Luftqualität – ist dies manchmal weit weniger der Fall. Einige Kommunen hätten diese schwerer beeinflussbaren Indikatoren erst einmal am liebsten aus der Berichterstattung herausgenommen. In manchen Fällen ist dann jedoch eine fruchtbare Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen lokaler Ökonomie und Politik in Anbetracht regionaler, nationaler und globaler Verflechtungen in Gang gekommen, die wiederum den Blick für die Zusatz-Modul „Eine Welt“ angesprochenen Themenbereiche eröffnet hat.

An vielen Orten sind politische Initiativen zur Verbesserung bestimmter Probleme oder, anders formuliert, zur positiven Beeinflussung verschiedener Einzel-Indikatoren entstanden. Dazu gehören unter anderem

- kommunale Förderprogramme zum Ausbau von Solarenergie und Erdwärme;
- Projekte zur Förderung von baulichen Verdichtungsmaßnahmen oder der ökologischen Gestaltung von Neubaugebieten;
- der Ausbau von Jugendhilfe-Einrichtungen;
- die Aufnahme einer Städtepartnerschaft oder von einzelnen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit;
- die Förderung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte aus der Region oder
- ein Projekt zur Verbesserung der Ernährung von Kindern und Jugendlichen zur Vermeidung von Übergewicht.

Nicht alle dieser Projekte sind direkt mit der Förderung gemeinwesenorientierter ökonomischer Strukturen verbunden. Häufig wird durch derartige Projekte jedoch ein positives Umfeld für gemeinwesenorientiertes Wirtschaften geschaffen, das wiederum dazu beiträgt, dass sich weitere Projekte dieser Art leichter entwickeln können.

Wenn Nachhaltigkeitsberichte von mehreren Kommunen in einem „Cluster“ vorliegen, kann sowohl das Entstehen von mehr Wettbewerb als auch die Herausbildung solidarischer Entwicklungsmuster folgen. Kommunen können sich vornehmen, bei einem bestimmten Problem ihren „Rangplatz“ im Cluster zu

verbessern oder – wenn sie gut abgeschnitten haben – zumindest zu halten; eine solche Strategie konnte zum Beispiel im Blick auf kommunale Förderprogramme bei Solarthermie oder bei der Verabschiedung von Maßnahmen zur Senkung der Unfallzahlen beobachtet werden. Dem Paradigma der „Solidarität“ folgt dagegen der Versuch, einen gemeinsamen Flächennutzungsplan aufzustellen, um einen übermäßigen Flächenverbrauch zu vermeiden, der sonst durch die Ausweisung von unverhältnismäßig vielen neuen Gewerbegebieten entstehen könnte.

Fazit

Die vorausgehenden Ausführungen zeigen, dass das Leitbild der Nachhaltigkeit und gemeinwesenorientierte Ökonomie zwei Konzepte sind, die sich einander ergänzen und gegenseitig unterstützen können. Nachhaltigkeits-Berichterstattung ist selbstverständlich kein Ersatz für konkrete Projekte – sei es zur Verwirklichung des Leitbildes der Nachhaltigkeit oder zum Aufbau einer gemeinwesenorientierten Ökonomie. Die bewusste Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeits-Indikatoren kann jedoch den Blick schärfen für das Umfeld, in dem eine gemeinwesenorientierte Ökonomie entwickelt werden muss. Nachhaltigkeitsberichte können Auskunft über Stärken und Schwächen dieses Umfelds geben. Und nicht zuletzt können im Rahmen eines Nachhaltigkeitsberichtes spezifische Berichts-Module entwickelt werden, die gerade über die lokalen und regionalen Aspekte der Ökonomie Auskunft geben. Die Nachhaltigkeits-Berichterstattung ist, für sich genommen, kein Allheilmittel – aber ihr Wert als Baustein eines guten Fundamentes einer gemeinwesenorientierten Ökonomie sollte nicht unterschätzt werden.

Was und wie Kinder und Jugendliche beim solidarischen Wirtschaften lernen

Manfred Liebel

Seit den 1990er Jahren sind in Ländern des Südens, teilweise auch des Nordens kooperativ und solidarisch wirtschaftende Kleinunternehmen entstanden, in denen Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren die bestimmenden Personen sind oder wesentlich Verantwortung mit tragen. Meist handelt es sich um eine Art Genossenschaften (ohne in der Regel eine entsprechende Rechtsform zu besitzen), in denen Gebrauchsprodukte für die Nachbarschaft (z.B. einfache Möbel, Seife, Brot und andere Lebensmittel) oder Tourist/innen (z.B. Schmuck, Kerzen), teilweise auch für den Export ins Ausland (z.B. Glückwunschkarten, kunsthandwerkliche Produkte) hergestellt werden. Mitunter wirtschaften die Kinder und Jugendlichen auch gemeinsam mit Familienangehörigen oder anderen erwachsenen Personen aus der Nachbarschaft (z.B. Transportservice von Märkten zu Haushalten und Gaststätten). Vereinzelt sind auch Banken und Kleinkreditfonds ins Leben gerufen worden, die teilweise von Kindern und Jugendlichen selbst oder mit verwaltet werden. Die meisten Kleinunternehmen dieser Art entstehen im Kontext von Organisationen arbeitender Kinder oder auf Initiative und mit Unterstützung von Kinderrechtsorganisationen (NGOs) oder Nachbarschaftsgruppen.

Im Süden leben die Kinder, die in diesen Unternehmen tätig sind, meist in Armut und haben zuvor unter prekären Bedingungen gearbeitet, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen oder ihre Familien zu unterstützen (notgedrungen arbeiten einige parallel weiter in prekären Jobs). Solidarisches Wirtschaften in eigenen Unternehmen ist für sie ein Mittel, der Ausbeutung zu entgehen und unter Bedingungen zu arbeiten, die sie selbst in der Hand haben und die ihrer persönlichen Entwicklung zugute kommen. Sie gründen diese Unternehmen aber nicht in erster Linie, um etwas zu lernen, sondern um unter besseren Bedingungen den Lebensunterhalt zu sichern. Die Kinder regeln ihre Arbeitsbedingungen und -zeiten durchweg so, dass sie genügend freie Zeit haben, um eine Schule zu besuchen, sich auszuruhen oder in einer Kinderorganisation aktiv zu sein. Einige Unternehmen sind auch gezielt mit Qualifizierungsprogrammen oder mit schulischen Einrichtungen verbunden, in denen Lernen und Arbeiten wechselseitig aufeinander bezogen sind.

Ich werde zunächst darlegen, wie Ansätze solidarischer Ökonomie bei Kindern und Jugendlichen entstehen und mich dann den dabei möglichen Lernprozessen zuwenden.

Wie solidarisches Wirtschaften bei Kindern entsteht

Der Gründung solidarisch wirtschaftender Unternehmen geht fast immer ein längerer Prozess voraus, in dem die Kinder Interesse an Formen solidarischer Ökonomie entwickeln und sich zutrauen, entsprechende Initiativen zu ergreifen. Das Interesse ergibt sich aus dem Umstand, dass Kindern in wachsendem Maße lebenswichtige Aufgaben zufallen, ohne dafür in der Gesellschaft Anerkennung zu finden. Im Zuge der Globalisierung nimmt die Zahl der Kinder zu, die in wirtschaftliche Prozesse einbezogen sind. Dies geschieht teilweise – vor allem, aber nicht ausschließlich im Süden –, indem die Kinder häufiger zum Lebensunterhalt beitragen müssen, teilweise – vor allem, aber nicht ausschließlich im Norden –, weil die Kinder in der Arbeit eine Möglichkeit sehen, sich ein größeres Maß an Autonomie und gesellschaftlicher Teilhabe zu verschaffen. Im erster Fall stellt solidarisches Wirtschaften eine Alternative zur Ausbeutung dar, im zweiten Fall eine Alternative zur sozialen Exklusion. Beide Aspekte können sich allerdings auch verbinden, vor allem dann, wenn die Kinder nur Arbeitsgelegenheiten in marginalisierten Sektoren bzw. unter besonders prekären Bedingungen finden oder sich mit wachsendem Alter unversehens aus arbeitenden Kindern in „arbeitslose“ Jugendliche verwandeln.

Wenn Kinder im Süden sich zu ihrer Arbeit äußern, betonen sie meist, dass nicht die Arbeit für sie das Problem sei, sondern die Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen. Dabei machen sie ausdrücklich einen Unterschied zwischen *Notwendigkeit* und *Zwang*. Zwang bedeutet für die Kinder, dass sie von Erwachsenen, zu denen sie in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen, zu bestimmten Tätigkeiten gezwungen werden. Notwendigkeit dagegen bedeutet für sie, dass ihre Arbeit eine lebensnotwendige Funktion – meist im Kontext ihrer Familie – erfüllt. Wenn die Kinder aus Notwendigkeit arbeiten, etwa weil ihre Familien arm sind, sind zwar ihre Optionen eingeschränkt, aber sie haben die Möglichkeit, bis zu einem gewissen Grad selbst mit zu entscheiden, in welchem Maße und in welcher Weise sie dieser Notwendigkeit genügen. Mehr noch, die Tatsache, dass ihr Arbeitsbeitrag notwendig ist, vermittelt ihnen das Gefühl, gebraucht zu werden. Viele arbeitende Kinder sehen sich gerade dadurch veranlasst, in ihrer Arbeit einen Sinn zu sehen und sie in positivem Licht zu betrachten.

Für die weitaus meisten arbeitenden Kinder des Südens stellt sich also nicht die Frage, *ob* sie arbeiten, sondern *wie* sie arbeiten. Dies wirft die weitergehende Frage auf, wie sich die Bedingungen beeinflussen lassen, unter denen sie arbeiten. Oder genauer: ob die Bedingungen ihrer Arbeit zu verbessern oder ob alternative Formen des Arbeitens anzustreben sind. In vielen Fällen sind die Möglichkeiten, die Bedingungen der Arbeit zu verbessern, äußerst begrenzt, oder sie

werden von den Kindern als nicht ausreichend oder befriedigend empfunden. Wenn sich den Kindern – wie dies im Rahmen der Bewegungen arbeitender Kinder und Jugendlicher häufig geschieht – die Möglichkeit eröffnet, über mögliche Alternativen zu ihrer gerade ausgeübten Arbeit Gedanken zu machen, streben sie in aller Regel eine Arbeit an, in der sie weitestgehend selbst bestimmen können oder in der zumindest auf sie Rücksicht genommen wird. Dieser Wunsch geht oft mit der Erwartung einher, dass die Arbeit nicht nur weniger hart, schwer, lang ist oder besser bezahlt wird, sondern insgesamt interessanter, abwechslungsreicher und kommunikativer ist und ihnen auch Bildungs- oder Ausbildungsmöglichkeiten eröffnet. Zwar sind die entsprechenden Erwartungen in der Regel zunächst noch bescheiden, aber sie können sich in dem Maße steigern, in dem sich tatsächlich die Möglichkeit besserer Alternativen abzeichnet.

An diesem Punkt wird solidarisches Wirtschaften für Kinder interessant, und es ist gewiss kein Zufall, dass entsprechende Initiativen vor allem im Kontext von Gruppen und Organisationen arbeitender Kinder entstehen. Hier haben die Kinder mehr Möglichkeiten als in ihrem sonstigen Alltag, über Alternativen zu ihrer bisherigen Arbeit nachzudenken und mit anderen Kindern – mitunter auch unterstützt von solidarisch denkenden Erwachsenen – gemeinsam entsprechende Initiativen zu ergreifen.

Die von Kindern ausgehenden Initiativen solidarischen Wirtschaftens können sehr verschiedener Art sein. Da sie in erster Linie dazu beitragen sollen, die eigene Lebenssituation zu erleichtern, unterscheiden sie sich je nach den Umständen, unter denen die Kinder leben. Im Süden sind die Initiativen meist auf die Überwindung persönlicher oder kollektiver Notlagen gerichtet, aber sie haben – ähnlich wie vergleichbare Initiativen im Norden – auch zum Ziel, ein freieres und autonomeres Leben zu ermöglichen. Im Süden finden sich solidarökonomische Projekte häufig bei Kindern und Jugendlichen, die auf sich gestellt überleben müssen und hierzu die städtischen Straßen und Plätze nutzen. Um sich in Notlagen gegenseitig helfen zu können, legen sie z. B. eine gemeinsame Kasse bzw. einen Solidaritätsfonds an, aus dem sie andere Kinder unterstützen, die krank geworden sind oder einen Unfall hatten. Mitunter kommt es auch vor, dass Kinder – mit Unterstützung von Erwachsenen – eine Art Sparkasse oder Kreditgenossenschaft gründen, in die sie selbst regelmäßig kleinere Beträge einzahlen. Damit wird besonders bedürftigen Kindern der Zugang zur Schule, Ausbildungskursen oder medizinischer Versorgung verschafft. Gerade unter Kindern, die auf städtischen Straßen arbeiten, entstehen oft kooperative Formen der Arbeitsorganisation (z. B. bei Schuhputzern), die dazu dienen, den eigenen Handlungsraum abzusichern oder zu erweitern. Beispielsweise treffen sie Absprachen über Orte und Zeiten, an denen sie jeweils arbeiten, oder sie tun sich zusammen, um sich gegen erwachsene Konkurrenten zu wehren, die ihnen den Arbeitsplatz streitig machen.

Immer dann, wenn es zu weitergehenden Organisationsbildungen von Kindern kommt, entstehen auch dezidiertere und komplexere Versuche, Arbeitsfor-

men zu schaffen, die mehreren zugleich in organisierter Form selbstbestimmtes und kooperatives Arbeiten ermöglichen. Im Kontext der Bewegungen arbeitender Kinder gehen diese Versuche über die ihnen sonst im Alltag möglichen Formen der gegenseitigen Hilfe hinaus. Sie werden verstanden als kollektive Versuche, Arbeitsformen, die auf Ausbeutung basieren, durch Arbeitsformen zu ersetzen, in denen die ethischen Maximen der Solidarität, des Respekts und der Menschenwürde gewährleistet sind. Auf diese Weise entstehen z. B. im Rahmen der Bewegungen arbeitender Kinder Ansätze einer eigenen Ökonomie, die den Kindern ermöglichen, unter von ihnen selbst bestimmten Bedingungen zu arbeiten und ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

- **Kinderkooperative „Tarjeta NATs“, Peru**

Träger: MANTHOC – Movimiento de Adolescentes y Niños

Trabajadores Hijos de Obreros Cristianos

Etwa 80 Jungen und Mädchen im Alter von 11 bis 13 Jahren haben sich zusammengetan, um in eigener Regie Erinnerungs- und Glückwunschkarten herzustellen. Die Werkstätten befinden sich an verschiedenen Orten in Peru und koordinieren sich per Internet. Die Karten werden von den Kindern selbst gemalt und gedruckt. Sie teilen sich die Arbeit so ein, dass sie genügend Zeit zum Spielen und für die Schule haben. Der Verkauf erfolgt größtenteils auf der Straße, bei Festen in ihrem Viertel und auf anderen Veranstaltungen. Dank internationaler Kontakte wird ein Teil der Karten bis nach Europa exportiert. Mit den Einkünften unterstützen die Kinder ihre Familien, nutzen sie aber auch, um gemeinsame Ausflüge zu organisieren und einen Fonds für Notfälle und besondere Ereignisse zu unterhalten. Ein Teil der Einkünfte wird für Investitionen in Produktion und Vertrieb verwendet. Die Kinder haben sich selbst den Namen Tarjeta NATs zugelegt (arbeitende Kinder = *NATs*, die Karten = *tarjetas* herstellen).

Die Kinder hatten zuvor auf der Straße und auf Märkten alles Mögliche verkauft, Müll gesammelt oder anderen Dienste angeboten, oft bis spät in die Nacht. Sie mussten dies tun, weil ihre Familien in großer Armut leben und auf den Verdienst angewiesen sind. Sie waren stolz auf ihren Beitrag, fühlten sich aber auch ausgenutzt. Vor allem waren sie unzufrieden über die langen Arbeitszeiten und die geringschätzig Behandlung durch Arbeitgeber und Passanten.

- **Kinderkooperative „Espirales de Papel“ (Papierspiralen)**

Trägerin: Fundación El Pequeño Trabajador, Bogotá, Kolumbien

Sieben Mädchen, 11-17 Jahre, stellen Glückwunschkarten in Handarbeit her, ausschließlich für den Export bestimmt. Teilen sich die Arbeit in Entwurf, Produktion, Buchhaltung, Vertrieb etc. untereinander auf nach Lust und Interesse. Arbeiten wöchentlich 16-20 Stunden nachmittags (vormittags besuchen sie eine öffentliche Schule). Begleiterin/Beraterin

ist 18 Jahre alt. Der lokale Markt kommt mangels Kaufkraft und Prioritäten nicht infrage. Bezahlung erfolgt nach Anzahl der produzierten Karten. Das verdiente Geld wird den Müttern weitergereicht und stellt einen wesentlichen Teil des Familieneinkommens dar.

Das interviewte Mädchen ist 13 Jahre alt und arbeitet seit 2,5 Jahren in der Kooperative; vorher hat sie auf dem Markt Gemüse, Obst etc. verkauft. Von der Kooperative hat sie im Haus der Stiftung (eine Art Kinder- und Jugendzentrum) erfahren. Die Kooperative wurde von der Stiftung gegründet, auf deren Konto auch die Einnahmen verwaltet werden. Die Kinder können jederzeit darüber verfügen.

- **Ausbildungs- und Produktionswerkstätten: Schneiderei und Kunsthandwerk, Panajachel, Calle del Rancho Grande**
Trägerin: PAMI (NGO), Guatemala

In den Werkstätten sind je 20 Kinder zwischen 8 und 17 Jahre tätig, etwa je zur Hälfte Mädchen und Jungen (auch in der Schneiderei), sie befinden sich in verschiedenen Stadien der Ausbildung. Jedes Kind erhält 30% des Verkaufserlöses. Verdienst geben die Kinder an die Familie weiter, wesentlicher Anteil des Familieneinkommens. Teilweise arbeiten Mütter in den Werkstätten mit. Verkauf in andere Länder und an Tourist/innen. Produkte: Taschen, Geldbeutel, Mützen, Shawls u.a. Die Produkte werden von den Kindern entworfen. Diese entscheiden auch selbst, was sie herstellen. Der Preis wird gemeinsam errechnet und festgelegt. Die Verwaltung der Einnahmen erfolgt durch PAMI. Die Kinder können jederzeit darüber verfügen. Die Kinder arbeiten wochentags am Nachmittag in den Werkstätten (am Vormittag sind sie in der ebenfalls von PAMI unterhaltenen Schule). Am Wochenende gehen sie weiterhin anderen Arbeiten nach, meist auf der Straße.

In den relativ wohlhabenden Ländern des Nordens sind vergleichbare Initiativen von Kindern seltener anzutreffen. Aber auch hier findet sich bei Kindern eine breite Palette von Tätigkeiten, bei denen sie selbst den Ton angeben und die sich von den Arbeitsformen üblicher Schülerjobs unterscheiden. Teilweise handelt es sich um Projekte, die im Umfeld von Kinder- und Jugendzentren oder Abenteuerspielplätzen entstehen, teilweise um Schülerfirmen, die an Schulen entstehen und als Genossenschaft organisiert sind. Ebenso gibt es kooperative Arbeitsprojekte im Kontext von Nachbarschaftsinitiativen oder sozialpädagogischer Einrichtungen. Sie vermitteln den Kindern die Erfahrung bedürfnis- und gemeinwesenorientierten Wirtschaftens und unter Umständen auch ein selbst erarbeitetes Einkommen.

- **Schülergenossenschaft „Hut ab“, Düsseldorf**

An der Joseph-Beuys-Gesamtschule in Düsseldorf wurde am 25.9.2004 die Schülergenossenschaft „Hut ab“ gegründet, die in mehrere autonom agierende Einzelunternehmen aufgeteilt ist. Eine verkauft in den großen Pausen an einem Kiosk diverse Dinge, die Schüler brauchen, wie Radiergummis, Hefte, Bleistifte, Tipp-Ex, Buchstützen und ein Dutzend weiterer Schreibwaren. Eine andere kopiert Videos, besorgt Computer-Equipment und installiert Soft- und Hardware. Und eine dritte organisiert Buffets auf Schulfesten und Partys oder vermittelt Schüler/innen fürs Babysitten oder für Gartenarbeiten. „Wer Genosse ist, bekommt seine Hefte und Stifte billiger bei uns“, merkt der bei der Genossenschaft für die Finanzen zuständige Schüler an. Einmal 25 Euro kostet die Mitgliedschaft für Lehrer/innen, Schüler/innen und Eltern. In der Startphase gab es zusätzlich ein paar tausend Euro von der EU über das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“; ansonsten finanziert sich die Genossenschaft über einen Anteil an den Unternehmenserträgen der verschiedenen Schülerfirmen an der Schule. Aber sie bietet auch Hilfen, wenn eine der Firmen in wirtschaftliche Not gerät, wie es z. B. passierte, als ein in größeren Mengen bestelltes Schulbuch zu spät geliefert wurde und dadurch keine Abnehmer mehr fand. Entscheidungen – etwa über die Verwendung von Überschüssen oder beim Umgang mit Verlusten – werden von allen Mitgliedern der Genossenschaft gemeinsam getroffen. Die verantwortlichen Funktionen werden ausnahmslos von den Schüler/innen wahrgenommen.

Über einzelne identifizierbare Initiativen von und mit Kindern hinaus ist zu bedenken, dass in den postindustriellen Gesellschaften die Arbeit von Kindern nicht nur neue Formen und Bedeutungen annimmt, sondern auch immer mehr durch fließende Übergänge zwischen Spielen, Lernen und Arbeiten gekennzeichnet und mit sozialen und kulturellen Betätigungen verknüpft ist. Insbesondere der Dienstleistungs- und Medienbereich hat sich so sehr ausdifferenziert, dass viele neue Arbeitsformen entstehen, die sich von traditionellen Formen der Kinderarbeit unterscheiden. Sie werden durch die neuen interaktiven Technologien begünstigt und lassen sich z. B. am vielfältigen und eigenständigen Umgang von Kindern mit Computern bzw. dem Internet ablesen. Kinder übernehmen hier neue Aufgaben und mischen sich in Bereiche und Angelegenheiten ein, die zuvor Erwachsenen vorbehalten waren.

Naheliegender Weise zeichnen sich solche Prozesse noch deutlicher bei Jugendlichen ab. Vor allem im Kontext von Jugendkulturen entstehen Projekte, die von dem Wunsch nach selbstbestimmter Organisation, Unabhängigkeit (z. B. von Großkonzernen) oder etwas Eigenes außerhalb der kapitalistischen Verwertungslogik zu machen, getragen werden. In diesem Zusammenhang entstehen auch kooperative Strukturen und Vernetzungen, z. B. im Bereich der *Open Sources*-Bewegung, bei der vielfältigen Nutzung des Internet oder Musik- und

Videogruppen. Auch im Bereich lokaler Selbsthilfeinitiativen von Erwerbslosen oder Frauen entstehen vielfach sowohl in städtischen als auch ländlichen Regionen Projekte und Einrichtungen solidarischer Ökonomie, bei denen Kinder und Jugendliche mitwirken und teilweise eine aktive Rolle spielen. Allerdings handelt es sich im Unterschied zu den Ländern des Südens noch um singuläre Ansätze, die auf wenige Menschen beschränkt und kaum miteinander vernetzt sind.

Was und wie beim Solidarischen Wirtschaften gelernt wird

Die Entstehung solidarisch wirtschaftender Unternehmen von Kindern und Jugendlichen ist immer auf bestimmte Voraussetzungen angewiesen. Ihnen müssen bestimmte Lernprozesse vorausgegangen sein (subjektiver Aspekt), und sie brauchen ein begünstigendes Umfeld (objektiv-struktureller Aspekt).

Solidarisch wirtschaftende Kinder haben zuvor mindestens gelernt, dass ihre Arbeitssituation unbefriedigend war, und Alternativen sind für sie vorstellbar geworden. Dabei kann auch eine Rolle spielen, dass sie Kenntnis von ihren Rechten erlangen und sie als nützlich erkannt haben. Sie haben ein Bewusstsein dafür entwickelt, was Ungerechtigkeit und Ausbeutung bedeuten und dass sie ihren Lebensunterhalt auch auf andere, angenehmere Weise verdienen können. Allmählich ist bei ihnen der Wunsch nach einer anderen Art sozialer Beziehungen (gegenseitiger Respekt, selbstbestimmtes Leben, Partizipation, gegenseitige Unterstützung) entstanden. Um sich die Gründung eines eigenen, gemeinsamen Unternehmens zuzutrauen, ist meist auch die gemeinsame Erfahrung in einer Kinderorganisation hilfreich, die das Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten und Rechte stärkt.

Um ein solidarisch wirtschaftendes Unternehmen entstehen zu lassen, müssen die Kinder aber auch die Anerkennung und Unterstützung von Erwachsenen (Eltern, Nachbarn, NGOs oder Netzwerke Solidarischer Ökonomie) finden. Ihre Entstehung wird begünstigt, wenn in ihrem Umfeld Verständnis und Akzeptanz für die Rechte der Kinder vorhanden sind und die Kinder als gleichberechtigte Mitbürger/innen oder Partner/innen respektiert werden. Begünstigend wirkt auch, wenn Kindern ausdrücklich das Recht eingeräumt wird, (unter nicht-ausbeuterischen) Bedingungen zu arbeiten. Dieses seit langem von den Bewegungen arbeitender Kinder geforderte Recht ist bisher nur im Kinder- und Jugendgesetz Perus und im Entwurf der neuen Verfassung Boliviens verankert. Um die Schwierigkeiten der Unternehmensgründung zu bestehen, sind auch Ausbildungs- und Kreditprogramme wichtig, die ausdrücklich arbeitende Kinder als Adressat/innen ansehen. Auch internationale Unterstützung kann hilfreich sein, z.B. indem für den Export gedachte Produkte in den wohlhabenden Ländern verkauft werden (geschieht bisher in Italien über die Fair-Handels-Organisation *equomercato* und wurde kürzlich in Deutschland von der Christlichen Initiative Romero begonnen).

Das Lernen beim solidarischen Wirtschaften lässt sich nach drei Aspekten oder Phasen unterscheiden: bei der Planung, im Arbeitsprozess und beim Umgang mit den Arbeitsprodukten.

Bei der gemeinsamen Planung müssen Antworten u.a. auf folgende Fragen gefunden werden: Was soll produziert werden? Wozu und für wen (Nützlichkeit, Gebrauchswert)? In welcher Weise? Welche Aufgaben sind im Arbeitsprozess zu bewältigen? Wer kann was? Was soll mit den Erträgen geschehen? Wie kann das Unternehmen bestehen – nur mit finanzieller Unterstützung oder aus eigener Kraft?

Im Arbeitsprozess selbst stellen sich u.a. folgende Fragen: Wer übernimmt Verantwortung wofür und wie kann dabei kooperiert werden? Welche Kenntnisse sind erforderlich? Wer kann was am besten? Wie kann jeder lernen, neue Aufgaben zu übernehmen (Rotation)? Wie können unterschiedliche Erfahrungen genutzt und ausgeglichen werden? Wie lassen sich Entscheidungen gemeinsam treffen? Wie lässt sich die Qualität der Produkte gewährleisten? Wie ist der mögliche Ertrag zu kalkulieren?

Mit Blick auf den Umgang mit den Arbeitsprodukten ist u.a. zu fragen: Für wen sind die Produkte bestimmt: für die eigene Familie, für Nachbarn, für (lokalen, überregionalen, internationalen) Markt? Wer braucht und wer ist an den Produkten interessiert? Wer kann sie sich leisten? Wie lässt sich das Verhältnis zu Abnehmer/innen herstellen und stabilisieren? Wie kann mit anderen Unternehmen zusammengearbeitet werden? In wie weit ist eine Beteiligung an bestehenden Netzwerken Solidarischer Ökonomie (lokal, national, international) möglich? Sollen eigene Zusammenhänge mit anderen Kinderkooperativen aufgebaut werden?

Mögliche Lernergebnisse können sich beziehen auf: fachliche Kompetenzen (arbeitsbezogen); kognitive Kompetenzen (rechnen/kalkulieren, reden, argumentieren können); soziale Kompetenzen (kooperieren, partizipieren); Selbstvertrauen; Organisations- und Leitungskompetenzen; Kenntnisse über wirtschaftliche Prozesse und kritisches Bewusstsein über kapitalistisches Wirtschaften; konkrete Vorstellungen über gesellschaftliche und wirtschaftliche Alternativen. Hierfür müssen Formen des regelmäßigen Erfahrungs- und Gedankenaustauschs gefunden und installiert werden. Auch Fortbildungsprogramme können nützlich sein.

Während bei diesen Fragen kaum Unterschiede zwischen Erwachsenen und Jugendlichen bzw. Kindern bestehen, ergeben sich bei Kindern bzw. Jugendlichen mit Blick auf den Bestand des Unternehmens folgende spezifische Fragen: Sollen Altersgrenzen nach unten oder oben festgelegt werden? Was ist zu tun, wenn vereinbarte Altersgrenzen überschritten werden? Wie kann die Kooperative fortgeführt werden? Können/sollen/wollen alle zusammenbleiben? Sollen allmählich Jüngere reinwachsen? Wie können sie vorbereitet und eingearbeitet werden? Was lässt sich mit den erworbenen Erfahrungen und Kompetenzen an-

fangen? Wie können Übergänge abgesichert werden? Was muss sich im Umfeld, in der Gesellschaft ändern, damit solidarisches Wirtschaften dauerhaft eine Chance hat? Um Antworten und Lösungen für diese Frage zu finden, ist ein unterstützendes Umfeld, das die Kontinuität sichern hilft, unerlässlich.

Ebenfalls muss sich ein Bewusstsein über mögliche Risiken herausbilden. Sie können darin bestehen, von den „Marktgesetzen“ überrollt und von den „Gewinnen“ korrumpiert zu werden; sich in erster Linie als Unternehmer/in zu sehen, ohne die Ethik solidarischen Wirtschaftens weiter zu beachten; nur „Geschäftsideen“ im Auge zu behalten und die spezifische Qualität der sozialen Beziehungen beim solidarischen Arbeiten und den Sinn (Gebrauchswert) der Produktion aus dem Auge zu verlieren. Ein Problem besteht darin, dass manche von NGOs angebotene oder aufgedrängte Ausbildungs- und Trainingsprogramme vorrangig auf die Generierung von Einkommen und die Schaffung von Kleinstbetrieben (*microempresas, income generating projects*) ausgerichtet sind.

Um den Risiken zu begegnen, ist es wichtig, mehr als nur den eigenen Betrieb und sein Überleben bzw. Wachstum im Auge zu haben; Netzwerke von solidarisch wirtschaftenden Unternehmen aufzubauen, die sich gegenseitig unterstützen statt miteinander zu konkurrieren; Bezüge zu sozialen Bewegungen herzustellen bzw. aufrechterhalten (globalisierungskritische Bewegung; Strukturen Fairen Handels).

Eine mögliche Unterstützung aus dem Norden kann darin bestehen: Produkte aus Kinderkooperativen in den Fairen Handel einzubeziehen; das pauschale Verbot der Kinderarbeit zu bekämpfen und sich für das Recht der Kinder einzusetzen, (unter würdigen Bedingungen) zu arbeiten; sich weltweit für legale Arbeitsgelegenheiten von Kindern unter würdigen Bedingungen einzusetzen; die von ILO und Gewerkschaften in jüngster Zeit veranstalteten Kampagnen für „*decent work*“ zu hinterfragen und eine kapitalismuskritische Perspektive einzubringen.

Fazit

Mit Blick auf Kinder ergibt die Debatte um solidarisches Wirtschaften nur einen Sinn, wenn man der Auffassung ist, dass Arbeit für Kinder eine signifikante – sei es unumgängliche, sei es gewünschte – Erfahrung darstellt und mehr als bloßer Zeitvertreib oder eine Quelle von Taschengeld ist. Dafür sprechen zweierlei Gründe: Zum einen arbeiten, weltweit betrachtet, immer mehr Kinder aus Notwendigkeit, zum anderen wünschen immer mehr Kinder zu arbeiten – aus vielfältigen Motiven heraus, die von dem Willen, ihren Eltern beizustehen, bis zu der Erwartung reichen, in der Gesellschaft eine einflussreichere und ernster genommene Rolle zu spielen.

Die solidarökonomischen Initiativen, die sich im Kontext von Gruppen und Bewegungen arbeitender Kinder und Jugendlicher in Afrika, Lateinamerika und

Asien, aber in geringerem Maße auch bei Kindern im Norden herausbilden, sind ein Beleg dafür, dass sich in Kindern und Jugendlichen ein erheblicher Teil des gesellschaftlichen Erfindungsreichtums verkörpert. Wenn Kinder sich für eine Arbeit ohne Ausbeutung einsetzen und diese, wo immer möglich, auch in die Tat umsetzen, zeigen sie, dass sie sich nicht – wie z. B. die meisten Gewerkschaften – damit begnügen, das herrschende Wirtschaftssystem zu modifizieren oder für sich zu nutzen, sondern darüber hinaus gelangen wollen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass sie innerhalb dieses Systems als Kinder bestenfalls die Rolle von Lückenbüßern ausüben können, deren Arbeit nur insgeheim in Anspruch genommen oder „toleriert“ wird, ohne die nötige soziale und rechtliche Anerkennung zu finden. Ihre Arbeit wird – ähnlich wie die von Frauen und marginalisierter sozialer Gruppen – unsichtbar gehalten, um sie leichter ausnutzen zu können.

Die Arbeit von Kindern bildet inzwischen einen erheblichen Teil jener unsichtbaren Ökonomie, die sich jenseits des dominanten Bereichs der Lohnarbeit ausbreitet und auf der ein immer größeres Maß der Lebenserhaltung beruht. Das Problem dieser Kinder besteht nicht darin, dass sie zum Lebensunterhalt beitragen (müssen), sondern dass sie dies in einer rechtlosen Weise und unter Bedingungen tun müssen, die ihr Leben beeinträchtigen, ihre Würde verletzen und ihre Zukunft verbauen. Die solidarökonomischen Initiativen der Kinder und Jugendlichen lassen sich verstehen als Versuche, die Bedeutung der eigenen Arbeit zu unterstreichen und zugleich das eigene Interesse an einem menschenwürdigen Leben und einer besseren Zukunft zur Geltung zu bringen.

Literatur:

- Liebel, Manfred: *Kindheit und Arbeit. Wege zum besseren Verständnis arbeitender Kinder in verschiedenen Kulturen und Kontinenten*. Frankfurt a. M. & London: IKO – Verlag für interkulturelle Kommunikation, 2001.
- Liebel, Manfred: Mit Arbeit lernen. Zwei innovative Projekte mit Kindern und Jugendlichen in Peru und Mexiko, in: B. Overwien (Hrsg.): *Jugendliche stärken. Entwicklungspolitische Ansätze und Perspektiven für Bildung und Beschäftigung*. Frankfurt a. M.: IKO – Verlag für interkulturelle Kommunikation, 2005a, S. 297-317.
- Liebel, Manfred: Arbeitende Kinder als Subjekte solidarischer Ökonomie, in: Ders.: *Kinder im Abseits. Kindheit und Jugend in fremden Kulturen*. Weinheim & München: Juventa, 2005b, S. 227-246.
- Liebel, Manfred; Overwien, Bernd & Recknagel, Albert (Hrsg.): *Was Kinder könn(t)en. Handlungsperspektiven von und mit arbeitenden Kindern*. Frankfurt a.M.: IKO – Verlag für interkulturelle Kommunikation, 1999.

ProNATs e.V. & Christliche Initiative Romero e.V.: „*Wir sind nicht das Problem, sondern Teil der Lösung*“ – *Arbeitende Kinder zwischen Ausbeutung und Selbstbestimmung*. Berlin: ProNATs & Münster: CIR, März 2008.

Websites:

www.ifejants.org (spanisch)

www.enda.sn/eja (französisch, teilweise auch englisch)

www.workingchild.org (englisch)

www.childrensdevelopmentbank.org (englisch)

www.equomercato.it (italienisch)

www.pronats.de (deutsch)

www.ci-romero.de (deutsch)

Schülergenossenschaften an der Primar- und Sekundarstufe

Claudia Sánchez Bajo

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit geht auf die Entwicklung und Erfahrungen von Schülergenossenschaften in Argentinien und Frankreich ein.

In einer Zeit großen Wandels, der oft zur Infragestellung der heutigen Bildungspraxis und -theorie führt, wird die Idee der Schülergenossenschaften nicht nur neu aufgenommen, sondern zieht auch wachsende Aufmerksamkeit auf sich.

Zunächst ist zu differenzieren, was wir unter "Schülergenossenschaften" verstehen. Welche Formen können sie annehmen? Wo liegen ihre Ursprünge?

Zweitens werden zwei nationale Erfahrungen, Frankreich und Argentinien, dargestellt. Frankreich ist ein Beispiel für eine weitgehend institutionalisierte Erfahrung in einem Industrieland, während Argentinien, das eine lange Geschichte von Schülergenossenschaften hat, mit den Folgen des wirtschaftlichen und sozialen Kollaps von 2001 konfrontiert war. Aus verschiedenen Gründen erlebten diese genossenschaftlichen Erfahrungen in Frankreich und Argentinien einen Rückgang, aber in beiden Ländern ist in jüngster Zeit eine Renaissance zu verzeichnen. Andere Länder wie beispielsweise Brasilien, die über keine systematischen Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen, haben ein starkes Interesse an der Thematik entwickelt.

Drittens stellt sich die Frage, was diese Genossenschaften bezüglich der Ziele gemeinsam haben. Welche Aktivitäten realisieren sie? Wie sind sie organisiert und wie werden sie geleitet? Und welches sind die kritischsten Punkte und die häufigsten Schwierigkeiten? Wir wollen also die Relevanz dieses Typs von Bildungserfahrung untersuchen.

2. Was verstehen wir unter "Schülergenossenschaften"?

Da es viele Typen von Genossenschaften im Bildungsbereich gibt, müssen wir zunächst die "Schülergenossenschaft" von anderen Initiativen unterscheiden, die möglicherweise auf demselben Gebiet existieren.

Erstens gibt es Universitätsgenossenschaften, beispielsweise die Universität von Mondragón im Baskenland. Hier handelt es sich um eine vollständige Genossenschaft, bei der Erzieher und andere Mitarbeiter die Mitglieder-Arbeiter-Erzieher-Eigentümer sind. Dann finden wir Universitätsgenossenschaften von

Studenten, beispielsweise an der Universität Asunción in Paraguay, die Studenten und Professoren ein breites Spektrum von Dienstleistungen – einschließlich sozialer Dienstleistungen – bieten, und mit ihren akademischen und kulturellen Aktivitäten auch als kultureller Motor für das Land fungieren. Schließlich gibt es Genossenschaften im Bildungsbereich, die eine Schule unterhalten, an der anders gelehrt und gelernt wird, oft mit großem Erfolg wie im Fall des Gymnasiums der Konsumgenossenschaft Stockholm (KfS) mit seinem *Business Administration in the Social Science Programme* (SPE) und *The Business and Administration Programme* (HP).

Es gibt Arbeitergenossenschaften auf Primar- und Sekundarschulebene, bei denen die Lehrer, aber manchmal auch anderes Personal und/oder Schüler die Arbeiter-Eigentümer sind. Schließlich gibt es auch Elterngenossenschaften. Eltern sind entweder Unterstützer oder Eigentümer der Schulen; Letzteres findet sich in Portugal bei Schulen für behinderte Kinder.

Andererseits bestehen verschiedene Arten von Jugendklubs, Pfadfindergruppen, Sportklubs und andere informelle Vereinigungen innerhalb der Schule. Eine Schülergenossenschaft unterscheidet sich von ihnen, da sie ökonomische sowie rechtliche Verantwortung trägt, über ein demokratisches Management und von den Schülern durchgeführte Wahlen verfügt.

Schließlich gibt es Verbände, die Lehr- und anderes Personal zwecks Interessenvertretung organisieren, beispielsweise Gewerkschaften; diese unterscheiden sich klar von Schulgenossenschaften.

3. Etwas Geschichte – Freinets Ansatz und die moderne Schule

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstanden aus der Kombination von Existenzialismus und Pädagogik neue Theorien über die Schule als Institution, ihre Ziele und innere Organisation. Nach dem Ersten Weltkrieg basierte eine wichtige Schulreformbewegung auf der partizipatorischen Pädagogik und benutzte aktive Methoden, die Ansätze von Freinet, Sauvain, Cousinet, Ferrière und Piaget aufnahmen.

Der in Frankreich geborene Célestin Freinet (1896-1966) vertrat die Auffassung, dass Wissen und Lernen in das *vécu*, das echte oder wirkliche Leben, eingebettet sein müssten, wenn das Leben eines Kindes vom kindlichen Selbst verstanden und aufrechterhalten werden soll. Er gründete die "neue pädagogische Bewegung" und sein Ansatz bestand darin, die Schule für das Leben außerhalb der Schule zu öffnen; er strebte eine Individualisierung des Unterrichts an, um die Bedürfnisse der Kinder anzusprechen. Alle Reformbewegungen und alternativen Lehrmethoden sind von Freinet beeinflusst, aber sein Einfluss wurde besonders in den zwanziger Jahren wichtig.

1928 gründete Freinet die Genossenschaft für säkularen (laizistischen) Unterricht (*Coopérative de l'enseignement laïc*), die Lehrer aus ganz Europa anzog. Später eröffnete er seine eigene experimentelle Schule "Le Poulrier" und schrieb

mehrere Bücher, darunter *“Printing at school”* (1927), *“Freinets’ Technics”* (1937) und *“For a people’s school”* (1969), mit denen er Schulreformen in Frankreich und im Ausland beeinflusste.¹

Nach Freinet sollte der Unterricht in genossenschaftlicher Form erfolgen und die Kinder sollten durch Versuch und Irrtum lernen. Besonders wichtig ist der Grundsatz der Erziehung durch Arbeit, besonders durch Drucken. Das bedeutet, dass Arbeiten, Experimentieren und Lernen Hand in Hand gehen und die Arbeit das Ergebnis der freien Wahl des Kindes sein sollte. Damit hätten individuelle und Gruppenarbeit dasselbe Gewicht. Zudem könne das Drucken die Schularbeit rational organisieren.²

Der Schweizer Edgar Sauvain (1919-1986) trug ebenfalls zur Erneuerung von Schultheorie und -praxis bei. Im Gefolge von Ferrière und Rousseau benutzte er die Metapher, dass Erziehung darin besteht, eine Pflanze wachsen zu lassen und nicht Steingut oder Sandstein zu formen. Nach dem Zweiten Weltkrieg studierte Sauvain in Genf bei Piaget und eröffnete nach seiner Rückkehr nach Cormoret 1947 seine erste Schülergenossenschaft. Ab 1949 teilte er seine Erfahrungen mit anderen Schulen, die bald seinem Beispiel zu folgen begannen. Die Arbeit der Genossenschaft umfasste nicht nur Druck, sondern auch die Herstellung von Filmen, Fotografie und Zeichnen, da Sauvain die Auffassung vertrat, Bilder könnten eine befreiende Rolle spielen. Die Satzung der Genossenschaft enthielt folgenden Satz: *“Art. 7: Die Mitglieder der jungen Gemeinschaftsrepublik verfolgen ein Ideal: mit ihren geringen Mitteln zur Verbesserung der Welt beizutragen.”* Zwischen 1950 und 1976 arbeitete Sauvain in Bienne und folgte zahlreichen Einladungen aus der Schweiz und dem Ausland, um über seine pädagogische Erfahrung zu berichten. Zu seinem *“Pädagogischen Dekalog”*³ gehörten die Grundsätze des freien Ausdrucks, der Autonomie, der konkreten Arbeit, individualisierter Unterricht bei gleichzeitiger Betonung von Teamwork, staatsbürgerlicher Geist (civic spirit) und Selbstregierung.⁴

Diese Werte tauchen heute stark in verschiedenen Bewegungen auf, so beispielsweise in der von der Regierung Maltas durch das SCOOPS-Projekt geförderten Initiative. Schüler im Alter zwischen 13 und 15 Jahren können eine Schülergenossenschaft (SCOOP) mit mindestens fünf Mitgliedern bilden und in ihrer Schule betreiben; dabei werden sie von Lehrern und Eltern unterstützt, die allerdings nicht der Genossenschaft angehören. Die maltesische Regierung erklärte dazu: *“Solche Projekte fördern die kognitiven, affektiven und psychomotorischen Bereiche des Lernens, denn sie erweitern das Wissen, entwickeln Einstellungen und erhöhen die Geschicklichkeit. Diese Ziele entsprechen dem nationalen Lehrplan und seinen Anforderungen.”*⁵

¹ Les Dossiers de Memoires d’Ici, L’école buissonnière d’Egar Sauvain.

² Freinet, Célestin (1994) Les œuvres pédagogiques (Pädagogische Werke, 2 Bde.), Paris, Ed. Seuil.

³ Dieser Begriff wird in Analogie zu den 10 Geboten der Christen verwandt. Hier: Die Grundprinzipien der Pädagogik.

⁴ Les Dossiers de Memoires d’Ici, L’école buissonnière d’Egar Sauvain.

⁵ Scoops A Co-Operative Experience, www.scoops.org.mt

4. Die Erfahrung in Argentinien

1884 finden wir die erste Erwähnung von Schülergenossenschaften im nationalen Schulgesetz No. 1420 (Art. 57); Art. 42 fordert die Bezirksschulräte auf, sie zu unterstützen.

1919 wurden Schülergenossenschaften durch den Ersten Nationalen Genossenschaftskongress unterstützt und in den zwanziger Jahren bestanden verschiedene konsolidierte, aber isolierte Erfahrungen in den Provinzen Buenos Aires und Santa Fe. In dieser Zeit gab es keine regionale oder nationale Koordination.

Zwischen den vierziger und sechziger Jahren wurden Schülergenossenschaften auch in anderen Regionen gegründet und entsprechende Provinzgesetze erlassen. Seit 1960 sind die Genossenschaften durch die EntschlieÙung No. 57 des Nationalen Bildungsrats (*Consejo Nacional de Educación*) reguliert. Und seit dem nationalen Gesetz von 1964, das Genossenschaften nicht nur für Primarsondern auch für Sekundarschulen erwähnt, müssen sie bei der Nationalen Genossenschaftsdirektion - die später in das bis heute existierenden Nationale Institut für Genossenschaftswesen und soziale Ökonomie INAES (*Instituto Nacional de Asociativismo y Economía Social*) umgewandelt wurde – registriert sein.

Der Zeitraum zwischen Mitte der siebziger und Mitte der achtziger Jahre war dagegen von Rückgang und Lähmung gekennzeichnet. Die Rückkehr zur Demokratie 1983 ermöglichte die Wiederaufnahme der Aktivitäten im öffentlichen und privaten Bereich. Auf nationaler und Provinzebene wurden Kongresse der Schülergenossenschaften durchgeführt, darunter der 9. Nationale Kongress in Santa Rosa. Die Förderung und Unterstützung durch den Nationalstaat verbesserte sich. Seit Mitte der neunziger Jahre war ein signifikantes Wachstum der Schülergenossenschaften, meist infolge von Initiativen der zivilen Gesellschaft als Reaktion auf die sozioökonomische Krise, zu verzeichnen. Der nationale Genossenschaftsverband und lokale Genossenschaften - Konsum-, Landwirtschafts- und Elektrizitätsgenossenschaften - unterstützen Schülergenossenschaften durch Finanzmittel, technische Hilfe, Bekanntmachung ihrer Aktivitäten usw.. Dieses Wachstum wurde hauptsächlich von Lehrern, Schulbehörden und der zivilen Gesellschaft getragen. Obwohl der Staat die Förderung von Schülergenossenschaften in das neue Schulgesetz von 2006 aufnahm, dessen Artikel 90 eine positive Einstellung zu ihnen proklamiert, fehlte es an öffentlicher Koordination und konkreten Initiativen. Bereits 2004 sah ein Abkommen zwischen dem INAES und dem Bildungsministerium eine Zusammenarbeit bei staatlicher Regulierung und Unterstützung vor. Beim INAES registrierte Schülergenossenschaften sind von der Steuer befreit. Aber unterschiedliche Prioritäten und die interne Umstrukturierung des INAES verzögerten die Initiativen. Auf Provinzebene, beispielsweise in Córdoba, machen öffentliche Forderungen an die Behörden deutlich, dass es an Unterstützung für die Initiativen von Lehrern, Eltern und Schülern fehlt.⁶ Es liegt noch ein langer Weg vor den Genossenschaften.

⁶ Abschlussdokument des Provinztreffens von Schülergenossenschaften und Genossenschaften, La Falda, Córdoba, Argentinien, 7. – 9. Juni 2007, mimeo.

María Argentina Gómez Uría ist in Argentinien eine Schlüsselperson in diesem Bereich. Sie hat sich für die Anerkennung der Schülergenossenschaften durch die Gesetzgebung auf nationaler und Provinzebene eingesetzt und für die Bildung des internationalen Netzwerks UICE (*Unión Internacional de la Cooperación y del Mutualismo Escolar*) engagiert; sie wurde zum Vorstandsmitglied des INAES ernannt.⁷

5. Die Erfahrung in Frankreich

In Frankreich entstanden die ersten Schülergenossenschaften im 19. Jahrhundert. Wie auch im Fall von anderen Genossenschaften wurden viele Projekte vor Ort gemacht, bevor die erste "richtige" Schülergenossenschaft als solche anerkannt wurde. Dies geschah 1919, als Barthélémy Profit, ein französischer Schulinspektor, die erste "richtige" Schülergenossenschaft gründete und sie "Les Abeilles" ("Die Bienen") nannte. Aber wie wir bereits oben gesehen haben, fand in Argentinien 1919 ein nationaler Kongress statt, was daraufhin deutet, dass es dort zu diesem Zeitpunkt bereits viele Schülergenossenschaften gegeben haben muss.

Barthélémy Profit lehnte den Autoritarismus – und die oft diktatorische Einstellung – vieler Lehrer dieser Zeit und die Konkurrenz unter Schülern nach dem Motto "jeder für sich" ab. Stattdessen forderte er, die Schule solle eine "Minirepublik" auf der Grundlage der Werte von Kooperation und Solidarität sein. Heute gibt es in Frankreich etwa 50.000 Genossenschaften mit 4 Millionen Schülern.

In Frankreich existierte dank dem OCCE (*Office Central de la Coopération à l'École*, Zentralbüro für die Kooperation in der Schule) ein stärker institutionalisierter Rahmen. Das OCCE wurde 1928 von Lehrern und Mitgliedern von Konsumgenossenschaften gegründet. Für diese "Anhänger ökonomischer Kooperation" war das Lehren von Kooperation eine wichtige Prämisse für den Aufbau einer kooperativen Gesellschaft, einer interdependenten und humanen Gesellschaft. Seit 1948 umfasst das OCCE einen nationalen Verband mit 102 Regionalverbänden und 55.000 Schülergenossenschaften. 1968 wurde es vom Staat als "komplementär zur öffentlichen Bildung" und "gemeinnützig" anerkannt und erhielt staatliche Unterstützung für seine Tätigkeit. In den sechziger Jahren versuchte das OCCE eine internationale Organisation in diesem Bereich zu gründen, aber wegen der unterschiedlichen Rechtslage optierte es 1967 schließlich für ein kleines *Bureau International de la Coopération Scolaire* (BICS, Internationales Büro für Schulkooperation), das 1984 durch die Internationale Allianz für Schulkooperation (*Alliance Internationale de la Coopération Scolaire*) ersetzt wurde. Sie verfügt über eine Generalversammlung und hat das Ziel, zu einer

⁷ Legislación Argentina sobre Cooperativismo Escolar, María Argentina Gómez Uría, January 2007, mimeo.

neuen Wirtschafts- und Weltordnung beizutragen. Der Zeitraum zwischen 1985 und 2000 gestaltete sich außerordentlich schwierig.

Seit dem Jahr 2000 wurde das OCCE von Jean François Vincent stark reaktiviert und unterzeichnete 2006 ein Abkommen mit dem Bildungsministerium, in dem Ziele und Aktionen festgelegt wurden, um zwischen 2007 und 2010 zu erreichen, dass alle Schülern an Primar- und technischen Schulen Unterricht in genossenschaftlichen Werten und Organisation erhalten sollten.⁸ Dank dieses Abkommens ist das OCCE heute als wichtigster Gesprächspartner auf dem Gebiet von Bildung und Kooperation für Schüler und Lehrer anerkannt und ein zentraler Akteur bei der Erziehung zu Solidarität und Staatsbürgerschaft. Wie in Argentinien erlebt die kooperative Erziehung ein Comeback im Schulbereich, das durch die Debatte über soziale Kohäsion und Solidarität noch unterstrichen wird.

Das OCCE ist an der UICE beteiligt und auf einem Treffen in Triest, Italien, zum Austausch über Erfahrungen und Ansätze, erklärte Jean-François Vincent: *"Angesichts der heutigen Schwierigkeiten der Schule und der allgemeinen Bedürfnisse der Gesellschaft, die keinen soziale oder politischen Ehrgeiz mehr zu haben scheint, bleiben das von uns angestrebte Projekt und die Schülergenossenschaftsbewegung immer ein Zukunftsprojekt. Mehr denn je ist es notwendig, die Schüler – künftige Staatsbürger – dazu anzuleiten, sich den Gefahren, die die Demokratie bedrohen, zu widersetzen, gegen die Gefahren sozialen und kulturellen Ausschlusses zu kämpfen, also in anderen Worten, in ein politisches, ökonomisches und soziales Projekt zu investieren, dass Hoffnungsträger ist ... eine andere Art, menschliche Beziehungen in Unternehmen und der Gesellschaft im Allgemeinen zu konzipieren."*⁹

6. Welche sind die Ziele einer Schülergenossenschaft?

Wir können sagen, dass Schülergenossenschaften tendenziell das Hauptziel verfolgen, Schüler als die Staatsbürger der Zukunft zu erziehen. Unabhängig von der gewählten Tätigkeit und dem allgemeinen Umfeld (Schule, Gemeinde, Land, Welt) besteht das Ziel einer Schülergenossenschaft darin, die Werte und Prinzipien der kooperativen Pädagogik zu fördern: Solidarität, Selbsthilfe, Toleranz und Respekt vor Rechenschaftspflicht und demokratische Partizipation.

So betonte der Argentinier Alejandro Macchi von der Arbeitergenossenschaft COPETRAF, die Transformatoren herstellt und wartet, 2002 in Mar del Plata: *"Heutzutage setzt die Situation unseres Landes die solidarische Ökonomie wieder auf die Tagesordnung, als die Alternative, um Bedürfnisse abzudecken und so die drohende Zerstörung unserer Gesellschaft einzudämmen. Man hat den*

⁸ Text des Abkommens zwischen OCCE und Bildungsministerium in der Zeitschrift "Animation et Education" März-April 2007, N° 197, S. 6-7.

⁹ Jean-François Vincent, "The OCCE project in the school of the XXI century", Udine, 2005, mimeo.

Eindruck, dass der politische Sektor sich an die Bedeutung der Genossenschaften und Vereine auf Gegenseitigkeit in den Bereichen Dienstleistungen, Produktion und Kredit als direkte Antwort auf die Arbeitslosigkeit besonnen hat ... Die Bildung auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens, seine Förderung und Bekanntmachung ... als ein Werkzeug der Entwicklung von Kultur, Beschäftigung und Solidarität müssen anerkannt werden."¹⁰

Es ist zu beobachten, dass in dem Maß wie die kooperative Bildung ein Comeback erlebt, intensive Diskussionen darüber geführt werden, wie mit Solidarität und Exklusion, Globalisierung und Demokratie umgegangen werden soll. Es geht nicht mehr darum, das Lehren von Kooperation, von Zusammenarbeit als Selbstzweck zu betreiben. Das allgemeine Gefühl ist, dass die Zeiten nicht einfach sind, dass der soziale Friede und das soziale Überleben auf dem Spiel stehen und dass Lösungen nur in der Solidarität gefunden werden können. Diese Solidarität und ethisches Handeln zu lehren, ist sowohl in der Gesellschaft im Allgemeinen wie in einem "Unternehmen", insbesondere einer aus Kindern bestehenden Genossenschaft, möglich. Zudem scheint die Überzeugung immer weiter verbreitet zu sein, dass angesichts der Schwierigkeit, einfache Antworten auf die sich wandelnde Umwelt zu finden, Staatsbürger darauf vorbereitet sein sollten, mit Herausforderungen selbstständiger umzugehen. Schülergenossenschaften gelten als ein wichtiges Instrument für dieses Lernen.

So beinhaltet kooperative Erziehung typischerweise die Verbindung von Bildung und Arbeit, zwischen der Erlangung von Fertigkeiten und der lokalen Weitergabe von Fachkenntnissen, Kultur und Fertigkeiten sowie das Engagement der beteiligten Schüler und der sie unterstützenden Lehrer in Gemeindeangelegenheiten. Die Beziehung zwischen Engagement in Gemeindeangelegenheiten und lokaler Entwicklung ebenso wie die zwischen Fähigkeiten zu Selbstverwaltung und Demokratie werden deutlicher, wenn die Schülergenossenschaft lange genug besteht. Die Satzung des französischen OCCE spricht von den Beziehungen zwischen Staatsbürgerschaft, Autonomie und Ökonomie: *"Die wirkliche Macht des Staatsbürgers hängt nicht nur von der Art ihres/seines Wissens ab, sondern genauso von der Art, wie dieses Wissen erworben wurde. Dies bedeutet die praktische Einbeziehung ab der Primarschule eine echte Einführung in die Ökonomie als fundamentale Komponente der Kultur eines Staatsbürgers im dritten Jahrtausend."*

In Argentinien finden wir allgemeine Zielsetzungen wie beispielsweise die von Misioncoop: *"Kenntnisse über das Genossenschaftswesen zu erlangen, die Solidarität zu fördern, den Partnern zuzuhören und ihre Arbeit zu würdigen, bei den Mitgliedern Einstellungsänderungen zu bewirken, die Einbettung der Schule*

¹⁰ Alejandro Macchi COPETRAF - Cooperativa de Trabajo Transformadores Mar del Plata Limitada-Nationaler Kongress für genossenschaftliche Erziehung, "Educar para saber hacer y conocer en libertad", Buenos Aires, 27.-28. November 2002, S 10.

in die Gemeinde zu begünstigen sowie die Durchführung kultureller, sozialer und produktiver Projekte zu fördern und zu stimulieren."¹¹

Schließlich darf das Thema Macht und Divergenz nicht vernachlässigt werden, denn Zusammenarbeit und Kooperation existieren nicht, ohne dass Erfahrungen mit dem Machtthema gemacht würden. Wir neigen dazu, menschliche Beziehungen entweder als von oben nach unten funktionierend und vertikal strukturiert oder als in einem idealen Netzwerk vernetzt anzunehmen. Dank Foucault und Gramsci hat das Verständnis von Macht und Führung große Fortschritte gemacht. Es wurde deutlich, dass Macht eine Beziehung oder ein Netz von Beziehungen ist, die später, aber nicht immer, in einer Art Institution formalisiert werden können. Macht reicht über das Thema der formalen Autorität hinaus und muss nicht notwendig in der Praxis geltend gemacht werden, um zu existieren. Kooperation und Konsens sind ein wesentlicher Teil des menschlichen Lebens und bestehen ohne Macht. Macht ist von Beginn an vorhanden, wenn Personen ein Projekt durchführen wollen oder selbst als die Macht einer Idee. Macht wird nicht nur unter den Teilnehmern ausgeübt, sondern von der Gruppe als solcher oder von der Idee oder dem Projekt der Gruppe über die individuellen Mitglieder. Kooperation bedeutet Teamwork, das zur Erzielung eines Ergebnisses eine menschliche Gruppe entstehen lässt.

Eine Schüलगenossenschaft sollte als eine Gruppe gesehen werden, die für gemeinsame Ziele arbeitet und auf sehr praktische Art lernt, wie man miteinander lebt. Es ist deshalb wichtig, das Zusammenspiel und die Spannung zwischen den von der Gruppe gewählten offenen und geschlossenen Optionen, den entstehenden Machtbeziehungen und Führungen sowie die Schaffung von Vermittlungsinstanzen, damit die Genossenschaftsmitglieder den Umgang mit Konflikten und Misstrauen lernen, zu analysieren. Unterschiedliche Meinungen, Interpretationen oder Durchführungsarten sowie Toleranz gegenüber Vielfältigkeit und die Fähigkeit, zwischen verschiedenen Standpunkten zu verhandeln, können ein wesentlicher Teil des Lernprozesses der Mitglieder von Schüलगenossenschaften sein. Dieses Lernen könnte umgekehrt auf ihr künftiges Leben als Staatsbürger zurückwirken. Das erfordert natürlich eine ständige Anstrengung und Aufmerksamkeit von Kindern und den begleitenden Lehrern. Es ist nicht einfach und kann wie jedes Gruppenvorhaben mit einem Fehlschlag enden. Aber selbst in diesem Fall können die Kinder mit der Unterstützung von gut ausgebildeten Lehrern aus ihrer Interaktion eine Menge Verständnis und soziale Fähigkeiten lernen.

¹¹ Misioncoop, mimeo, Schule Nuestra Señora de Lujan, Tornquist, Argentinien.

7. Welche Aktivitäten entfalten Schülergenossenschaften?

Als Genossenschaft können Kinder sich für Aktivitäten aus einem breiten Spektrum entscheiden: Umwelt, Theater, Menschenrechte, kulturelle Besuche, Landwirtschaft, Tierschutz, Handwerk, Videoherstellung, Erstellung von Websites, Radiosendungen, Kreditsparen u.a.

Nach der Auswahl eines oder mehrerer Projekte praktizieren und lernen die Mitglieder Konsum (einschließlich Recycling), Geldmanagement, Buchführung, Durchführung von Versammlungen, Satzungen und Selbstverwaltung. Die Themen sind je nach dem Kontext, in dem Schülergenossenschaften arbeiten, unterschiedlich. In Entwicklungsländern wie Argentinien konzentrieren sich viele Genossenschaften auf die Vermittlung von praktischen Fertigkeiten und eine begrenzte Produktion, beispielsweise Tierhaltung, Marmeladenherstellung oder Gartenbau. In Industrieländern wie Frankreich handelt es sich meist um kulturelle oder soziale Aktivitäten wie Theater oder kurze Reisen.

Eine bestimmte Schülergenossenschaft kann mit anderen Schülergenossenschaften gemeinsame Initiativen mit spezifischen Klassen durchführen, oder mit anderen Schulen der Region, an denen ebenfalls Genossenschaften bestehen, oder mit anderen Ländern wie in der Europäischen Union und selbst auf internationaler Ebene zusammenarbeiten, beispielsweise indem Radioprogramme auf dieselbe Website gestellt werden, um Wissen und Erfahrungen auszutauschen.

Schülergenossenschaften veranstalten oft Regionaltreffen, Foren und Kongresse, um den Erfahrungsaustausch von Kindern und Lehrern zu ermöglichen.

8. Wie sind die Schülergenossenschaften organisiert und wie werden sie geleitet?

Schülergenossenschaften können sich auf eine Klasse beschränken oder die gesamte Schule umfassen. Im ersten Fall hat die Genossenschaft ihren eigenen, gewählten Rat. Im zweiten Fall ähnelt sie einer Genossenschaft zweiten Grades und ihr gewählter Rat umfasst die Vertreter der teilnehmenden Klassen. Sie könnte auch als zentrale Schulgenossenschaft organisiert sein, die die Projekte verschiedener Klassengenossenschaften koordiniert und sich um die allgemeine Buchhaltung und die gesetzliche Registrierung kümmert.

Misioncoop wurde 2005 in Tornquist, Argentinien, für die gesamte Schule gegründet und umfasst verschiedene Workshops mit eigener Leitung, die EDI genannt werden. Nur Kinder zwischen 12 und 14 Jahren können Mitglieder sein und sie treffen sich mindestens einmal pro Woche. Jeder EDI wählt seinen Vertreter für den Rat von Misioncoop, der sich ebenfalls einmal pro Woche trifft. Jeder EDI-Workshop spezialisiert sich auf eine bestimmte Aktivität, u. a. Theater, Gemeinderadioprogramm, Journalismus, Handwerk, ein Gemüsegarten, eine

Spielzeugklinik sowie die Organisation von Sportwettkämpfen. Jährlich werden allgemeine Wahlen abgehalten. Jedes Kind, das teilnehmen will, muss einen kleinen Betrag an die Genossenschaft zahlen. Einnahmen werden durch den Verkauf von Kunsthandwerksprodukten, die Organisation von Wettkämpfen und sozialen Aktivitäten – z. B. Verkauf von Erste-Hilfe-Sätzen, die von den Schülern zusammengestellt werden – erwirtschaftet. Es gibt auch einen Chor, der 2008 zur internationalen Buchmesse in Buenos Aires eingeladen wurde. Die Einnahmen werden zur Selbstfinanzierung verwendet und der Überschuss geht an den allgemeinen Rat von Misioncoop. Als sich eine größere Summe Geld angesammelt hatte, wurde eine Generalversammlung einberufen, um über die Verwendung zu entscheiden: Ein Teil wurde der Schule gespendet und der Rest wurde dafür verwendet, 50 % der Kosten einer Studienreise aller Mitglieder zu finanzieren, die fristgemäß ihren Anteil am Genossenschaftskapital bezahlt hatten. Misioncoop wurde von der regionalen Elektrizitätsgenossenschaft unterstützt. Seit 2007 besteht eine beratende Kommission, der alle Lehrer, auch die Lehrer der jüngeren Kinder, angehören.

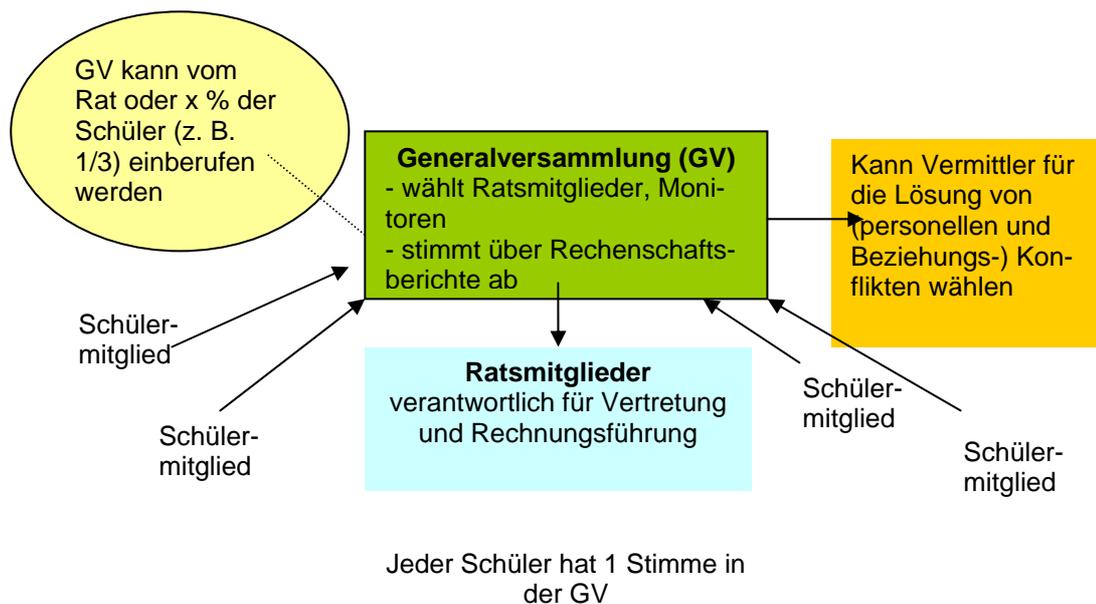
Dann finden wir Verbände auf verschiedenen Ebenen mit ihren Registern, Bildungsaktivitäten, Austauschprogrammen und selbst standardisierten Formularen, die von jeder Genossenschaft ausgefüllt werden müssen – beispielsweise bei der Registrierung der Genossenschaft –, einem Mitgliederverzeichnis, einem Inventar, der Buchführung und den Protokollen der Ratssitzungen.

Im Allgemeinen ist die Mitgliedschaft folgendermaßen organisiert:

- Als Erstes werden die Kinder individuell und freiwillig über ihre Schülergenossenschaft Mitglied. Kinder können auch in kleinen Gruppen innerhalb derselben Genossenschaft zusammenarbeiten.
- Zweitens können sich die Genossenschaften und die Lehrer regionalen oder nationalen Verbänden anschließen.
- Drittens können regionale oder Bezirksverbände dem nationalen Verband, soweit ein solcher existiert, angehören.
- Schließlich können Lehrer, Eltern ehemalige Schüler und Nachbarn Mitglieder ohne Stimmrecht oder Ehrenmitglieder sein. In diesem Fall bleiben sie außerhalb der Genossenschaft; sie können nicht die Finanzierung managen und haben weder das passive noch das aktive Stimmrecht, aber sie steuern Rat und Unterstützung bei. Auch lokale Behörden und Verbände anderer Genossenschaften unterstützen und fördern häufig die Aktivitäten der Schülergenossenschaften. Ökonomische Gewinne werden in einer kollektiven Reserve angelegt (ein Fonds in Gemeinschaftseigentum, der nicht geteilt und nicht an die individuellen Mitglieder zurückgezahlt werden kann); dieser Fonds kann an die nächste Klasse übertragen werden, falls eine Genossenschaft besteht (das bedeutet, dass dieselben Kinder diesen Fonds im nächsten Jahr benutzen können), oder er muss an andere Genossenschaften oder nicht gewinnorientierte Vereinigungen abge-

führt werden. Die Kinder können nicht dazu verpflichtet werden, zu arbeiten, zu verkaufen oder zu produzieren.

Die interne Struktur sieht meistens folgendermaßen aus:



Wenn wir kurz die nationalen Erfahrungen von Argentinien und Frankreich vergleichen, so stellen wir folgende Unterschiede fest:

- Ein Unterschied betrifft die Lehrer: In Frankreich kann ein Lehrer Ratsmitglied sein, während in Argentinien nur Kinder Mitglieder in den Strukturen der Genossenschaft sein können; in diesem Fall bieten die Lehrer Rat, Supervision und Unterstützung. In allen Fällen finden wir jedoch einen Lehrer oder Schuldirektor als Initiator, der andere davon überzeugt, die Initiative zu unterstützen. Sobald die Initiative konsolidiert ist, können Kinder zur wichtigsten Triebkraft werden.
- Ein weiterer wichtiger Unterschied betrifft das System als solches: In Frankreich ist jede Genossenschaft Mitglied und Sektion eines regionalen Verbandes (auf Départementebene). Nur dieser ist eine juristische Person und entsprechend dem Gesetz über zivile Verbände von 1901 registriert. Er stellt das Bindeglied zwischen der Schülergenossenschaft vor Ort und dem OCCE dar, verleiht der Genossenschaft einen Rechtsstatus und hat

routinemäßige Supervisionsfunktionen über alle ihm angehörigen Genossenschaften. Damit bleiben diese Kompetenzen auf der Ebene der zivilen Gesellschaft. Das OCCE seinerseits ist der nationale Verband, der das gesamte System repräsentiert. In Argentinien besteht kein einheitlicher nationaler Verband und die Regionalverbände haben einen jeweils unterschiedlichen Repräsentationscharakter. Viele Schülergenossenschaften bleiben unabhängig. Die Registrierung erfolgt individuell bei der zuständigen Behörde und die Supervisionsfunktion über Satzungen, Regeln und Buchführung liegt damit beim Nationalstaat.

- Standardformulare und Information: Das französische OCCE hat Standardformulare für die Registrierung, Satzungen, Jahresberichte und Buchführungsregeln einschließlich einer Buchhaltungssoftware, die es den Kindern und Lehrern erleichtert, von ihren Aktivitäten und über ihr Management Rechenschaft abzulegen, bereitgestellt. Die Information ist zentralisiert und kann an andere Stellen im System weitergegeben werden. In Argentinien besteht weder auf staatlicher Ebene noch auf der der Zivilgesellschaft ein zentralisiertes System und die Informationen sind weder komplett noch aktualisiert. Dasselbe gilt für die Erstellung und Verbreitung von Bildungsmaterial für den Gebrauch in Schülergenossenschaften. Es gibt zwar viele Privatinitiativen, aber auf nationaler Ebene sind die Fortschritte sehr langsam.

9. Kritische Punkte

Die wohl kritischsten Punkte betreffen rechtliche Angelegenheiten und Ausbildung.

9.1. Rechtsfragen

Schülergenossenschaften befinden sich am Schnittpunkt zwischen Vereinigungen und Wirtschaftsunternehmen. Ein wichtiges Thema ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass Kinder vor dem Gesetz minderjährig sind und damit die Schulbehörden für die Genossenschaft die Verantwortung tragen. Kinder dürfen nicht verpflichtet werden, zu arbeiten, zu verkaufen und zu produzieren. Ihre Tätigkeit muss freiwillig sein und ihre ökonomische Aktivität ist begrenzt. Die Autonomie der Genossenschaftsmitglieder und ihrer Aktivitäten ist deshalb sehr wichtig und die Unterstützung durch Lehrer und Eltern, auch wenn sie für den Erfolg wesentlich ist, muss diese Autonomie respektieren.

Deshalb ist die Schaffung eines klaren Rechtsrahmens von großer Bedeutung:

- In Argentinien besteht das Hauptproblem darin, wie eine Schülergenossenschaft daran gehindert werden kann, eine vollständige Produktionstä-

tigkeit zu entwickeln, denn das würde bedeuten, dass die Kinder einer Arbeit nachgehen, was illegal ist.

- In Frankreich stellt sich das Problem der Trennung öffentlicher Subventionen im Bildungsbereich von der Finanzierung von Schülergenossenschaften. Diese sind Vereinigungen, während die Schulen von den lokalen Behörden reguliert werden. Während es möglich ist, eine transparente finanzielle Unterstützung des Funktionierens der Schülergenossenschaften oder ihrer Projekte zu gewähren, darf nicht die Schule selbst unter dem Namen der Genossenschaft subventioniert werden; dies wäre illegal. Und wenn eine Genossenschaft aufgelöst wird, dann sollten ihre Fonds nicht an die Schule sondern an ähnliche Genossenschaften oder an Vereinigungen der Gemeinde fallen.

Die Politik der letzten Zeit, öffentliche Finanzierung zu verringern oder zu privatisieren hat die Geldfrage und das Problem seiner Quellen und Verwaltung in der Schule aktuell gemacht.

9.2. Lehrerausbildung und Wissen über Genossenschaften

Im Gegensatz zur Vergangenheit haben heute viele Lehrer keine direkte Erfahrung mit dem Funktionieren von Genossenschaften. Deshalb ist die Ausbildung und der Kontakt mit konkreten Erfahrungen sowie der Austausch über die Methoden und Erfahrungen verschiedener Schulen besonders wichtig.

Wenn wir Perrenoud zustimmen, dass keine Lehrerausbildung ideologisch neutral ist, muss eine bewusste Entscheidung getroffen werden. Es ist offensichtlich schwierig, *"die Ziele des Bildungssystems und die von den Lehrern verlangten Kompetenzen zu trennen. Wir bevorzugen nicht denselben Lehrertyp, wenn wir eine Schule wollen, die entweder Autonomie oder Konformismus fördert, eine Öffnung hin zur Welt oder Nationalismus, Toleranz oder Verachtung für andere Kulturen, die Vorliebe für das intellektuelle Risiko oder die Suche nach Sicherheit, Forschergeist oder Dogmatismus, Kooperationsbereitschaft oder Wettbewerb, Solidarität oder Individualismus"* (Perrenoud, 2001). Wenn wir für den ersten Teil eines jeden Paares optieren, dann können wir Perrenoud aus zwei Gründen zustimmen, dass die Wahl nicht neutral ist:

- Sie steht in Beziehung zur Vision einer Schule, die auf die Demokratisierung des Zugangs zu Wissen, die Entwicklung der Autonomie von Subjekten und Individuen, ihren kritischen Geist, ihre Kompetenzen als soziale Akteure und ihre Fähigkeit, sich einen Standpunkt zu bilden und zu verteidigen, abzielt.
- Sie bedeutet die individuelle und kollektive Anerkennung der Autonomie der Kinder und der beruflichen Verantwortung der Lehrer.

Das Thema Sprache ist ein zentraler Teil von Ausbildung und Lehre und die Konzepte müssen dem kooperativen Lernen angemessen sein.

Wichtige Konzepte des kooperativen Lernens

Nicht benutzen	Benutzen
Dividenden	<ul style="list-style-type: none"> • "Erträge der Genossenschaft" (falls vorhanden, im Verhältnis zur Menge der von jedem Mitglied in einer bestimmten Zeit erbrachten Arbeit)
Profite	<ul style="list-style-type: none"> • Überschüsse
Aktioninhaber	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung der Mitglieder am Kapital
Direktoren	<ul style="list-style-type: none"> • Ratsmitglieder
Kapitalzinsen	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Zinszahlungen an Geschäftsparteien, keine Zuwendungen • Kein Gemeinschaftsfonds kann aufgeteilt werden; wenn er nicht aufgebraucht wird, kann er auf andere Schülergenossenschaften übertragen werden

Da das ökonomische Denken mit einem bestimmten Vokabular tendenziell von der Idee der "Gewinnmaximierung" beherrscht ist, könnte es leicht geschehen, dass man in eine Konzentration auf die Profiterzielung und Effizienz- und Produktivitätskriterien abgeleitet und dabei das zentrale Problem der Menschen vergisst: wie rational die angemessenste Kombination von knappen Gütern für die zahlreichen menschlichen Bedürfnisse gefunden werden kann.

10. Ist kooperative Erziehung heutzutage von Bedeutung?

Vor wenigen Jahren – in den neunziger Jahren – schien sich die kooperative Erziehung auf einem Abstellgleis zu befinden. Jetzt erlebt sie in mehreren Ländern wieder eine starke Expansion. Was finden Lehrer und Schüler an dieser Art von Erfahrung wichtig? Weshalb nehmen staatliche Behörden ihre Unterstützung wieder auf?

In wenigen Worten: Erziehung durch Schülergenossenschaften kann folgende Fähigkeiten der Kinder wecken und stärken:

- in Freiheit zu wissen und zu tun
- mit wirtschaftlicher Knappheit umzugehen

- Solidarität durch eine gerechtere Ressourcenverteilung, Toleranz gegenüber Divergenz und Integration der Unterschiede und vor allem Autonomie zu erleben.
- Mathematik im täglichen Management zu lernen; Organisations- und Führungsfähigkeit, aber auch andere Fertigkeiten entsprechend den Aktivitäten der Genossenschaft zu erwerben
- in der konkreten Erfahrung demokratische Verfahrensweisen zu lernen
- in dem Fall, dass die Genossenschaft über Vermittler für interne Konflikte verfügt, Vermittlung und Konfliktlösung zu lernen.

Sind diese Punkte nicht relevant genug, um den Versuch zu machen?

Aus dem Englischen von Jutta Borner

Literatur

- Congreso Nacional de Educación Cooperativa y Mutual (Argentinischer Nationalkongress für genossenschaftliche Bildung) (27. und 28. November 2002) Buenos Aires, Mimeo.
- Drimer, Alicia und B. Drimer (1987) *Las cooperativas escolares*, Ediciones Intercoop Argentina, 3. Aufl., Buenos Aires.
- Freinet, Célestin (1994) *Les œuvres pédagogiques (Pädagogische Werke, 2 Bde.)*, Paris, Ed. Seuil
- Gómez Uría, María Argentina (2007) *Legislacion Argentina sobre Cooperativismo Escolar*, Januar, Mimeo.
- Konsumentföreningen Stockholms Gymnasium case (Consumers' Cooperative Society of Stockholm – KfS), in: Torsten Madsén und Christer Wallentin, (2000), *Work Experience as an Education and Training Strategy. Three Case Studies of Learning Contexts and Outcomes*, Mimeo.
- L'école buissonnière d'Egar Sauvain, in: *Les Dossiers de Memoires d'Ici*, Centre de recherche et de documentation du Jura bernois, Schweiz (<http://www.m-ici.ch/ftp/pdf/Sauvain.pdf>)
- Misioncoop (2008) *Schulgenossenschaft an der Schule Nuestra Señora de Lujan: Geschichte, Satzungen und Arbeitsdiagramm*, Tornquist, Argentinien. Mimeo
- OCCE -Office Central de la Coopération à l'école- www.occe.coop

Perrenoud, Philippe (2001) La formation des enseignants au 21e siècle. Faculté de psychologie et des sciences de l'éducation, Université de Genève, Mimeo

Offizielle Regierungswebsite über SCOOPs in Malta:

http://www.education.gov.mt/edu/other_org/scoops.htm

SCOOP-Website www.scoops.org.mt

UICE – Unión Internacional de la Cooperación y el Mutualismo Escolar (2007) Informe a Cooperar, August-September, Mimeo, Córdoba, Argentinien.

Schülerfirmen als Gegenstand von Bildung für nachhaltige Entwicklung?

Bernd Overwien

Schon seit den 90er Jahren entstehen in Deutschland allerorten Schülerfirmen. Zumeist regen Lehrpersonen die Gründung an, oft handelt es sich aber auch um Initiativen, die von außen an Schulen herangetragen werden. Schon lange wird ja über die Frage diskutiert, wie wirtschaftliche Problemlagen, wie ökonomische Bildung in die Schule kommt. Das Schulfach Arbeitslehre, in seinen bundesweit verschiedenen Ausprägungen, wurde lange für zuständig gehalten. Leider erfuhr es in den letzten Jahren einen verbreiteten stundenmäßigen Niedergang und die wissenschaftlichen Protagonisten des Faches kamen kaum mit konzeptionell spannenden Ideen an die Fachöffentlichkeit. Eine Reihe von Haupt- und Gesamtschulen nutzt nichtsdestotrotz die Arbeitslehre als (Zeit-) Raum für Schülerfirmen. Unglücklicherweise konnte sich das Fach am Gymnasium nie etablieren, es ist nur für die Sekundarstufe 1 vorgesehen und wer innerhalb der Gesamtschule Arbeitslehre als Fach wählt, besiegelt in vielen Bundesländern damit, dass er/sie kein Abitur machen wird, weil die zweite Fremdsprache alternativ steht.

Ökonomische Bildung wird nun in bereits sechs Bundesländern mit der politischen Bildung verbunden, im Schulfach Politik und Wirtschaft. Der damit recht eng gesetzte zeitliche Rahmen erlaubt aber wenig Spielraum für zeitintensive Prozesse der Gründung von Schülerfirmen. Dies geschieht dann häufig innerhalb von Arbeitsgruppen im Wahl- oder im Freizeitbereich. Ob Schülerfirmen in dem einen oder dem anderen Rahmen tatsächlich zu einer politischen und ökonomischen Bildung beitragen, hängt aber jeweils konkret davon ab, welche Organisationsstrukturen und welche Außenbeziehungen sie haben und davon, ob es eine kritische Reflexion der Arbeit gibt (vgl. Liebel 2008). Insbesondere dann, wenn Interessensgruppen aus der Wirtschaft mit reizvollen Komplettangeboten auf Schulen, vornehmlich Gymnasien, zugehen, können aus bildungspolitischer Sicht Schief lagen entstehen. Die entscheidende Frage ist dann, ob die beteiligten Lehrpersonen die Angebote auch differenziert bearbeiten und nicht schlichte Unternehmerideologie transportieren lassen, mit einem unkritischen Griff in die Kiste neoliberaler Globalisierungskonzepte (vgl. Steffens 2007).

Um nicht falsch verstanden zu werden: Selbstverständlich sollen sich Schülerfirmen so nah wie möglich am Markt bewegen und real existierende Prozesse zunächst nachgestalten und, wo immer möglich, zu weitgehend selbst tragenden Aktivitäten führen. Schülerinnen und Schüler sollen erfahren, dass gute Ge-

schäftsideen, erfindungsreiche Dienstleistungen und kreativ gestaltete Produkte eine Chance haben, Käufer zu finden und zu Einkommen zu führen. „Unternehmen“ ist ja ein durchaus positiv zu besetzendes Verb. Dennoch muss darauf verwiesen werden, dass das Marktgeschehen sehr vielfältig ist und die Entdeckung von Nischen nicht jeden Tag und selbstverständlich voraussetzungslos geschieht. Wenn Ideologietransport dazu führt, dass Jugendliche, besonders bei Misserfolgen am Markt, nicht die nötige Distanz erreichen können, wird auch ein innovativ gestalteter Unterricht zentralen Kriterien einer politischen Bildung nicht gerecht. Das Ziel der politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit ist nicht leicht zu erreichen und der Weg dorthin benötigt immer mehrere Perspektiven auf den Gegenstand.

Welche Wege führen aus derartigen Situationen hinaus? Zum einen sollte als Alternative zur Person „des Unternehmers“ auch über andere Organisationsformen am Markt gearbeitet werden. Vielfach sind ja unternehmerische Erfolge der Arbeit eines Teams geschuldet. Eine Gruppe kann sich aber auch innerhalb sozialer Ökonomie auf den Weg machen und eher genossenschaftliche Vorgehensweisen wählen. In der Praxis geht es um handwerkliche Dienstleistungen, Catering, Garten- und Landschaftsbau, um Textil-, Keramik- und Glasprodukte oder um Zierkerzen, Naturkost und Fairen Handel. Alle damit verbundenen Aufgabengebiete können auch in nicht zwangsläufig hierarchisch organisierten Gruppen bearbeitet werden, verbunden mit Zielen sozialer und solidarischer Ökonomie.

Besonders nahe liegt ein solches Vorgehen vor dem Hintergrund nachhaltiger Entwicklung. Seit 2005 wird vielerorts in Deutschland und International an der Umsetzung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung gearbeitet. In diesen neuen normativ gestalteten Rahmen stellen sich zunehmend auch Schülerfirmen.

Die Idee der nachhaltigen Entwicklung wird von je unterschiedlich akzentuierten gesellschaftlichen Diskussionen beeinflusst, die etwa Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung, das Wohlergehen aller Menschen oder die Zukunftsverantwortung mit jeweils unterschiedlicher Gewichtung einbringen. Von Regierungen, Wirtschaftsunternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Kommunen oder auch auf nationalen und internationalen Konferenzen wird Nachhaltigkeit als eine wichtige Zielsetzung formuliert, wobei häufig unterschiedliche Interessenlagen eine Rolle spielen. Wenn von nachhaltiger Entwicklung die Rede ist, wird meist an die Auffassung des Brundtland-Berichts angeknüpft, in dem sie verstanden wird, als „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987: 46). In Rio 1992 wurden dann in der Agenda 21 die einzelnen Aspekte des notwendigen Wandels differenziert und es wurde unterstrichen, dass Umwelt und Entwicklung als gemeinsame Perspektive von Nord- und Südhemisphäre zusammen gehören.

Bildungsinstitutionen, die sich mit Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globalem Lernen befassen, sind herausgefordert, sich auf eine neue

Lernkultur einzustellen. Dabei ist zunächst festzustellen, dass es in den 1990er Jahren einen so genannten „Paradigmenwechsel“ von der Umweltbildung zur BNE gegeben hat. Gleichzeitig beziehen sich auch Ansätze Globalen Lernens zunehmend auf BNE. Während die Umweltbildung eher auf Bedrohungen von Natur und Menschen reagiert, setzt Bildung für nachhaltige Entwicklung auf Modernisierung unserer Gesellschaft vor dem Hintergrund weltweiter Beziehungen und auf Teilhabe möglichst vieler Menschen an diesem Modernisierungsprozess. Im Mittelpunkt von BNE steht der Erwerb von Gestaltungskompetenz, womit Menschen in die Lage versetzt werden sollen, sich mit dem Blick in die Zukunft aktiv an gesellschaftlichen Veränderungsprozessen zu beteiligen und diese mit zu gestalten (vgl. Michelsen/Overwien 2008).

Gestaltungskompetenz (vgl. De Haan 2002) und auch das Kompetenzverständnis Globalen Lernens (vgl. Overwien 2008) setzt eine „neue Lernkultur“ voraus, die sich von einer Kultur des Lernens, die vornehmlich auf dem Prinzip des Belehrens basierte, abwendet und sich eher „ermöglichungsorientiert, selbst organisiert und kompetenzzentriert“ (Ermöglichungsdidaktik) versteht. Mit einer neuen Lernkultur ist der Begriff Kompetenz eng verbunden. Kompetenz ersetzt nicht die Begriffe Fähigkeiten oder Wissen, sondern zielt vielmehr auf Resultate des Lernprozesses ab, die durch selbstgesteuertes Lernen entstanden sind, wobei unter ‚Kompetenz‘ alle Fähigkeiten, Wissensbestände und Denkmethode verstanden werden, die ein Mensch in seinem Leben erwirbt. Es geht also nicht um einen engen Kompetenzbegriff, wie er zum Teil in europäischen bildungspolitischen Diskussionen, in Anlehnung an englischsprachige Begrifflichkeiten genutzt wird. Hier wird mit recht kritisiert, dass dieser reduzierte Kompetenzbegriff dazu geeignet sei, humane und soziale Kompetenzen auszugrenzen und auch die Dimensionen ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklungen auszublenden (vgl. z.B. GEW 2008; Bohlinger/Münk 2008).

Auch Bildungsansätze zum Globalen Lernen folgen dem Kompetenzansatz. Sie bearbeiten aus verschiedenen Richtungen die Komplexität globaler Fragen. Unterschiedliche Herangehensweisen entwicklungspolitischer Bildung haben sich mit friedenspädagogischen, interkulturell orientierten und auf Menschenrechte bezogenen Zugängen zum gemeinsamen Ansatz des Globalen Lernens hin entwickelt. In Deutschland nehmen in diesem Prozess Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Umweltschutz-, Friedens- und Entwicklungspolitik eine besondere Rolle ein, da sie seit langem in sich überschneidenden Themenbereichen in der Bildungsarbeit tätig sind. Zentrales Moment des Kompetenzansatzes ist, dass im Lernprozess die Motivation und Befähigung einer Person zur selbständigen Weiterentwicklung von Wissen und Können den Ausgangspunkt allen pädagogischen Handelns bildet. Das erfordert einen Rollenwandel der Lernenden und Lehrenden: Lernende sind nicht mehr passive Rezipienten, sondern aktive Konstrukteure. Professionell Lehrende müssen Bedingungen für die Selbstorganisation der Lernenden schaffen und Prozesse der selbsttätigen Wissenserschließung ermöglichen. Bildung für nachhaltige Entwicklung hat deutliche Bezüge zur politischen Bildung (De Haan 2004).

Dieser Ansatz ist ein durchaus passender Rahmen für Schülerfirmen, aber auch für ganz konkrete Vorgehensweisen solidarischer Ökonomie. Merkmale nachhaltiger Schülerfirmen können dabei wie folgt zusammengefasst werden (R. Dasecke 2002):

- Nachhaltige SchülerInnenfirmen sind primär pädagogische Projekte
- Ort des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Lernens
- Sie sollten sich in diesen Dimensionen selbst ständig reflektieren und weiterentwickeln.
- Das muss organisiert werden, ohne Produktion oder Dienstleistungen abzuwürgen.
- Es kommt darauf an:
 - in vernetzten Systemen zu denken
 - Zusammenhänge und Querverbindungen zu erkennen

Schaut man auf konkrete Beispiele, ist nicht immer deutlich, ob die Idee der Nachhaltigkeit und solidarische Ökonomie schon bewusst zusammen gebracht werden. Es gibt aber auch konkrete Beispiele für ein Zusammendenken beider Ansätze. Explizit geschieht dies etwa an der Joseph-Beuys-Gesamtschule in Düsseldorf, wo die Schülerfirma „Hut ab“ im Rahmen mehrerer Einzelfirmen Schreibwaren verkauft, Videos kopiert, Computerteile besorgt und Programme installiert. Außerdem werden Buffets organisiert, ein Partyservice unterhalten, Babysitting angeboten und Gartenarbeiten erledigt. Der Ansatz dieser Schülerfirma ist ein eindeutig genossenschaftlicher (vgl. auch Liebel 2008).

Das Feld nachhaltiger Schülerfirmen hat sich in den letzten Jahren erweitert und es dürfte sich lohnen, mit den ProtagonistInnen auch über solidarische Ökonomie ins Gespräch zu kommen (vgl. BLK 2002).

Literatur:

- BLK-Programm „21“: Schülerfirmen und nachhaltige Ökonomie (Werkstattmaterial Bildung für nachhaltige Entwicklung, Nr.4). Berlin 2002 (siehe: http://www.dekade.org/transfer_21/wsm/04.pdf)
- Bohlinger, S.; Münk, D: Verschiedene Blickwinkel: Kompetenz, competence, compétence. In: Weiterbildung, Heft 1 (2008), S. 36-39
- Dasecke, R.: Merkmale nachhaltiger SchülerInnenfirmen. Wirtschaften in ökologischer, gesellschaftlicher und sozialer Verantwortung. In: BLK-Programm „21“: Schülerfirmen und nachhaltige Ökono-

- mie (Werkstattmaterial Bildung für nachhaltige Entwicklung, Nr.4). Berlin 2002, S. 9-16 (siehe: http://www.dekade.org/transfer_21/wsm/04.pdf)
- De Haan, G.: Die Kernthemen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. - Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 1 (2002): 13-20.
- De Haan, G.: Politische Bildung für Nachhaltigkeit. - Aus Politik und Zeitgeschichte 7-8 (2004): 39-46.
- GEW, Stephanie Odenwald: Statement zum Deutschen Qualifikationsrahmen anlässlich der Tagung in Hamburg „Perspektiven einer beruflichen Bildung für alle im europäischen Bildungsraum.“ Hamburg, Februar 2008
- Hauff, V.: Unsere gemeinsame Zukunft – Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. - Greven 1987
- Liebel, M.: Schülerfirmen und politische Bildung. In: Overwien, B.; Rathenow, H.-F. (Hrsg.): Globalisierung als Herausforderung für die politische Bildung. Leverkusen Opladen 2008 (im Erscheinen)
- Michelsen, G; Overwien, B.: Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: Otto, H.-U.; Coelen, T. (Hrsg.): Grundbegriffe der Ganztagsbildung. Das Handbuch. Wiesbaden: VS-Verlag 2008
- Overwien, B.: Globalisierung und Globales Lernen. In Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Naturschutz und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Fokus: Globales Lernen. Bonn 2008 (im Erscheinen)
- Steffens, G. (Hrsg.): Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung. Münster 2007

Wie nachhaltig ist Schule?

Evaluation des Ressourcenverbrauchs, der Arbeitsbedingungen, des Schulalltags und der Unterrichtsgestaltung

Volker Teichert

Sollten Sie es noch nicht bemerkt haben, Deutschland ist bereits vor drei Jahren der Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beigetreten, die von den Vereinten Nationen (VN) 2005 ausgerufen wurde. Doch trotz vieler Aktivitäten, die in den zurückliegenden Monaten im Rahmen der Weltdekade dazu stattgefunden haben, ist der Begriff der Nachhaltigkeit nach wie vor nur einer Minderheit bekannt. Lediglich 22 Prozent der Deutschen gaben 2004 an, vom Begriff der nachhaltigen Entwicklung gehört zu haben. Gegenüber 2002 ist der Bekanntheitsgrad sogar zurückgegangen, damals waren noch 28 Prozent der Meinung, den Begriff zu kennen. Zudem ist auffällig, dass der Bekanntheitsgrad mit dem Grad der Schulbildung korreliert. 40 Prozent der Deutschen mit höherer Schulbildung haben den Begriff schon einmal gehört, indessen nur 10 Prozent der Befragten mit niedrigerer Schulbildung.¹ Obwohl die Schule als einzige Einrichtung alle jungen Menschen in diesem Land erreicht, scheint das Thema der nachhaltigen Entwicklung in unterschiedlichem Maße in den Schulen unterrichtet zu werden. Auf diesem Hintergrund ist es besonders angeraten, die Diskussion um die Bildungsreform auch mit der nachhaltigen Entwicklung zu verknüpfen. Das Thema muss öffentlicher werden und darf nicht nur auf die wissenschaftliche Diskussion fokussiert bleiben.

Die VN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ geht auf einen Vorschlag zurück, der auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Jahre 2002 gemacht wurde. Vertreter von Regierungen, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen waren sich dort einig geworden, dass eine gerechtere und sozial verantwortlichere Weltgesellschaft nur dann erreicht werden kann, wenn die Rolle der Bildung als Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung anerkannt wird.

In einer Resolution hatten sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sodann im Dezember 2002 zur Weltdekade verpflichtet; die UNESCO hat die Aufgabe übernommen, die internationale Koordinierung zu übernehmen. Bis 2014 wird die Weltdekade andauern. Innerhalb dieses Zeitraums soll in alle Be-

¹Vgl. hierzu Kuckartz, Udo/Rheingans-Heintze, Anke (2006): Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 16f.

reiche des Bildungswesens der Gedanke der nachhaltigen Entwicklung integriert werden, nämlich in Kindergärten, Schulen, der beruflichen Ausbildung, Universitäten, Forschungsinstituten und außerschulischen Weiterbildungseinrichtungen.

In Deutschland wurde die Dekade 2004 mit der Gründung eines Nationalkomitees gestartet, dem rund 30 Vertreter aller Bildungsbereiche sowie politische und gesellschaftliche Akteure aus Bund, Ländern, Kommunen, Umwelt- und Verbraucherverbänden, Wissenschaft sowie Wirtschaft angehören. Innerhalb der Bundesregierung zeichnet das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für die VN-Dekade verantwortlich. Während den internationalen Kontakt die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) herstellt, werden die nationalen Aktivitäten durch eine Arbeitsstelle an der Freien Universität Berlin koordiniert. Zu deren Aufgabe zählt die Herausgabe eines Newsletters, die Pflege und Aktualisierung der Homepage, die Entwicklung und Fortschreibung des Nationalen Aktionsplans und die Auszeichnung von Dekadeprojekten.² Neben diesen Gremien existiert noch ein so genannter „Runder Tisch der Allianz Nachhaltigkeit lernen“, dessen rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich ihrerseits in acht Arbeitsgruppen zusammengefunden haben. Die Arbeitsgruppen unterteilen sich in folgende Themenfelder: (1) schulische Bildung, (2) Elementarbereich, (3) berufliche Aus- und Weiterbildung, (4) Hochschule, (5) außerschulische und Weiterbildung, (6) informelles Lernen, (7) Verbraucherbildung in Finanzfragen und (8) Konsum. In diesen Arbeitsgruppen sollen konkrete Vorschläge erarbeitet werden, mit denen das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung im jeweiligen Bildungsbereich verankert wird.

Um den nach wie vor schillernden Begriff der Nachhaltigkeit besser verstehen und einordnen zu können, wurde in den zurückliegenden Jahren an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft im Auftrag des Umweltministeriums Baden-Württemberg ein Indikatorensystem entwickelt, mit dem sich der Ressourcenverbrauch, die Arbeitsbedingungen, der Schul- und Unterrichtsalltag abbilden lassen.

Was sind Indikatoren?

Indikatoren sind Mess- oder Kenngrößen und dienen der Bewertung und Trendbeschreibung zentraler Problemfelder einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Werden mehrere Indikatoren in systematischer Art und Weise zusammengefasst, so spricht man von einem Indikatorensystem. Das hier vorgestellte Indikatorensystem orientiert sich an Leitlinien und Kriterien, die für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in Schulen eine zentrale Rolle spielen. Dabei werden

²Nähere Informationen zur Umsetzung der Weltdekade in Deutschland finden Sie unter der Internetseite www.bne-portal.de. Hier sind auch alle relevanten Dokumente aufgelistet, die bisher veröffentlicht und verabschiedet wurden.

vier Bereiche angesprochen: Ökologie, Ökonomie, Soziales und Partizipation. In jedem dieser Bereiche wurden jeweils fünf Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung formuliert, die wiederum mit je einem Kernindikator abgebildet werden.

Mit den vier Bereichen sind die Handlungsfelder genannt, um die es bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung geht; die Teil-Ziele benennen einzelne Problemfelder; die Indikatoren schließlich können in der Schule verschiedene Funktionen übernehmen:

- sie können verdeutlichen, wo möglicherweise Handlungsbedarf an der Schule besteht, an welchen Stellen und in welcher Richtung Verbesserungen möglich und notwendig sind;
- sie signalisieren außerdem, wo in der letzten Zeit etwas erreicht wurde, wo Maßnahmen oder Aktivitäten von Schüler/innen, Lehrer/innen oder Eltern erfolgreich waren;
- sie erlauben (mit Einschränkungen) einen Vergleich mit anderen Schulen;
- und sie können Änderungen im Zeitverlauf anzeigen.

Mit anderen Worten: Indikatoren und Indikatorensysteme können dabei helfen, die richtigen Maßnahmen zu finden, um die Qualität an der Schule zu erhöhen oder sicherzustellen, und zwar bei den Arbeitsbedingungen der Lehrer/innen und Schüler/innen, beim Verhalten von Schülern und Lehrern, beim Umweltsverhalten, bei der Beteiligung spezifischer Gruppen und bei der Verbesserung der Unterrichtsqualität. Das Indikatorensystem richtet sich keineswegs nur an Lehrer/innen oder Schüler/innen, sondern auch an die Eltern. Deshalb haben sich einzelne Schulen auch dazu entschlossen, sie ebenfalls mit in die Befragung mit einzubeziehen. Die breite Diskussion der Entwicklungen, die durch Zeitreihen der Indikatoren deutlich zutage treten, kann dazu beitragen, Projekte zur schulischen Entwicklung zu finden und umzusetzen.

Insgesamt sollten die schulischen Nachhaltigkeitsindikatoren folgende Anforderungen erfüllen:

Wissenschaftliche Anforderungen	<ul style="list-style-type: none"> – Repräsentativität und Adäquanz bezüglich der jeweiligen ökologischen, ökonomischen, sozialen und partizipativen Zusammenhänge und Probleme – Transparenz – Reproduzierbarkeit der Ergebnisse – Nachvollziehbarkeit der Aggregation – Nachvollziehbarkeit der Auswahlkriterien – Datenqualität, Transparenz über die Unsicherheit von Daten
Funktionale Anforderungen	<ul style="list-style-type: none"> – Sensitivität gegenüber Änderungen im Zeitablauf – Eignung zur Erfassung von Trends – Frühwarnfunktion – Eignung für internationale Vergleiche – Sensitivität gegenüber ökonomischen, ökologischen, sozialen und partizipativen Wechselwirkungen
Anforderungen aus der Sicht von Nutzerinnen und Nutzern	<ul style="list-style-type: none"> – Zielfähigkeit, Richtungssicherheit – Adressaten-adäquate Verdichtung von Informationen – Steuerbarkeit von schulischen Prozessen – Verständlichkeit für Lehrer/innen, Schüler/innen, Eltern und Ausbildungsbetriebe – Vergleichbarkeit
Praktische Anforderungen	<ul style="list-style-type: none"> – Datenverfügbarkeit – Möglichkeit regelmäßiger Aktualisierung – Vertretbarer Aufwand der Datenbeschaffung

Das Indikatorensystem ist so aufgebaut, dass neben subjektiven Indikatoren auch so genannte objektive Indikatoren erhoben werden. Drei Viertel der ausgewählten Indikatoren können als objektiv angesehen werden, während ein Viertel von ihnen eher die subjektive Sicht der Befragten wiedergeben.

Nachdem das Indikatorensystem in der ersten Phase des Modellvorhabens in vier Schulen getestet wurde, erfolgte in der zweiten Phase die Erweiterung auf insgesamt zehn Schulen. In drei der vier Schulen aus der ersten Phase wurde

2005 eine erneute Befragung durchgeführt, sodass nun erstmals Längsschnittdaten für drei Schulen vorlagen, und zwar für die Jahre 2002 und 2005.

Durchführung der Befragung und Erhebung der Indikatoren

In insgesamt zehn Schulen wurden in den Jahren 2005 und 2006 Befragungen der Schüler/innen und Lehrer/innen durchgeführt. An ihnen beteiligten sich insgesamt rund 1.700 Schüler/innen und knapp 300 Lehrer/innen. Neben „Wiederholungsschulen“, in denen bereits 2002 erstmals Befragungen durchgeführt wurden (siehe hierzu Glocalist Review, Nr. 179/2008, S. 4-9), nahmen in der zweiten Runde zusätzlich noch weitere Schulen an dem Modellvorhaben teil. Zu den zehn Modellschulen zählten zwei Grund- und Hauptschulen, zwei Realschulen, vier allgemein bildende Gymnasien und zwei berufliche Gymnasien und berufliche Schulen. Zusätzlich wurden an drei Schulen noch ca. 150 Eltern zu ihren Einschätzungen und Vorstellungen befragt. An einer Schule wurden die Ausbildungsbetriebe mit in die Erhebung aufgenommen, mit denen die Schule seit Jahren Beziehungen pflegt.

Die zweite Runde der Erhebung von Indikatoren hat deutlich gemacht, dass die in der ersten Runde des Projektes an vier Modellschulen getesteten Indikatoren in der vorliegenden Form weitgehend übernommen werden konnten. Sie mussten nur unwesentlich verändert werden. Eine Änderung betraf den Indikator A2, bei dem die Bezugsgröße nunmehr auf Quadratmeter festgelegt wurde und nicht auf die Zahl der Schüler/innen und Lehrer/innen. Der Indikator C4 wurde im Fragebogen erweitert um die Frage, wie es sich um das Raucherverhalten der Schüler/innen außerhalb der Schule verhält.

Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten

Mit dem Auftraggeber, dem Umweltministerium Baden-Württemberg, war vereinbart worden, mindestens vier Nachhaltigkeitsberichte zu erstellen. Bei zwei „Wiederholungsschulen“ wurde ein solcher Bericht angefertigt. Dieser enthält erstmals den Vergleich von zwei Befragungszeiträumen, nämlich 2002 und 2005. Dabei werden durchaus interessante Unterschiede zu Tage gefördert. Am Beispiel des Indikators C5 „Anteil der Schülerinnen und Schüler, die sich durch andere Schüler und Lehrer eingeschüchtert fühlen“ mit dem Teil-Ziel „Möglichst geringes Aggressions- und Gewaltpotenzial bei Schüler/innen und Lehrer/innen“ werden Differenzen deutlich. Der Indikator zeigt an, dass sich zwischen 2002 und 2005 der prozentuale Anteil der Schüler, die sich durch ihre Mitschüler eingeschüchtert fühlen, nahezu verdoppelt hat. Dagegen ist der pro-

zentuale Anteil der Schüler, die sich durch ihre Lehrer beeinträchtigt fühlen, leicht zurückgegangen.

Für zwei weitere Schulen, die erstmals teilgenommen hatten, wurden ebenfalls Nachhaltigkeitsberichte erstellt. Diese Berichte gehen auf Befragungen der Schüler/innen und Lehrer/innen aus dem Jahr 2006 zurück. Damit ist im Übrigen für jede Schulart ein Nachhaltigkeitsbericht erstellt worden.

Die Nachhaltigkeitsberichte wurden in einer ersten Version auf den jeweiligen Lehrerkonferenzen vorgestellt. Durch Projekt-Teams wurden im Weiteren die einzelnen Indikatoren bewertet, um jene Bereiche zu ermitteln, in denen sich mögliche Defizite zeigten. Die Bewertung erfolgte unter anderem nach folgendem Muster:

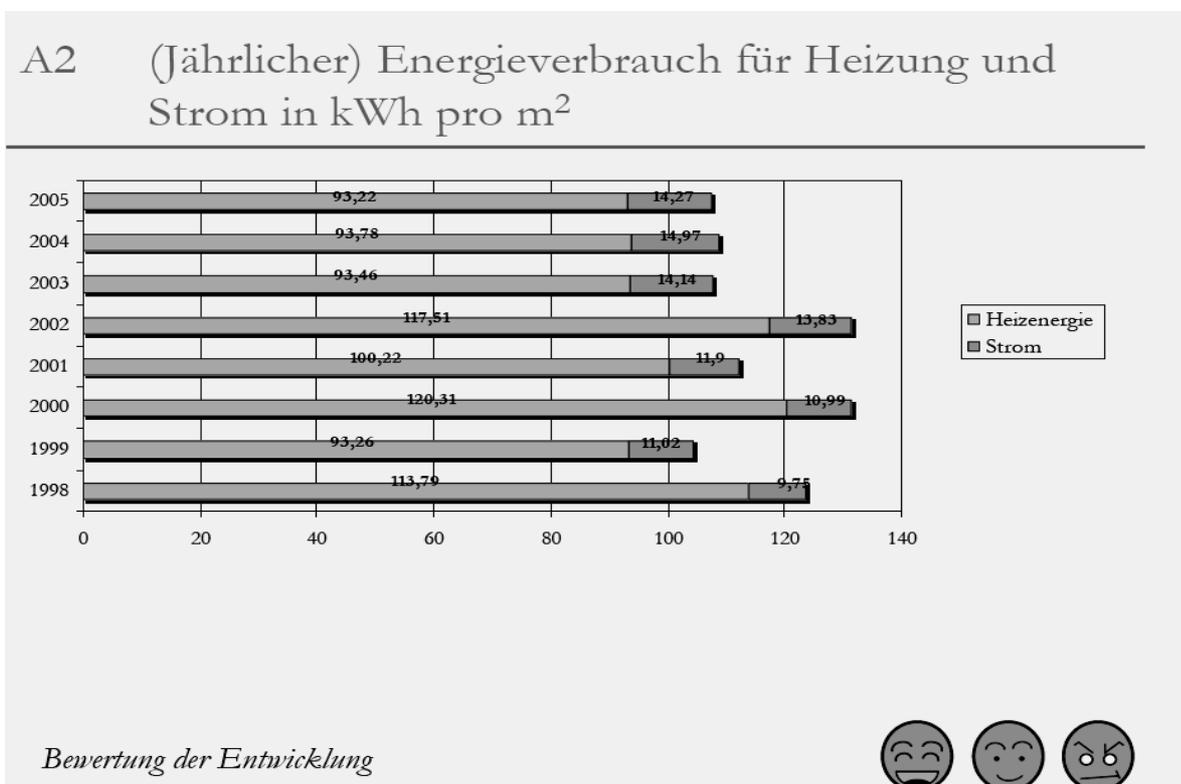


Abb. 1: Beispiel für die Bewertung von Indikatoren

Auf Grundlage der ermittelten Schwachstellen wurden von den Projekt-Teams bestimmte Maßnahmen vorgeschlagen, die sodann durch die Lehrer- und Schulkonferenz beschlossen wurden. Am Ende lag ein Maßnahmenkatalog vor, der in den kommenden Jahren abgearbeitet werden muss.

Die verschiedenen Befragungen und Erhebungen der Indikatoren erlauben im Übrigen auch einen Vergleich der Schulen untereinander. Dieses Benchmark wurde von einer Reihe von Schulen gefordert, da sie wissen wollten, wie sie sich im Verhältnis zu den anderen Schulen einzustufen hatten. Der Vergleich der

beteiligten Schulen zeigte erhebliche Unterschiede, wie sich an dem folgenden Beispiel deutlich zeigen lässt:

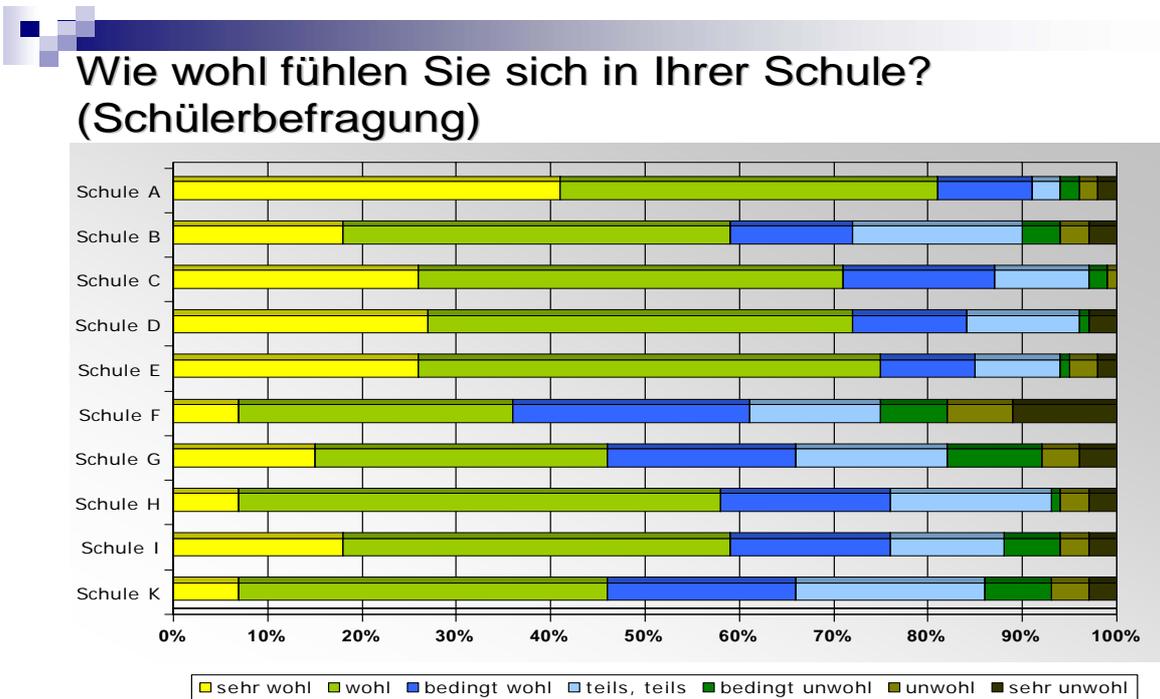


Abb. 2: Beispiel für den Vergleich der beteiligten Schulen (Schülerbefragung)

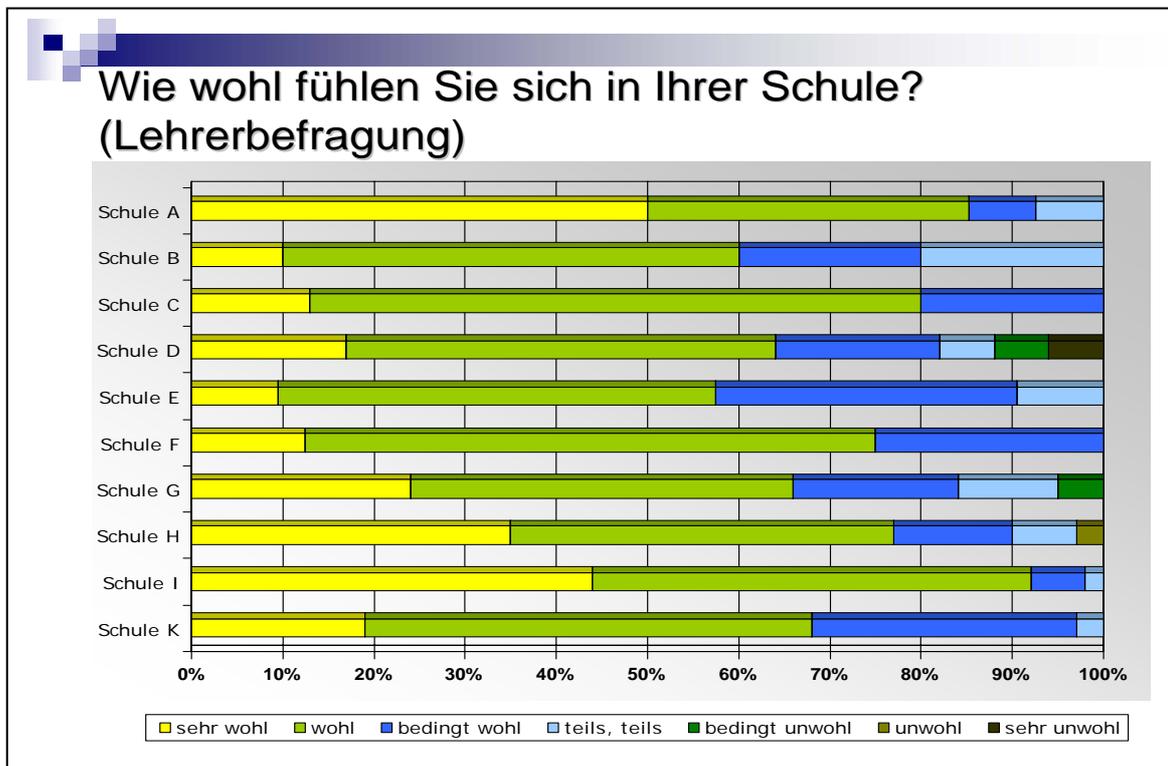


Abb. 3: Beispiel für den Vergleich der beteiligten Schulen (Lehrerbefragung)

Das hier vorgelegte Indikatorensystem zur Bestimmung von Nachhaltigkeit in Schulen kann durchaus auch zur Evaluation schulischer Prozesse herangezogen werden, zumal mit ihm nicht nur Lehrer/innen, sondern auch Schüler/innen, Eltern und Ausbildungsbetriebe um die Einschätzung und Bewertung ihrer schulischen Situation gebeten werden. In einem weiteren Schritt wäre es nun geboten, eine CD-ROM zu erstellen, auf der Excel-Tabellen plus Auswertungs-Diagramme hinterlegt werden.



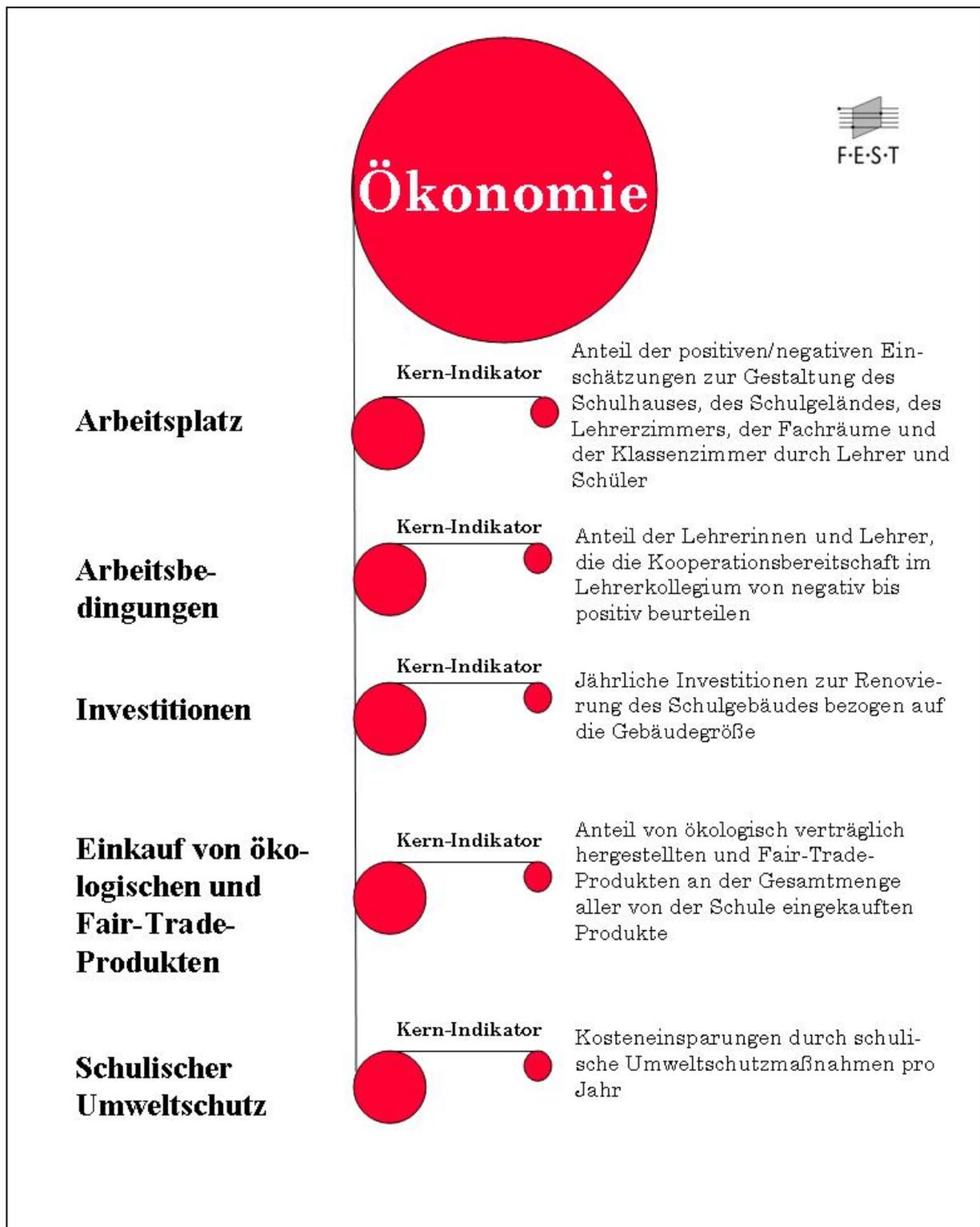


Abb. 5: Nachhaltigkeitsindikatoren für die Dimension Ökonomie



Abb. 6: Nachhaltigkeitsindikatoren für die Dimension Soziales

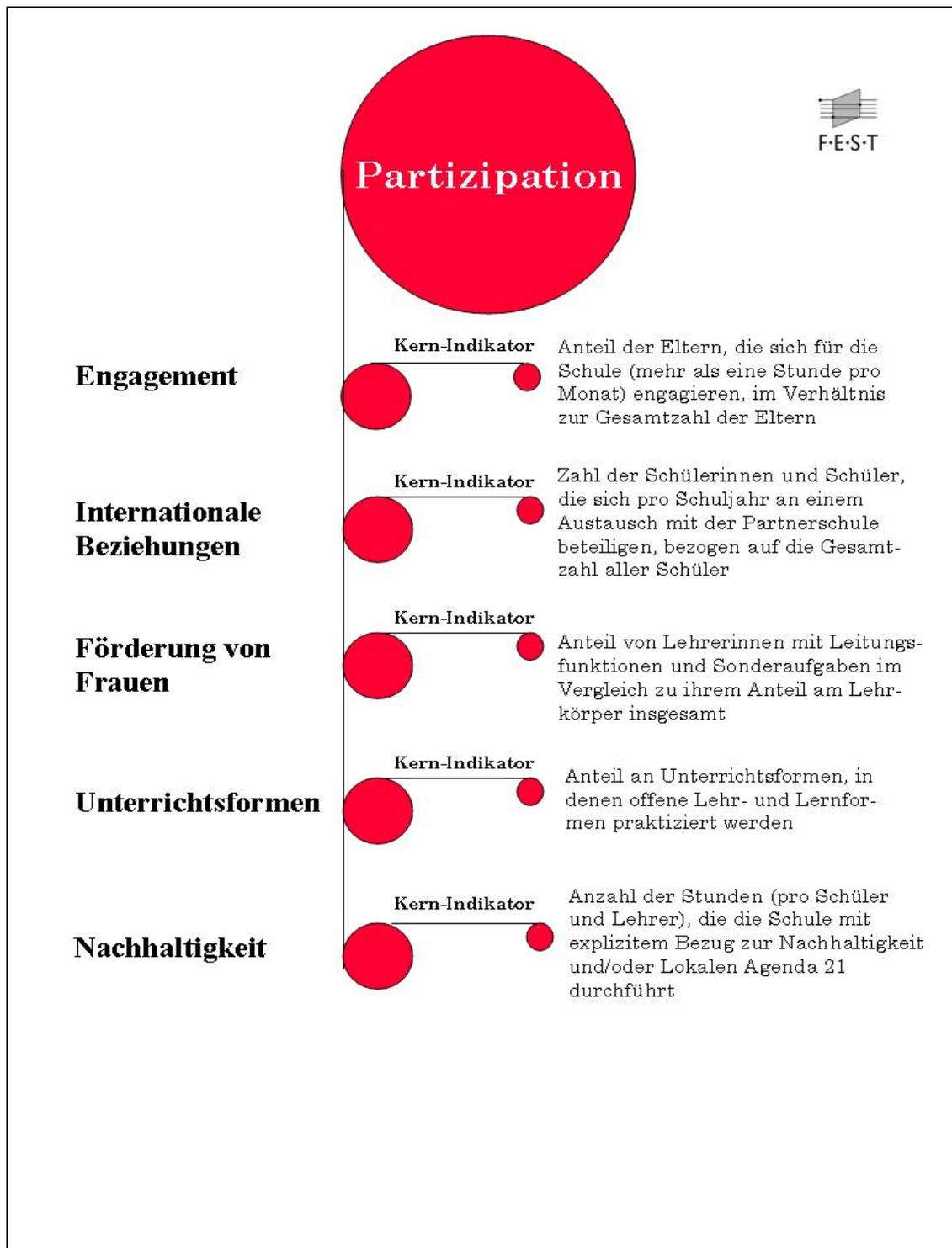


Abb. 7: Nachhaltigkeitsindikatoren für die Dimension Partizipation

Gründungsberatung als Aufbauarbeit für Solidarische Ökonomie – erste Erfahrungen in Nordhessen

Kristina Bayer

„Bildung als Praxis von Freiheit“ – so oder so ähnlich war die Zielsetzung, mit der wir im Sommer 2007 in das erste Projekt für Gründungsberatung in Nordhessen starteten: voller Idealismus – Nordhessen als strukturschwache Region *muss* sich doch Richtung Solidarische Ökonomie entwickeln –, voller Unsicherheit aber auch, ob denn unsere Vorschläge auf Gegenliebe treffen würden. Gibt es überhaupt einen Beratungsbedarf für Solidarische Wirtschaftsunternehmen, und interessiert sich überhaupt jemand für Neugründungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

Hintergrund des Forschungsprojekts „Solidarische Wirtschaftsunternehmen in Nordhessen – Kartierung und Gründungsberatung“¹ ist die Auseinandersetzung insbesondere mit Inkubationsarbeit in Brasilien. Solidarische Ökonomie ist dort, wie in ganz Lateinamerika, in den vergangenen zehn Jahren zu einem echten Wirtschaftsfaktor geworden.²

So existieren mittlerweile verschiedene Organisationen, teils mit gewerkschaftlichen Wurzeln und teils aus dem Umfeld von Nichtregierungsorganisationen, die die neu entstehenden solidarischen Wirtschaftsunternehmen professionell begleiten. Die Beratungskonzepte sind stark angelehnt an die Pädagogik der Befreiung. Dass sich eine eigens aus gewerkschaftlichem Hintergrund entstandene Organisation hier engagiert, ist als besonders wegweisend anzusehen.³

Hierzulande stehen wir ganz am Beginn dieses Forschungsfeldes. Dass Betriebe, für die Selbstverwaltung ein zentrales Kriterium der Steuerung ist, überhaupt beraten werden sollen oder müssen, mag einigen Akteuren gar als Widerspruch erscheinen. Schließlich geht es darum, selbstorganisierte Prozesse autonom zu gestalten, die keiner Beurteilung oder Begutachtung von außen bedürfen – schon gar nicht einer wissenschaftlichen oder universitären?!

¹ Das Forschungsprojekt ist angesiedelt am Fachbereich 5 Soziologie der Nachhaltigen Entwicklung unter Leitung von Prof. Dr. Clarita Müller-Plantenberg.

² Vgl. hierzu Singer 2005.

³ Die Agentur für Solidarische Entwicklung (ADS) entstand Ende der 90er Jahre aus der innergewerkschaftlichen Debatte um Alternativen zur grassierenden Massenarbeitslosigkeit durch Projekte der Arbeiterselbstverwaltung.

Dass Beratung allerdings gerade in der Gründungsphase mehr als sinnvoll ist, zeigen viele gescheiterte Versuche solidarische Wirtschaftens. Immer wieder finden sich i.d.R. stark idealistisch motivierte Menschen, die das Wahre im Falschen versuchen und dann – aus Realitätsferne, Konzeptionslosigkeit, persönlicher Ungeklärtheit oder Konflikten in der Gruppe scheitern. Dieses Scheitern, mögen es die einzelnen auch noch so intelligent als persönlichen Wachstumsschritt in ihre individuelle Biografie integrieren, wäre doch – so die These – in vielen Fällen vermeidbar, wenn systematischer an die meist sehr groß angelegten Vorhaben herangegangen würde und wenn es andererseits ein an solche Vorhaben genau angepasstes, professionelles Beratungsangebot gäbe.

Kurz: ein anderes Wirtschaften benötigt auch eine andere Beratung!

Beratung in diesem Sinne meint zuallererst Stärkung und Überzeugungsarbeit für die Sache der Solidarischen Ökonomie. Sie soll zu Neugründungen ermutigen, erfolgreiche Beispiele bekannt machen und neue, zeitgemäße Modelle Solidarischen Wirtschaftens entwickeln. Und sich dabei selbst, zusammen mit den Akteuren, an deren Erfahrungen und Bedürfnissen orientiert, weiterentwickeln.

Beratungsbedarf ja – aber wie genau?

Beratung bestehender Projekte und Unternehmen

Die im Rahmen des Forschungsprojekts durchgeführten Beratungen zeigen zum einen den Bedarf nach Unterstützung in bestehenden Betrieben oder Projekten, die mit Schwierigkeiten im laufenden Geschäft zu tun haben. Vorherrschende Themen sind hier Wirtschaftlichkeit, Finanzierungsschwierigkeiten, Arbeitsorganisation / Effizienz, Gesamtperspektive des Projekts und Konflikte in der Gruppe.

Insbesondere was die Wirtschaftlichkeit betrifft, zeigt sich, dass wir es hier häufig mit einem Zielkonflikt bei den Akteuren zu tun haben. Die Motivationslage bei Gründung eines Solidarischen Betriebes ist überwiegend idealistisch geprägt (Lust auf Gemeinschaft, persönliches Wachstum mit anderen zusammen etc.). Dies widerspricht teilweise der Notwendigkeit, den solidarischen Betrieb auch als Wirtschaftsbetrieb zu führen. An diesem Punkt zeigt sich die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit einer spezifischen Beratung, die mit einem umfassenden Begriff von Wirtschaftlichkeit arbeitet, der u.a. auch veränderte Konsummuster, alternative Finanzierungsmodelle wie Kredit- und Leihgemeinschaften, kollektive Lebensstile etc. in die Gesamtbilanz eines Unternehmens mit einbezieht.

Beratung für Neugründungen

In Bezug auf Neugründungen zeigt sich, dass es viele einzelne Menschen mit einem persönlichen Hintergrund in den Sozialen Bewegungen gibt, die kreative, idealistisch geprägte Vorstellungen haben, Betriebe oder Initiativen im Bereich der Solidarischen Ökonomie zu gründen, denen häufig allerdings das Handwerkszeug fehlt, ihre Ideen umzusetzen.

Wie mache ich aus einer pfiifigen oder auch utopischen Idee ein Unternehmenskonzept? Dies ist eine klassische Frage für die Unternehmensberatung – einerseits. Aber auch hier zeigt sich, dass eine Beratungskompetenz, die über den Tellerrand der klassischen Betriebswirtschaftslehre hinauszusehen vermag, durchaus von Vorteil ist. Wenn es beispielsweise darum geht, solidarische Finanzierungsmodelle für Neugründungen zu entwickeln, zeigen sich häufig Möglichkeiten, die nach den Standards konventioneller Finanzinstitutionen nicht einmal denkbar sind.

Ein anderes, ähnlich „klassisches“ Feld ist die Frage der Rechts- und Organisationsformen. Die Praxis zeigt, dass eine große Verwirrung über Rechtsformen und deren Vor- und Nachteile für Gemeinschaftsgründungen existiert. Klarheit im Sinne von Transparenz und fundierter Information zu schaffen, kristallisiert sich als ein großes Aufgabengebiet der Gründungsberatung für Solidarische Wirtschaftsunternehmen heraus.

Aber es geht auch darum, einen kreativen, spielerischen Umgang mit Recht, Gesetz und äußerer Form im Verhältnis zur inneren Form einer Organisation zu finden. Die einzige „reine“ solidarische Wirtschaftsform ist ja die Genossenschaft, aber auch alle anderen Rechts- und Organisationsformen sind dazu geeignet, den gemeinsamen Willen einer Gruppe zum Ausdruck zu bringen, je nachdem welches Bedürfnis nach Verrechtlichung der sozialen Beziehungen besteht. Hier hat die Solidarische Ökonomie im Laufe ihrer Geschichte eine reichhaltige Kultur im Umgang mit Staat, Recht und Gesetz entwickelt.⁴

Erfahrungen in den verschiedenen Phasen von Inkubation

Die Erfahrung der Inkubationsarbeit zeigt einen ähnlichen Phasenverlauf wie im von den brasilianischen Innovationswerkstätten entwickelten Modell von Prä-Inkubation, Inkubation und Post-Inkubation.⁵

In der Prä-Inkubationsphase geht es im Wesentlichen um die Präzisierung der Projektidee und Prozesse der Gruppenbildung. Im Rahmen von ca. fünf bis zehn Treffen der Gruppe mit der BeraterIn wird die Umsetzung der Projektidee in

⁴ Man denke etwa an die vielfältigen Debatten über die Verwendung von „Staatskohle“ aus den 70er und 80er Jahren. Zum speziellen Profil des „alternativen Beraters“ vgl. auch Huber 1986.

⁵ S. dazu Kruppa 2005.

konkrete Projektziele erarbeitet, werden Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt, geht es um die Debatte der geeigneten Rechts- und Gesellschaftsform. Auf einer psychosozialen Ebene werden die gegenseitigen Erwartungen abgeklärt – zwischen Gruppe und BeraterIn einerseits, zwischen den Gruppenmitgliedern untereinander andererseits –, Regeln der Zusammenarbeit definiert, Ziele vereinbart und so ein arbeitsfähiges Team entwickelt.

Diesen Prozess sehr bewusst zu gestalten, zahlt sich im Zuge des Gründungsprozesses aus, auch wenn dies zunächst als sehr aufwändig und mühevoll erscheint. Gruppen, die diese erste Stufe der Klärung überspringen, sind i.d.R. zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr in der Lage, sie nachzuholen, was oftmals im Zerschlagen der Gruppenkonstellation endet.

Damit sich beide Seiten nach dieser Findungsphase des Projekts auf einen endgültigen Inkubationsprozess einlassen können, ist sowohl auf der Seite der Gruppe als auch der BeraterIn ein vielschichtiger Entscheidungsprozess notwendig.

Folgende wesentliche Faktoren müssen, so die Erfahrung des Forschungsprojekts, erfüllt sein, damit die Gruppe einen längerfristigen und verbindlichen gemeinsamen Prozess durchläuft:

- Es muss eine klare Projektidee existieren mit einer deutlichen Ausrichtung auf gemeinschaftliche Unternehmensformen - im Gegensatz zu kurzfristigem Profitdenken und individuellem Vorteil.
- Innerhalb der Gruppe muss eine ausgewogene Machtbalance zwischen Gruppe und Beratung entstehen sowie ein funktionierendes internes Konfliktmanagement in der Gruppe. Die Einbindung in Netzwerke sowie das Gefühl beider Seiten, sich in einer gegenseitigen win-win-Situation zu befinden, ist essentiell für die gemeinsame Arbeit.
- Die Rolle der Universität als Beratungsinstanz ist als ambivalent zu bewerten. Einerseits Freiräume öffnend, mit einem Image von Kompetenz und Objektivität ausgestattet, steht sie doch in ungeklärter Konkurrenz zu freien Bildungseinrichtungen und technischen Büros und ruft bei den Betroffenen häufig Ängste vor Dominierung und Intellektualisierung hervor. Hier gilt es für die Inkubationsarbeit, ihr eigenes Profil zu differenzieren.

Themenfelder Solidarischer Gründungsprozesse

Die Themenfelder der nordhessischen Gründungsvorhaben für Solidarische Wirtschaftsunternehmen unterscheiden sich nicht wesentlich von dem Bran-

chenprofil selbstorganisierter Betriebe, das sich seit den 70er Jahren in Deutschland entwickelt hat.⁶

Gründungsanfragen im Laufe des Forschungsprojekts kamen aus den Bereichen von Regionalwährungen, Gesundheitsinitiativen, Politischen Initiativen, Fair-Trade-Projekten, Initiativen zur Sicherung der Nahversorgung, Erneuerbare Energien und bewegen sich damit in „klassischen“ Feldern Solidarischer Ökonomie.⁷

Trotz der drängenden Problematik von Abwanderung und dramatischem Rückgang der öffentlichen Infrastruktur in Nordhessen, die sich auf nahezu alle Bereiche des täglichen Bedarfs wie Gesundheit, Kultur, Nahversorgung, Mobilität usw. auswirkt, ist der Wille zur Veränderung zuerst nur in den Bereichen zu erkennen, die eine Verbindung zu den Sozialen Bewegungen haben: Fair-Trade-Initiativen und Eine-Welt-Läden stehen hier an erster Stelle.

Wirtschaftliche Ansätze zur gemeinschaftlichen Organisierung des die Mehrzahl der Bevölkerung betreffenden Alltags wie z.B. Dorfläden, selbstorganisierte Gesundheitsläden, aber auch Bioläden, stehen erst am Anfang und sind im Gegensatz zu anderen Regionen Deutschlands in Nordhessen noch sehr selten anzutreffen.

Ein anderer Entwicklungsstrang, die Entstehung neuer Konsummuster im Umfeld von Nachhaltigkeitstrends⁸ und damit verbundenen Innovationen im Produktbereich spiegelt sich in Nordhessen bislang geringfügig wieder.⁹

Das einzige Feld, in dem ein als zukunftsfähig eingestuftes Wachstumsmarkt Leitbildcharakter für die Region zu entwickeln beginnt, sind die Erneuerbaren Energien. Eine hohe Dichte an innovativen Unternehmen¹⁰, einzelne bedeutende Leuchtturm-Kommunen¹¹, eine starke Präsenz der Universität Kassel in diesem Bereich¹² – dies alles sind Faktoren, die die „Solarregion Nordhessen“ als Leitbild für ein um Innovation bemühtes Regionalmarketing¹³ interessant machen.

⁶ Vgl. dazu die Analysen von Beywl aus den Anfangszeiten der Alternativen Ökonomie (Beywl 1987), die sich in aktuellen Entwicklungen durchaus fortsetzen.

⁷ Zu den aktuellen Entwicklungen, insbesondere zur Übernahme öffentlicher Daseinsvorsorge durch genossenschaftliche Selbsthilfe s. www.neuegenossenschaften.de (Abruf 10.09.2008).

⁸ Hierzu und insbesondere zur Debatte über die sog. LOHAS vgl. Wenzel/Rauch/Kirig 2007.

⁹ Hierzu siehe auch die Ergebnisse einer Studie zur Innovationsfähigkeit von Unternehmen in Nordhessen, nach der die Region insgesamt als wenig innovativ eingestuft wird (Daskalakis / Kauffeld-Monz 2007).

¹⁰ Hierunter auch mehrere Ausgründungen aus der Universität Kassel wie die nordhessischen Pioniere der Solarbranche Wagner & Co. Solartechnik GmbH, SMA Technologie AG in Niestetal u.a.

¹¹ Zu nennen ist hier insbesondere die Gemeinde Alheim, Träger des Deutschen Solarpreises 2007, aber auch Wolfhagen. S. www.kommunal-erneuerbar.de (Abruf 10.09.2008).

¹² Die hohe interdisziplinäre Präsenz der Thematik trägt der Universität Kassel bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Titel „Solar- Universität Nr. 1“ ein.

¹³ Das Regionalmanagement Nordhessen hat den Bereich dezentrale erneuerbare Energien bereits zu einem Schwerpunktthema („Cluster“) gemacht. Ziel ist hier die nationale und internationale Vermarktung der Region.

Dieses in der Tat vorhandene große Potenzial im Kontext einer Strategie Solidarischer Ökonomie zu diskutieren, war und ist Aufgabe der Gründungsberatung.

Zukunftsweisendes Beispiel: Solidarische Ökonomie für Erneuerbare Energien in Nordhessen

Mehrere Gemeinden in Nordhessen befinden sich entweder in der Diskussion über oder aber bereits in der Umsetzung der ersten Schritte hin zur 100 % - Region.¹⁴

Mit politischen Beschlüssen ist aber häufig noch nicht viel getan. Fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung und Konzeptionslosigkeit in der öffentlichen Hand lassen das schöne Ziel schnell zur Makulatur verkommen.

Der klassische und momentan auch wieder häufig gegangene Weg ist die Besetzung des Feldes der Erneuerbaren Energien durch Einzelunternehmen, die sich auf dem zwar boomenden, aber auch extrem umkämpften internationalen Markt behaupten müssen.¹⁵ Der Vorteil für die Region liegt sicherlich in der Schaffung von Arbeitsplätzen, häufig allerdings mit dem Pferdefuss neu entstehender Monopolstrukturen, die eine öffentliche Debatte über eine Nachhaltigkeitsstrategie der Region vollkommen verunmöglichen, ja eine solche Öffentlichkeit sogar torpedieren.¹⁶

Warum macht es also Sinn, für die Gründung von Energiegenossenschaften einzutreten?

Ständig wechselnde politische und rechtliche Rahmenbedingungen haben den Bereich der Erneuerbaren Energien zu einem Politik- und Wirtschaftsfeld werden lassen, in dem das langfristige Ziel der ökologischen Energiewende zurückgetreten ist zugunsten kurz- und allerhöchstens mittelfristiger Ziele profitorientierten Wirtschaftens. Die Geschichte des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG)¹⁷ zeigt, dass hier ein Steuerungsinstrument entwickelt worden ist, mit dem der Grundgedanke der dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energieträgern sich aufgelöst hat in ein an Fördermitteln orientiertes, kurzfristiges Wachstumsdenken, das sich nur geringfügig von anderen Wirtschaftsbranchen unterscheidet. Die Fülle von Unternehmensgründungen und vor allem Fehlgründungen und Fehlplanungen, die auf dieser Grundlage entstanden sind, zeigt, dass

¹⁴ Zum Projekt 100 % Erneuerbare-Energie-Regionen s. www.100-ee.de (Abruf 10.09.2008) und www.deenet.org (Abruf 10.09.2008). Besonders hervor sticht inzwischen die Stadt Wolfhagen, die als erste Stadt in Nordhessen ihr Stromnetz vom Netzbetreiber E.on zurückgekauft hat.

¹⁵ Hierbei geht es nicht unwesentlich um die Sicherung der deutschen Führungsrolle auf dem Weltmarkt und die entsprechende Arbeitsplatzsicherung – der Klimaschutz spielt erst eine untergeordnete Rolle. In dieser Haltung bilden führende Umweltverbände leider keine Ausnahme.

¹⁶ Dies spiegelt auf der lokalen Ebene die Probleme einer „nachhaltigen Marktwirtschaft“ wieder, s. dazu Worldwatch Institute 2008.

¹⁷ Informationen unter www.eeg-aktuell.de (Abruf 10.09.2008).

es an der Zeit ist, über die geeignete ökonomische Grundlage einer Energiewende zu debattieren anstatt den Focus nach wie vor auf den rein technologischen Fragen zu belassen.

Hier liegt das originäre Feld der Solidarischen Ökonomie! Eine andere Wirtschaft ist möglich, das heißt: verwenden wir solidarische Wirtschaftsformen, ist es möglich, den Gedanken der ökologischen Energiewende auf breitere Füße zu stellen als dies durch eine rein privatwirtschaftliche Aufstellung möglich ist¹⁸, langfristig faire Energiepreise zu erzielen¹⁹ und stabile wirtschaftliche Strukturen in der Region aufzubauen.

Wo ein solches Modell in der Region wirklich ankommt, werden Energiekonzerne keine Chance mehr haben, sich an wertvollen Ressourcen der Region zu bedienen, indem sie massenhaft Flächen, Höfe und sonstiges aufkaufen, denn die Menschen werden um den Wert und das Potenzial ihrer Region wissen!²⁰

Ähnliches gilt für den Bereich Tourismus, ein viel bemühtes Leitbild der Regionalentwicklung insbesondere in den ländlich strukturierten Gebieten.

Hier soll Natur, die wertvollste Ressource überhaupt, in Wert gesetzt werden – Gesundheit, Wellness etc. noch dazu. Aber niemand stellt die Frage, welche Strukturen denn dafür notwendig sind, diese Ressource überhaupt zu erhalten – ist doch hinreichend deutlich geworden, dass das Modell der wachstumsorientierten Marktwirtschaft Natur grenzenlos nutzt und auf Dauer zerstört.

Die Gründung einer regionalen Energiegenossenschaft als Dachorganisation, die bereits bestehende Leuchtturmprojekte im Bereich der regenerativen Energiegewinnung integriert, verbindet eine nachhaltige Entwicklungsperspektive für die beteiligten Kommunen mit der Möglichkeit gemeinschaftlicher Existenzgründungen aus dem regionalen wie aus dem universitären Bereich. Wird die Energiegenossenschaft als Bürgergenossenschaft konzipiert, kann sie langfristig als Motor für verschiedenste Projektideen wirken, die die nachhaltige Entwicklung der Region verfolgen.²¹

Die Erarbeitung eines solchen kommunalen Konzepts mit Schwerpunktlegung auf einer solidarischen Wirtschaftsform stellt ein Gebiet dar, für das an vielen Stellen Forschungsbedarf besteht. Hierbei ist die Frage der Organisations- und Kooperationsformen zentral.

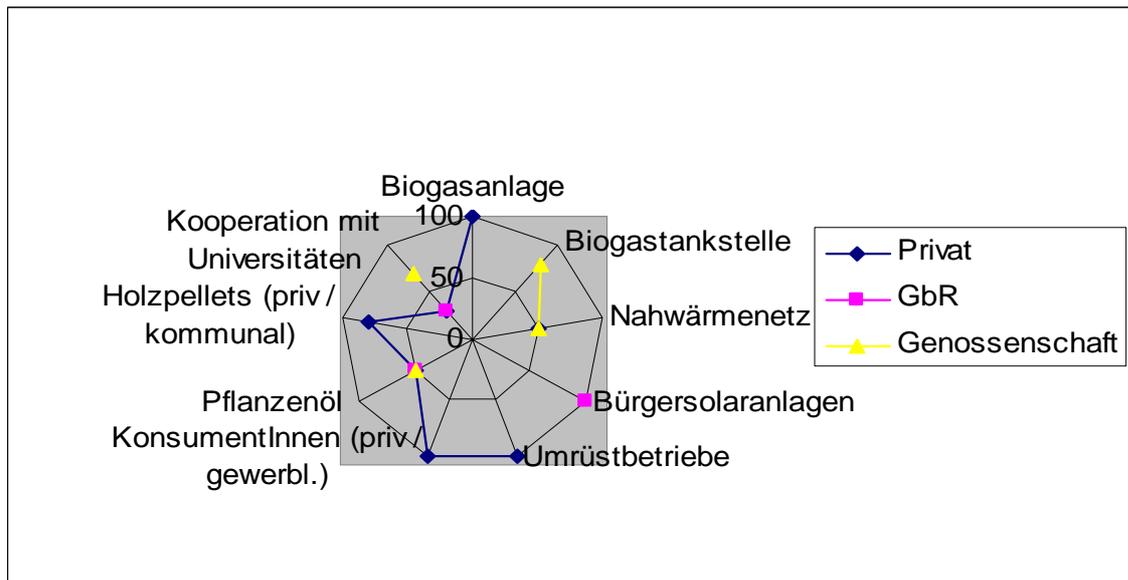
¹⁸ Z.B. durch entsprechend niedrig gestaltete Genossenschaftsanteile oder andere solidarische Finanzierungsinstrumente.

¹⁹ Die neu gegründete Energiegenossenschaft Greenpeace energy kann nachweislich den günstigsten Ökostrom anbieten, vgl. Greenpeace energy, Pressemitteilung vom 24.07.2007.

²⁰ Zu Strategien der Aufwertung der Region vgl. auch Ipsen 1987.

²¹ Denkbar sind Wirtschaftsbereiche wie ökologisches Bauen bzw. ökologische Sanierung von Fachwerkhäusern, Sammelbestellungen für ökologische Produkte, regional-biologische Schulversorgung u.v.m.

Synergie durch Kooperation



Modell einer kommunalen Energiegenossenschaft mit Beteiligungen aus dem privatwirtschaftlichen und öffentlichen Bereich

Perspektiven - Tendenz zu komplexen Formen

Das Beispiel der Energiegenossenschaft zeigt, dass es sich hier um sogenannte Multi-Stakeholder-Genossenschaften („Mehrzweckgenossenschaften“) handelt.²² Dies ist ein neuer Typ von Genossenschaft, der unterschiedlichste Interessen unter einem Dach vereint. Entsprechend hohe Anforderungen bestehen an die Organisationsform im Blick auf Interessenharmonisierung, Finanzierungsfragen, Fragen von Leitung und Geschäftsführung usw.

Gleichzeitig ist nur durch die Entwicklung solcher komplexer Formen der Ausbau Solidarischer Ökonomie als wirksame ökonomische Strategie – über Einzelinitiativen und Leuchtturmprojekte hinaus – möglich.

Ein starkes Spannungsfeld in der Multi-Stakeholder-Genossenschaft ist das zwischen Individualität und Vergemeinschaftung. Die Erfahrungen des Forschungsprojekts zeigen, dass insbesondere die Landwirte ein erhöhtes Bedürfnis nach Autonomie in die Debatte einbringen.

Die Vorstellung einer Kooperation mit anderen wird zunächst als Nachteil begriffen, dem man eher distanziert gegenüber steht. Eigene Vorteile in einem Kooperationsverbund zu sehen, erscheint schwierig.

Dies mag seine Ursache darin haben, dass in den ländlich strukturierten Gebieten traditionelle Kooperationsformen überwiegen, die nahezu ausschließlich auf die Großfamilie bezogen sind. Diese wirken bis in die Gewerbestruktur und

²² Die Multi-stakeholder-Genossenschaft zielt auf das Vielnutzerprinzip. Im englischsprachigen Raum häufig als "community coops" bezeichnet, der Sache nach sind im ländlichen Raum auch die sog. Regionalentwicklungsgenossenschaften gemeint. Vgl. dazu Münkner 2002, Flieger 2003.

privatwirtschaftlichen Beziehungen in den Kommunen hinein als ein System gegenseitiger, asymmetrischer Abhängigkeiten (Klientelismus).

Die Gründung eines Solidarischen Wirtschaftsunternehmens oder -verbundes ist aber ausdrücklich an die Ausbildung supra-familiärer und gleichberechtigter Kooperationsformen gebunden.

Hier müssen Schritte der Kommunikation und der Kooperationsfähigkeit geleistet und gelernt werden, die das Gewohnte transformieren.

Veränderungsarbeit

Inkubation ist also auch sehr stark Veränderungsarbeit. Eine Regionalentwicklungsgenossenschaft zu gründen, ist nicht, wie man zunächst glauben mag, eine Frage der richtigen Rechtsform oder der steuerlichen Logik. Es ist eine Frage sehr tief liegender Haltungen und Einstellungen und letztlich auch eine Frage sozialer Handlungskompetenz.

Inkubation muss sich also auch um die Frage kümmern, wie soziale Haltungen, die zu ständiger Konkurrenz, Isolation und Depression führen, verändert werden können zugunsten neuer und offener Kooperations- und Kommunikationsmuster.

Eine zentrale Anforderung an die zu gründenden Organisationsformen besteht darin, flexible Formen zu kreieren, in denen die verschiedensten Formen von Kooperation möglich sind, die sich auch immer wieder verändern können. Diese müssen gemeinsam mit den Gruppen und genau zugeschnitten auf deren Bedürfnisse erarbeitet werden.

Fazit

Insgesamt befindet sich der Prozess, die Gründung von Solidarischen Wirtschaftsunternehmen (SWUs) als Gesamtstrategie für die Entwicklung der Region zu diskutieren, vollkommen am Anfang.

Inkubationsarbeit für Solidarische Wirtschaftsunternehmen stellt sich auf Grundlage des Forschungsprojekts als komplexe Form von Beratungstätigkeit dar, die verschiedene Beratungsfelder miteinander verbindet:

- originäre Leistungen aus Unternehmensberatung, Politikberatung und Kommunalberatung
- Elemente von Prozesssteuerung in der Regionalentwicklung
- Elemente von Bildungsarbeit für Nachhaltige Entwicklung
- Öffentlichkeitsarbeit, politische Lobbybildung.

Inkubationsarbeit wird zunehmend bedeuten, Neugründungen im Bereich der Solidarischen Ökonomie als Wirtschaftsmodell und Leitbild nachhaltiger regionaler Entwicklung in die öffentliche Debatte in der Region einzubringen.

Hierbei geht es darum, stärker sozial Benachteiligte einzubeziehen sowie AkademikerInnen und Kreative in die Region zu holen.

Inkubationsarbeit als Beratungsansatz muss schwerpunktmäßig in den Bereichen kollektiver sozialer Kompetenz tätig werden, die im Zuge neoliberaler Umstrukturierung verloren zu gehen drohen.

Zeitgemäß gestaltete Modelle Solidarischer Ökonomie bieten eine attraktive Perspektive, die es möglich macht, in Zeiten von Rezession und schwieriger Arbeitsmarktsituation die eigene Biografie innovativ und selbstbestimmt zu gestalten²³, frei nach dem Motto: „leben statt gelebt zu werden“.

Dies können und dürfen wir offensiv vertreten!

Literatur

- Beywl, Wolfgang (1987): *Alternative Ökonomie - selbstorganisierte Betriebe im Kontext neuer sozialer Bewegungen*. In: Roth, Roland, Dieter Rucht (Hg): *Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 187-203.
- Daskalakis, Maria, Martina Kauffeld-Monz (2007): *Die Innovationskraft der Unternehmen in Nordhessen*. Ergebnisse einer Befragung der Forschungsprojekte "RIS" und "Innopart". (Gefördert von der VW-Stiftung). Kassel, Oktober 2007.
- Flieger, Burghard (2003): *Multistakeholdergenossenschaften – Probleme und Chancen einer neuen Genossenschaftsform*. In: CONTRASTE Nr. 231, Dezember 2003.
- Ders. (2008): *Eine andere Energiewirtschaft ist möglich*. Die Pionierfunktion neuer Energiegenossenschaften. In: CONTRASTE Nr. 285, Juni 2008
- Gothe, Stephan (2006): *Regionale Prozesse gestalten*. Handbuch für Regionalmanagement und Regionalberatung. – Schriftenreihe des Fachbereichs Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung Bd. 28. Universität Kassel.
- Greenpeace energy: „Greenpeace energy senkt Strompreis“, Pressemitteilung vom 24.07.2007, www.solarportal24.de (Abruf 10.09.2008).

²³ Ein Beispiel hierfür ist die Genossenschaft der Lebensunternehmer www.lebens-unternehmer.org (Abruf 10.09.2008).

- Huber, Arno (1986) : Alternative Betriebsberatung. In: Schwendter, Rolf (Hrsg.): *Die Mühen der Ebene. Grundlegungen zur alternativen Ökonomie* – Teil 2. AG SPAK M 73.
- Ipsen, Detlev (1987): *Lieben die Nordhessen ihr Nordhessen? Zum Zusammenhang von Kultur und Ökonomie in der räumlichen Entwicklung.* In: Gesamthochschule / Universität Kassel: Materialien zur Weiterbildung (31), Reprint Nr. 07.
- Kruppa, Sonia (2005): Volkskooperativen, eine neue Perspektive für die Universität, in: Müller-Plantenberg, Clarita, Wolfgang Nitsch, Irmtraud Schlosser (Hrsg.): *Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa*, Kassel 2005.
- Müller-Plantenberg, Clarita, Wolfgang Nitsch, Irmtraud Schlosser (Hrsg.)(2005): *Solidarische Ökonomie in Brasilien und Deutschland – Wege zur konkreten Utopie.* Kassel: University press.
- Münkner, Hans-H. (2002): *Organisierte Selbsthilfe gegen soziale Ausgrenzung. „Multi-stakeholder Genossenschaften“ in der internationalen Praxis.* Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin (Berlin) 2002. Reihe Berliner Beiträge zum Genossenschaftswesen/Berlin Cooperative Papers.
- Roth, Roland, Dieter Rucht (Hg) (1987): *Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland;* Frankfurt – New York: Campus-Verlag.
- Schwendter, Rolf (Hrsg.)(1986): *Die Mühen der Ebene.* Grundlegungen zur alternativen Ökonomie – Teil 2. Materialien der AG SPAK M 73, München: AG SPAK.
- Singer, Paul (2005): *Ist es möglich, armen Gemeinschaften Entwicklung zu bringen?* In: Müller-Plantenberg, Clarita et al. (Hg.) *Solidarische Ökonomie in Brasilien und Deutschland – Wege zur konkreten Utopie*, S. 111-117.
- Wenzel, Eike, Christian Rauch, Anja Kirig (2007): *Zielgruppe LOHAS.* www.zukunftsinstitut.de (Abruf 10.9.2008)
- Worldwatch Institute (Hg.) (2008): *Zur Lage der Welt 2008.* Auf dem Weg zur nachhaltigen Marktwirtschaft? Münster.

Der Prozess der technologischen Inkubation als Strategie der UNISINOS für eine nachhaltige Entwicklung

Romeu Forneck

Die Universität Universidade do Vale do Rio dos Sinos (UNISINOS) ist eine südbrasilianische Hochschule, die von der Gesellschaft Jesu geleitet und durch die Einnahmen aus ihrer Lehrtätigkeit finanziert wird, was ihr den Status einer freien und autonomen Institution verleiht.

Die Gesellschaft Jesu ist heute der größte katholische Orden der Welt. Sie wurde in Paris (Montmartre), am 15. August 1534, dem Tag der Himmelfahrt der Jungfrau Maria, durch den Basken Iñigo de Loyola und seine Gefährten von der Universität Sorbonne gegründet. Der Orden wurde durch die päpstliche Bulle „*Regimini militantis Ecclesiae*“ Papst Paul III. vom 27. September 1540 genehmigt und wird allgemein als „Jesuitenorden“ bezeichnet. Er sieht seine zentrale Aufgabe in der Lehre.

Gegenwärtig studieren mehr als zwei Millionen Studenten in mehr als hundert Ländern, in den jesuitischen Institutionen.

Die UNISINOS ist „Tochter“ der jesuitischen Idee. Sie ist stark durch die Geschichte des Bundesstaates Rio Grande do Sul beeinflusst, der im Süden Brasiliens liegt und in seiner kurzen Geschichte stark von Jesuiten geprägt wurde.

Im Jahr 1549, nicht lange nach der Entdeckung Brasiliens (1500) und der Gründung des Ordens, begannen die Evangelisierungswerke der Jesuiten in den neuen portugiesischen Kolonien. Es entstanden große Kollegien und Städte wie São Paulo. Im Jahr 1609, 60 Jahre nach der Ankunft der ersten Jesuiten in Brasilien, in denen sie ein Studium der Sprache, Kultur und



Religiosität der Indianer durchführten, beginnt das Projekt der jesuitischen Guaraní Missionen in dem Gebiet, das heute einem großen Teil des brasilianischen

Südens, dem Norden Uruguays und Argentinien und dem Süden Paraguays entspricht, wie es in der zeitgenössischen Landkarte zu sehen ist.

Dreißig Missions-Siedlungen wurden aufgebaut. In diesen 30 Reduktionen lebten bis zu 150.000 Guarani-Indianer nach dem Solidaritätsprinzip. Durch das enge Zusammenleben der Guarani-Indianer mit der Natur setzt sich ein besonderer Entwicklungsprozess durch. Die europäische Kultur wird den Guarani von den Jesuiten vermittelt und wurde zur Haupttriebfeder der Entwicklung jenes Projektes. Das Projekt gewährte den Guarani während einiger Jahre Schutz vor der Aggression der Eroberer. In dieser Zeit wird ein europäischer Einfluss auf sie ausgeübt.

Inmitten anderer großer Lehren, die von jenem Projekt - das durch die gemeinsame kriegerische Initiative Portugals und Spaniens 1754 zerstört wurde - fort dauern, treten folgende hervor: das rationale Verhältnis des Indianers zu seinem Habitat und seine Auswirkungen auf die Entwicklung; die Effektivität eines Erziehungsprojektes, das lokale Werte stärkt und neue Technologien¹ erprobt; die Unvereinbarkeit der horizontalen Machtstrukturen mit den kapitalistischen Entwicklungsanforderungen.

Der zweite große lokale Einfluss, den die Universität in ihrem Innern enthält, besteht in der Erprobung solidarischer Werte inmitten der deutschen Einwanderer, die seit 1824 nach Rio Grande do Sul kamen. In der wilden Gegend, in der es keine sozioökonomische Infrastruktur gab und in der der Staat nicht präsent war, kommen die Einwanderer zum Entschluss, selbst gemeinsam für soziale Fortschritte zu sorgen. Und so werden dann mit der Ankunft der Jesuitenpriester, neue Schulen gegründet und Vereine aufgebaut. Bei der Wende des XIX. zum XX. Jahrhundert entstand ein großer Verein, der sich in den drei südlichen Staaten in Richtung Südosten und des Zentrums in Westen Brasiliens ausbreitete. Dieser Verein hatte folgende Merkmale: ein vereintes Erziehungsprojekt; gemeinschaftliche Schulen und Clubs; kleine Grundbesitze; ländliche Kreditbanken, „Bauernkassen“, und über den „Waldverein“ die Politik des Umweltschutzes. All dies bildete, seit 1912, eine große vereinte Bewegung der ‚Sociedade União Popular‘, den „Volksverein“.

Seit 1933, mit dem Aufstieg des Gaúcho² Getúlio Vargas zur Macht in Brasilien und dem gleichzeitigen Aufstieg des Nationalsozialismus in Europa, und hauptsächlich in Deutschland, beginnen starke Restriktionen gegen den Verein und die Bewegungen, die in ihm im Süden Brasiliens zusammengeschlossen sind. Die deutsche Sprache wird jetzt verboten, Clubs werden einfach geschlossen und Vereine, die bis dahin als Produktionsgenossenschaften funktionierten, werden in Gewerkschaften umgewandelt. Dies ist eine Katastrophe für die soziale und ökonomische Organisation der Gegend. Aber, anders als es mit dem

¹ Der Terminus Technologie ist ein zusammengesetztes, durch zwei griechische Wurzeln gebildetes Wort: tekhné (Kunst, Technik, oder Dienst) und logos (Wort, Rede, Ausdruck); man versteht also Technologie als einen Zusammenhang von Theorien und Techniken, die die praktische Verwertung der wissenschaftlichen Kenntnisse erlaubt.

² Gaúcho bedeutet traditionell jemand der in Rio Grande do Sul geboren ist.

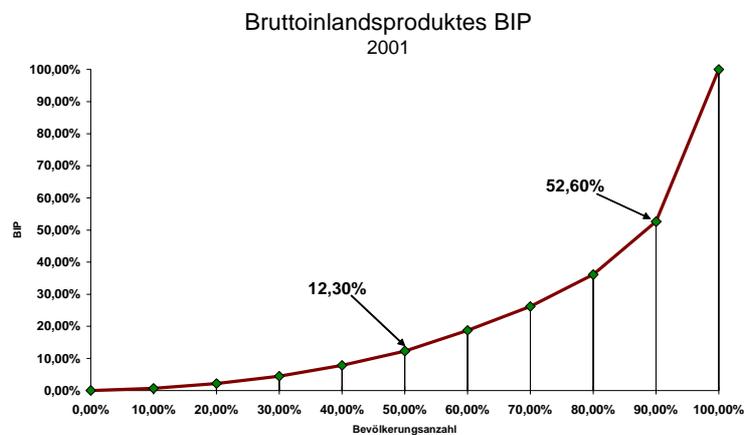
Projekt der Guarani Missionen geschah, wurde diese nicht kriegerisch angegriffen und der Vereinsgeist erhielt sich zum großem Teil inmitten der Gemeinden und Schulen aufrecht, wengleich unter gewissem Einfluss der Bundesregierung.

Das Priesterkolleg³ in São Leopoldo, offiziell Colégio Nossa Senhora da Conceição, war eine jener Schulen, die überlebt haben. In diesem Kolleg wurden die Geistlichen ausgebildet, die die ländliche Ausdehnung der Vereinsidee begleiteten. Das Kolleg wurde 1859 begründet und 1913 begannen die ersten Kurse der höheren Bildung, vorwiegend in den Fächern Philosophie und Theologie. Die Forschung in Naturwissenschaften, in Philosophie und Sprachwissenschaften und der Vorstoß in neue Wissensgebiete erzeugten 1969 die Basis für die Universitätsgründung.

Trotz der Aufgaben im Rahmen des Traditionserhalts und des intensiven Engagements in der sozialen Frage, sieht die Universität die Notwendigkeit, in aktiver Weise zur Beschleunigung der regionalen Technikentwicklung beizutragen.

Brasilien ist mit seinen kontinentalen Dimensionen und den großen klimatischen, ethnischen und sozialen Unterschieden ein relativ junges Land. Es birgt in sich große sozioökonomische Ungleichheiten und eine mangelhafte technologische Entwicklung.

Nach der letzten, im Jahre 2001 in Brasilien durchgeführten Volkszählung, besaßen 50% der ärmeren Bevölkerung 12,30% des nationalen Einkommens und 90% der Bevölkerung besaßen 52,60%. Das bedeutet, dass 10% der Bevölkerung 47,40% des nationalen Einkommens besaßen. Die Ungleichheit der Einkommen wird auf 0,5248 nach dem Gini-Index beziffert.



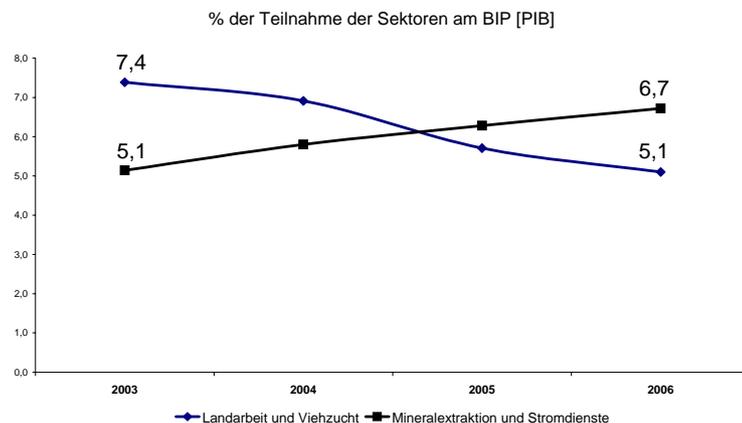
Das Land steht an fünfter Stelle der bevölkerungsreichsten Länder, an achter Stelle in Bezug auf den Umfang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und an fünfter Stelle in Bezug auf die Fläche. Dagegen steht es erst an 120. Stelle in in der Liste des Gini-Index, d.h. es hat eine sehr ungleiche Einkommensverteilung.

Das Wachstum weist eine hohe Abhängigkeit von den natürlichen (mineralischen und energetischen) Ressourcen auf.

³ „Colégio dos Padres“.

Nach den offiziellen Berichten⁴ weist die Zusammensetzung des BIP des Landes in den Gebieten ein hohes Wachstum auf, die am „Bergbau, sowie an der Produktion und Verteilung von Elektrizität und Gas, Wasser, Abwasser und städtischer Reinigung“ teilhaben. Die besondere Bedeutung von „Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht und Fischfang“ weist keine derartigen Wachstumsvorteile auf. Wir wollen uns nun letzteren zuwenden.

Im Jahr 2003 machten Landwirtschaft und Viehzucht 7,4% des BIP aus. Im Jahr 2006, 5,1%, das ist eine Reduktion von 31%. Der Bergbau und die Energiedienstleistungen entwickeln sich von 5,1% auf 6,7%, das entspricht einem relativen Wachstum von 31%.



Einerseits kann man eine Tendenz der Ertragskonzentration im landwirtschaftlichen Sektor feststellen. Wenn die relative Teilnahme des produzierten Wertes abnimmt, indem die Menge steigt, bedeutet dies, dass es eine größere produzierte Menge geben muss, um ein Unternehmen finanziell zu ermöglichen. Als Konsequenz wird es in dem Maße eine graduelle Aufhebung des kleinen Besitztums geben, in dem die Investitionen, die nötig sind um diese Produktivitätsniveaus zu erreichen, nicht getätigt werden können. So wird es weiterhin eine Konzentration des Landbesitzes und eine wachsende Verminderung der Bevölkerungsteilnahme auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Tätigkeit geben.

Andererseits weist der brasilianische Entwicklungsweg ein übereinstimmendes Merkmal mit Entwicklungswegen auf, die von anderen entwickelten Ländern befolgt werden. In diesen Ländern besitzt die Entwicklung eine hohe Verbindung mit der Ausnutzung der nicht erneuerbaren Mineralien und natürlichen Ressourcen: zum Beispiel, der fossilen Energie. Das bedeutet, dass das brasilianische Entwicklungsmodell, keine wesentlichen Unterschiede zu den Entwicklungen aufweist, die schon von anderen entwickelten Ländern nach den Grundsätzen der Marktfreiheit befolgt werden.

Eine aufmerksamere Lektüre erlaubt jedoch festzustellen, dass Brasilien, obschon der relative Anteil der Landwirtschaft am BIP sich durch mehr Ein- und Ausfuhr vermindert, vorwiegend natürliche Ressourcen und Rohstoffe ausführt und Technologie einführt, anders als dies in den weiter entwickelten Ländern geschieht.

Obwohl die Entwicklung Brasiliens, wie auch die der industrialisierten Länder, hauptsächlich durch die Nutzung der natürlichen Ressourcen geschieht,

⁴ Bericht der Regionalen Rechenschafts Brasiliens [Contas Regionais do Brasil] des Jahres 2007, des Brasilianischen Instituts für Geographie und Statistik [Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística] – IBGE.

kann man in diesem Land eine zunehmende technologische Autonomie bemerken. Es gibt große multinationale Unternehmen, wie BASF, Bayer, VW, GM, Honda und andere, die große Aufbaulinien in Brasilien haben, zur Ausnutzung der Steuervorteile, der billigen Arbeitskräfte und der natürlichen Ressourcen. Teile auf hoher technologischer Ebene kommen vor allem von Fertigungsstätten aus anderen Ländern und werden lediglich in Brasilien montiert. Auch im Chemiesektor werden die Forschungen in den Ländern, in denen sich ihre Mutterunternehmen befinden, vorgenommen und staatlich geschützt.

De facto gibt es in Brasilien aber auch eine eigene Technologieentwicklung, wie z.B. bei der Ölförderung in sehr großen Meerstiefen und bei der Produktion von biologischen Treibstoffen (Gewinnung von Ethanol aus Zuckerrohr). Aber, in diesen beiden Fällen, hauptsächlich jedoch beim Ethanol, führt es zur Einkommenskonzentration und zur intensiven Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Die Technologie spielt eine zentrale Rolle in der Entwicklung. Neue Bedürfnisse werden befriedigt und neue Einkommen erzeugt.

Der Erfolg der Marktökonomie findet seit der bürgerlichen und der technologischen Revolution statt. Neue Nachfrage und neue Angebote haben sich in den städtischen Siedlungen entwickelt, wodurch die kapitalistische Akkumulation erweitert und das Streben nach Wachstum befriedigt wurde. Diese neuen Angebote und Nachfragen entfernen sich in schwindelerregender Weise von den natürlichen Werten und bilden die Basis für eine beispiellose ökonomische Akkumulationsblase. Das hat zur Folge, dass die Werte der Güter und Dienste, welche die physiologischen Bedürfnisse des Menschen befriedigen, ihren relativen Wert verlieren. So wird also die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung befriedigt. Die qualifizierten Angebote für die qualifizierte Nachfrage verhindern den Inflationsprozess und die makroökonomische Unausgeglichenheit. Damit gäbe es kein größeres Problem, wenn zur Befriedigung dieser neuen sozialen Anforderungen mit ihrem großen ökonomischen Widerhall nicht der gesellschaftliche Naturbezug erodieren würde.

Die ökonomische Entwicklung führt zur Erzeugung neuer Nachfrage und neuer Angebote, die sich in zunehmendem Maße von unserem Verhältnis zu unserer physiologischen oder natürlichen Umwelt entfernen.

Brasilien ist auf demselben Pfad wie die weiter entwickelten Länder, die sich als große die Umwelt verschmutzende Gebiete erwiesen haben, als Gebiete, in denen Technologie und Reichtum konzentriert ist, die jedoch auch besonders große Exporteure von Technologie und Müll sind. Gleichzeitig erzeugen die aus diesen ungleichen Verhältnissen entstandenen Gewinne und Vorteile gewisse Hilfsmittel, welche die Institutionen des Umweltschutzes dieser entwickelteren Länder für die Einführung von Naturschutzgebieten oder für den dauernden Erhalt der Natur in den weniger entwickelten Ländern einfordern.

Ein anderer Einfluss, den die entwickelteren Länder auf die ungleichen Einkommensmöglichkeiten ausüben sind die Agrarsubventionen. In den Rohstoff exportierenden Ländern erfordert dies gewisse Steuerverzichte. Das führt bei der

niedrigen Technologie und Produktivität dazu, dass die Produkte Preise haben, mit denen sie gut auf dem Weltmarkt konkurrieren können. Gleichzeitig müssen die lokalen Produzenten der weniger entwickelten Länder versuchen, durch „economies of scale“ zu punkten, so dass die Preise konkurrieren und einen gewissen Gewinn abwerfen. So wird die kleinbäuerliche Produktion konkurrenzunfähig, was zur Konzentration des privaten Eigentums führt. Und endlich kommt es zu einem Staat mit einem Steuerwesen, der unfähig dazu ist, den aus diesem Konzentrationsprozess entspringenden sozialen Problemen entgegenzuwirken

Ironischerweise ergibt sich in diesen weniger entwickelten Ländern ein perverses Verhältnis des Angebots zur Nachfrage. Bei geringeren Einkommen und damit auch geringerer Kapazität, die große Nachfrage zu Befriedigen wird die landwirtschaftliche Produktion zu relativ hohen Preisen angeboten. Ein Liter Milch und ein Kilo Weizenmehl kosten in Brasilien zusammen R\$ 4,60 (Preise vom Mai 2008). In Euro beträgt dieser Wert⁵, 1,76 Euro für die zwei Produkte. Dieselben Produkte kosten in Deutschland 1,07 Euro. Der Ertrag *per capita* im Jahr 2007 beläuft sich in Brasilien, nach den Daten von IWF und Weltbank auf US\$ 9.322,00. Nach derselben Quelle, betrug der Pro-Kopf- Ertrag des Jahres 2007 in Deutschland US\$ 33.251,50⁶. So stellt man fest, dass diese zwei Produkte für die Brasilianer 5,87 Mal so viel wert sind wie für einen Deutschen, das heißt vergleichsweise 487% mehr kosten.

Dies ermöglicht uns zu verstehen, dass das Exportmodell wichtiger Grundnahrungsmittel nicht auf natürliche Weise zustande kommt. Das Einkommenswachstum der Entwicklungsländer würde nicht eine Verminderung der absoluten Endpreise der landwirtschaftlichen Produkte bedeuten, sondern dies wird einerseits durch die relative Verminderung eines wachsenden Einkommens zustande kommen und andererseits, gemäß dem Beispiel der industrialisierten Länder, würde es Subventionen geben, um die landwirtschaftliche Produktion zu fördern, wie auch ein davon abhängendes soziales Bewusstsein in Bezug auf das Thema. Menschen wollen sich entwickeln und von natürlichen Begrenzungen befreien und Schritte in Richtung auf eine Optimierung der Naturbeziehung gehen. Dies geschieht durch die Produktion von Energie auf der Basis von erneuerbaren Ressourcen. Dieser Prozess führt jedoch zu ökologischen Problemen.

Wenn wir uns dieser Probleme bewusst werden, verstehen wir, dass wir eine Technologieentwicklung brauchen, die weniger negative Auswirkungen auf unsere Umwelt hat. Dafür genügt es jedoch nicht, dass alle Menschen Arbeit haben und die Befriedigung ihrer wesentlichen Bedürfnisse erreichen. Lebenswichtig ist die Rolle der Technologie, damit jene Nachfrage befriedigt werden kann, welche die menschliche Handarbeit nicht im erforderlichen Maße verwirklichen kann. Andererseits muss die Erzeugung dieser Technologie auch neue Nachfra-

⁵ In der durchschnittlichen Schätzung des Euro in der Periode vom ersten Januar bis zum 18. Mai 2008.

⁶ Es wurde vorgezogen, den Pro-Kopf- Ertrag [per capita] in Dollar zu verwenden, weil die Schätzung in Euro durch die Teilung der zwei Maße, Teiler und Geteiltes durch eine standhafte Kurstaxe, dieselbe Proportion angeben würde.

gen oder Einkommen erzeugen. Außerdem muss die Technologie jene Auswirkungen mindern oder vollkommen vermeiden

Wie können wir diesen Wandel fördern?

Eine technologische Entwicklung zu fördern, die zu sozialer Exklusion führt, wäre verhängnisvoll. Dies würde in der betreffenden Region zu Einkommenskonzentration und sozialen Spannungen führen.

Die technologischen Schritte der modernen Welt erfordern bedeutende Kapital-Anlagen. Die Besitzer der Produktionsmittel erwarten, dass die Investitionen sich lohnen und gewinnbringend sind. Um dies zu ermöglichen, muss der Staat das intellektuelle Eigentum der technologischen Innovationen gesetzlich schützen.

Das intellektuelle Eigentum behindert nicht nur die Wiedergabe der Idee, sondern auch ihre Wahrnehmbarkeit in der Öffentlichkeit.

Das menschliche Wissen, mit seinen restriktiven Formen materieller Äußerung, kann allein auf sich gestellt nicht die Entwicklung fördern. Die Kenntnis, die zur Erzeugung von Energie und materiellen Gütern führt, mit Hilfe derer unsere Schwäche inmitten der Natur verhindert werden kann, tendiert dazu, sich im Laufe der Zeit zu behaupten und zu effektiver Freiheit und Nachhaltigkeit zu führen.

Der Weg der Entwicklung dieser Fähigkeit wird nicht durch den Staat vermittelt, der den *status quo* der Errungenschaften schützt. Der jetzige Staat, als Ausdruck der Kapitalverhältnisse, wird niemals von sich aus diese sozialen Fähigkeiten fördern. Dies ist die Aufgabe von Institutionen wie der Universität. Es gibt Universitäten die mit den Mitteln der ganzen Bevölkerung unterhalten werden, aber auch andere, die direkt von denen unterhalten werden, die ihre Dienste in den Gemeinden in Anspruch nehmen und bezahlen, in denen sie angesiedelt sind. So ist die Universität eine Institution von der man die Sozialisierung des menschlichen Wissens erwarten kann und muss.

Wenn wir den geschichtlichen Prozess der großen wissenschaftlichen Errungenschaften der Menschheit beobachten, so können wir nicht sagen, dass er sich vorzugsweise innerhalb von Universitäten vollzogen habe. Die Universität hat jedoch die Fähigkeit, diese historischen Schritte aufzunehmen und ihre eigenen Fortschritte zu machen. Sie kann dann beide in die Gesellschaft hineintragen und weiter entwickeln. Also entwickelt sich die Universität als Produktionsmittel des Wissens, Wissen empfangend, Wissen erzeugend und die Gesamtheit des Wissens wiederum zu seiner teilweisen Quelle, der Gesellschaft zurückführend.

Das Problem dieses Verhältnisses Universität–Gesellschaft ist, dass ihre traditionelle Beziehung zur Vorbereitung der Gesellschaft zu ihrer Unterordnung unter den *status quo* der Errungenschaften führt.

Um den Wandel und die Entwicklung zu fördern, muss die Universität mit der sich erweiternden Nachfrage kooperieren, als Raum dienen und neue Räume eröffnen, um die Umsetzung innovativer Ideen zu fördern. Die technologischen Inkubatoren und andere Gründungsberatungen sind Mittel zur Förderung von Innovationen; dennoch sind bis heute viele der existierenden Inkubatoren lediglich Instrumente zur Förderung der Grundbedürfnisbefriedigung.

Die Praxis und die Inkubation (Gründungsberatung) von Unternehmen mit dem Anspruch auf die Weiterentwicklung der Technologie muss also eine institutionelle Strategie mit breiter sozialer Wirkung sein.

Wie verfährt die UNISINOS?

Die UNISINOS ist die brasilianische Universität mit der größten Tradition im Angebot von Lehrgängen über das Genossenschaftswesen. Sie ist eine der wenigen Privatuniversitäten, die an einem Netz technologischer Inkubationen von Volksgenossenschaften – ITCP⁷ – teilnimmt. Es ist auch eine Tradition der UNISINOS, dass alle sozialen Schichten in der Studentenschaft vertreten sind. Sie kümmert sich verantwortungsvoll um deren Wünsche und zeichnet sich durch ein hohes akademisches Niveau aus. Sie wurde mit sehr guten Auswertungen durch die Bundesregierung ausgezeichnet, so zum Beispiel im Fall der Postgraduierten Ausbildung. In ihrer Strategie definiert sie die „Erziehung fürs ganze Leben“, die „Transdisziplinarität“ und die „regionale Entwicklung“ als ihre Ziele. Es gibt also viel zu tun.

Die Region des Vale do Rio dos Sinos, die Umgebung der UNISINOS, mit einer Bevölkerung von 1,3 Millionen Einwohnern, hat einen starken Exportsektor, vor allem von Schuhen und anderen Lederprodukten. Arbeitsplätze und Einkommen der Region sind stark von den Bewegungen des inneren Marktes und hauptsächlich des Exportmarktes geprägt. Wenn der Wert der nationalen Währung im Verhältnis zum Dollar im Wert steigt, entfällt der komparative Vorteil der billigen regionalen Arbeitskraft im internationalen Vergleich und Exporte und lokale Einkommen erleiden einen drastischen Rückgang.

Die Gesetzgebung des lokalen Staatsapparats begünstigt den Export mit Steuerverzichten, wodurch der staatliche Haushaltsplan geschwächt wird. Um die Fabriken bilden sich Elendsgebiete und ‚Favelas‘. Nur 10% der Abwässer der Haushalte werden vor ihrer Einleitung in den Rio dos Sinos aufbereitet. Ein Teil der Bevölkerung lebt vom Müll. Die Alphabetisierungs- und Beschäftigungsrate ist hoch; es gibt viele kleine Unternehmen, die solidarische Ansätze besitzen. Aber dies genügt nicht. Im Laufe der Zeit wurde jedoch keine hervorragende Technologie in der Gegend entwickelt.

In diesem Zusammenhang schuf die UNISINOS, mitsamt den wichtigsten lokalen Akteuren, einen technologischen Inkubationsprozess, mit der Absicht,

⁷ Incubadoras Tecnológicas de Cooperativas Populares.

diesen Circulus Vitiosus in der Region zu beeinflussen und zu verändern. Der Inkubator⁸ – eine Einheit der technologischen Innovation der UNISINOS – wurde am 30. Juni 1999 eröffnet und eingeweiht. Die Idee wurde seit 1996 von der Universität, von Unternehmen und vom öffentlichen Sektor entwickelt. Der Inkubator wurde auf einem Grundstück der UNISINOS mit Mitteln, aufgebaut, die die Universität als Kredit von der Nationalen Bank für Ökonomische und Soziale Entwicklung⁹ erhalten hatte. Er ist integraler Teil des Informatikpols von São Leopoldo. Dieser Pol umfasst den Inkubator, die Gebäude im gemeinsamen Besitz und den Technologischen Park. In demselben Gebäude des Inkubators gibt es Raum für die Miteigentümer für innovative technologische Projekte, die schon weiter entwickelt sind und in dem technologischen Park des Informatikpols eingesetzt werden. In dem Park technologischer Innovationen sind Unternehmen angesiedelt, die bereits Produkte vorweisen können, die einen Markt besitzen.

All dies weist Synergien in demselben Gebiet auf, funktioniert in koordinierter Form und gemeinsamen Entscheidungen. Daher handelt es sich um ein wichtiges Projekt mit eigener Verwaltung. Es besteht eine intensive Verbindung zwischen der Universität, dieser öffentlichen Einrichtung und den Unternehmen.

Was ist die Rolle der UNITEC?

Die Projekte, die an der UNITEC teilnehmen, werden zunächst von Mitgliedern der UNISINOS, des öffentlichen Sektors und der Unternehmen ausgewertet. Jene Projekte, die die beste Machbarkeit, sowie die technologischen und solidarischen Absichten des Projektes einlösen, werden ausgewählt.

Der Erfolgsindex des Inkubators übersteigt 80%. In der erst relativ kurzen Zeit seiner Existenz wurden bereits 32 Unternehmen „inkubiert“, von denen nur vier ihre Tätigkeit abgebrochen haben. In der UNITEC kann man die kollektiven Entscheidungen und die Kooperation mit der Universität als die Hauptursachen für diesen Erfolg angeben.

Die Inkubation ist eine institutionelle Strategie und sie durchdringt das Universitätsleben in der Lehre, der Forschung und der Regionalen Kooperation.

Der vorherige Rektor der UNISINOS, Prof. Dr. Aloysio Bohnen, SJ, äußerte sich folgendermaßen zu der organisatorischen Grundlage des Informatikpols: *„Was uns am meisten beschäftigte, war der interinstitutionelle Charakter der Kooperation, wo der öffentliche Sektor über die Präfektur, durch die Regierung teilnimmt, sowie auch der produktive Sektor, durch die Handelskammer und den Industrieverband des Stadtbezirks, und schließlich die Universität mit ihrem Verstand und ihren Köpfen.“*

⁸ Unidade de Inovação Tecnológica da UNISINOS (UNITEC).

⁹ Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social] – BNDES.

Schlussfolgerungen:

Brasilien ist ein vorwiegend tropisches Land das heißt der größte Teil seiner kontinentalen Ausdehnung befindet sich, um den Äquator herum in den Tropen. In diesem tropischen Gürtel entwickelten sich in der Geschichte der Menschheit Kulturen mit einer starken gesellschaftlichen Beziehung zur Natur. Die Menschen leben von der Natur und mit der Natur, die sie pflegen. Gleichzeitig, trotz der starken Verbindung mit der biodiversen Natur, befinden sich die weniger entwickelten Länder in diesem tropischen Gürtel.

Die Herausforderung besteht also darin, die menschliche Entwicklung in den biodiversen ökologischen Systemen zu schützen. Und die oben beschriebenen Erfahrungen mit den Missionen und dem Volksverein sind Zeugnisse, dass es möglich ist. Tatsächlich bestanden zum Schluss weit entwickelte Unternehmen, geprägt durch endogene Werte und Wissen, bis sie zerstört waren. Andererseits, hat sich der gegenwärtige staatliche Apparat in den kapitalistischen Ländern als Beschützer und Bewahrer der Eigentumsverhältnisse und als förderlich für die Einkommenskonzentration erwiesen. In dem System haben die lokalen Werte, die es einigermaßen noch gibt und die notwendig sind für die Entwicklung, keinen Wert. Deshalb spielt die Universität eine entscheidende Rolle als Ort der Forschung und der Bewahrung des angesammelten Wissens im Dienste der Menschheit einschließlich der lokalen Besonderheiten, die im globalen Kontext wirksam gemacht werden müssen.

Die Erfahrung zeigt, dass sich eine Gesellschaft in dem Maße entwickelt, in dem sie eine eigene technologische Entwicklung fördert, sodass ein wichtiger Teil der Nachfrage in der Region durch die von ihr selbst aufgebaute Wirtschaftsweise befriedigt werden kann. Wenn dies nicht erreicht wird, wird es eine Inflation und eine Eigentumskonzentration geben.

Die zwangsläufig sich immer wieder einstellende Inflation und Einkommenskonzentration kann nur eine Institution wie die Universität durchbrechen. Sie erreicht dies in dem Maße, in dem sie zur Entwicklung einer Technologie beiträgt, welche jene neue lokale Nachfrage befriedigt. Damit dies zur Verringerung der Einkommenskonzentration führt, muss die Universität die Kinder der unteren Einkommensgruppen als Studenten aufnehmen und so der Ungleichheit entgegenwirken. Mehr kompetitive Fähigkeit und mehr Technologie werden zu mehr Gleichheit und Demokratie führen.

Die Universität kann helfen, diesen Weg zu bahnen. Die technologische Inkubation ist also ein Mittel zur Befriedigung neuer Nachfragen. Hiermit wird solidarische Handeln, eine Selbstverwaltung und dadurch auch eine solidarische Wirtschaft erzeugt.

Der europäische Masterstudiengang „Gemeinwesenentwicklung und Lokale Ökonomie“ an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München¹

Susanne Elsen

Eine viel zitierte Analyse unserer Epoche besagt, dass wir uns in einer Zeit des „nicht-mehr“ und des „noch nicht“ befinden. Übergangszeiten bargen stets bereits das Neue unter dem Alten, bevor es vollkommen sichtbar wurde. Am Übergang zur Neuzeit, der Auflösung der Feudalstrukturen und der alten Weltvorstellungen, unter dem Einfluss von Hunger und Seuchen gründeten die, die im Alten keinen Platz fanden das Neue, humanistische Universitäten, demokratische Formen der Arbeitsorganisation, neue politische Stadtstrukturen und innovative Technologien.

Es gibt keine kohärente Gestalt dessen, was wir als zukunftsfähiges Gemeinwesen bezeichnen könnten aber weltweit wächst die Erkenntnis, dass das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell nicht zukunftsfähig ist. Oskar Negt weist die Richtung, in der es zu finden ist: Die Alternativen sind, so Negt, nicht im abstrakt-radikal Anderen zu suchen und zu finden, sondern an der Unterseite der bestehenden Verhältnisse, in ihren konkreten Prägungen und ihren einzelnen Krisenherden. Was Negt benennt bezieht sich auf die Vielzahl der neuen gesellschaftlichen Strömungen und alternativen Ansätze in Ökonomie, Ökologie, Kultur, Politik und Gesellschaft, die implizit oder explizit die Erhaltung und Gestaltung zukunftsfähiger Gemeinwesen fordern, begründen oder in konkreten Ansätzen realisieren (Klimaschutz, Rechte der indigenen Bevölkerung, Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung, Kampf gegen die Privatisierung, Fair-Trade). Diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Strömungen, Projekte und Handlungsempfehlungen haben gemeinsam das Interesse an der Erhaltung der Evolutionsfähigkeit von Natur, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft und angesichts der Zerstörung dieser Lebensgrundlagen durch das sozial ungebundene Wirtschaftssystem, stehen Formen sozial eingebundenen Wirtschaftens im Zentrum

Was weltweit in konkreten Gegenentwürfen entsteht, ist plural, lokal und assoziativ und es wurzelt in der Zivilgesellschaft. Der derzeitige weltweite Aufbruch dieser assoziativen Alternativ- und Komplementärstrukturen ist nach Ein-

¹ Elsen, Susanne: Die Ökonomie des Gemeinwesens. Weinheim und München 2007.

schätzung zahlreicher Gesellschaftsanalysen die bemerkenswerteste gesellschaftspolitische Entwicklung der vergangenen zehn Jahre. Sie verweist auf eine deutliche Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaften und auf ein Erstarren der globalen Zivilgesellschaft als Korrektiv, Innovationspotenzial, Gegenmacht und Ergänzung.

Bemerkenswert ist auch die Bandbreite und Vielzahl wissenschaftlicher Diskurse mit hoher Relevanz für die Gemeinwesenentwicklung, insbesondere wirtschaftswissenschaftliche Positionen einer neuen sozial eingebundenen Ökonomie. Sie distanzieren sich von den reduzierten und fehlerhaften Prämissen der marktfundamentalen Position und stellen diesem destruktiven Konstrukt lebensdienliche Positionen entgegen.

Ich nenne stellvertretend für Schriften, die ganze Bibliotheken füllen könnten:

- Die Begründungen zur Re-Lokalisierung der Ökonomie und der nachhaltigen Entwicklung des Iren Richard Douthwaite oder der Norwegerin Helena Hodge,
- Die Ausführungen zur integrativen Wirtschaftsethik von Hans-Peter Ulrich,
- Das Konzept der Ökonomie der Wachstumsrücknahme von Herman Daly,
- Den Entwurf einer Ökonomie für den Menschen des bengalischen Wirtschaftsnobelpreisträgers und Wohlfahrtsökonom Amartya Sen,
- Die Ausführungen über Alternativen zur Enteignungsökonomie von Christian Zeller und anderen,
- die Begründung einer Mikroökonomik aus sozialökologischer Perspektive von Adelheid Biesecker,
- die wieder entdeckten Schriften des Lateinamerikanischen Entwicklungsökonom Celso Furtado,
- die praktischen Ansätze und die theoretischen Überlegungen der Träger des alternativen Nobelpreises, Ibrahim Abou Leish, Muhammad Yunus, Vandana Shiva, Manfred Max Neef und Nicanor Perlas.

Alle diese Positionen beziehen sich auf den zentralen gesellschaftlichen Entwicklungsbedarf, eine am Gemeinwesen orientierte, lebensdienliche Ökonomie.

Die toten Winkel der Gemeinwesenarbeit im deutschsprachigen Raum

Diese Strömungen sind für die Frage der Gestaltung zukunftsfähiger Gemeinwesen von zentraler Bedeutung. Warum aber nimmt die Gemeinwesenarbeit im deutschsprachigen Raum die unübersehbaren Entwicklungen in der Zivilgesellschaft – den Aufbruch der Bewegungen um alternative Ökonomien und Tausch,

die politisch kompetenten Aktionen gegen die Enteignung der Gemeinwesen durch Privatisierung, die Gründung von Sozial- und Gesundheitsgenossenschaften sowie neuen Produktivgenossenschaften, die neuen Bewegungen um die freie Nutzung von Boden oder die Kontrolle über das Geld – kaum oder gar nicht wahr?

Wieso erkennt sie nicht, dass diese Bewegungen und Ansätze Wege zum Neuen zeigen obwohl sie doch nach ihrem Selbstverständnis in und an der Entwicklung des Gemeinwesens arbeitet?

Warum überlässt sie die gestaltende Arbeit in und am Gemeinwesen anderen Professionen und Disziplinen, die sie um dieses hoch anspruchsvolle Feld beerbt haben und die sich die bottom-up Philosophien und Methoden der GWA zu eigen gemacht haben – der Sozialgeographie weil es ja was mit Territorien zu tun hat, der Betriebswirtschaftslehre weil es ja offensichtlich um Ökonomie geht, der planungsbezogenen Soziologie weil es um soziale Planung geht?

Diese und andere Disziplinen sind als Bezugsdisziplinen für die Gemeinwesenarbeit zwar von Bedeutung, doch keine Profession ist für die umfassende und nachhaltige Entwicklung sozialer Räume mehr geeignet als die Gemeinwesenarbeit selber.

Lernend das Feld bestellen und wiederaneignen

Um vorweg zu nehmen: In diesem ursprünglichen und umfassenden Sinne verstehen wir das, was wir in den vergangenen Jahren im Rahmen des europäischen Masters „Gemeinwesenentwicklung und Lokale Ökonomie“ anstreben. Wir haben nicht weniger als den Anspruch, der Gemeinwesenarbeit ihre vielfältigen Forschungs- und Handlungsfelder zurück zu erobern und sie damit auch ihren fachtheoretischen Wurzeln wieder näher zu bringen. Dass uns dies in Ansätzen gelungen ist zeigen drei von vielen möglichen Beispielen der Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die AbsolventInnen des Studiengangs in ihren jeweiligen Praxiskontexten realisiert haben:

- Andreas Näther hat in Riesa bei Dresden mit und für langzeitarbeitslose, behinderte und benachteiligte Menschen die höchst kreative Produktivgenossenschaft „Cena et Flora“ konzipiert und implementiert und im Gründungsjahr den Genossenschaftspreis 2006 bekommen. Diese Gründung ist eines der klassischen Beispiele für eine am Gemeinwesen orientierte Wirtschaftsform, die mit ökonomischen Mitteln soziale Ziele verfolgt, in der Zivilgesellschaft verankert ist und auf konkrete soziale Probleme und lokale Bedarfe reagiert.
- Gaby Hangartner hat forschungsbasierte Szenarien und Handlungsempfehlung für die Überbauung des „Novartis-Campus“ in Basel erarbeitet. Dieses Projekt ist ein gutes Beispiel für das zentrale Handlungsfeld der Gemeinwesenarbeit, die partizipative soziale Stadtentwicklung, die nicht

die Kapitalinteressen sondern die Belange des Gemeinwesens und seiner BewohnerInnen ins Zentrum stellt, wohl wissend, in welchem Kräftefeld wir uns bewegen, wenn wir Lebensinteressen gegenüber Kapitalinteressen ins Zentrum stellen.

- Das Projekt von Frank Schmitz beschäftigt sich in einem benachteiligten Quartier in Saarbrücken mit der Implementation eines alternativen Tauschsystems zur Förderung der sozialökonomischen Teilhabe und gemeinwesenorientierten Wertschöpfung aber auch der Intensivierung von Tauschprozessen und Reziprozität. Es ist ein sozialökonomisches Medium zur Förderung sozialkultureller Effekte. Frank Schmitz hat, wie auch Markus Runge in Berlin, mit der Nutzung dieser Komplementär- und Alternativstrukturen einen Beitrag zur sozialökonomischen Innovation der Arbeit in und am Gemeinwesen geleistet.

Wesentlich ist, dass diese Formen eine Erweiterung der Handlungsoptionen für die Gestaltung des Alltags von Menschen darstellen, die dauerhaft unter Ressourcenrestriktionen und sozialer Ausgrenzung zu leiden haben und dass sie gleichzeitig eine Bereicherung für das Gemeinwesen enthalten.

Warum erwähne ich gerade diese Ansätze der Gemeinwesenentwicklung, die die Grenzen zum ökonomischen System überschreiten? Theorie und Praxis der Gemeinwesenentwicklung beziehen im internationalen Verständnis lokales und bedarfsorientiertes Wirtschaften als soziales Handeln und Kernbereich eigenständiger Existenz und nachhaltiger Entwicklung des Gemeinwesens ein. Der Kanadier Robert Campfens dokumentiert in seiner Studie „Community-Development around the World“ insbesondere die AkteurInnen, die in oft widerständigen sozialen Bewegungen die Verteidigung und Gestaltung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen der Gemeinwesen verfolgen. Er sieht in ihnen die neuen Kräfte der Gemeinwesenentwicklung. Auch die fachtheoretischen Wurzeln des Community Development blendeten Wirtschaften als zentralen Lebensbereich nicht aus.

Wenn in neueren sozialpolitischen Programmen im deutschsprachigen Raum die Rede von der Förderung der „Lokalen Ökonomie“ durch gemeinwesenorientierte Ansätze ist, so bedeutet dies noch nicht, dass dabei die tradierte Trennung von Markt und Sozialem aufgehoben wurde und dass es sich um eine am Gemeinwesen orientierte Ökonomie handelt.

Das Verhältnis von Gemeinwesenarbeit zum Wirtschaftssystem reduziert sich im deutschsprachigen Raum weit überwiegend auf flankierende und ergänzende Beschäftigungspolitik oder die Sicherung von Employability und „weiche Standortfaktoren“.

Auch AkteurInnen der Gemeinwesenarbeit interpretieren den Auftrag der Stärkung „Lokaler Ökonomie“ selten aus der Logik des Gemeinwesens und den Erfordernissen nachhaltiger Entwicklung und Diskurse um die Verbindungen zwischen Sozialer Arbeit und Ökonomie beschränken sich immer noch auf die

Anforderungen an eine marktorientierte Gestaltung Sozialer Dienste und die Anwendung betriebswirtschaftlicher Instrumente und Maßstäbe im Sozial- und Gesundheitswesen.

Die umfassende ökonomische Perspektive aber, die Perspektive auf die Schöpfung und Verteilung von Werten in den Gesellschaften und die Verortung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit in diesem Kontext, wird ausblendet.²

Angesichts der Plünderung der Gemeinwesen, der Angriffe auf soziale, ökologische und wirtschaftliche Menschenrechte und der Zerstörungen der natürlichen Lebensgrundlagen, sind jedoch lebensdienliche Gegenentwürfe im Kontext Sozialer Entwicklungsarbeit erforderlich. Sozialpolitische Fragen sind heute hoch komplex. Nicht nur Existenzsicherung im Sinne der Sicherung der Existenzgrundlagen von Menschen, die im Zuge des technologischen und ökonomischen Wandels „überflüssig“ werden, sondern Wirtschaften als soziales Handeln unter Berücksichtigung der Erhaltung der ökologischen und sozialen Existenzgrundlagen wird zum Thema der Gestaltung des Gemeinwesens.

Es ist von zentraler Bedeutung, dass sich Soziale Arbeit mit den fehlerhaften Prämissen, Mythen, Menschen- und Gesellschaftsbildern der dominanten, sozial ungebundenen Ökonomie sowie mit den verschiedenen Positionen sozial eingebundenen Wirtschaftens in Theorie und Praxis auseinandersetzt und ihre eigene Position sowie die Rechte ihrer Anspruchsberechtigten in einer eigenständigen Ökonomie des Sozialen vertritt. Soziale Arbeit in und am Gemeinwesen muss über die soziale Flankierung des Marktes hinausgehen und eigenständige sozial-ökonomische Komplementär- und Alternativstrukturen in der zivilen Gesellschaft verteidigen und schaffen.

Die Ökonomie des Gemeinwesens – Idee, normativer Anspruch und konkrete Erscheinungsformen

Die Entwicklung des Gemeinwesens wirft die Frage nach der Logik sozial eingebundenen Wirtschaftens auf das der Erhaltung der sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Evolutionsfähigkeit dient. Dabei zeigt sich, dass der Begriff „Gemeinwesen“ Ziele, Koordinationsprinzipien und Grenzen einer solchen sozialen Ökonomie impliziert. Der Entwurf einer am Gemeinwesen orientierten Ökonomie geht von diesen Implikationen aus:

- Von der untrennbaren Einheit der Nutzung, Herstellung und Verteilung der materiellen Lebensgrundlagen
- Vom „Gemeinen Eigenen“³, welches den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen unabhängig von der Marktmacht der AkteurInnen gewährt

² Vgl.: Elsen, Susanne: Die Ökonomie des Gemeinwesens. Sozialpolitik und Soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und –verteilung. Weinheim und München 2007.

³ common good.

- Von der Gestaltung der sozialkulturellen Lebenszusammenhänge in Formen vertikaler Vergesellschaftung auf der Basis von Assoziation und Freiwilligkeit.

Idee und Anspruch aber auch die real vorfindbare Praxis der Ökonomie des Gemeinwesens ist immer ein Gegenentwurf gegenüber der Dominanz des Kapitals denn die Lebensinteressen stehen im Zentrum, der Orientierung am Eigennutz, die Erfordernisse des Gemeinwohls, der Fixierung am Wettbewerb, Solidarität und Kooperation. Wirtschaften ist aus der Perspektive des Gemeinwesens aus seiner reproduktiven Funktion für Menschen und Gesellschaft zu betrachten.

Was wir als Ökonomie des Gemeinwesens suchen, existiert und existierte immer im Schatten der dominanten Ökonomie und es entsteht derzeit weltweit neu. In der internationalen Diskussion geraten diese Ansätze als Alternativ- und Komplementärstrukturen der zunehmend krisenhaften neoliberalen Praxis ins Licht öffentlichen Interesses. Trotz der Unterschiedlichkeit ihrer Formen und Entstehungskontexte weisen sie deutliche Gemeinsamkeiten auf. Die Versuche, sie begrifflich zu fassen, verdeutlichen, dass es sich um Alternativen zum Wachstums- und Profitmodell handelt.

Um die Potentiale dieser Ansätze für die Arbeit in und am Gemeinwesen zu verstehen, müssen die Adaptionen sowohl der Gemeinwesenarbeit als auch der Sozialwirtschaft und ebenso dessen, was in der Sozialpolitik als „Lokale Ökonomie“ im deutschsprachigen Raum diskutiert wird, überschritten werden.

Ansätze der Ökonomie des Gemeinwesens

In der europäischen Diskussion wird von einer sozialen Ökonomie im „Dritten Sektor“ ausgegangen. Diesem Sektor ist die Vielfalt der Organisationen zuzuordnen, die jenseits des öffentlichen und privaten Bereiches agieren und nicht privater Gewinnmaximierung dienen. Dabei ist die zentrale Frage nicht die der Gewinnerzeugung, sondern die der Gewinnverwendung, die diesen Bereich von der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise unterscheidet. Es handelt sich nicht nur um einen Sektor, der die Mängel und Fehler von Markt und Staat korrigiert, sondern um eine eigenständige Logik wirtschaftlichen Handelns mit sozialen Zielsetzungen, wie sie insbesondere in genossenschaftlichen Lösungen vorfindbar ist.

Im romanischen Raum wird in Abgrenzung gegenüber den Wohlfahrt-Verbänden bei Kooperativen und ökonomischer Selbstorganisation von „Économie Solidaire“ gesprochen. Der Begriff „Solidarökonomie“ setzt sich derzeit in der weltweiten Diskussion durch und ist insbesondere beeinflusst von den Entwicklungen und Diskursen um die „economía popular y solidaria“ in Lateinamerika.

Gründungen von Solidarunternehmen lassen sich derzeit auch in den Industrieländern in folgenden Bereichen feststellen:

1. Unternehmen der alternativen Arbeitsorganisation gewerblicher Wirtschaft
2. Kooperative Unternehmen im Bereich alternativer lokaler Arbeitsmarktpolitik mit Frauen und Männern, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind.
3. Produktivgenossenschaften überwiegend hochqualifizierter Kräfte, auch Produktivgenossenschaften im sozialen und medizinischen Bereich.
4. Sozial-, Bildungs-, Kultur und Gesundheitsgenossenschaften, die dem Abbau und den Qualitätseinbußen durch Privatisierung in diesem Bereich entgegen wirken sollen.
5. Bemühungen um die lokale Kontrolle von Geld in Form von lokalen Bankkooperativen und Investitionsfonds.
6. Verbraucher- Konsumenten- Kooperativen auch im Bereich personenbezogener Dienstleistungen
7. Kooperativen und Fonds, die die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge (Wohnung, Energie, Wasser) durch die lokale Bevölkerung gegen Kommerzialisierung sichern.
8. Die Konstruktion von alternativen Geldsystemen, die lokale Wertschöpfung und soziale Integration fördern.
9. Bewegungen zur Aneignung und selbstbestimmten Nutzung von Boden zur Wiedergewinnung von Subsistenzmöglichkeiten in Städten (Urban Gardening)

Gesellschaftliche Innovation durch sozialökonomische Selbstorganisation

Alle ökonomischen Alternativ- und Komplementärformen haben sozialpolitische Bedeutung und verweisen auf einen tiefen Bruch mit der neoliberalen Ideologie und Praxis. Sie bewegen sich im Bereich von sechs Bastionen, auf die diese Ökonomie Anspruch erhebt:

- die generell marktförmige Organisationsweise ökonomischer Belange,
- die Verwertungsbedingungen von Arbeitskraft,
- die Entscheidungsmacht über ökonomische Teilhabe oder Ausgrenzung,
- die marktförmige Verwertung und Bewirtschaftung öffentlicher, intellektueller und biologischer Güter,
- die Bestimmung des Preises aller dieser Güter
- die Definition der Logik des Geldes
- die Gestaltung des Sozialen als ökonomieexternes System zugunsten der ökonomischen Verwertungsbedingungen.

Der weltweite Aufbruch assoziativer und netzwerkartiger Strukturen im sozialökonomischen Bereich lässt verschiedene Deutungen zu: Es handelt sich nicht zuletzt um die Übertragung partizipativer Demokratie auch auf den ökonomischen, nicht nur den politischen Sektor. Neben den aus reiner Not und mangels Alternative entstehenden „Volks-Ökonomien“ gilt es also die Varianten zu beachten, die reflexiv als Alternativen zu den Verwerfungen oder als verantwortlicher Schritt in Richtung nachhaltige Gesellschaft entwickelt werden. Es sind andere als rein besitzorientierte Motive, die die Akteurinnen und Akteure jener Wirtschaftsform prägen, die die Modernisierungstheoretiker van der Hans Loo und Willem van Reijen als Gegenentwürfe zur Marktwirtschaft in der nachindustriellen Gesellschaft und als Experimentallabore einer neuen, von Laien in Verbindung mit sozialen Bewegungen organisierten Ökonomie beschreiben.

Anschlussfähig an dieses „Neue“ ist „das Alte“, die vormodernen Varianten einer pluralen Ökonomie, die in peripheren Weltregionen vor der vollkommenen Durchdringung durch die Marktwirtschaft oder in den Ökonomien der Armut in indigenen Gemeinschaften oder auch in den Armutsökonomien der Wohlfahrtsstaaten überlebt haben. Diese Residuen vormodernen Wirtschaftens treten durch die globale Vernetzung der sozialen Bewegungen seit einigen Jahren aus ihrem Schattendasein und erfahren sich als Gegenentwürfe. Die AkteurInnen beider Entstehungskontexte, der vormodernen wie der neuen, erwarten keine Lösung aus den „Kathedralen der Macht in Wirtschaft, Wissenschaft und Staat.“ Sie haben diese vielmehr als Teil der Problemursachen erkannt.

„Sowohl-als-Auch“ - Lebensweltliche Potentiale der Entwicklung und Transformation

In der Mischlogik des „Dritten Sektors“ der Logik des „Sowohl-als-Auch“ ist das sozialpolitische Innovationspotential zu verorten. Die Uneindeutigkeiten, zum Beispiel wirtschaftliches Handeln mit sozialer Zielsetzung, resultieren aus dem lebensweltlichen Kontext, der Entdifferenzierungen innerhalb und zwischen funktional differenzierten Bereichen erzeugt. Lebensweltliche Fragen und Nöte und die Koordination von Handeln durch Kommunikation sprengen die Eindeutigkeiten von Systemlogiken. Diese Extrafunktionalität lebensweltlicher Logik gewinnt selbst eine innovative Funktion. Sie mischt die Rationalitäten der Systemlogiken auf und erzeugt neue Kombinationen und lebensnähere Möglichkeiten.

Die entstehenden Parallel- und Komplementärökonomien sind hybride Organisationen, die transversal zu gesellschaftlichen Systemen sowohl soziale und ökologische, als auch ökonomische Ziele verfolgen, im ökonomischen Bereich agieren, aber Teil der organisierten Zivilgesellschaft sind. Eingespielte Abgrenzungen von privat/öffentlich, politisch/sozial, kulturell/ökonomisch werden

durch lebensweltliche Formen der Begrenzung, Aneignung und Einmischung herausgefordert.

Die Prozesse der Einmischung sozialer Bewegungen in Assoziation und sozialökonomischer Selbstorganisation sind Grenzüberschreitungen aus der Zivilgesellschaft in den politischen und ökonomischen Sektor. Sie bewirken auch eine Entmonopolisierung von Sachverstand und das Eindringen neuer AkteurInnen und lebensweltlicher Logiken in die Systeme Staat und Markt. Aktuelle Genossenschaftsgründungen, die aus lebensweltlichen Zusammenhängen resultieren, verdeutlichen die Möglichkeiten, die aus dem prozesshaften Agieren an den Nahtstellen von Markt, Staat und Zivilgesellschaft resultieren. Diese Durchlässigkeit der Nahtstellen und die Resilienzen des intermediären Bereiches sind für die Entwicklung und Stabilisierung sozialökonomischer Ansätze von zentraler Bedeutung.

Genossenschaftliche Ökonomien sind die klassischen Alternativen zur Systemrationalität kapitalistischer Verwertung. Ihre neuen Entwicklungen sind nicht zu verstehen als Rückfall vor die Moderne, sondern vielmehr als Vorgriff auf Wege in eine andere Moderne. Das gesellschaftspolitische Potential dieser alten Form des sozialen Wirtschaftens verdeutlichen aktuelle Beispiele aus Industrie-, Entwicklungs- und Transformationsländern:

- Die Vergenossenschaftlichung sozialer und gesundheitlicher Dienste ist in Transformations- und Entwicklungsländern Substitut für familiäre Leistungen, die in Folge von Traditionsverlusten und veränderten Wohn-, Arbeits- und Lebensformen nicht mehr selbstverständlich sind. Insbesondere Frauen suchen neue kollektive Formen zur Organisation des traditionell familienbezogenen Careworks.
- Die Vergenossenschaftlichungen im Bereich Bildung, Gesundheit und Soziales substituieren in Industrieländern öffentliche Anbieter. Es handelt sich bei den neuen Sozial-, Gesundheits- und Bildungsgenossenschaften zwar um Re-Privatisierung öffentlicher Leistungen, doch birgt diese Variante die Möglichkeit, eine rein kommerzielle Privatisierung zu verhindern und den Zugang für alle zu sichern.
- Vergenossenschaftlichungen im ökonomischen Sektor haben unterschiedliche Funktionen: In Entwicklungs- und Transformationsländern können sie den Schritt vom informellen Sektor in den Markt bahnen. In Industrieländern ermöglichen sie, insbesondere arbeitsintensive Bereiche für lokale Märkte zu erschließen oder lokales Wirtschaften synergetisch zu organisieren.

Sozialökonomische Selbstorganisation birgt Potential für die zukunftsfähige Gestaltung des Gemeinwesens. Sie ist, da sie sich gemeinschaftlich und lokal organisiert, jedoch auch immer selektiv und deshalb nur im Kontext gestaltender Sozialpolitik zu denken.

Die politische und rechtliche Ermöglichung sozialökonomischer Selbstorganisation oder deren sozialpolitische Förderung, wie sie beispielsweise in Italien praktiziert wird, scheint im etatistischen Deutschland nur schwer vorstellbar. Sie hätte auch in Italien nicht die dauerhafte Kraft entfalten können ohne das intensive Zusammenspiel von unterschiedlichen weltanschaulichen und berufsständischen Organisationen der Zivilgesellschaft, die gemeinsam gegenüber dem wirtschaftlichen und politischen System durchsetzungsfähig wurden. Die Entwicklung der Genossenschaften mit sozialer Zielsetzung in Italien ist ein überzeugendes Beispiel für den Erfolg aktiver staatlicher Förderung sozialökonomischer Selbstorganisation als gestaltende Sozialpolitik. Diese Kooperativen nehmen soziale, bildungsspezifische und gesundheitsbezogene Aufgaben wahr, verfolgen die Integration Benachteiligter ins Erwerbsleben oder kombinieren Dienstleistungen im sozialen und gesundheitlichen Bereich mit Beschäftigungsintegration.

Das Sozialpolitische entwickelt sich in kollektiven Ansätzen der Bewältigung sozialer Probleme. Die Assoziation von Menschen in vergleichbaren Betroffenheitslagen birgt prinzipiell politische Spreng- und Gestaltungskraft. Heute, ebenso wie in der Zeit der sich formierenden Arbeiterbewegung, ist die Erfahrung und Reflexion gleicher Betroffenheitslagen und gemeinsamer Interessen Voraussetzung kollektiver Handlungsfähigkeit. Sie ist Grundlage der historischen Bewegungsgesetzlichkeit des Sozialpolitischen, die unter den Bedingungen des entfesselten Kapitalismus und der tendenziellen Überflüssigkeit menschlicher Arbeitskraft neu herauszufordern ist.

Der neuen Enteignungsökonomie stehen in allen Weltregionen neue Akteure gegenüber, die grundlegende Lebensrechte zu verteidigen suchen. Sie sind Teil einer neuen sozialen Politik von unten, die trotz heftiger Widerstände auf längere Dauer sozialen Wandel zeitigen wird. Es geht unter den veränderten historischen Bedingungen nicht nur um die Wiedergewinnung politischer Regulierung der Marktkräfte und den Schutz von Menschen und Gemeinwesen vor ihren Übergriffen, sondern um die Herausbildung und Erhaltung pluraler, in die Lebenswelten eingebundener Formen einer eigenständigen Ökonomie des Gemeinwesens.

Sozialökonomische Entwicklung als wissenschaftliche Ausbildung – Fragmente der curricularen und didaktischen Struktur des europäischen Masterstudiengangs

In den vergangenen ca. zwanzig Jahren ist in vielen Regionen der Welt in enger Verbindung von Wissenschaft und Praxis das transdisziplinäre Feld der professionellen sozialökonomischen Entwicklung des Gemeinwesens herausgebildet worden, die in der Professionsgeschichte der Sozialen Arbeit in und mit Gemeinwesen eine zentrale Rolle spielte. Die Integration sozialökonomischer Ent-

wicklung des Gemeinwesens in die Ausbildung und Praxis der angewandten Sozialwissenschaft bedeutet aus meiner Perspektive den wichtigsten Entwicklungsbedarf dieser Profession und Disziplin, die als Einzige die Gestaltung des Sozialen zum Gegenstand hat. Gemeinwesenentwicklung in Forschung, Lehre und Praxisentwicklung ist ein ureigenes Feld Sozialer Arbeit als transdisziplinäre Profession. Dies erscheint aus der Perspektive der Traditionen und der derzeitigen Rückwärtsbewegungen der Sozialen Arbeit hin zur Armutsverwaltung, Kontrolle und Behandlung Benachteiligter keineswegs als selbstverständlich. „Gerade weil der Individualisierungsprozess persönliche Schuldzuschreibungen an die Betroffenen (...) begünstigt und strukturelle Zusammenhänge verdunkelt, muss eine übergreifende Sichtweise gefördert (...) werden. Sozial- und politikwissenschaftliche Erklärungsmethoden verdienen angesichts um sich greifender Theoriefeindlichkeit und „Politikverdrossenheit“ mehr Beachtung.“⁴

So wie die sozialökonomische Entwicklung des Gemeinwesens neuer institutioneller Arrangements bedarf, ist dies auch für die Praxis und Ausbildung des Community-Development der Fall. Eine professionelle Tätigkeit an der kreativen Zerstörung verkrusteter Strukturen und Machtkonstellationen und die Neukonstruktion pluraler und hybrider Lösungsansätze im lokalen Raum, erfordern die relative institutionelle und finanzielle Unabhängigkeit der Professionellen, die das Mandat eigenständiger zivilgesellschaftlicher Entwicklungen vertreten. Dies aber bedeutet, dass Professionelle der sozialökonomischen Gemeinwesenarbeit ihre Tätigkeit in gemeinwesenökonomischen Formen organisieren.

Die Ausbildung für dieses gesellschaftliche Entwicklungsfeld erfordert die Integration von relevantem Analyse-, Erklärungs-, Werte- und Handlungswissen aus verschiedenen relevanten Disziplinen, Forschungs- und Praxisansätzen und sie muss zwingend die internationale Diskussion und Praxis aufgreifen. Auch die Ausbildung also erfordert neue institutionelle Arrangements zwischen zu konzipierenden Ansätzen der Praxisentwicklung und der aktivierenden gemeinwesenorientierten Forschung sowie des transdisziplinären Zuschnitts bezugswissenschaftlicher Inhalte im Fokus der sozialökonomischen Gemeinwesenentwicklung und der Weiterentwicklung einer Handlungswissenschaft sozialökonomischer Gemeinwesenentwicklung.

Dieser Herausforderungen stellt sich der europäische Masterstudiengang „Gemeinwesenentwicklung, Quartiermanagement und Lokale Ökonomie“,⁵ der seit 2003 Frauen und Männer aus verschiedenen Ländern Europas mit unterschiedlichen disziplinären und beruflichen Hintergründen für das Forschungs- und Handlungsfeld sozialökonomischer Gemeinwesenentwicklung qualifiziert. Er steht damit in der Tradition anderer aktueller und historischer Ausbildungs-

⁴ Butterwegge, Christoph: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Opladen 2001, S. 222.

⁵ Dieser Studiengang wurde von der Autorin entwickelt und in Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und Europa erstmals 2003 durchgeführt. Er wurde 2005 in Deutschland und Österreich akkreditiert und für den höheren Dienst zugelassen. Die europäische Dimension wurde durch ENQASP (European Network of Quality Assurance in Social Professions) zertifiziert. (www.macd.fhm.edu).

projekte und verbindet die Erschließung und Innovation des konkreten Praxisfeldes mit der Ausbildung.⁶

⁶ Eine der Genossenschaftsgründungen aus diesem Studiengang, die beschäftigungsorientierte Genossenschaft „cena et flora“, wird 2006 mit dem Genossenschaftspreis des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens“ ausgezeichnet.

Anlage 1

Ausschnitte des Gutachtens von C. Wolfgang Müller

„Für Kenner der Materie liegt es auf der Hand, dass ein weiterführender Studiengang zur „Gemeinwesenentwicklung“ und zur „Lokalen Ökonomie“ gar nicht anders als interdisziplinär und international entwickelt werden kann. Er enthält die Traditionswurzeln von Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenentwicklung, die ihre Genese in den USA, den Niederlanden und später als Teil der klassischen Methoden der Sozialen Arbeit im gesamten englischsprachigen Ausland haben.

Lokale Ökonomie und Ökonomie des 3. Sektors haben ebenfalls deutliche Wurzeln in der internationalen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung. Und auch der eher aktuelle Begriff von „Quartiermanagement“ hat internationale und vor allem auch interdisziplinäre Bezüge, in dem er weit über die Grenzen herkömmlicher Betriebswirtschafts- und Management-Lehre hinausweist.

Die 5 Module sind vom Allgemeinen zum Besonderen angeordnet. Sie beginnen mit einer Einführung in die Begrifflichkeit von „Community Development“, „Community Economy“ und einem erweiterten Arbeitsbegriff im Sinne des bisher letzten Berichtes an den Club of Rome. Die Referenzliteratur ist ausgesprochen international, mehrsprachig und interdisziplinär. Sie könnte ebenso gut als Grundlage für ein anspruchsvolles Promotionskolleg an einer anspruchsvollen deutschen Universität herhalten.

Ähnliches gilt für die Module 2 (politische, soziale und rechtliche Struktur-Aspekte von Lebensraum, Lebenswelt und Sozialraum), die deutlich auf internationale Schauplätze und interdisziplinäre Sichtweisen orientiert sind, und 3 (Ressourcen in Gemeinwesen in globalisierten Kontexten), sowie 4 (Betriebswirtschaftliche Grundlagen und lokale Ökonomie sowie Projektmanagement, Kooperation und Vernetzung und Ansätze von Marketing).

Modul 5 schließlich enthält eine sehr dichte und gleichzeitig forschungspraktisch orientierte Einführung in quantitative wie qualitative Spielarten empirischer Sozialforschung mit deutlichen Ermutigungen zur Entwicklung eigener (begrenzter) Forschungsprojekte im Hinblick auf sozialräumliche Fragestellungen in unterschiedlichen Sozialräumen, sozialen Milieus und Ländern. Durch diese Orientierung auf „unterschiedliche soziale Milieus“ ist auch gleichzeitig eine deutliche multikulturelle Sichtweise angebahnt – komparative Aspekte werden gleichzeitig nahe gelegt.

Ich finde die curriculare Planung nicht nur stofflich-inhaltlich, sondern auch methodisch sehr eindrucksvoll. Die Planung arbeitet mit einem Methodenmix aus Vorlesung, Arbeitsgemeinschaften, Gruppendiskussionen (die auch gruppendynamische Aspekte einbeziehen) und Fallstudien, wobei ich denke, dass

insbesondere die case study method bei diesem Thema einen außerordentlichen Stellenwert verdient. Es werden auch unterschiedliche Präsentationsformen geschult und geübt und die abgeforderten schriftlichen Arbeiten ermutigen zu einer lebendigen und materialorientierten Bearbeitungs- und Darstellungsweise.

Der Masterstudiengang „Gemeinwesenentwicklung, Quartiermanagement und Lokale Ökonomie“ verfolgt einen speziellen, gleichzeitig aber erweiterten und interdisziplinär gearbeiteten Ansatz von Gemeinwesenarbeit und Gemeindeentwicklung in engem Zusammenhang von lokaler Ökonomie, Mobilisierung und Entwicklung sozialer Infrastrukturen in Stadtteilen und einer ökologischen und mesoökonomischen Sichtweise auf ungenutzte Potentiale von Menschen und Einrichtungen in angestammten oder aufgesuchten Räumen.

Für einen solchen weiterführenden Studiengang, den ich nach meiner Kenntnis für einmalig halte, ist eine Zusammenschau bisher international verstreuter und nicht dem mainstream der gängigen Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehren zuzuordnenden Theorien und Theoreme konstitutiv.

Von daher ergibt sich die internationale ebenso wie die transdisziplinäre Orientierung dieses Studienganges gewissermaßen aus der Notwendigkeit des Gegenstandsbereiches. Ich schreibe „transdisziplinär“ weil ich meine, dass es nicht darum gehen kann, die Erkenntnisse unterschiedlicher Einzeldisziplinen aneinander zu reihen. Man muss sie vielmehr aufeinander beziehen ohne sie miteinander verschmelzen zu können. Das scheint hier erfolgreich zu geschehen.“⁷

⁷ Prof. Dr. C. Wolfgang Müller, Berlin den 14. Juni 2005.

Anlage 2

Inhaltliche Struktur des Curriculums⁸

Theoretischer Bezugsrahmen:

Community-Development ist ein mehrniveaunaler Ansatz, der auf nachhaltige soziale, politische und ökonomische Problemlösung und die Entwicklung lokaler Räume zielt.

Als Handlungsfeld der Sozialen Arbeit ist es zu verstehen als normative Handlungswissenschaft, die auf einschlägigem Grundlagen- oder Bezugswissen (Soziologie, Kulturwissenschaft, Sozialpsychologie, Politologie, Ökonomik), auf normativem Handlungswissen (Stadt- und Regionalentwicklung, Sozial- und Wirtschaftsplanung, Bildungswissenschaft, Organisationslehre u.a.) sowie auf gemeinwesenspezifischen Arbeits- und Forschungsmethoden (Sozialraumorientierte Forschung, Methoden der Aktivierung, Verfahren der Mediation und Partizipation, Planungsverfahren etc.) basiert.

Ziele des Studiengangs

Der Studiengang zielt auf die Vermittlung von vertiefendem, spezialisierten und verknüpftem Analyse, Erklärungs- und Handlungswissen für integrierte Problemlösungs- und Entwicklungsprozesse auf der Ebene lokaler und regionaler Gemeinwesen. Er qualifiziert für die theorie- und forschungsgestützte Konzeption, Realisierung und Evaluation nachhaltiger Lösungen in komplexen Handlungsfeldern unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung.

Drei Zugänge zum Handlungs- und Forschungsfeld Community-Development

Der Studiengang bezieht sich auf drei Zugänge lokaler und regionaler Entwicklung, die sich in den Traditionen verschiedener europäischer und außereuropäischer Länder im Feld des Community-Development herausgebildet haben:

- «Gemeinwesenentwicklung» geht von gesellschaftlichen Problemen – ökologischer Zerstörungen, Arbeitslosigkeit, Armut, Wohnungsnot etc. aus, die sie mit Hilfe sozialer, politischer und ökonomischer Mittel in der Logik des Gemeinwesens und seiner BewohnerInnen zu lösen sucht. Der Ansatz steht in der Tradition des demokratischen Community Organizing.
- «Quartiermanagement» ist ein operatives politisch-sozialräumlich orientiertes Konzept der Ermittlung von Ressourcen, der Aktivierung relevan-

⁸ Auszug aus dem Akkreditierungsbericht.

ter Akteure, der Vermittlung und des Ausgleichs von Interessen, Ressourcen und Macht im Gemeinwesen.⁹

- «Lokale Ökonomie»: Als Strategie zur Problemlösung in benachteiligten Gemeinwesen der europäischen Wohlfahrtsstaaten ist diese auf arbeitsmarkt-, beschäftigungs-, struktur- und sozialpolitische Ziele gerichtet; mit ihr werden die Handlungsfelder „Lokale Wirtschaftsförderung“, „Beschäftigungsförderung und Qualifizierung/Ausbildung“ sowie „Soziale Ökonomie“ in einem sozialraumbezogenen Ansatz verbunden.¹⁰ In der internationalen Diskussion, die für diesen Studiengang dominiert, wird „Lokale Ökonomie“ auch im Kontext des Community-Development zunehmend als Komplementär- und Parallelstruktur in Form einer bedarfsorientierten, pluralen Ökonomie des Gemeinwesens betrachtet. Diesem Aspekt messen wir als sozialpolitische Perspektive hohe Bedeutung bei.

Theorie-Praxis-Integration

Die curriculare Struktur des Studiengangs ist geprägt vom Anspruch der intensiven Theorie-Praxis-Integration.

Relevantes Wissen wird also nicht nur erworben, sondern es findet im Rahmen des Studiums in den spezifischen professionellen Kontexten der TeilnehmerInnen konkrete Anwendung.

1. Theoriebasierte Praxisanalysen: Im Modulbereich 2 erarbeiten die TeilnehmerInnen unter Integration des jeweils erworbenen Wissens Analysen ihrer eigenen lokalen Praxis und schreiben diese im Studienverlauf unter fachlicher Begleitung fort.
2. Kommunikation, Aktivierung, Mediation: Im Modulbereich 3 erwerben die TeilnehmerInnen Analyse-, Erklärungs- und Handlungswissen mit Bezug auf Kommunikation im Kontext des Community-Development. Das Wissen wird innerhalb der Lehreinheiten sowie im angeleiteten Selbststudium in den Handlungskontexten der TeilnehmerInnen erprobt.
3. Sozialraumorientierte Forschung. Der Modulbereich 5 „Forschungswerkstätten“ dient der Vermittlung von Grundlagen und Methoden Sozialraumorientierter Forschung und integriert die Erprobung in Form eines eigenen Forschungsprojektes, welche alle Teilnehmenden unter fachlicher Anleitung konzipieren, realisieren und dokumentieren (Forschungsbericht).

⁹ Das integrative Konzept ist handlungsleitend für zahlreiche Förderprogramme lokaler und regionaler Entwicklung. Die Verantwortlichen des Studiengangs grenzen sich gegen die Instrumentalisierung von integrativen Handlungsansätzen und der Förderung von „bonding social capital“ explizit ab.

¹⁰ vergl.: Elsen, Susanne: „Lokale Ökonomie“ als Strategie der Beschäftigungspolitik? In: Forum Sozial. Heft 2/2005 S. 30 f.

4. Entwicklung eines gemeinwesenökonomischen Projektes. Integrativer Bestandteil des Modulbereiches 4 ist die Konzeption aller real erforderlichen Elemente eines Projektes oder Unternehmens der Gemeinwesenökonomie. Die Projektkonzeption erfolgt in Gruppen unter fachlicher Anleitung.

Normative und fachtheoretische Integration

Zentrale normative und fachtheoretische Paradigmen integrieren die Elemente des theoretischen Grundlagen- und Bezugswissens und bestimmen die Auswahl dieser Zugänge.

Nachhaltigkeit

Die ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen der Nachhaltigkeit sind untrennbar und sie bestimmen nach unserem Verständnis die Auswahl der möglichen Problemlösungen im Kontext des Community-Development: Der Erhalt der Evolutionsfähigkeit der natürlichen Mitwelt, der Erhalt der Gesellschaft durch Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit und der Erhalt der Wertschöpfungsfähigkeit bei Orientierung an gesellschaftlichen Bedürfnissen, sind die Implikationen dieser drei Dimensionen.¹¹

Die Ökonomie des Gemeinwesens¹²

Bezieht sich auf die ganze Gesellschaft. Sie schließt die Arbeitslosen, Alten und Kranken ein und geht aus vom Recht der Teilhabe aller am historisch erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtum. Sie impliziert Reziprozitätsnormen, einen erweiterten Solidaritätsbegriff und Verteilungsgerechtigkeit. Die Studierenden erwerben wissenschaftsbasierte Argumentationsfähigkeiten in Abgrenzung gegenüber neoklassischen Sichtweisen.

Empowerment und die Stärkung ziviler Selbstorganisationspotentiale

Im Sinne von Befähigung und Ermächtigung Benachteiligter und der Korrektur von ungerechten Ressourcenverteilungen. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem sozialpolitischen und sozialökonomischen Empowerment zu.¹³

Die Empowermentperspektive impliziert Vergewisserungen hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen Fragen von (Ressourcen- und Definitions-) Macht und (potentiellen) Konflikten, die sich im Gemeinwesen aktualisie-

¹¹ In Anlehnung an Adelheid Biesecker.

¹² In Anlehnung an Oskar Negt.

¹³ Elsen, Susanne: Lässt sich Gemeinwesenökonomie durch Genossenschaften aktivieren? Chancen für Empowerment. In: Flieger, Burghard: Sozialgenossenschaften. Neu-Ulm 2003, S. 57 ff.

ren. Empowerment impliziert zudem eine spezifische professionelle Haltung. Aus sozialpolitischer Perspektive sind insbesondere neue Ansätze und Traditionen kollektiver sozialökonomischer Selbstorganisation von hoher Bedeutung.

Diskursethik¹⁴ und integrative Wirtschaftsethik¹⁵

Diese Positionen definieren zentrale Kriterien der Konstruktion sozialer und ökonomischer Alternativen, die egalitären und lebensdienlichen Vorstellungen entsprechen.

Modulbereich 1: Wissenschaftliche Zugänge zum Forschungs- und Handlungsfeld „Community-Development“

Im Kontext von Modulbereich 1 wird zentrales Basis- und Bezugswissen vermittelt:

Die Auseinandersetzung mit gemeinwesenbezogenen Ansätzen der (Re-) Produktion, müssen zunächst die spezifischen Vergesellschaftungsformen in der postindustriellen Phase in den Blick nehmen, um nicht in eine verkürzte programmatische Verwendung von Community-Konzepten zu verfallen.

Die Auswahl der theoretischen Zugänge in Modulbereich 1 bestimmt auch den Fokus der anderen Modulbereiche.

- Die (Re-) Produktion unter globalisierten Bedingungen, verbunden mit globalen Finanztransfers und lokaler Standortkonkurrenz, weist lokalen Räumen eine veränderte Bedeutung zu.
- Der Frage der Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund einer historischen Analyse und der Betrachtung alternativer Konzepte der sozialökonomischen Integration in postindustriellen Gesellschaften kommt eine zentrale Bedeutung bezogen auf die Verortung gemeinwesenbezogener (Re) Produktionsformen zu.
- Die Analyse der aktuellen Ausweitung der Akkumulation und ihrer Folgen ermöglicht die Adaption weiterer Ressourcenrestriktionen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und öffnet die Perspektive für lokale Alternativen.
- Die kritische Hinterfragung der voranalytischen Annahmen der neoklassischen Ökonomie und die theoretisch-konzeptionelle Vergewisserung durch die Rekonstruktion von Theoriekonzepten sozial „eingebundenen Wirtschaftens“ ist für eine Auseinandersetzung mit lokalen Alternativen von zentraler Bedeutung.
- Die Sozialtheorie nach Pierre Bourdieu macht in der Grundfigur der Logiken sozialer Räume und Kapitalformen die sektorale Perspektive von Community-Konzepten rekonstruierbar.

¹⁴ Nach Habermas.

¹⁵ Nach Ulrich.

Darüber hinaus bezieht sich der Modulbereich 1 auf folgende handlungstheoretische Zugänge:

- Der Rückgriff auf Raumbezogene Ansätze der Human- und Sozialökologie (und ihrer Verfahren/Modulbereich 5), sowie deren aktuelle Weiterentwicklungen,
- Theorien des intermediären Raums und der Organisationen des „Dritten Sektors“ kommen aus steuerungs- und integrationstheoretischen Überlegungen, bezogen auf die Konzeption eigenständiger assoziativer Alternativen im lokalen Raum zentrale Bedeutung zu.
- Historische und aktuelle Ansätze eigenständiger sozialökonomischer Alternativen in verschiedenen Weltregionen werden in ihren politisch-ökonomischen Kontexten rekonstruiert.
- Die Geschichte der Gemeinwesenarbeit insbesondere in Europa und USA in Verbindung mit sozialen Bewegungen und Professionalisierungen
- Die aktuellen Strömungen des Community Development insbesondere in Kanada, Lateinamerika und Asien verbunden mit einer Auseinandersetzung mit der „organischen Theorie des Community Development“
- Die neuen Akteure eigenständiger sozialökonomischer Ansätze im lokalen Raum, ihre Motive und Ansätze v. a. aus der Perspektive der Knappheit und der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Geschichte und aktuelle Entwicklungen bedarfsorientierter Wirtschaftsformen (insbesondere genossenschaftliche Lösungen) im Kontext von Community-Ansätzen.

Prof. Dr. habil. Susanne Elsen (verantwortlich)

Prof. Dr. habil. Adelheid Biesecker,

Prof. Dr. habil. Gerd Mutz,

Prof. Dr. Dr. habil. Rainer Zimmermann

Modulbereich 2: Politische, rechtliche und soziale Strukturen im Gemeinwesen für Gemeinwesenentwicklung, Quartiersmanagement, Lokale Ökonomie

Der Modulbereich 2 ist geprägt von folgenden zentralen Themen, die fachtheoretisch reflektiert und in konkreten Bezug zu den Praxiskontexten der TeilnehmerInnen gesetzt werden.

Fachtheoretische Orientierungen sind insbesondere:

1. Lebensweltorientierte Sozialarbeit, die Tradition der emanzipatorischen Bildungs- und Gemeinwesenarbeit, das Konzept des strukturellen Empowerments und gemeinwesenökonomische Ansätze.
2. Städte und Regionen im Zeitalter der „Globalisierung“ und der „Dritten industriellen Revolution“, Bedeutungszuwachs des Lokalen und neue soziale Problemlagen.
1. Strukturen und Akteure des intermediären Raums, integrierte Handlungsansätze und Programme, Zuständigkeiten, Eigenlogiken und Handlungsfelder lokaler Entwicklung.
2. Kooperation, Macht und Konflikt im Kontext lokaler Entwicklung,
3. Quartiermanagement als Handlungsfeld kommunaler Sozialpolitik, professionelles Handeln im intermediären Bereich
4. Modelle und Programme integrierter Entwicklung aus Deutschland, Europa und anderen Weltregionen

Prof. Dr. Tilo Klöck (verantwortlich)

Prof. Dr. Michael Krummacher

Dr. Annegret Boos-Krüger,

Modulbereich 3: Theorien, Ansätze und Modelle der Ressourcenentfaltung im Gemeinwesen

Im Zentrum von Modulbereich 3 stehen handlungstheoretische Ansätze der Kommunikation und der Aktivierung von Partizipation in Planungsprozessen, Selbsthilfe und Selbstorganisation im Gemeinwesen auf der Basis von Macht- und Ressourcenanalysen.

Die Ansätze werden im Studienverlauf in Form von Simulationen erprobt und auf den realen Handlungskontext der TeilnehmerInnen übertragen.

Prof. Dr. Günter Rausch (verantwortlich)

Modulbereich 4: Konzeption und Management von Projekten und Unternehmen im Gemeinwesen

Im Rahmen dieses Modulbereiches werden relevante Kompetenzen für die Entwicklung konkreter sozialökonomischer Lösungen im Gemeinwesen konzipiert und erprobt. Im Zentrum stehen Methode und Verlauf der Prozessorientierten Projektplanung, vernetztes und partizipatives Agieren in der Konzeption und Implementation.

Die Realisierung kooperativer und auf kreislaufökonomischen Modellen basierende Ansätze stehen im Zentrum.

Besondere Bedeutung kommt der Konstruktion von produktiven Selbsthilfegenossenschaften, Sozialgenossenschaften und Multi-Stakeholderunternehmen im lokalen Verbund zu.

Dr. Burghard Flieger (verantwortlich)

Dr. Silvia Gallowsky

Prof. Dr. Hans H. Münkner

Modulbereich 5: Forschungswerkstatt

Dem Modulbereich 5 kommt in Hinblick auf die Konzipierung und Erprobung sozialraumbezogener Forschung besondere Bedeutung zu.

Die didaktische Konstruktion der Theorie-Praxis-Integration erfordert den Werkstattcharakter dieses Modulbereiches, der neben der Wissensvermittlung immer auch die simulative und reale Erprobung impliziert.

Alle StudentInnen formulieren eine Forschungsfrage, der sie im Rahmen eines eigenen kleinen Forschungsprojektes unter Anleitung nachgehen.

Die Auswertung und Dokumentation erfolgt am Ende des 4. Semesters in Form eines Forschungsberichtes.

Prof. Isidor Wallimann, Ph. D (verantwortlich)

Prof. Dr. Matthias Drilling

Prof. Dr. habil. Christian Reutlinger

Dr. Carlo Fabian

Bildungs- und Vernetzungsarbeit an einer Ev. Akademie und Solidarische Ökonomie

Michael Goldbach

Ich möchte Ihnen die Arbeitsweise einer Akademie schildern. Was macht und wie funktioniert eine Akademie? Wenn das geklärt ist, werde ich fragen, ob und inwiefern „Akademie“ das Projekt einer Solidarischen Ökonomie für Nordhessen unterstützen kann. Dabei beziehe ich mich hauptsächlich auf die Arbeit in Hofgeismar, weil ich die am besten kenne. Vieles wird aber verallgemeinerungsfähig sein und auch für andere Regionen in Deutschland gelten. Die Gliederung des Vortrags ergibt sich aus seinem Titel.

I. Evangelische Akademien

Es gibt heute 15 Ev. Akademien in Deutschland, allesamt erst nach dem zweiten Weltkrieg entstanden als Reaktion auf Sprachlosigkeit und Schrecken des Dritten Reiches. Als Faustregel gilt „eine Akademie pro Landeskirche“, jedoch mit abnehmender Tendenz. So hat die nordelbische Landeskirche ihre Akademie geschlossen, die Häuser in Bad Segeberg und Hamburg gehabt hatte. Und auch in Ostdeutschland hat nicht jede Landeskirche eine eigene Akademie.

Die abnehmende Tendenz hat mehrere Gründe. Zu einem stehen wir in einem schwieriger werdenden Wettbewerb. Die Evangelischen Akademien untereinander stehen nur auf den ersten Blick, nämlich von den Themen her, in Konkurrenz zueinander. Ihre räumlichen Einzugsbereiche überschneiden sich nach meinem Eindruck nicht allzusehr. Eine Konkurrenz würde ich bejahen im Verhältnis zu politischen Stiftungen wie der Konrad-Adenauer-Stiftung, die ein gutes Tagungsangebot haben.

Mit kommerziellen Anbietern wie Euroforum und IIR stehen wir nicht in direkter Konkurrenz, weil die andere Themen und Zielgruppen bedienen. Euroforum in Düsseldorf setzt vor allem auf Wirtschaftsthemen wie „Gewinnverlagerung ins Ausland“. IIR in Frankfurt/Main hat die berufliche Weiterbildung als Kerngeschäft. Eine strukturelle Konkurrenz im Aufgreifen wichtiger gesellschaftlicher Themen der Zeit stellen die Medien dar, insbesondere Talkrunden im Fernsehen.

Eine weitere strategische Schwierigkeit sind die zurückgehenden Finanzen, was seine Hauptursache in den sinkenden Kirchensteuermitteln hat, verursacht wiederum durch eine abnehmende Zahl von Steuerzahlern. Vor diesem Hinter-

grund finden zurzeit Kooperationsgespräche zwischen Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck und Ev. Kirche in Hessen und Nassau statt, also, wenn Sie so wollen, zwischen nordhessischer und südhessischer Landeskirche. Bestrebungen zu einer Fusion mit der EKHN gibt es zurzeit nicht.

Kooperationen auf einzelnen Teilgebieten sind hingegen in der Diskussion, weshalb es im Kooperationsprozess vier Unterausschüsse gibt. Einer davon betrifft die Akademien beider Kirche, also Hofgeismar und Arnoldshain. Dabei sehen wir in der Hofgeismarer Liegenschaft ein strategisches Pfund zum Wuchern. Schließlich sind am Gesundbrunnen weitere Institutionen angesiedelt, etwa das Predigerseminar der Landeskirche mit Aus- und Fortbildung der Pfarrerschaft. Neu hinzu kommt in nächster Zeit das Frauenstudien- und fortbildungszentrum der Ev. Kirche in Deutschland (EKD). Und nicht zuletzt die Synode unserer Landeskirche, gewissermaßen das Kirchenparlament, tagt im Synodalsaal unseres Gästehauses.

II. Bildung

Lassen Sie mich nun auf die Bildungsarbeit an der Ev. Akademie Hofgeismar eingehen. Unser Slogan lautet seit vielen Jahren: „Alles wirkliche Leben ist Begegnung.“ Damit grenzen wir uns von den TV-Talkshows dann doch wieder ab, denn diesen Begegnungsfaktor haben sie nicht. Der beschränkt sich nicht darauf, zu Vorträgen Fragen stellen und Beiträge leisten zu können. Gerade am Rande, bei den informellen Gesprächen etwa am Abend beim Bier, ist der Begegnungsfaktor besonders hoch.

Erwachsenenbildung hat oft den Charme, dass die Teilnehmer freiwillig zu den Veranstaltungen kommen, so auch bei uns. Die Motivation ist da höher als bei Zwangseinrichtungen wie Schule. Freiwilligkeit bedeutet aber gleichzeitig, dass wir um unsere Teilnehmer kämpfen müssen.

Der Gegenstand unseres Tagungsangebots ist schwierig auf einen Nenner zu bringen. Ich umschreibe ihn mal mit „gesellschaftliche Themen der Zeit“. Aussagekräftiger ist die Benennung der Ressorts, derer es in Hofgeismar fünf gibt. Eine Direktorin und vier Studienleiter arbeiten inhaltlich verantwortlich, und allen fünf möchte ich einen einzigen Begriff zuordnen, um nicht allzusehr zu verwirren. Die Studienleiter betreuen die Ressorts Politik, Kultur, Pädagogik und Biowissenschaften, die Direktorin Theologie und Regionalentwicklung. Im Einzelnen können Sie die Themenverteilung in unserem Semesterprogramm nachlesen. Den Bereich „Wirtschaft“, das mag an dieser Stelle interessieren, betreue ich – getragen wird er seit vielen Jahren von Prof. Dr. Hans G. Nutzinger, der gleichzeitig im Projektteam „Solidarische Ökonomie“ engagiert ist.

Mit der Benennung einer Zielgruppe ist es ähnlich schwierig wie mit der Beschreibung eines Gegenstands. Unsere Hauptzielgruppe ist die Akademikerschaft, das wird man sagen dürfen. Die Teilnehmerschaft von Tagungen ist

meist interdisziplinär-plural zusammengesetzt. Wichtig ist die Mischung von Laien und Profis, die ihrerseits Vor- und Nachteile hat. Unter anderem zwingt sie die Referenten, nicht allzusehr in Fachsprache zu reden.

Für ein konzentriertes Arbeiten von großer Bedeutung sind die Randlage und die Schönheit unserer Liegenschaft. Je nach Wohlwollen mag man Tagungen in Hofgeismar, die üblicherweise an Wochenenden stattfinden, als Knast auf Zeit oder als Insel bezeichnen. Etwas höher gestochen kann man von „protestantischen Milieus auf Zeit“ reden. Unser Schlösschen Schönburg wurde jedenfalls seinerzeit schon als Lustschloss gebaut, und auch der Rest der Anlage war zur Erholung und Erbauung bestimmt.

Ein Problem stellt sich in diesem Zusammenhang: Die Menschen haben heute weniger Zeit als früher, jedenfalls empfinden sie das so, die gefühlte Zeit ist knapp. Das Interesse an einem Thema muss stark sein, um ein ganzes Wochenende dafür zu opfern. Die allererste Tagung der Akademie im Sommer 1947 war überschrieben mit „Tage der Besinnung für Juristen“ und dauerte fünf Tage. Dieser Zuschnitt wäre heute nicht mehr denkbar.

Die Vorbereitung einer typischen Tagung vollzieht sich in fünf Schritten.

1. Tagungsthema identifizieren. Die Ideen dafür entstehen auf verschiedenen Kanälen: durch Gespräche in Gremien und mit Kollegen, durch die Lektüre von Zeitungen und Büchern, sowie nicht zuletzt aus Tagungen heraus bzw. im Rahmen von Tagungsreihen.
2. Kooperationspartner identifizieren. Das ist nicht bei allen Tagungen ein Schritt. Ich aber führe fast alle Projekte mit einem sachkundigen Kooperationspartner durch. Auch die Gewinnung von Drittmittelgebern fällt in dieses Stadium.
3. Aufteilung in Themenblöcke bzw. Vortragsthemen.
4. Referenten identifizieren und für die Tagung gewinnen. Das ist die Hauptarbeit. Dabei gereicht es zum Vorteil, dass das Renommee der Akademie nach wie vor die Referenten lockt. Ich darf Alfred Hartenbach zitieren, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium: „Wenn die Akademie ruft, dann kommt man.“ Für seine Chefin galt das jedoch schon nicht mehr. Frau Zypries hatte die Anfrage zuvor an ihren Staatssekretär delegiert.
5. Die inhaltliche Befassung mit der Materie kommt oft kürzer als man denkt.

Didaktische Hauptformen bei der Durchführung der Tagung:

1. Vorträge mit Aussprache. Hier ist wichtig, dass die Aussprache nicht zu kurz kommt.
2. Arbeitsgruppen sind wichtig für die, die sich im großen Plenum nicht zu Wort melden, und sind in der Regel besonders intensiv.

3. Podiumsdiskussionen sind für den Moderator die schwierigste Form – auch weil sich die Inhalte schlecht vorhersagen können, da ist dann Flexibilität des Tagungsleiters gefragt.

III. Vernetzung

Die Auswahl von Kooperationspartnern ist nicht nur für das fachliche Niveau bei Vorbereitung und Durchführung der Tagung wichtig. Sie ist auch für die Gewinnung von Teilnehmern strategisch wichtig. Ein idealer Kooperationspartner hat ein Hinterland von Interessenten, etwa Vereinsmitglieder. Manche sind stark genug, um mit ihnen Tagungsreihen durchzuführen, üblicherweise im Jahresrhythmus. In meinem Bereich ist das etwa die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft.

Vernetzung geschieht alsdann maßgeblich durch Werbung. Herzstück unserer Öffentlichkeitsarbeit ist ein Adressverteiler mit etwa 40 000 Anschriften, den eine Mitarbeiterin ständig pflegt. Hinzugekommen ist da der E-Mail-Versand, der auch die Auflage unserer Tagungsprogramme abschmelzen lässt. Die liegt jetzt bei 3 000. Auch die Homepage erfordert aufwändige Pflege. Bei den Medien sind vor allem die im Printbereich von Bedeutung: regionale, überregionale und Fachpresse. Unsere Referentin für Öffentlichkeitsarbeit hat HNA-Hintergrund und sieht die Dinge stärker als wir Studienleiter durch eine journalistische Brille, kann unsere Produkte der Presse also besser schmackhaft machen.

Zur Vernetzung zählt des Weiteren die Beschaffung von Drittmitteln. Besonders wichtige regelmäßige Geldgeber sind für den Bereich Politik die Bundeszentrale für politische Bildung und für pädagogische Projekte der sogenannte Kinder- und Jugendplan. Tagungsprojektbezogen geben auch Ministerien schon mal Geld, in meinem Feld etwa das Bundesinnenministerium und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Gremienarbeit existiert auf verschiedenen Ebenen. Fürs Ressort habe ich den Arbeitskreis Recht ins Leben gerufen, bei Ausländerfragen ist mir die Interkulturelle Arbeitsgruppe der Akademien eine wichtige Hilfe. Auf Ebene der Akademie ist das Kuratorium zu nennen, gewissermaßen unser Aufsichtsrat, und das Kollegium, dem die freien Mitarbeiter aus den nicht-kirchlichen und die ständigen Kooperationspartner aus den kirchlichen Kontexten angehören. Den Hauptzweck der bisher genannten Gremien sehe ich bei Themen- und Referentenfindung. Die Gremien auf Kirchenebene ermöglichen hingegen stärker eine Teilhabe an kircheninternen, insbesondere kirchenpolitischen Prozessen. Die Direktorin der Akademie ist geborenes Mitglied der Landessynode, unter den Ausschüssen ist etwa der Ausschuss für Umweltverantwortung zu nennen.

Ist die Akademie nun also Forum oder Faktor? Bei meinen Projekten ist sie in aller Regel Forum. Als politischer Faktor haben wir einfach zu wenig Ge-

wicht, da dürfen wir uns auch nicht selbst überschätzen. Etwas anderes gilt für ein Projekt, das wir gerade an Land gezogen haben. Es ist überschrieben „Selbstbestimmt Wohnen im Alter“ und fragt nach zukunftsfähigen Wohnformen für alte Menschen mit Behinderung.

IV. Solidarische Ökonomie

Kann nun die Akademie in Hofgeismar das Projekt einer Solidarischen Ökonomie zumindest für Nordhessen unterstützen? Hier möchte ich die Frage nach Forum oder Faktor an den Anfang stellen. Schon ein Forum kann ja eine wichtige Rolle spielen, wenn es „Dritter Ort“ ist für kontroverse Themen. Das ist im Kulturressort bei Tagungen zum Thema Brüder Grimm der Fall oder in der Politik beim Thema Flughafen Calden. Hier ist regelmäßig wichtig, ob die wichtigen Akteure der Einladung der Akademie folgen.

Vielleicht kann die Akademie sich bei unserem Thema aber auch ein Stück weit als Faktor einbringen. Die Regionalentwicklung ist Anliegen der Direktorin, wie sie am 8. November des letzten Jahres in einem HNA-Interview erklärt hat aus Anlass des 60-jährigen Bestehens unseres Hauses. Schließlich ist unser Gewicht hier stärker als auf Bundes- oder gar internationaler Ebene.

Einige Projekte mit Regionalbezug seien nach den eben aufgezählten Resorts aufgeschlüsselt:

- Politik: Mobilität, Naturschutz, Tourismus – Konzepte für die Nationalparkregion Kellerwald-Edersee;
- Kultur: documenta;
- Pädagogik: Schülertagungen mit Schulen aus Hofgeismar / Kassel / Nordhessen;
- Biowissenschaften: Selbstbestimmt Wohnen im Alter;
- Regionalentwicklung: demografischer Wandel (Tagungsreihe).

Gründe für ein Engagement von Akademie im Kontext Solidarische Ökonomie sind aus meiner Sicht:

1. Ein ideelles Element, denn auch Gegenentwürfe haben ihren Platz an der Akademie;
2. Der Regionalentwicklungsaspekt. Nordhessen ist nach einer Lesart strukturschwach, hat aber etwa im Bereich Tourismus viel zu bieten;
3. Kirche als Wirtschaftsfaktor in der Region. Spaßeshalber könnte man fragen, ob auch Kirche ein Unternehmen der Solidarischen Ökonomie ist. Die Kriterien von Günther Lorenz waren ja a) fremdnützige Ziele, b) Überwindung von Mängeln, c) keine privaten Gewinne und d) die ge-

meinschaftlichen Entscheidungen. Am letzten dürfte es in einer Hierarchie wie Kirche dann doch fehlen.

Eine Kooperation beim Projekt „Solidarische Ökonomie“ könnte so aussehen:

1. den Startschuss für den Landkreis Kassel hat es schon gegeben, nämlich am 1. November 2007;
2. die Kartierung für Nordhessen ist für Sommer diesen Jahres angekündigt, und auch die ließe sich bei uns vorstellen;

für andere Regionen könnte man versuchen, andere Akademien mit Interesse an dieser Art Regionalentwicklung zu finden. Da kann ich gerne Kontakte vermitteln.

Selbstverwaltung - Theorie und Praxis

Jacqueline Bernardi

Unter Selbstverwaltung wird die Geschäftsführung eines Betriebes durch die Gesamtheit der Arbeiter verstanden. Damit ist nicht allein der Fakt gemeint, dass die Arbeiter Eigentümer des Unternehmens sind und diese das Recht haben, auf Versammlungen ihre Stimme abzugeben. Unabdingbar dazu gehören Informationen und der Zugang dazu, um eine Entscheidung treffen zu können. Ebenso müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter die anstehenden Entscheidungen verstehen. Von Selbstverwaltung zu sprechen bedeutet daher zunächst, die Entwicklung der Fähigkeiten zur Selbstverwaltung zu fördern.

Ein anderer Aspekt betrifft die Hierarchie, die in einem selbstverwalteten Betrieb nicht existiert. Die Verantwortlichkeiten sind gemäß der Ausbildung und Kompetenz eines jeden Mitglieds verteilt. In einigen Fällen haben Arbeiterinnen und Arbeiter ein rotierendes System eingeführt. Unabhängig von der angewandten Form ist es notwendig, dass in allen Aktionen und in den von den Arbeiterinnen und Arbeitern getroffenen Entscheidungen Transparenz herrscht. Von daher spielt die Form, in der die Entscheidungen getroffen werden, eine fundamentale Rolle, um Selbstverwaltung zu garantieren. Selbstverwaltung bedeutet andererseits nicht, dass es keine Konflikte gäbe. Im Unterschied zum Autoritarismus eines kapitalistisch geführten Unternehmens werden sie jedoch nicht versteckt, sondern verfügen über einen Raum, in dem sie besprochen und bearbeitet werden können. Paul Singer führt dazu aus:

„Die Selbstverwaltung eines solidarisch geführten Betriebs ist – oder sollte sein – völlig verschieden von der kapitalistischen Geschäftsführung. In erster Linie dürften Konflikte aufgrund sektorialer Interessen deutlich geringer ausfallen. Zum zweiten können sie offen angesprochen und durch Verhandlungen an denen alle teilnehmen gelöst werden. In einem solidarisch geführten Betrieb sind den Interessenten alle relevanten Informationen verfügbar. Buchführung und andere Kontrollsysteme sind schriftlich fixiert, damit Transparenz herrscht, und die Beteiligung aller an den Entscheidungen möglich ist. Da die Entscheidungen kollektiv fallen, kann die Erfahrung aller Mitglieder einfließen. Dies ist immer deutlich besser als nur die Erfahrung einer Spitze, in der in einem kapitalistisch geführten Betrieb die Entscheidungsmacht konzentriert ist. Daher sind die kollektiven Entscheidungen in solidarisch geführten Betrieben tendenziell sicherer im Vergleich zu den kapitalistischen. Dieser Vorteil hat allerdings seinen Preis: kollektiv zu entscheiden benötigt mehr Zeit,

damit allen – oder zumindest allen Interessierten – die Möglichkeit offen steht, sich zu äußern. Entscheidungen mit großer Reichweite nehmen diesen Preis auf sich, andere, die schnell gefällt werden müssen, nicht.“ (Singer; 2000:20)¹

Durch die Konzentration des Besitzes und die Reduktion der menschlichen Arbeit auf eine untergeordnete Funktion verhindert die kapitalistische Produktionsweise, dass der Arbeiter seinen Reichtum an Kompetenz einbringt. Arbeit ist auf Beschäftigung reduziert, die Individuen sind nur Angestellte, d.h. abhängige und entfremdete Subjekte. Als Folge verliert die große Mehrheit von Männern und Frauen die Kontrolle über ihr Leben, die notwendigen Mittel zum Arbeiten werden ihnen ‚enteignet‘ und auf den kapitalistischen Unternehmer sowie den unternehmerischen Staat übertragen. Durch die Praxis der Selbstverwaltung brechen die Arbeiterinnen und Arbeiter mit dieser Dichotomie Arbeit-Kapital, d.h. sie üben wieder die Entscheidungsmacht über ihre Arbeit aus. Mit der Aneignung des (Arbeits-)Prozesses, der Strategien zur Produktion sowie der Vermarktung durch die Arbeiterinnen und Arbeiter erweitert die Selbstverwaltung die Demokratie in dem Maße, wie diese direkt mit anderen Akteuren und sozialen Institutionen agiert.

Die kapitalistische Produktionsweise ist noch immer dominant, und die selbstverwalteten Betriebe agieren in dieser Wirklichkeit. Über die Selbstverwaltung beginnen die Arbeiterinnen und Arbeiter jedoch, den Wert ihrer Arbeit, ihrer Ideen, ihrer Kompetenz wieder wahrzunehmen. Mittels der Selbstverwaltung findet die „Aufhebung der Entfremdung von der Arbeit“ statt. Paulo Freire stellt dazu fest:

„Der Kampf um Humanisierung, für freie Arbeit, für die Aufhebung der Entfremdung, für die Bejahung des Menschen als Person, hätte nur auf sich allein bezogen wenig Sinn. Die Humanisierung ist möglich, weil die Entmenschlichung kein vorgegebenes Schicksal ist, sondern Ergebnis einer ungerechten Ordnung. Sie gebiert die Gewalt der Unterdrücker; und das ist noch das Wenigste.“ (Freire; 1987:30)²

Selbstverwaltung beinhaltet ebenfalls die Diskussion zur Geschlechtergerechtigkeit. Die Entfremdung der Arbeiterinnen löst im Betrieb und außerhalb des Betriebes einen anderen Blick auf die Arbeitsteilung, auf jedermanns Bedürfnisse aus. Fragen zur Familie, zu den Kindern, den häuslichen Verpflichtungen, der Schule u. a. sind im Alltag der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie konsequenterweise in den getroffenen Entscheidungen präsent. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind im Betrieb nicht nur Arbeitswerkzeuge, sondern Individuen,

¹ Singer, Paul. (2000) A Economia Solidária no Brasil: a Autogestão como Resposta ao Desemprego. Contexto: São Paulo. S.20.

² Freire, Paulo (1987). Pedagogia do Oprimido, 17 edição. Rio de Janeiro: Paz e Terra.

die außer den schon genannten Punkten eine subjektive Dimension einbringen, zusammengesetzt aus Empfindungen, Gefühlen und Leitbilder für das Gemeinsame. All diese Aspekte sind vorhanden, wenn von Selbstverwaltung die Rede ist, und sie benötigen einen Raum zum Nachdenken. Demokratisierung der Gesellschaft ist also der Weg von den „Toren, die offen sind“ zum Umsetzen der zum „guten Leben“ gewendeten Ökonomie.

Bildung bildet die Grundlage zur Errichtung einer kooperativen Ethik. Bildung wird verstanden als eine auf Selbstverwaltung und humaner Entwicklung ausgerichtete Praxis; so zum Beispiel wie etwa im Umgang mit Konflikten.

Bildung schließt die Entwicklung des kritischen Bewusstseins mit ein, das die Befreiung (Aufhebung der Entfremdung) von Männern und Frauen aus ihrer Lage als Beherrschten bewirkt. Paulo Freire führt dazu aus:

„Erst wenn die Unterdrückten, in aller Schärfe, den Unterdrücker entdecken und sich für den organisierten Kampf zu ihrer Befreiung engagieren, beginnen sie an sich zu glauben und so ihre ‚Duldung‘ des unterdrückerischen Regimes zu überwinden. Diese Entdeckung kann allein auf der intellektuellen Ebene nicht vollständig sein sondern bedarf der Aktion, die uns grundlegend scheint, wenngleich sie sich nicht im reinen Aktivismus erschöpft, sondern an das ernsthafte Bemühen des Nachdenkens geknüpft ist, damit Praxis entsteht.“ (Freire; 1987:29)³

Die solidarische Ökonomie geht vom Prinzip aus, dass das Wesentliche in der Organisation der Gesellschaft der Mensch ist. Dazu bedarf es der erneuten Definition der ökonomischen, sozialen, emotionalen und Produktions-Beziehungen. Die Bildung in solidarischer Ökonomie betont den Dialog mit dem Arbeiter, um den Inhalt des Bildungsprozesses auf die Lebensumstände der Arbeiter hinzuführen. Es muss eine Brücke zwischen der besonderen Situation des Arbeiters und des Betriebes oder der Unternehmung gebaut werden, in der er eingefügt ist.

„Eine historische Auseinandersetzung mit den Fakten und Situationen, wie sie sich heute im Leben des Arbeiters zeigen, könnte ein wichtiger methodologischer Lehrgang sein, damit er begreifen kann, warum er gegenüber dieser Wirklichkeit agieren muss. Die Erkenntnis, dass das hergestellte Objekt nicht nur ein Produkt, und dass auch der Arbeiter ein Produkt einer langen Geschichte der Unterdrückung ist, kann dabei helfen, darüber nachzudenken und so zu handeln, dass dieser Stand der Dinge verändert wird. In diesem Sinn kann Bildung emanzipatorisch

³ Paulo Freire. (1987) *Pedagogia do Oprimido*. 17ª edição. Rio de Janeiro:Paz e Terra.

sein, den Arbeiter von Beginn an davon zu befreien, die Wirklichkeit mit dem Blick der Unterdrückten zu denken und zu sehen. Die solidarische Ökonomie ist ein vor ein pädagogischer Weg zur autonomen Aktion der Arbeiter.“ (ANTEAG; 2005:22)⁴.

Die ANTEAG – „Nationalen Vereinigung der ArbeiterInnen in selbstverwalteten Betrieben“ – ist einer der wichtigsten Akteure beim Aufbau einer solidarischen Ökonomie in Brasilien, sowohl in der Praxis als auch in der theoretischen Formulierung. In den 90er Jahren begann in Brasilien eine neue Phase der Eingliederung in die Weltwirtschaft. Das Land öffnete sich wirtschaftlich, die Finanzen gerieten in Unordnung, die Auslandverschuldung stieg, ebenso die Abhängigkeit von Finanzeinlagen. Zugleich änderte sich die Rolle des Staates, alle Ausgaben wurden rationalisiert und dezentralisiert, öffentliche Unternehmen privatisiert. Infolge dieser Politik kam es zu massenhaften Konkursen der brasilianischen Industrie, die der Konkurrenz ausländischer Produkte nicht mehr gewachsen war, sowie zu steigender Arbeitslosigkeit. 20 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung sind aktuell arbeitslos, 50 Millionen Menschen leben von der informellen Wirtschaft.

In diesem Zusammenhang entstand die ANTEAG. Initialzündend war die Erfahrung in Franca/São Paulo 1991, als dort eine Schuhfabrik pleite ging. In einer mutigen und kreativen Aktion bemächtigten sich die ArbeiterInnen, unterstützt von der zuständigen Gewerkschaft, der Fabrik, nahmen die Produktion wieder auf und erhielten 450 Arbeitsplätze in Eigenregie. Offiziell wurde die ANTEAG dann im Mai 1994 gegründet, auf dem Ersten Nationalen Kongress der ArbeiterInnen in selbstverwalteten Betrieben, als nichtstaatlicher Zusammenschluss von Kooperativen und Genossenschaften.

Die ANTEAG wurde jedoch nicht nur gegründet, um die ArbeiterInnen bei der Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und damit bei der Wiedereingliederung ins kapitalistische System zu unterstützen, sondern auch, um die neuen solidarischen Betriebe zu beraten.

Der Ursprung der selbstverwalteten Betriebe und der ANTEAG liegt in der Fähigkeit der ArbeiterInnen, auf die im Kapitalismus zwangsläufigen Ausschlussprozesse zu reagieren. Die von der Arbeitslosigkeit betroffenen ArbeiterInnen müssen die Konsequenzen tragen und können kaum andere Arbeitsplätze finden. Angesichts dieser Situation haben sie sich dazu entschieden, die Unternehmen als Hauptgläubiger der gescheiterten Arbeitgeber zu übernehmen. Seit Mitte der 90er Jahre sind immer mehr Produktionskooperativen aus kapitalistischen Unternehmen entstanden, die entweder schon zusammengebrochen oder auf dem besten Weg dazu waren.

ANTEAG hat bisher mit über 700 vom Konkurs bedrohten Unternehmen zusammengearbeitet und sie dabei beraten, neue Organisationsformen zu entwi-

⁴ ANTEAG.(2005). Autogestão Economia Solidária. Uma nova Metodologia. 2 volume. Publicado pelo Ministério do trabalho e emprego e Secretária da Economia Solidária.

ckeln, die auf den Prinzipien von Autonomie und Demokratie beruhen. Das bedeutet für die ArbeiterInnen eine enorme Umstellung, denn sie haben keinerlei Erfahrung mit Selbstverwaltung. Für die ANTEAG bedeutet Selbstverwaltung Eigenverantwortung und die Fähigkeit, das Unternehmen kollektiv zu führen. Außerdem müssen Zugang zu Informationen und demokratische Entscheidungsprozesse garantiert sein. Demokratie bedeutet nicht nur Wahlen oder repräsentative Demokratie, sondern vor allem Teilhabe an der Macht und Kontrolle über die Vorgänge im Betrieb.

Die ANTEAG arbeitet mit Unternehmen, die in unterschiedlichen Branchen aktiv sind, z. B. Textilien, Agrarindustrie, Lebensmittel, Leder, Schuhindustrie, metallverarbeitender Sektor, Bergbau, Dienstleistungen, Mode, Kunststoff, Keramik, Möbel, Papier und Pappe, Glasherstellung, Farbe und Gummi. Es gibt ein nationales Büro und fünf Regionalbüros.

Die Schulungsmethoden zur Selbstverwaltung sind aus einer zehnjährigen Praxis mit den Arbeiterkollektiven entstanden. Es geht darum, ein Klima der Kooperation und Partizipation zu schaffen und die persönliche Entwicklung jedes und jeder Einzelnen zu fördern. Die Schulung in solidarischer Ökonomie bedeutet also den Dialog mit jedem Arbeiter/ jeder Arbeiterin zu führen, damit in den Gesamtprozess die Erfahrungen und Wünsche jedes und jeder Einzelnen eingebracht werden. Die Erkenntnisse aus diesem Prozess werden nicht sofort Sinn ergeben oder das Werkzeug sein, um die anstehenden Probleme zu lösen. Das ist nur dann möglich, wenn der Ausbilder/ die Ausbilderin in solidarischer Ökonomie die Thematik zusammen mit dem Arbeiter oder der Arbeiterin erarbeitet und ausgehend von konkreten Situationen und Problemen, den Blick auf universelle und abstrakte Problematiken der gesamten Gesellschaft lenkt. Die Schulung in Selbstverwaltung geht also über die Schulung für konkrete Aufgaben hinaus. Nach den Prinzipien der Selbstverwaltung sind alle ArbeiterInnen für das Unternehmen verantwortlich. Deshalb brauchen sie auch eine organisatorisch-strategische Vision ihres Betriebes, des Marktes, in den sie eingebunden sind, und ihrer politischen Situation. Die ANTEAG formuliert es so: *„Für einige ist die Selbstverwaltung ein Überlebensprojekt. Für uns ist es ein gesellschaftliches Projekt für alle Lebensbereiche.“*

Die ANTEAG bietet Beratung in vielen Bereichen an bei der Unternehmensgründung – was auch ein Machbarkeitsstudie einschließt –, bei Schulungen in Selbstverwaltung, Ausbildung in Unternehmensführung, Unterstützung bei der Geldbeschaffung, technische und politische Kurse, konkrete Beratung bei politischen, unternehmerischen, Wissens-, Umwelt- und sozialen Fragen, Kurse in Finanzangelegenheiten, Hilfe bei der Erstellung und Durchführung von Finanzierungsplänen, Werbung und Marketing (einschließlich der Erstellung von Materialien, Websites usw.), juristischen Beistand z.B. gegen unlauteren Wettbewerb.

Die ANTEAG fördert auch den Austausch zwischen den ArbeiterInnen der verschiedenen Unternehmen und Regionen. Dafür wurden Gesellschaften mit

selbstverwalteten Betrieben gegründet, die in Theorie und Praxis mit den Prinzipien der solidarischen Ökonomie übereinstimmen. Um Mitglied zu werden, müssen Schulungen in Selbstverwaltung und solidarischer Ökonomie absolviert worden sein und die Betriebe müssen sich kollektiv an dem Aufbau des Brasilianischen Forums für solidarische Ökonomie beteiligen. Das Forum wurde 2003 auf dem 3. Nationalen Plenum für solidarische Ökonomie gegründet. Außer dem Nationalen Forum gibt es Foren in fast allen Bundesstaaten und vielen Gemeindebezirken.

Um die Geschäfte der selbstverwalteten Betriebe zu unterstützen, hat die ANTEAG ein Selbstverwaltungsnetz (vgl. www.redesolidaria.com.br) gegründet, um die Produkte der selbstverwalteten Betriebe und der solidarischen Ökonomie bekannt zu machen und besser zu vermarkten. Die solidarische Ökonomie hat zwar eine andere Beziehung zum Markt, aber ihre Betriebe produzieren in einem Markt, der überwiegend nach kapitalistischen Regeln funktioniert. Die selbstverwalteten Betriebe stehen genauso im Wettbewerb wie die anderen, und da sie nicht dieselben Methoden anwenden, um wettbewerbsfähig zu sein (Löhne drücken, ArbeiterInnen entlassen oder Investitionen in Spitzentechnologie), müssen sie kreativ und innovativ sein, um ihren Platz auf dem Markt zu erobern. Eine Strategie besteht darin, die KonsumentInnen über den „Mehrwert“ der Produkte der solidarischen Ökonomie zu informieren. Solidarische Unternehmen übernehmen Verantwortung für die Gesundheit der ProduzentInnen und für die Umwelt, sie respektieren die Menschenrechte und sie beuten die ArbeiterInnen nicht aus. Das gibt den Produkten einen zusätzlichen Wert.

Eine andere politische und ökonomische Strategie ist die Vernetzung von Produktion und Konsum. Die Organisation innerhalb der Branchen und/ oder Gemeinden und Regionen kann eine bessere ökonomische Absicherung bedeuten. Es gibt verschiedene Netzwerke der solidarischen Ökonomie, aber sie sind bisher noch schwach, ebenso die Informationen über solidarische Ökonomie auf nationaler Ebene. Manche Netze und Firmen verbreiten ihre Produkte über das Internet. Eine Aufgabe für die Zukunft besteht darin, ein nationales internationales Netz für die Produkte der solidarischen Ökonomie zu schaffen, damit tatsächlich ein solidarischer Markt entstehen kann.

Die Finanzierung der ANTEAG war immer ein neuralgischer Punkt. Die ersten zehn Jahre konnte ANTEAG aufgrund staatlicher Projekte existieren (70 %), aufgrund internationaler Hilfe, vor allem aus den Niederlanden (25 %), und den Abgaben der ArbeiterInnen selber, die Mitglieder von ANTEAG sind (5 %). Es hat keine Finanzierungspläne für selbstverwaltete Betriebe gegeben. Die BNDES (Nationalbank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung) hat im Januar 2006 in der Abteilung solidarische Ökonomie eine Kreditlinie für nach Insolvenz von den Arbeitern wieder in Gang gesetzte und selbstverwaltete Betriebe eingerichtet. Die BNDES erkennt die Arbeit der ANTEAG an und betrachtet sie als wichtigen Partner in diesem Projekt. Das bedeutete u. a. Treffen mit durch die ANTEAG vertretenen Unternehmen, um die Details dieser Kreditlinie festzulegen. Eine weitere Neuheit ist es, dass die Bank das unbewegliche Inven-

tar der besetzen Unternehmen (Maschinen und Ausrüstung) als Garantie für die Kredite anerkennt. Die BNDES nimmt für diese Art Kredite zwischen 0,5 und 2,2 Prozent Zinsen pro Jahr.

Außer der Unterstützung der ArbeiterInnen hat die ANTEAG auch die Aufgabe übernommen, den öffentlichen Sektor von der Bedeutung der Selbstverwaltung zu überzeugen: Sie hat in den letzten Jahren Arbeitsplätze geschaffen und tausende von Arbeitsplätzen erhalten. Ziel ist es, den Staat dazu zu bringen, die Selbstverwaltung durch Politik und Gesetzgebung zu fördern. Der Staat hat begonnen, eine wichtige Rolle dabei zu spielen, dass die Bedingungen für die Selbstorganisation geschaffen werden. In diesem Sinne hat der Staat im Juni 2003 ein nationales Sekretariat für solidarische Ökonomie (SENAES) geschaffen, das u. a. die Aufgabe hat, Informationen zu sammeln und eine Datenbank über solidarische Ökonomie in Brasilien einzurichten. Diese Aufgabe wurde bereits in Angriff genommen und am 20 März 2006 hat das Arbeitsministerium ein Dekret erlassen, mit dem die SIES, das nationale Informationssystem für solidarische Ökonomie, geschaffen wurde. Hier werden Informationen über solidarische Unternehmen und die Einrichtungen gesammelt, die die solidarische Ökonomie unterstützen, beraten oder finanzieren. Bis Ende 2005 wurden hier bereits 14.954 solidarische Unternehmen registriert, in denen 1,5 Millionen Menschen arbeiten, in insgesamt 2.274 Gemeindebezirken, das sind 41 Prozent aller Bezirke. Heute sind es über 20.000 Betriebe mit über 2 Mio. Personen.

Die ANTEAG ist weiterhin Mitglied des Nationalen Rates für solidarische Ökonomie. Der Nationale Rat wurde von der SENAES nach langen Diskussionen mit dem Forum für solidarische Ökonomie ins Leben gerufen, um die Regierung bei der Politik zur solidarischen Ökonomie zu beraten. Er besteht aus 50 RepräsentantInnen: Zu je einem Drittel von solidarischen Unternehmen, von Ministerien und öffentlichen Banken sowie von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen.

Ein weiterer Punkt, an dem die ANTEAG mit staatlichen Stellen zusammenarbeitet, ist die Umsetzung des Nationalen Weiterbildungsplanes (PNQ) durch eine Vereinbarung mit dem Arbeitsministerium. Die Bundesregierung lud die ANTEAG ein, die neuen Richtlinien für die Schaffung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der solidarischen Ökonomie zu überprüfen und Methoden zu entwickeln, um Arbeiterinnen zu schulen. Die vorige Regierung hatte bereits einen nationalen Qualifizierungsplan entwickelt, der zusammen mit der neuen Regierung überarbeitet wurde. Früher waren die angebotenen Kurse von kurzer Dauer und auf die schnelle Vermittlung spezieller Tätigkeiten ausgerichtet. Diese Kurse waren von geringer sozialer und wirtschaftlicher Effektivität. 2003 wurde die ANTEAG gebeten, ein Pilotprojekt mit den neuen Kursen zu starten, das bisher in 14 Bundesstaaten durchgeführt wurde. Das Projekt geht bis 2007 und zeigt bereits gute Ergebnisse. Eine Frage taucht in allen Diskussionen über solidarische Ökonomie auf: Welche Rolle kann sie in einem kapitalistischen System spielen? Der Kapitalismus hat sich im Laufe der Geschichte an ver-

schiedene Gesellschaftsformen angepasst, vom sozialdemokratischen Staat, in dem die Wirtschaft in Privathand ist, aber der Staat die Verteilung des Sozialproduktes übernimmt, bis zum neoliberalen Staat, in dem Privatleute die Kontrolle und Verwaltung der Ressourcen und Güter übernehmen und der Staat nur im Sinne der Privatinteressen des großen Kapitals agiert. Kann die solidarische Ökonomie eine Alternative zur liberalen Wirtschaft sein oder ist (wird) sie nur eine der Anpassungen des Kapitalismus? Es ist noch nicht entschieden, ob die solidarische Ökonomie den Kapitalismus mit einem alternativen Produktions- und Konsumptionsmodell überwinden kann. Aber sie wächst und hat eine Dimension erreicht, die zur Entwicklung einer „neuen“ Rationalität in der Ökonomie geführt hat. Das Konzept des ökonomischen Wachstums wird in Richtung qualitativen Wachstums umgelenkt, denn das ökonomische Wachstum stößt an seine Grenzen. Um aber eine Alternative zum Kapitalismus zu werden, braucht es eine kulturelle, politische und soziale Veränderung des heute vorherrschenden Entwicklungsmodells. Es gibt viele Fortschritte bei der Entwicklung der solidarischen Ökonomie in Brasilien, vor allem bei der persönlichen Entwicklung und durch die Anerkennung des Staates. Aber es ist noch ein langer Weg, bis sich die solidarische Ökonomie wirklich als ein alternatives Produktionsmodell konstituiert. Unter den vielen Herausforderungen und Grenzen seien hier nur einige genannt: Wir brauchen eine eigene Arbeitsgesetzgebung in der solidarischen Ökonomie. Im Moment gibt es eine Gesetzeslücke, wo die solidarische Ethik und unlauterer Wettbewerb schwimmen. Es werden falsche Kooperativen gegründet, um die ArbeiterInnenrechte auszuhebeln.

Ein anderer Punkt ist eine angemessene Finanzierung der solidarischen Ökonomie. Das traditionelle Bankensystem berücksichtigt die ethischen Prinzipien der solidarischen Ökonomie nicht. Wir brauchen eine eigene nationale Finanzierungslinie, die Kredite nach anderen Richtlinien vergibt. Es muss ein solidarisches Netzwerk entstehen, in dem nicht nur eine alternative Finanzierung und inhaltliche Schulungen angeboten, sondern auch die technologischen Entwicklungen und neuen Techniken der solidarischen Ökonomie verbreitet werden. Die neuen ethischen Paradigmen der solidarischen Ökonomie müssen auch in die staatliche Industrie- und Außenhandelspolitik einfließen. Außerdem muss die Erziehung zu Kooperation und Solidarität ein integraler Bestandteil in den Schulen und der Erwachsenenbildung werden. Die Konsumkultur und die Abhängigkeit vom Staat, von den herrschenden technischen Leitbildern und den Finanzmärkten müssen überwunden werden.

Angesichts derartiger Herausforderungen könnte man zu dem Schluss kommen, dass die solidarische Ökonomie in Neoliberalismus untergehen wird. Aber die Bewegung der solidarischen Ökonomie wächst von unten nach oben, sie entsteht langsam durch diejenigen Männer und Frauen, die das aktuelle System ausschließt und enttäuscht. Mit ihrem Wissen und ihrer ökonomischen Praxis schaffen sie eine Alternative. Der Staat, die Gewerkschaften, die Universitäten, die Kirche und andere Institutionen spielen eine sehr wichtige Rolle in diesem Prozess. Es gibt jedoch kein fertiges Modell der solidarischen Ökonomie. Die

theoretische und praktische Konstruktion einer neuen wirtschaftlichen Rationalität wird kollektiv durch alle Beteiligten an diesem Prozess durchgeführt. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen der aktuellen Bewegung für solidarische Ökonomie und den anderen historischen Versuchen, dem Kapitalismus etwas entgegen zu setzen.

Lernprozesse in Argentinien am Beispiel rückeroberter Betriebe

Viviana Uriona

Ocupar, resistir y producir (Besetzen, Aushalten und Produzieren) sind die wesentlichen Merkmale der *Rückeroberter Betriebe*. Darüber hinaus war schon zur Anfangszeit beinhaltet, dass diese Betriebe eine Verantwortung innerhalb der Gesellschaft übernehmen wollten und sollten. Schon früh wurde den ArbeiterInnen jeden Betriebes klar, dass jeder „Erfolg“ auch nur durch die Unterstützung der Gesellschaft und der nächsten Umgebung, der Nachbarschaft, des Viertels usw. möglich ist.

Fábricas sin patrón / control obrero

Bis jetzt sind durch die MNER¹ folgende Zahlen Rückeroberter Betriebe bekannt.

➤ Metallbearbeitung:	60
➤ Ernährung:	45
➤ Eisenhüttenbetriebe:	15
➤ Graphik:	8
➤ Zeitungen:	4
➤ Hotels:	3
➤ Holzbearbeitung:	2
➤ Öffentlicher Verkehr:	6
➤ Logistik und Distribution:	3
➤ Gesundheit:	3
➤ Textil- und Schuhproduktion:	6
➤ Bildung:	1
➤ Andere Sektoren:	24
GESAMT	180

Obwohl in dieser Tabelle zu sehen ist, dass die Mehrheit der Rückeroberter Betriebe aus der Metallindustrie zu registrieren ist, sind in der letzten Zeit viele

¹ MNER = Movimiento Nacional de Empresas Recuperadas Argentina – Nationale Bewegung der wieder in Gang gesetzten Betriebe in Argentinien.

Betriebe dazu gewonnen worden, die aus anderen Bereichen kommen wie Gesundheit, Ernährung, Gastronomie, etc.

Die Zahl der direkten Arbeiter betrug zum Ende des Jahres 2007 über 10.500 und die der indirekten über 7.500. Dies führte zu einem Wachstum im Jahr 2005 von 150 und im Jahr 2006 von 220 Millionen US\$, Tendenz steigend. Anders gesagt beinhaltet die Wertschöpfung dieser Betriebe 0,8% des Bruttoinlandsprodukts Argentiniens.

Interessant ist „Bildung“ als ein besonderer Bereich. Hier sind ganz konkrete Bildungseinrichtungen betroffen. Der Bereich Bildung ist eine der wichtigsten Säule der Rückeroberten Betriebe. Betrachten wir dies im Detail bei den folgenden Beispielen.

Zum Konkreten Fall: Chilavert

„Wir glauben in der Kooperative, dass in der Erziehung das grundlegende Element liegt, um das Land zu verändern und das Land zu erreichen, das wir uns alle wünschen. Deshalb haben wir einen gratis Bakkalaureus für alle, die lernen wollen. Wir bieten einen Raum an, wo Veranstaltungen sich entwickeln können und eine kostenlose Bibliothek.“ Schon in ihrer Selbstdarstellung sind die Ideale der ArbeiterInnen in Chilavert klar. Darüber hinaus führen sie ihre konkrete Arbeit im Bereich der Druckerei und des Verlages, wie es in der Vergangenheit schon war, weiter.

Eines ihrer Projekte mit langfristigen Ziel ist die Unterstützung der Weiterbildung von MitarbeiterInnen von Rückeroberten Betrieben und die Entwicklung eines Zentrums zur Dokumentation Rückeroberter Betriebe und selbstverwaltete Projekte bei der Arbeitskooperative „Chilavert Artes Gráficas Ltda.“ Dafür bekommen sie ehrenamtliche Unterstützung von Studierenden, ForscherInnen und ArbeiterInnen aus Argentinien und anderen Ländern und erhalten dadurch einen aktuellen Austausch über Grenzen hinweg.

„Universität und soziale Not“

Die Dozenten der Universität Buenos Aires aus dem Bereich Architektur, Kunst und Design, Juan Frid und Estela Marconi führen dieses Projekt. Dabei ist die Interaktion zwischen Studierenden und Bevölkerung von höchster Relevanz. Die drei zentralen Arbeitsbereiche sind bis jetzt: „Los Piletones“ von Margarita Barrientos, „El Aguanta Pibes“ von Alfredo Moffatt und „Missing children“ von Juan Carr.²

In dem Fall von „Los Piletones“ sind schon vorhanden: eine Bibliothek, ein Kindergarten und eine Volksküche. Seit dem Jahr 2005 sind noch ein Nähraum,

² Mehr dazu im Uriona, Viviana (2007): *Solidarische Ökonomie in Argentinien nach der Krise von 2001*. In *Entwicklungsperspektiven* 87, Kassel.

eine Tierarztpraxis, eine Sanitätseinrichtung und ein Altersheim gebaut worden, die auch noch zurzeit funktionieren.

Die konkrete Arbeit sieht so aus: die Studierenden und/oder ForscherInnen setzen sich mit dem Zustand der jeweiligen gesellschaftlichen Bereiche und den Notwendigkeiten der jeweiligen Gruppen auseinander und unterstützen diese mit ihrem Wissen bei der jeweiligen Entwicklung.

An dieser Stelle ist wichtig zu erwähnen, dass die Universitäten in Lateinamerika drei Ebenen haben: Lehre, Forschung und Extension (Außenwirkung). Diese Art von Projekten gehören in den Bereich der Extension.

Schließlich stellt sich die Frage, ob solche Projekte ein wichtiges Pendant zur Entwicklung politischer Vertreter und wirtschaftlicher Eliten bilden werden? Auf jeden Fall sind diese Projekte meiner Meinung nach ein wichtiger Ansatz, um überhaupt eine entwickelte und solidarische Gesellschaft zu bekommen.

Notizen zur Ideen- und Sozialgeschichte der Reformbewegungen

Ökonomisch leben – der Weg ins 3. Jahrtausend?

Klaus-Peter Lorenz

An den Anfang einer historischen Betrachtung, die uns an die Wende vom 19. ins 20. Jahrhundert führen soll¹, stelle ich einige Notizen aus Wilhelm Heitmeyers aktueller Studie *Deutsche Zustände*:

Der Druck ökonomischer Verhältnisse hat beachtliche Auswirkungen auf die Einstellung gegenüber anderen Menschen – nur wer was leistet zählt, lautet das Credo vieler der Befragten. Heitmeyer schlussfolgert: „Das Eindringen von Kalkülen der Marktwirtschaft in die Gesellschaft, die so zur Marktgesellschaft wird, zeigt sich in diesem Denken“². Eigentlich will man sich Arbeitslose in dieser Marktgesellschaft nicht mehr leisten. Wird sich das 21. Jahrhundert kennzeichnen durch den Umbruch von der Marktwirtschaft zur Marktgesellschaft?

Große Umbrüche und Entwurzelungen hatte sicher auch das 19. Jahrhundert für die Mitteleuropäer gebracht. Zwischen 1845 und 1858 steht neben der Bevölkerungsexplosion die große Auswanderungswelle von 1,5 Millionen Menschen – aus Deutschland. Die industrielle Entwicklung beschleunigt ihren Lauf und gestaltet das Leben der Menschen mit einer neuen Bedeutung von Zeit und Raum um. Der Börsenkrach 1873, eine Depression teilweise bis 1890, Preisverfall bäuerlicher Produkte, soziale Konflikte spitzen sich zu.

Die gesellschaftlichen Verortungen und Neuorientierungen zeigen dabei zwei grundverschiedene Ausrichtungen, die die Bewusstseinslagen der kommenden Jahrzehnte um die Jahrhundertwende bestimmten: Jugendlich gestimmte, aufwärtsgewandte, zukunftsfrohe Sinnstiftungen gegen rückwärtsgewandte Ausrichtungen auf die heil genannte vorindustrielle Zeit, vor Desorientierung und Abstiegsangst. Deren autoritären Kampfparole hallten wie: Ordnung! Eisen und Blut! Heinrich Manns Untertan lässt grüßen!

¹ Dem Vortrag liegen im Wesentlichen folgende Standardwerke zugrunde: Wolfgang R. Krabbe: *Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform. Strukturmerkmale einer sozialreformerischen Bewegung im Deutschland der Industrialisierungsperiode*. (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert, Band 9). Göttingen 1974.

Diethart Kerbs/Jürgen Reulecke (Hg.): *Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880- 1933*. Wuppertal 1998.

Klaus-Peter Lorenz: *Zeit-Genossen: Zur Sonne – zur Freiheit! Studien zum Umfeld der historischen Naturfreunde-Bewegung*. In: *Grüner Weg* 31. Zs. Für die Sozial- und Ideengeschichte der Umweltbewegungen. 13 (1999) 3, S. 24 – 42.

² Umgang mit „Anderen“ *Ökonomisch leben*. In: *Tagesspiegel*, Berlin, vom 14.12.2007.

Um die sozialen und politischen Gestaltungskräfte aufzuspüren, die uns heute weiterbringen, nehmen wir die erste Abzweigung mit dem Wegweiser, die „Neue Zeit“³:

Die Analyse der gesellschaftlichen Krisenerscheinungen „löste gleichzeitig auch Tatwillen und Reformbereitschaft aus“. Sie formte im „weiteren „Bewegungen, die sich in je spezifischer Weise auf die Reformierung des individuellen Lebens bzw. des Lebensstils der Menschen konzentrierten, die die „Veredelung“, „Emanzipation“ und „Höherentwicklung der Individuen anstrebten und Vereinigungen (...) zu diesem Zweck schaffen wollten.“ (ebenda) Diese Bewegungen traten durchaus an, um damit das „Volk“, die „Nation“, die „Volksgemeinschaft“ (...) am Fortschritt zum Besseren teilhaben zu lassen. (ebenda). Das Selbstverständnis dieser Reform-Bewegungen ließe sich sehr einfach mit der Formel vom „besseren Leben im hier und jetzt“ und der Hoffnung von der Ausstrahlung dieses modellhaften Tuns greifen. Ein Verständnis von Reform durch gemeinschaftliches Tun – weit vor der Zeit und entgegengesetzt dem Planen der Hartz-Experten-Reformen. Diesen historischen Reformbewegungen ging es vielmehr um Engagement und Teilhabe. Einem wichtigen Solisten im Konzert dieses Zeitgeistes des frühen 20. Jahrhunderts, Ludwig Klages (1872-1956), war diese Gegensätzlichkeit klar bewusst, er sprach von jenen „wetterfesten Phrasen“ der „Fortschrittler“, die alternativem Denken nur die Notwendigkeiten wirtschaftlicher Entwicklung, die Erfordernisse des „Nutzens“ und die unvermeidlichen Kosten des technischen Fortschritts entgegenhalten.⁴ Dabei laufe der so genannte Fortschritt auf Zerstörung hinaus, er mache die Lebewesen zur „bloßen Ware“ „rationeller“ Ausbeutung. Klages hoffte auf die Jungen, die noch zu einer „inneren Lebenswende“ fähig seien.⁵

Sehen wir uns diese gesellschaftlichen Neubaupläne genauer an. Das Baugebiet liegt auf der einen Seite zwischen restaurativen oder reaktionären Zäunen zur Absicherung des *status quo* oder der Rückkehr zu den guten alten Zeiten. Dem gegenüber der revolutionäre Hochbau, der die rechtliche und institutionelle gesellschaftliche Fundierung beseitigen respektive ersetzen will, um einen grundlegenden Neuanfang zu schaffen. Dazwischen lässt sich ein Dritter Weg suchen, der sich als evolutionärer Prozess versteht, dem wir jetzt folgen wollen.⁶

Bodenreformbewegungen

Die Bodenreformbewegungen in Europa und Nordamerika legten im 19. und frühen 20. Jahrhundert nicht nur für den genossenschaftlichen Wohnungsbau,

³ Kerbs/Reulecke, S. 11f.

⁴ Zit. n. ebenda, S. 13.

⁵ Ebd.

⁶ Nach Kerbs/Reulecke, S. 15 f.

sondern auch für die Gartenstadt-Bewegung wesentliche Grundlagen, sondern beeinflussten auch Produktassoziationen wie die Obstbausiedlung Eden und die israelischen Kibbuzgründungen. Als wichtige Vordenker seien Theodor Herzl und Franz Oppenheimer benannt (Siedlungsgenossenschaften). Rechtlich durchgesetzt wurden durch sie das Erbbaurecht und die Absicherung des genossenschaftlichen Eigentums an Häusern. Der Boden wurde in Gemeineigentum überführt, die Spekulation beendet, eine Grundrentensteuer eingeführt. Mit dem Artikel 155 der Weimarer Reichsverfassung wurden Enteignungen ermöglicht. 1888 entstand der Deutsche Bund für Bodenbesitzreform, der unter Adolf Damaschke als Bund deutscher Bodenreformer auf 100.000 Mitglieder anwuchs. Im Bild der Zeit sind als große Aufgaben auch der Bau von Kriegerheimstätten und Erwerbslosensiedlungen zu benennen; für Umsiedler aus dem verlorenen Westpreußen entstanden Gartenstadt-Siedlungen.

Gartenstadtbewegung

Diese deutsche Gartenstadt-Bewegung ist nicht nur ein antimoderner Reflex als „Flucht nach dem Lande“. In Dresden-Hellerau und Karlsruhe-Rüppur entstanden erste Gartenstädte nach 1906 – auf genossenschaftlicher Grundlage. Welche grundlegenden Ziele verfolgte der Vordenker Ebenezer Howard, 1898? Der grauen Stadt wurde der blühende Garten gegenübergestellt, womit einerseits der antimoderne Reflex gegen die Großstadt bedient wurde, wobei andererseits moderne Verkehrsmittel wie die S-Bahnen dieses Stadt-Ausgründungen gewissermaßen als Dividende der Moderne ermöglichten.

Die neuen Einfamilien-Häuser sollten Garanten für „Gesundheit, Erholung und Bildung“⁷ werden. Von „demokratisch strukturierten Aufbaugesellschaften auf genossenschaftlicher Basis errichtete Wohnungen“ (Gemeinbesitz an Grund und Boden) versprach man sich „ein kulturvolles, naturverbundenes Wohnen. Sämtliche öffentliche Einrichtungen, Schulen, Kirchen, Kindergärten und Krankenhäuser, sollten in höchstens 300m Entfernung erreicht werden können“!⁸ Der Kreislauf des Geldes sollte in einer wirtschaftlich autarken Gemeinde eingeschlossen bleiben.

Hellerau folgte als erste Mustersiedlung folgender Ausrichtung des von mir hoch geschätzten Architekten Hermann Muthesius: Sie sei das vollgültige Beispiel einer „mit künstlerischen Grundsätzen und bodenreformerischen Zielen bestückten Mustersiedlung auf deutschem Boden“, in der „die Bewohner der Siedlung zu Mitschaffenden, zu quasi Eigentümern“ gemacht und die ganze Siedlung „zu einer von dem Fabrikbetriebe unabhängigen Gemeinschaftsleistung“ gestaltet worden war. Vom Sozialen über das Politische bis hin zur Bewegung wurde ein ganzheitlicher Ansatz „gebaut“ – Tanz, Bewegung, Rhyth-

⁷ Kerbs/Reulecke, S. 290.

⁸ Kerbs/Reulecke, S. 291.

mus wurden hier gelehrt; die international anerkannten Möbelwerkstätten produzierten erfolgreich. Paul Claudel beschrieb diesen Ort als ein „laboratoire d’une humanité nouvelle“.⁹ Gartenstädte sind in einer eher zu unterschätzenden Vielzahl in Deutschland bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gebaut worden – nicht immer auf genossenschaftlicher Grundlage, wie etwa die sehr bekannte Margarethenhöhe (Krupp) in Essen.

Siedlungs-Bewegung

Siedlungs- und Kommunebewegungen können hier nicht historisch bis zu weit zurückliegenden Ursprüngen zurückverfolgt werden (Hutterische Brüder; Shaker). Auch die staatliche Siedlungsförderung blende ich aus, wie auch die Sozialutopien des 19. Jahrhunderts, die Literatur blieben – wie William Morris’ „News from nowhere“¹⁰

Im 20. Jahrhundert steht die bürgerliche, lebensreformerisch geprägte Siedlungsbewegung zum Großteil im Licht der bürgerlichen Jugendbewegung. Es geht um „Leben und Arbeit – Wirtschaften und Wohnen“, darum, „existenzielle, genossenschaftliche und ideelle Werte zu verbinden“. Der Hintergrund ist damit neben der sozialen Utopie ganz deutlich die soziale Notlage der zum Neuland Aufbrechenden: „Man erprobte ‚soziale Utopien‘, warf sein Weniges zusammen, arbeitete hart und orientierte sich am Genossenschaftsgeist, dem z. T. eine Art religiösen Sendungsbewusstseins anhaftete.“ Gustav Adolf Küppers skizzierte in seiner „Deutschen Siedlung“ 1933 wie folgt: „Die Verbindung der Siedler zueinander erstreckt sich über rein rechtliche Abmachungen hinaus bis ins Persönliche. Äußerstes Extrem der Gemeinschaftssiedlung ist die Sozialsiedlung, die Kommune: Besitz- und Arbeitsgemeinschaft (...).“¹¹

Wolfgang Krabbe stellte in seinen Studien Grundmotive der Siedlungs- und Kommunebewegung vor:

- Ablehnung des Privateigentums an Grund und Boden und kapitalistischen Gewinnstrebens, dem eine Gütergemeinschaft entgegen gesetzt wird.
- Streben nach einem utopischen Zustand von „Natürlichkeit, Wahrhaftigkeit und Echtheit“;
- Begründung von Lebensgemeinschaften.¹²

⁹ Zit. n. Kerbs/Reulecke, S. 296.

¹⁰ William Morris: News from Nowhere or an Epoch of Rest. Being some chapters of an utopian romance. 1891. Auf deutsch zuletzt: Kunde von Nirgendwo oder ein Zeitalter der Ruhe. Einige Kapitel aus einer utopischen Romanze. Deutsch von Carmen Janetzki. Berlin 1991.

¹¹ Kerbs/Reulecke, S. 296.

¹² Nach Kerbs/Reulecke, S. 232.

Das ist durchaus weiter interpretierbar: Gegen die Erfahrung der Entfremdung bei Verklärung historischer Bauhöfen und Künstlerkolonien.

Diese Siedler folgten zumeist einem charismatischen Führer und orientierten sich am gesamten, weitgespannten zeitgenössischen Erlösungsspektrum. Es gab christlich-religiöse wie antikonfessionelle Gründungen, anarchistische und sozialistische Gruppen, so wie lebensreformerische im engeren Sinne, also vegetarische und körpergesundende.

Die berühmte Hellauf-Siedlung Vogelhof war sowohl vegetarische, nacktkulturell und freiwirtschaftlich, als auch völkisch und germanisch-freigeistig orientiert.¹³ Nennen wir aus dem großen Spektrum einige wenige (und übergehen wir dabei die nahe liegende Deutsche Siedlungsgemeinschaft Haus Asel am Edersee): Die naturphilosophisch orientierten Landkommunen verdanken sich dem Vorangehen des Malers Karl Wilhelm Diefenbach in Höllkrieslesreuth bei München; dort lebte man die Gedankenwelt des Vegetarier-Papstes Eduard Baltzer. Privatbesitz und bürgerliche Ehe waren aufgehoben, Licht, Luft, Sonne, Nacktheit, und kosmisches Pathos verbanden sich zur Weihekunst und dem Sehnen nach sexueller Erlösung – ein Lichtgebet eben.

Eine bekannte Mustersiedlung war die lebensreformerisch-vegetarische Obstbaukolonie Eden als Projekt der Gründerzeit.¹⁴ 1893 als Zulieferbetrieb für die Berliner Vegetariarküchen entstanden, entwickelte sich Eden auf 500 Morgen – zu einer Gartenstadt! Diese Oase eines Dritten Weges wird als „Ökonomische Siedlung“ als bestes Beispiel für eine „Genossenschaftssiedlung“ gewertet – produktiv und dauerhaft. Die Geschichtsschreibung knüpft an diese Erfolgsgeschichte die bis heute kulthafte wahrgenommene Ideengeschichte des Monte Verita im Tessin an – von Wahrheitssuchenden gegründet.

Als Grundidee kein Kind des 20. Jahrhunderts sind die Frauenkommunen Schwarzerden und Loheland, die sich einem erzieherischen Auftrag als Bewegungsschulen verschrieben.

Künstlerisch, politisch, erzieherisch wirkend – das sind Postulate, die sicher auch dem Barkenhoff in Worpsswede zugeschrieben werden können.¹⁵ Heinrich Vogeler wollte durch „die gemeinsame Tätigkeit von Proletariat und Intelligenz die Klassentrennung und die Spaltung in Kopf- und Handarbeit überwinden (...)“¹⁶ Die Siedlung sollte die materielle Basis für die „Arbeitsschule“ sein, „durch die der neue produktive ‚kommunistische‘ Mensch erzogen werden“ sollte¹⁷: In der Schule sollten die Kinder (auch Waisenkinder!) „ganz in den wirtschaftlichen Prozess der Siedlung, in den realen Betrieb von Landwirtschaft

¹³ Ulrich Linse (Hrsg.): Zurück o Mensch zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890 – 1933. München 1983.

Ders: Ökopax und anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegung in Deutschland. München 1986.

¹⁴ Kerbs/Reulecke, S. 235.

¹⁵ Kerbs/Reulecke, S. 239.

¹⁶ Linse, Zurück o Mensch, S. 103.

¹⁷ Ebenda.

und Werkstätten, eingereicht werden und sich so spielerisch die lebensnotwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten aneignen“.¹⁸

Die wesentliche Kritik an der historischen Siedlungsbewegung – neben Misswirtschaft im Sinne von ökonomischem Unwissen – wurde 1933 auf den Punkt der „Unfähigkeit, sich in die gesellschaftliche Umgebung einzugliedern“ gebracht¹⁹ – dem stand das Sendungsbewusstsein und ein falsches elitäres, vielleicht eitles Denken dieser Avantgarde entgegen. Diese Einschätzung wird von Anne Feuchter-Schawelka in einem treffenden Bild gezeichnet: Man trug in der einen Hand die blaue Blume der Romantik – und in der anderen eine rote, braune oder grün-weiße Fahne. Auch eine Einschätzung als „Sozialaristokratie“ (Hans-Ulrich Helmer) steht im Raum. Und in manchem hatten sie wohl auch etwas vom Gottesreich auf Erden (Christoph Conti).²⁰

Das Naturfreunde-Häuserwerk als Beispiel des genossenschaftlichen Sozialtourismus

Die Naturfreunde sind eine 1895 in Wien gegründete, internationale und internationalistische Vereinigung für Freizeit, Tourismus und Kultur. Sie können gesehen werden als ein tragender Stein in der so genannten vierten Säule der demokratischen Arbeiterbewegung (Partei, Gewerkschaft, Genossenschaften, und hier: Arbeiter-Kulturbewegung). Sie schufen international ein Naturfreunde-Häuserwerk, das heute in Europa über 1.000 Standorte hat, zumeist im Eigentum ihrer Ortsgruppen oder eines angegliederten „Häuservereins“ oder „Häuserwerkes“. Erste Naturfreundehäuser wurden in Deutschland bereits vor dem Ersten Weltkrieg errichtet. Sie verstanden sich als „Beispiele der freudigen und opfervollen Solidarität, gegründet auf „Idealismus, Opfersinn, Gemeinschaftssinn“. Ihre wesentlichen Zwecke waren die stadtnahe Wochenenderholung, der Urlaub unter Gleichgesinnten, das Forum für eine demokratische Kulturarbeit.

Die Kasseler Naturfreunde, gegründet 1911, können durchaus als politischer Familien-Freizeit-Verein gesehen werden. In diesem Sinne setzt bereits 1912 eine Diskussion um ein „Heim“ im jungen Verein ein. Für die Freizeit unter IHresgleichen²¹, mit Weib und Kind – und damit im starken Gegensatz gegen die Art der Mitarbeit in Partei und Gewerkschaften – wollen sie sich ein „Werk der Gemeinschaft“ schaffen: Das Naturfreundehaus auf dem Steinberg bei Hann. Münden, für Unterkunft und Ferienaufenthalt, sowie als Freizeittreff-

¹⁸ Linse, Zurück o Mensch, S. 104.

¹⁹ Kerbs/Reulecke, S. 241.

²⁰ Vgl. Kerbs/Reulecke, S. 241.

²¹ Wulf Erdmann, Klaus-Peter Lorenz: Die grüne Lust der roten Touristen. Das fotografierte Leben des Arbeiters und Naturfreundes Paul Schminke. Hannover 1987, S. 37.

punkt²². Das eigene Grundstück wird in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg finanziert über einen genossenschaftlichen Baufonds mit Hüttenanteilscheinen – ein Haus fernab der Großstadt. Diese Pflicht-Anteilscheine müssen angesichts der miserablen Situation nach dem großen Krieg vielen Mitgliedern gestundet werden.

Jahrelang quälen sich die Mitglieder jetzt den Steinberg hinauf, nach langer Wanderung schieben sie von hand die Wagen mit Material zur Baustelle, schleppen sie Balken für den Dachstuhl.²³ Der eigentlich im Mittelpunkt stehende Vereinszweck des Wanderns kommt für Jahre zugunsten dieses „Eigen-Heimes“ fast zum Erliegen. Die Inflation erschwert die Umsetzung erheblich.

Doch das proletarische Gegenstück zur unerschwinglichen bürgerlichen Sommerfrische gelingt. Im Sommer 1923 kann es eingeweiht werden: „Keine moderne Villa für einen Reichen, kein Hotel für solche, die viel Geld ausgeben, um sich in Sommerfrischen zu langweilen, (...) nein, ein einfaches Haus für solche, die an der schönen freien Natur sich erfreuen, in der Stille der (...) Wälder Erholung suchen wollen. (...) Die Naturfreunde sind es, die sich da oben in harter und mühevoller Arbeit ein Heim geschaffen haben.“²⁴ Unverhohlen ist der Besitzerstolz: „Ein Werk der Kultur der Arbeiterklasse, das sichtbarer Ausdruck der großen Naturfreundebewegung sein sollte.“²⁵ „Auf den grünen Matten, im Schatten der Bäume, wollen sie das Erdenleid von sich abschütteln und neue Kräfte sammeln für den Kampf ums Dasein.“²⁶ Deutlich wird damit auch die Blickrichtung fort von grauer Städte Mauern!

Später wird der Gau Niederhessen-Südhanover unter Karl Eckerlins Führung ein Gauhaus auf dem Meißner bauen, der einen deutlicher kämpferischen Bedeutungszusammenhang herstellt, allerdings neun Jahre später, also 1932: „Was bis heute auch den am besten bemittelten Organisationen nicht gelungen ist, war zuerst uns Proletariern vergönnt, (...) weil unter uns Menschen zu finden sind, die aus innerem Pflichtgefühl heraus die egoistische Lebensauffassung des Spießers ablehnen, um an seine Stelle den Gedanken der Solidarität zu setzen. Stolz grüßt uns nun vom Hohen Meißner weit in unsere Heimat hinein das heiß erkämpfte und gemeinsame Werk.“²⁷

Ihren Zweck als Kristallisationspunkte regionaler Arbeiterkultur erfüllten sie im künstlerischen und bildenden Bereich mit Fotogruppen, Volkstanz, Bildungskursen, Chören, als Veranstaltungsort einer Arbeiterfestkultur, auch im Zusammenwirken mit der SPD, den Wassersportlern, Arbeitersängern und deren Jugendgruppen – auch im informellen Angebot eines Treffpunktes Gleich-

²² Wolf Erdmann, Klaus-Peter Lorenz: Baumeister der neuen Zeit – Das Naturfreunde-Häuserwerk entsteht. In: Jochen Zimmer: Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde-. Zur Geschichte eines alternativen Verbänden in der Arbeiterkulturbewegung, S. 141 – 183, hier: S. 143.

²³ Erdmann/Lorenz: Die grüne Lust, S. 37 f.

²⁴ Erdmann/Lorenz: Baumeister der neuen Zeit, S. 144.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Erdmann/Lorenz: Baumeister der neuen Zeit, S. 144.

²⁷ Erdmann/Lorenz: Die grüne Lust, S. 38.

gesinnter. Was auch wieder kritisch zu sehen wäre, denn damit verband sich die selbstgenügsame Bescheidung auf das eigene Milieu im Lagerdenken der historischen Arbeiterbewegung.

Kommen wir noch einmal auf den eingangs angesprochen Heitmeyer-Bericht zurück, der das weitergehende Ineins-Setzen von Effektivität im Wirtschaften mit der Werthaftigkeit des Individuums herausstellt. Besonders diese zuletzt vorgestellten historischen lokalen Beispiele von proletarischer Selbsthilfe und Solidarität waren wegweisend für eine „andere Welt“, deren Menschenbild sich nicht von Renditeerwartungen und daraus folgend der Einteilung in Verlierer und Sieger bestimmte. Auch sie waren Ausgebeutete, die sechs Tage der Woche die Gewinne von Henschel & Sohn mehrten. Allerdings waren sie beseelt vom Gedanken der Solidarität, der einen Gegenwert darstellte. Dass sie sich doppeldeutig auch stolz als „Henschelaner“ sehen konnten, hat dem nicht geschadet, es war Teil einer Selbst-Wertschätzung. Sie sahen und veränderten ihre Welt – und gingen einen anderen Weg als den der Verdrängung der zu Alten, zu gering Qualifizierten, nicht flexiblen, unmobilen und damit entwerteten Leben.

Bildungsprozess Selbstverwaltung

Sabine Conti

Ich habe schon mit fünfzehn selbstverwaltete Jugendhäuser besetzt, organisiert, gebaut, abgebrannt, wieder gebaut, viele Veranstaltungen organisiert; ich war politisch sehr aktiv. In Kassel habe ich Frauenarbeit gemacht, das Frauenzentrum gemanagt im Team – ich habe also immer in Gruppen gearbeitet. Ich bin sehr früh zur Selbstverwaltungsbewegung gestoßen, auch was die Betriebe betrifft. Ferner habe ich bei der Gründung der *Contraste*¹ mitgewirkt. Dort bin ich nicht mehr aktiv dabei.

In Kassel habe ich Architektur studiert, weil es das Projektstudium gab und ich jemand bin, der Praxis braucht. Das Projektstudium hat mir zugesagt. Es war damals an der GhK tatsächlich noch so, dass der Schwerpunkt unseres Studiums die Projekte selbst waren. Ich hatte dann als Thema meiner Diplomarbeit die Weiberwirtschaft in Berlin. Das ist eine große Frauengenossenschaft – von der vielleicht der Eine oder Andere schon mal gehört hat –, die ich mit initiiert habe. Dort hatte ich das erste Mal mit dem Thema Genossenschaften zu tun – jetzt gibt es ein Buch zum Thema „Frauenorganisation in Berlin“. Es war wichtig, dass jemand als Studentin sich hinsetzt und sich Zeit dafür nimmt. Wir haben uns eine alte Brauerei gesucht und anhand der Brauerei ein Nutzungskonzept entwickelt. So haben wir die Gruppe zusammen gekriegt: Man hatte dann einfach ein Bild, an dem man arbeiten konnte. Daraufhin gab es dann die ersten Gründungsversammlungen der Genossenschaft.

Nach dem Studium bin ich nach Frankfurt in die Krebsmühle gezogen, ein großes Projekt aus den Siebzigern, das im Grunde ohne Geld, eine riesige Brotfabrik gekauft hat. Dort wollte man mit arbeitslosen Jugendlichen arbeiten, immer mit sehr großem finanziellem Druck. Also im Grunde eine Überschuldung vom ersten Tag an; ein sehr schwieriges Projekt. Dort habe ich gewohnt; am Anfang mit 20 Leuten in einer Wohnung. Es gab ungefähr 40 Beschäftigte im Projekt. Der Laden war komplett überschuldet, jeden Tag kam der Gerichtsvollzieher. Ich war für die Finanzen zuständig, weil ich ein Faible für die Finanzen habe.

Am Ende der Woche hatte ich immer einen Haufen Kleingeld. Meine Aufgabe war das abzuzählen und zu verteilen, damit sich jeder etwas zu Essen kaufen konnte. Es waren harte Zeiten, wo ich viel lernen konnte. Ich war die Einzige in der Gruppe mit einem Hochschulabschluss; einer hatte Abitur, ganz wenige hatten überhaupt eine Ausbildung. Die Hälfte waren Migranten.

¹ *Contraste*, Die Monatszeitung für Selbstorganisation, Postfach 104520, 69035 Heidelberg, contraste@t-online.de (25. Jahrgang)

Hier gab es auch Verständnisprobleme: „Wir haben jetzt 650.000 € Schulden, wir brauchen im nächsten Monat 30.000 € Einnahmen. Die Bank hat uns jetzt ein Angebot gemacht...“ usw. Viele, die da mitgearbeitet haben, haben die Dimensionen gar nicht mehr verstanden und waren komplett überfordert.

Wir mussten dann viel umstrukturieren; sodass von uns alles anders durchorganisiert wurde und wir von der Selbstverwaltung „abgerückt“ sind. Ich habe dabei viele persönliche Erfahrungen gesammelt im Umgang mit größeren Gruppen sowie mit Finanzen und Organisation von Betrieben; d. h. mit dem harten Alltag. Die Mühen der Ebene. Irgendwann bin ich gegangen, denn ich hatte mich mit diesem Projekt auch persönlich richtig übernommen.

Ich zog wieder nach Kassel, zurück in meine Wahlheimat und habe hier zunächst ein Architekturbüro allein gemacht. Dann habe ich mit sechs Anderen die Genossenschaft Kaserna Urbana, eine Wohnungsbaugenossenschaft, gegründet und in der Marbachshöhe 83 Wohnungen für Genossen errichtet – damals mit dem Ziel, billigen Wohnraum zu schaffen.

Wir haben Eigentumswohnungen gebaut, weil es dafür die einzige vernünftige finanzielle Förderung gab (damals gab es noch die Eigenheimzulage). Wir haben es geschafft, dass in der Genossenschaft auch Arbeitslose eine Wohnung kaufen konnten – das war unser Hauptziel. Wir hatten als oberstes Ziel nicht die Gruppenbildung, Gemeinschaftsräume und ähnliches haben wir dort nicht geplant. Aber, durch den Prozess als Genossenschaft, sind dort zwei gut gehende Hausgemeinschaften entstanden. Dort bin ich noch im Vorstand in der Genossenschaft. Vor zwei Wochen haben wir unseren Name geändert. Wir heißen jetzt Genoviva und kooperieren mit dem „Forum Gemeinschaftliches Wohnen“, im Moment der größte bundesweite Verein, der sich mit dem Thema „Gemeinschaftliches Wohnen“ beschäftigt. Zurzeit führen wir ein Modellprojekt durch mit Frau von der Leyen, mir dem Ziel, Wohnprojekte zu finanzieren und zu unterstützen.

In den Gründungsprozessen von Wohnprojekten ist der Investitionsaufwand sehr hoch. Anders als in Produktivgenossenschaften muss hier erst einmal sehr viel Geld aufgebracht werden, damit man überhaupt etwas machen kann. Man benötigt z.B. 20 Personen, um so ein Projekt durchzuführen, damit die Bank auch das Geld gibt. Die Bank gibt erst ab 70-80 % Eigenkapital (Beteiligung) Kredite. Was tun, wenn es aber nur 12 sind, die bauen wollen? Sie können nicht noch 5 Jahre warten bis es 20 sind, denn dann springen andere Leute wieder ab. So ein Gründungsprozess ist nicht beliebig belastbar. Irgendwann gehen die Leute, und so entsteht auch ein Zeitproblem.

Diese Lücke will die Genossenschaft schließen und sagen, wir übernehmen jetzt, wir beteiligen uns, weil unsere Genossenschaft demnächst Eigenkapital haben wird. Denn wir werden Beteiligungen in Form von vermögenswirksamen Leistungen an der Genossenschaft anbieten – das darf man als Genossenschaft.

Später habe ich mich weitergebildet. Nach dem ersten Diplom war ich von der Uni weg, weil ich in die Praxis wollte. Ich wollte in echten Projekten arbei-

ten. Das war für mich einfach die oberste Priorität. Später habe ich in Kassel noch Projektmanagement studiert (allerdings nicht bis zum offiziellen Abschluss,) und einige Seminare Betriebswirtschaft belegt. So habe ich meine praktischen Kenntnisse noch einmal theoretisch untermauert. Dann habe ich eine Mediationsausbildung gemacht, weil ich immer viel mit den Gruppen zu tun hatte und Konfliktthemen mich durch die vielen Jahre begleitet haben.

Dann kam die Ausbildung von der INNOVA² auf meinen Tisch. Der gemeinnützige Verein, bei dem ich Teilzeit arbeite, hat mir die Ausbildung finanziert, denn allein hätte ich sie nicht bezahlen können. Ich habe diese Ausbildung gemacht und es war für mich sehr gut, weil das, was ich jahrelang gemacht hatte, dadurch rund geworden ist. Ich habe es noch einmal in der Theorie sortiert und auf den Punkt gebracht.³

Es ist sehr wichtig, ein Projekt zu begleiten. Deswegen habe mich damals vor Ort umgeschaut und so bin ich auf eine Initiative von Handwerkern und Arbeitslosen gestoßen. „Die Idee ist da, wir wollen auf jeden Fall eine Genossenschaft“, das wussten sie. Das war einfach das, was sie vom Gefühl her zusammen gehalten hat: eine Genossenschaft zu machen. Weitaus mehr wussten sie noch nicht. Auch nicht wo sie jetzt anfangen sollten. Da hat es dann sehr gut gepasst, dass ich ein Projekt brauche, das ich begleiten konnte.

Die Ausbildung ging über ein Jahr mit verschiedenen Themen, die vom Ablauf so sortiert waren, wie man eine Genossenschaft gründen würde. Es fing an mit Geschäftsideen; dann kam das nächste Modul mit den Rechtsformen. Wir haben dann einigermaßen in dem Rhythmus mit der Gruppe gearbeitet. Ich hatte hier auch die Unterstützung von der INNOVA und so haben wir die Gründung der Genossenschaft geschafft. Sie hat jetzt Geschäftsräume, sie ist eingetragen, und jetzt auf 17 Mitglieder angewachsen (vielleicht sind es auch 19 Mitglieder). Ich bin nicht mehr so oft mit ihnen beschäftigt, sondern halte mich eher zurück. Als Mediatorin kann ich mich nur vernünftig einbringen, wenn ich im Hintergrund bleibe. Ich biete immer ein Gespräch oder eine Konfliktbearbeitung an, wenn es erforderlich ist. Aber inhaltlich halte ich mich im Moment raus, weil ich es nicht machen will. Die müssen ihre eigene Erfahrung machen.

Meine anderen Projekte habe ich selber durchgeführt, aber die Handwerker müssen es jetzt für sich selbst lernen. Sie haben zwei Angestellte, die zu 50% von der Arbeitsförderung finanziert werden. Sie schaffen es, die Miete, sonstige Kosten und die Gehälter irgendwie zu finanzieren. Sie sind sehr rührig in Beschaffung von Aufträgen und Werbung, aber es ist ein langsamer, schleppender Prozess. Es ist eben nicht so einfach, eine Firma zu gründen. Wer nicht Betriebswirtschaft studiert hat und kein Marketingfachmann ist oder ähnliches, sondern ein Handwerker, für den ist es sehr schwierig.

So ist im Moment der Stand der Dinge. Ich denke, ohne die Unterstützung durch meine Ausbildung und ohne meine Begleitung, hätten sie die Gründung

² INNOVA...

³ Bildungsplan von INNOVA...

der Genossenschaft nicht geschafft. Das soll nicht überheblich klingen, aber ich weiß, was es kostet, dies alles hinzukriegen, und ich glaube, sie wären auf dem Weg dorthin irgendwann gescheitert. Es gab auch mehrmals Konfliktsituationen, die geregelt werden konnten, weil eben jemand da war, der von außen unterstützen konnte, mit Wissen und vor allem mit Kontakten.

Was zum Beispiel immer hoch kocht in Gründungsprozessen ist, dass Leute am Anfang sehr viel Eigenleistung einbringen. Oft ist es so, dass jemand ganz viel macht. Das müssen aber nicht unbedingt die Leute sein, die am effektivsten arbeiten. Das sind vielleicht andere. Das ist sehr konfliktträchtig, wenn dann einer auf einmal kommt und sagt, „ich habe aber jetzt schon 1000 Stunden, ich kriege eigentlich für 1000 Stunden Geld von der Genossenschaft. Ich habe mir alles aufgeschrieben“. Das sind Sachen, die treten häufig auf. Das habe ich immer erlebt, in jeder Gründung, die ich hatte, ist so etwas passiert. Da muss man schauen, wie man damit umgeht. Denn natürlich kann die Genossenschaft keine 1000 Stunden bezahlen. Natürlich will man der Person aber auch nicht suggerieren, „das, was Du gemacht hast, ist nichts wert“. Da muss man dann einen Weg finden, das zu regeln und es ist nicht immer einfach. Wir hatten auch schon einen Konflikt zwischen zwei Beteiligten und mussten eine Mediation führen. In einer kleinen Gruppe, wo viel auf Eigeninitiative und Solidarität gesetzt wird, ist so ein Konflikt ein richtig großes Problem.

Die haben viele Ideen für die Zukunft. Sie wollen gemeinsam wohnen oder gemeinsam Projekte machen im Alter. Da sind ja auch viele, die kleine und Kleinstbetriebe haben, die sich gerade einfach durchschlagen. Ich weiß, dass sie sich beworben haben für Aufträge, für die man sich allein nicht bewerben kann. Z. B. haben sie sich im Moment beworben für eine Sanierung von einem Edeka-Markt, wo der Auftraggeber gleich sagt, ich möchte mit Firmen verhandeln, ich möchte einen Partner, ich möchte schlüsselfertig bauen. Da sind sie an mehreren Objekten dran. Aber außer einem Kindergarten haben sie bis jetzt noch keine Zuschlüsse. Sie werden sicherlich noch wachsen, aber es fehlen ihnen zurzeit noch Mitglieder, die verschiedene Gewerke vertreten. Jetzt ist noch ein Schlosser dazu gekommen und sie sind mit einem Schreiner in Verhandlung.

Andere Konfliktpotenziale, die sicherlich kommen werden, sind z. B.: was passiert in einer Konstellation, wenn einer schlecht arbeitet? Obwohl es Regelungen in der Gruppe gibt, sind dies Punkte, wo ich mir ganz sicher bin, dass es irgendwann knirschen und krachen wird und da muss man dann Wege finden, um solche Probleme zu lösen. Zu dieser Thematik wird nicht viel geschrieben, was auch ein Problem ist, denn es kommt nicht so schnell zu einem klaren Konfliktfall, so schwellt ein Konflikt vor sich hin. Sie haben meine Hilfestellung bekommen und was sie dann daraus machen, ist dann ihre Sache. Eine formalisierte Satzung haben sie natürlich auch.

Autoren

Kristina Bayer, Soziologin, Arbeit zur Inkubation solidarischer Wirtschaftsbetriebe.

Email: k_bayer@web.de

Jaqueline Bernardi, Soziologin, Dissertation zur Solidarischen Ökonomie in Brasilien und Deutschland.

Email: j.bernardi@gmx.de

Sabine Conti, Architektin, Gründungsberaterin von Solidarischen Wirtschaftsunternehmen

Email: s.conti@t-online.de

Hans Diefenbacher, apl. Prof. (Volkswirtschaftslehre) an der Universität Kassel, Leiter des Arbeitsbereichs Frieden und Nachhaltige Entwicklung des Instituts für interdisziplinäre Forschung (FEST) Heidelberg

Renate Dürr, Historikerin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel.

Email: duerr@uni-kassel.de

Susanne Elsen: Dekanin der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften an der Hochschule München, Studiengangsleiterin des europäischen Masters „Gemeinwesenentwicklung und Lokale Ökonomie“

Email: susanne.elsen@t-online.de

Romeu Forneck: Arbeit zu „Strategien der Universität für die Nachhaltige Entwicklung“. Dozent an der Universität Universidade do Vale do Rio dos Sinos – UNISINOS

Email: romeu@unisinis.br

Michael Goldbach, ehemaliger Studienleiter der Evangelischen Akademie Hofgeismar. Email: goldbach.akademie.hofgeismar@ekkw.de

Manfred Liebel, Freie Universität Berlin, Schwerpunkt Kinderarbeit. Email: mliebel@inafu.org

Günther Lorenz, TechNet e.V. Berlin, Gründungsberatung.

Homepage: www.technet-berlin.de,

Email: g.lorenz@technet-berlin.de

Klaus-Peter Lorenz, VHS Stadt und Landkreis Kassel.

Email: Dr.-Klaus-Peter-Lorenz@landkreiskassel.de

Clarita Müller-Plantenberg, Soziologin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel, Amazonasforschung und Solidarische Ökonomie.

Homepage: www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel,

Email: muellerp@uni-kassel.de

Bernd Overwien am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel, Schwerpunkt Bildung für Nachhaltige Entwicklung Homepage: <http://cms.uni-kassel.de/index.php?id=7499>

Email: bernd.overwien@uni-kassel.de

Claudia Sanchez Bajo, Gastprofessorin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Expertin des Ökonomischen und Sozialen Komitees der Europäischen Kommission.

Email: claubruoe@yahoo.com

Alexandra Stenzel, Politologin, Arbeit zur Solidarischen Ökonomie in Italien, Koordination des ESF-Kartierungsprojektes, Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie e.V.

Homepage: www.vfsoe.de

Email: alexi-S@gmx.de

Volker Teichert, Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft – Institut für interdisziplinäre Forschung,

E-Mail: volker.teichert@fest-heidelberg.de

Viviana Uriona, Politologin, Attac Koordinationskreis, Arbeit zur Solidarischen Ökonomie in Argentinien nach der Krise von 2001

Email: vuriona@e-mail.de; vuriona@web.de

LADOK – ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN

Verzeichnis der lieferbaren Schriften

- 50 J. Dandler, J.R. Hernandez, P.L. Swepston: Rechte indigener Völker. Zum Abkommen 169 der OIT. 1994, 114 S., € 8,20
- 51/52 Alberto Chirif T., Pedro García, Richard Chase Smith (Hrsg.): Der Indianer und sein Territorium. 1994, 230 S., € 13,30
- 53 Projektgruppe: Tropenholz in Kassel. Deutschland und die Ökologie der Welt. 1994, 94 S., € 6,10
- 54 Martin Hartmann: Der moderne Kannibalismus, Futtermittelimporte und regionale Agrarstruktur. 1994, 65 S., € 5,10
- 55 Ute Wilke: Indianische Völker Boliviens und "Entwicklung" – Kritische Betrachtung des Weltbankprogrammes "Tierras Bajas del Este" und Auswirkungen auf die Ayoréo-Indianer. 1994, 144 S., € 8,20
- 56 Ute Wilke: Ein indianisches Lesebuch. Zweisprachig, 1995, 64 S., € 6,10
- 57 Guilherme Costa Delgado: Süd-Süd Dialog, Anmerkungen zu den Perspektiven portugiesischsprachiger Länder. 1995, 21 S., € 4,10
- 58 Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.): Indigene Perspektiven – Eine Debatte der Organisationen indigener Völker des Amazonasbeckens. 1996, 51 S., € 5,10
- 59/60 GhK + Elni (Hrsg.): Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte indigener Völker. 1996, 274 S., € 14,30
- 61 A. Achito, G. Alonso Velez, A. Alvarez Aristizabal u.a.: Kollektive geistige Eigentumsrechte und Biodiversität. 1997, 111 S., € 7,20
- 62 Alfredo Wagner Berno de Almeida: Soziale Bewegungen und Staat im brasilianischen Amazonasgebiet. 1998, 33 S., € 4,10
- 63 Isabel Guillen Pinto: Die Aluminiumproduktion in Venezuela. Externalisierte Kosten zu Lasten von Gesellschaft und Natur. 1998, 116 S., € 7,20
- 64 Sabine Meißner: Produktlinienanalyse als ökonomisches Instrument – exemplifiziert am Waschmitteltensid Plantaren. 1998, 145 S., € 9,20
- 65 Jörg Handrack: Genossenschaftlicher Zinnbergbau in Bolivien. Internationale Sonderstellung und Perspektiven im Vergleich zum brasilianischen Zinnbergbau. 1998, 68 S., € 5,10
- 66/67 Eva Becker: Umwelt und Konsum. Einstellung und Verhalten der Deutschen zur Umwelt. 1998, 143 S., € 9,20
- 68 Kashyapa A.S. Yapa: Prähispanische Ingenieurtechnik in Lateinamerika und ihre Bedeutung für die Gegenwart. 2000, 73 S., € 6,10
- 69/70 Wolfram Heise: Die Rechtssituation indigener Völker in Chile. Eine rechtsethnologische Analyse der chilenischen Indianergesetzgebung (Nº 19.253) von 1993 vor dem Hintergrund der Schutzbestimmungen im Völkerrecht. 2000, 365 S., € 16,40
- 71/72 Dieter Gawora: Urucu. Soziale, ökologische und ökonomische Auswirkungen des Erdöl- und Erdgasprojektes Urucu im Bundesstaat Amazonas (Brasilien). 2001, 314 S., € 14,30

- 73/74 Klima-Bündnis e.V., ONIC, CECOIN: Erdöl-, Erdgas-, Bauxit-, Kohle- und Goldförderung auf indigenen Territorien. Kolumbien, Peru und Venezuela. 2004, 142 S., € 15,00
- 75 Marcelo Sampaio Carneiro: Bäuerliche Landwirtschaft und Großprojekte. Die 90er Jahre im Bundesstaat Maranhão (Brasilien). 2002, 32 S., € 5,00.
- 76 Anja Umbach-Daniel: Biogasgemeinschaftsanlagen in der deutschen Landwirtschaft. Sozio-ökonomische und kulturelle Hemmnisse und Fördermöglichkeiten einer erneuerbaren Energietechnik. 2002, 194 S., € 12,00
- 77/78 Clarita Müller-Plantenberg: Zukunft für Alle ist möglich. Soziale Gerechtigkeit und nachhaltiger Naturbezug als grenzübergreifende Herausforderungen. Kassel 2003, 206 S. plus Kartenwerk, € 25,00
- 79 DAAD: Universities and Rio + 10 – Paths of sustainability in the regions, an interdisciplinary challenge. Kassel 2003, 178 S. +plus CD-ROM, € 15,00
- 80 H. Feldt, D. Gawora, A. Nufer u.a.: Ein anderes Amazonien ist möglich. Träume, Visionen und Perspektiven aus Amazonien, Zusammengetragen zum 60. Geburtstag von Clarita Müller-Plantenberg. Kassel 2003, 176 S., € 11,00
- 81/82 Franziska Zimmermann: Baumplantagen zur Zellstoffproduktion. Sozio-ökologische und wirtschaftliche Auswirkungen in Venezuela. Kassel 2005, 217 S., € 13,00
- 83/84 Clarita Müller-Plantenberg, Wolfgang Nitsch, Irmtraud Schlosser, Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen: Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa – Wege zur konkreten Utopie. Internationale Sommerschule Imshausen. Kassel 2005, 229 S., € 13,00.
- 85/86 Clarita Müller-Plantenberg: Solidarische Ökonomie in Europa – Betriebe und regionale Entwicklung. Internationale Sommerschule Imshausen. Kassel 2007, 296 S., € 15,00.
- 87 Viviana Uriona: Solidarische Ökonomie in Argentinien nach der Krise von 2001. Strategische Debatten und praktische Erfahrungen. Kassel 2007, 104 S., € 10,00
- 88 Frank Muster: Rotschlamm. Reststoff aus der Aluminiumoxidproduktion – Ökologischer Rucksack oder Input für Produktionsprozesse? Kassel 2008, 136 S., € 10,00.
- 89/90 Alexandra Urán Carmona: Colombia – un Estado militarizado de competencia. Kassel 2008. 353 S., € 19,00.
- 91/92 Clarita Müller-Plantenberg, Joachim Perels: Kritik eines technokratischen Europa - Der Politische Widerstand und die Konzeption einer europäischen Verfassung. Kassel 2008, 262 S., € 13,00.
- 93 Jacqueline Bernardi: Solidarische Ökonomie. Selbstverwaltung und Demokratie in Brasilien und Deutschland (erscheint demnächst).
- 94 Clarita Müller-Plantenberg, Alexandra Stenzel: Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen. Strategie für eine nachhaltige Zukunft. Kassel 2008. 127 S., € 19,00.

SONDERDRUCKE:

Clarita MÜLLER-PLANTENBERG (Hrsg.): Indianergebiete und Großprojekte in Brasilien. Kassel 1988, 527 S., für Institute € 30,70, für Einzelpersonen € 25,60

Projektgruppe "Ökologie und Entwicklung" der GhK (Hrsg.): Amazonien – eine indische Kulturlandschaft, 1988, € 5,10

Bezugsadresse:
Universität Kassel
FB 5, Lateinamerika-Dokumentationsstelle
34109 Kassel
Tel.: 0561/804-3152
Fax: 0561/804-3464
Email: eperspektiven@uni-kassel.de